Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

18. Juni 1979
Jg. 7 Nr.25

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

UNO fordert sofortigen Abzug Südafrikas aus Namibia

z.hef. Die UNO-Generalversammlung fordert in ihrer nach einwöchiger Debatte am 31. Mai bei 16 Enthaltungen gefaßten Resolution zu Namibia unter anderem „erneut die sofortige und bedingungslose Beendigung der illegalen Besetzung Namibias durch Südafrika.“ Sie erklärt, daß die SWAPO „die einzige und tatsächliche Vertreterin des Volkes von Namibia ist“ und fordert alle Mitgliedsländer auf, „größere materielle, finanzielle, militärische und andere Hilfe an die SWAPO zu geben, um sie in die Lage zu versetzen, ihren Kampf für die Befreiung Namibias zu intensivieren.“ Die US-Imperialisten enthielten sich, ebenso die BRD-Imperialisten und die anderen EG-Länder. Die neun EG-Staaten erklärten, „einige Teile der Resolution, vor allem der Ausdruck der Unterstützung des bewaffneten Kampfes, entsprechen nicht der Position der neun Regierungen.“

Handelsboykott gegen Länder, die Rhodesien anerkennen

z.acr. Die Anerkennung des Regimes in Rhodesien würde eine „ernsthafte Gefährdung der britischen Beziehungen zu afrikanischen Staaten“ bedeuten, erklärten Angola, Botswana, Mozambique, Nigeria, Sambia und Tansania nach einer Konferenz am 3.6. in Daressalam. Die Regierung Nigerias hat bereits die Importe aus Britannien, die 1978 ca. 5,2 Mrd. DM betrugen, um 28% gekürzt. Sie droht den britischen Imperialisten mit Enteignung ihres Kapitals von 1,5 Mrd. DM in der nigerianischen Ölindustrie. Weiter will Nigeria den US-Imperialisten, die 15% ihres Ölimports von dort beziehen, kein Öl mehr liefern, wenn sie das Regime in Salisbury anerkennen. Die sechs Länder wollen auf dem nächsten afrikanischen Gipfeltreffen weitere Länder für Sanktionen gegen die Imperialisten gewinnen, falls diese Rhodesien anerkennen.

UdSSR installiert Radarstation in Westkampuchea

z.rua. Seit Mitte Mai haben die vietnamesischen Expansionisten in Kampuchea an der 600 km langen Grenze zu Thailand 10 Divisionen stationiert. Thailand weigert sich, das sozialimperialistische Marionettenregime Heng Samrin anzuerkennen und Erfüllungsgehilfe des Ausrottungsfeldzugs gegen

zung des bewaffneten Kampfes, entsprechen nicht der Position der neun Regierungen.“

Handelsboykott gegen Länder, die Rhodesien anerkennen

z.acr. Die Anerkennung des Regimes in Rhodesien würde eine „ernsthafte Gefährdung der britischen Beziehungen zu afrikanischen Staaten“ bedeuten, erklärten Angola, Botswana, Mozambique, Nigeria, Sambia und Tansania nach einer Konferenz am 3.6. in Daressalam. Die Regierung Nigerias hat bereits die Importe aus Britannien, die 1978 ca. 5,2 Mrd. DM betrugen, um 28% gekürzt. Sie droht den britischen Imperialisten mit Enteignung ihres Kapitals von 1,5 Mrd. DM in der nigerianischen Ölindustrie. Weiter will Nigeria den US-Imperialisten, die 15% ihres Ölimports von dort beziehen, kein Öl mehr liefern, wenn sie das Regime in Salisbury anerkennen. Die sechs Länder wollen auf dem nächsten afrikanischen Gipfeltreffen weitere Länder für Sanktionen gegen die Imperialisten gewinnen, falls diese Rhodesien anerkennen.

UdSSR installiert Radarstation in Westkampuchea

z.rua. Seit Mitte Mai haben die vietnamesischen Expansionisten in Kampuchea an der 600 km langen Grenze zu Thailand 10 Divisionen stationiert. Thailand weigert sich, das sozialimperialistische Marionettenregime Heng Samrin anzuerkennen und Erfüllungsgehilfe des Ausrottungsfeldzugs gegen

das Volk Kampucheas zu sein. Die um ihre Befreiung kämpfenden Volksmassen Kampucheas nutzen thailändischen Boden für Ausweichmanöver und zur erneuten Sammlung. „Thailand spielt mit dem Feuer“, ließ Vietnams Premier Pham Van Dong drohen. Zur Untermauerung haben die Sozialimperialisten im Juni nahe der westkampucheanischen Stadt Battambang eine Radarstation errichtet, auf der automatisch gesteuerte Raketen installiert sind, die auf Thailand zielen. Ob die Basis lange betriebsbereit ist, entzieht sich dem Willen der Sozialimperialisten.

Blockfreie Staaten gegen imperialistische Spaltungsversuche

z.elb. Anfang letzter Woche tagten die Außenminister der blockfreien Staaten zur Vorbereitung der Gipfelkonferenz im September. Gleich zweifach wiesen sie die Spaltungsversuche der Sozialimperialisten zurück. Durch den Vertreter Vietnams wollten diese dem Demokratischen Kampuchea das Vertretungsrecht entziehen lassen, und die afghanische Regierung stachelten sie an, sich gegen die Aufnahme Irans und Pakistans in die Organisation der Blockfreien einzusetzen. Die Außenminister empfahlen der Gipfelkonferenz die Aufnahme u.a. dieser beiden Länder und vertagten unter nachdrücklichem Hinweis auf das Prinzip der Nichteinmischung die Entscheidung über das Vertretungsrecht Kampucheas. Scharf kritisierten sie die Kriegspolitik der US-Imperialisten im Nahen Osten, während sie den Antrag Iraks, Ägypten auszuschließen, verschoben.

Methodenstreit um die Steuerausplünderung

„Haushaltsgrundsätze“ der Regierung / Steuereinnahmen wie nie / Bewegte Parteienlandschaft

z.gek. Ihre „Haushaltsgrundsätze“ für das Jahr 1980 hat die sozialliberale Regierung kürzlich beschlossen. Bis zum Ende der Amtsperiode Schmidt soll es demzufolge keine weiteren Steuererhöhungen, aber auch keine Steuersenkungen geben. Stattdessen sollen die auch so progressiv anschwellenden Steuereinkünfte darauf verwendet werden, die Staatsverschuldung im kommenden Jahr nicht so stark wie geplant zu steigern. Statt 33,5 werden nur 28 Mrd. DM neu bei den Banken und dem zahlungskräftigen Publikum aufgenommen werden. Weniger sollen es allerdings auch nicht sein. Es soll wieder etwas mehr vom verfügbaren Kreditkapital zur industriellen Anlage gedrängt werden, aber die Staatsschuld als eine Hauptquelle der Bereicherung soll den Bourgeois nun auf keinen Fall getrübt werden. Schließlich wird ihnen der Schuldendienst allein des Bundes im kommenden Jahr 24,3 Milliarden Tilgungen und 13,6 Milliarden DM Zinsen in die Taschen schaufeln, und die Zinsen steigen weiter.

Schmidt und Matthöfer trauen sich also zu, ihren Kurs voll durchzuhalten, nämlich mittels der Propaganda des „sozialen Netzes“ Steuern zu plündern wie keine Regierung des deutschen Imperialismus vor ihnen. Haben sie die Lohnsteuerreform zum 1. Januar nicht fein hingekriegt? Sie hat ihren Zweck erfüllt, Spaltung zwischen den Arbeitern und Lohnabhängigen der verschiedenen Lohnkategorien zu säen, und zwar genau während der Lohnkämpfe im Frühjahr. Und dennoch wird die Lohnsteuer, nach der Steuerschätzung vom Mai, für 1979 um 1,3 Mrd. DM *höhere* Einnahmen bringen als im Vorjahr; und im kommenden Jahr werden sich die Lohnsteuereinnahmen bereits wieder um mehr als 10% steigern. Und das bei gleichzeitig steigenden indirekten Steuern, wie den Verbrauchssteuern (Mineralöl-, Tabak-, Kaffee-, Branntweinsteuern etc. Abgaben) oder den „Sonderablieferungen“ der Bundespost, die aus ihren Gebühreneinnahmen 3,5 Mrd. extra dieses Jahr in den Staatssäckel schmeißt. Und am 1. Juli wird nun die Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen vollen Prozentpunkt, auf 13%, in Kraft treten. Der eine Prozentpunkt wird dieses Jahr noch 2,5 Mrd., nächstes Jahr aber schon 7,0 Mrd. DM ein-

Bourgeois nun auf keinen Fall getrübt werden. Schließlich wird ihnen der Schuldendienst allein des Bundes im kommenden Jahr 24,3 Milliarden Tilgungen und 13,6 Milliarden DM Zinsen in die Taschen schaufeln, und die Zinsen steigen weiter.

Schmidt und Matthöfer trauen sich also zu, ihren Kurs voll durchzuhalten, nämlich mittels der Propaganda des „sozialen Netzes“ Steuern zu plündern wie keine Regierung des deutschen Imperialismus vor ihnen. Haben sie die Lohnsteuerreform zum 1. Januar nicht fein hingekriegt? Sie hat ihren Zweck erfüllt, Spaltung zwischen den Arbeitern und Lohnabhängigen der verschiedenen Lohnkategorien zu säen, und zwar genau während der Lohnkämpfe im Frühjahr. Und dennoch wird die Lohnsteuer, nach der Steuerschätzung vom Mai, für 1979 um 1,3 Mrd. DM höhere Einnahmen bringen als im Vorjahr; und im kommenden Jahr werden sich die Lohnsteuereinnahmen bereits wieder um mehr als 10% steigern. Und das bei gleichzeitig steigenden indirekten Steuern, wie den Verbrauchssteuern (Mineralöl-, Tabak-, Kaffee-, Branntweinsteuern etc. Abgaben) oder den „Sonderablieferungen“ der Bundespost, die aus ihren Gebühreneinnahmen 3,5 Mrd. extra dieses Jahr in den Staatssäckel schmeißt. Und am 1. Juli wird nun die Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen vollen Prozentpunkt, auf 13%, in Kraft treten. Der eine Prozentpunkt wird dieses Jahr noch 2,5 Mrd., nächstes Jahr aber schon 7,0 Mrd. DM ein-

bringen.

Wo die Lage so glänzend ist, sieht die FDP Spielraum, sich etwas Schminke als „Steuerpartei“ aufzutragen. Schließlich, man braucht „liberales Profil“. Steuervereinfachung heißt die Fredersdorf flink vom Maul weggeschnappte Parole. Auf dem FDP-Parteitag steht zur Beschlußfassung: Wegfall der Kfz-Steuer und ihre volle Übernahme in die Mineralölsteuer; Wegfall verschiedenster „Bagatellsteuern“ der Gemeinden; Wegfall der lästigen Gewerbesteuer für die Kapitalisten und Kleingewerbetreibenden (sie macht ja auch wirklich mehr Mühe, als sie einbringt!); und die Übernahme aller „Transfer“zahlungen des Staates, wie Kindergeld, Wohngeld, BAFöG usw. in die Regie der Finanzämter, um sie mit dem jeweiligen Steuereinzug direkt verrechnen zu können, was Rationalisierungsvorteile und bessere Kontrolle brächte. Um dies den lohnabhängigen Massen schmackhaft zu machen, schlägt die FDP, zum galligen Ärger der SPD, noch für die laufende Gesetzgebungsperiode vor, die sog. „Werbungskostenpauschale“ beim Lohnsteuerjahresausgleich bzw. der Einkommenserklärung von 534 auf 936 DM im Jahr zu erhöhen und die bisherige Kilometergeldpauschale als „Entfernungspauschale“ auch denen zu zahlen, die anders als mit dem Auto zum Arbeitsplatz fahren.

Wie es sich trifft, sind diese beiden letzten Vorschläge der FDP genau die, die dem Bundesrat bereits als Antrag der CDU-Regierung von Rheinland-Pfalz vorliegen. Die CDU versucht, mit einer vorsichtigen Agitation gegen die „leistungsfeindliche“ weitere Lohnsteuerexpansion und die auch nach den Regierungsbeschlüssen noch „unvertretbar hohe Verschuldung“ des Staates, deren Rückzahlung aus Steuern am Ende nicht mehr gesichert werden können, Punkte zu machen. Man solle stattdessen die „Ausgabenzuwächse beschneiden“, ist das windige Argument.

Kühnere demagogische Manöver sind jetzt vonnöten, um die angespannten Klassenwidersprüche parlamentarisch einzuzementieren. Die offizielle Rate der Teuerung läßt sich kaum noch unter 4% heruntermanipulieren. Über die Bild-Zeitung fordern die großen Gesellschaften des sozialen Wohnungsbaus, wie die Neue Heimat,

verrechnen zu können, was Rationalisierungsvorteile und bessere Kontrolle brächte. Um dies den lohnabhängigen Massen schmackhaft zu machen, schlägt die FDP, zum galligen Ärger der SPD, noch für die laufende Gesetzgebungsperiode vor, die sog. „Werbungskostenpauschale“ beim Lohnsteuerjahresausgleich bzw. der Einkommenserklärung von 534 auf 936 DM im Jahr zu erhöhen und die bisherige Kilometergeldpauschale als „Entfernungspauschale“ auch denen zu zahlen, die anders als mit dem Auto zum Arbeitsplatz fahren.

Wie es sich trifft, sind diese beiden letzten Vorschläge der FDP genau die, die dem Bundesrat bereits als Antrag der CDU-Regierung von Rheinland-Pfalz vorliegen. Die CDU versucht, mit einer vorsichtigen Agitation gegen die „leistungsfeindliche“ weitere Lohnsteuerexpansion und die auch nach den Regierungsbeschlüssen noch „unvertretbar hohe Verschuldung“ des Staates, deren Rückzahlung aus Steuern am Ende nicht mehr gesichert werden können, Punkte zu machen. Man solle stattdessen die „Ausgabenzuwächse beschneiden“, ist das windige Argument.

Kühnere demagogische Manöver sind jetzt vonnöten, um die angespannten Klassenwidersprüche parlamentarisch einzuzementieren. Die offizielle Rate der Teuerung läßt sich kaum noch unter 4% heruntermanipulieren. Über die Bild-Zeitung fordern die großen Gesellschaften des sozialen Wohnungsbaus, wie die Neue Heimat,

ihre Mieter auf, für die etwa im September zahlbaren Abrechnungen über die vergangene Heizperiode *monatlich* einen *Hunderter* beiseite zu legen, um keine Überraschung zu erleben. Hundert Mark monatlich extra können die wenigsten Arbeiterfamilien aufbringen. Nicht nach diesen Lohnabschlüssen.

Also wird der bürgerliche Parteienrahmen strapaziert. Auf der Linken bringen sich die alten SPD-„Steuerrebellen“, von einem Iranbesuch zurück, in Erinnerung (man hatte sie wirklich schon ganz vergessen!). Albrecht baut seine Position der „Mitte“ aus, wo alle Koalitionen offen sind, indem er fein schweigt. Rechts wird dafür um so lauter getrommelt: Strauß kommt!

„Wieder einmal wird die Konsolidierung der zerrütteten Bundesfinanzen entgegen allen Beteuerungen verschoben“, hat Strauß gegen die Haushaltsbeschlüsse der Regierung gekollert. Für die Verschiebung der Mehrwertsteuererhöhung um ein halbes Jahr ist er eingetreten. Ist das nichts? Überhaupt tritt die CSU „dafür ein, den Umfang der staatlichen Ausgaben zu begrenzen“ (Grundsatzprogramm von 1976). Und dann Steuersenkung? Doch nicht Strauß! Von dem Ziel eines „Gleichgewichts der direkten und indirekten Steuern“ hat er kürzlich gesprochen. Man erinnert sich: war nicht gerade er weiland 1968 als Finanzminister ein großer Förderer der Mehrwertsteuer? *Mehr indirekte* Steuerausplünderung statt der direkten Plünderung des Lohns – darin erschöpft sich seine ganze großartige Alternative von „Freiheit statt Sozialismus“ schon so ziemlich.

Unter großen Schwierigkeiten baut das Volk von Kampuchea in der Regenzeit Reis an



In der jetzt beginnenden Regenzeit sind die Operationsmöglichkeiten der sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren weiter eingeschränkt. Sie haben vor Beginn des jetzt einsetzenden Reisanbaus kampucheanische Felder zerstört und Saatgut geraubt, um eine Hungersnot herbeizuführen und auf diese Weise das Volk von Kampuchea zu zermürben. „... Man muß den Anbau von Getreide und Reis in Angriff nehmen ... und dies als eine Aufgabe in der Vernichtung des vietnamesischen Aggressors bis zum endgültigen Sieg begreifen.“ (Radio Demokratisches

„Wieder einmal wird die Konsolidierung der zerrütteten Bundesfinanzen
„Freiheit statt Sozialismus“ schon so ziemlich.

Unter großen Schwierigkeiten baut das Volk von Kampuchea in der Regenzeit Reis an



In der jetzt beginnenden Regenzeit sind die Operationsmöglichkeiten der sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren weiter eingeschränkt. Sie haben vor Beginn des jetzt einsetzenden Reisanbaus kampucheanische Felder zerstört und Saatgut geraubt, um eine Hungersnot herbeizuführen und auf diese Weise das Volk von Kampuchea zu zermürben. „... Man muß den Anbau von Getreide und Reis in Angriff nehmen ... und dies als eine Aufgabe in der Vernichtung des vietnamesischen Aggressors bis zum endgültigen Sieg begreifen.“ (Radio Demokratisches
Kampuchea, 20.5.79)

Erdgasleitung durch die UdSSR „nicht im Interesse Irans“

Verstaatlichung der Banken / Aber die Landfrage ist weiter ungelöst

z.ulg. Am vorletzten Freitag hat die iranische Regierung die Verstaatlichung der 27 Privatbanken des Landes bekanntgegeben. Ein wichtiger Schritt, um die iranische Wirtschaft aus der Umklammerung durch das imperialistische Kapital zu lösen, ist damit getan. Insgesamt 190 Mio. DM hatten ausländische Banken in 14 iranischen Kreditinstituten angelegt; unter den westdeutschen Großbanken sind die Deutsche und die Dresdner Bank von der Nationalisierung „betroffen“. Mit der einzigen Ausnahme der hundertprozentig sowjetischen „Russisch-Iranischen Bank“ durften zwar auch schon bisher Ausländer höchstens 35% der Kapitalanteile an iranischen Banken halten. Doch gerade dadurch funktionierte das Bankensystem als Bindeglied zwischen den Imperialisten und von ihnen abhängigen iranischen Bourgeois.

Ebenfalls Ende der vorletzten Woche hat der Generaldirektor der iranischen Ölgesellschaft erklärt, die Ölproduktion werde bei 4 Mio. Faß täglich – gegenüber rund 7 Mio. vor der Revolution – stabilisiert. Bei weiteren Ölpreiserhöhungen, wie sie Iran auf der OPEC-Konferenz am 26. Juni vorschlagen wird, könne die Tagesproduktion noch gesenkt werden. In allen nach der Revolution geschlossenen Lieferverträgen sind Klauseln enthalten, nach denen auch während der Laufzeit Preiserhöhungen möglich sind.

Die iranische Regierung hat dem sowjetischen Staatskomitee für Außenhandel kürzlich mitgeteilt, die geplante Erdgasleitung durch die Sowjetunion und die CSSR nach Österreich, Westdeutschland und Frankreich werde „höchstwahrscheinlich“ nicht gebaut. Iranische Fachleute haben ermittelt, „daß es nicht im Interesse Irans ist, seine Erdgasreserven zu exportieren.“ (El Moudjahid, 10.6.) Die Leitung sollte mit „sowjetischer Hilfe“ für mehr als 1 Mrd. Dollar gebaut werden.

All diese Maßnahmen richten sich gegen die Imperialisten und Sozialimperialisten und dienen dem Aufbau der nationalen Wirtschaft. Doch das Kernstück eines nationalen Wirtschaftsprogramms, die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden, ist nach wie vor nicht verwirklicht, ja nicht einmal in Angriff genommen.

Der nationalen Bourgeoisie, die die Regierung und auch die Leitung der Ölgesellschaft in Händen hat, reicht es, den aus den iranischen Arbeitern herausgepreßten Mehrwert nicht mehr mit den imperialistischen Räubern teilen zu müssen. Dagegen pochen die „islamischen Revolutionäre“ um den Ayatollah Khomeiny zwar auf die Grundsätze des islamischen Rechts, doch auch sie mobilisieren nicht die Millionenmassen der Bauern zur Agrarrevolution. Wo die Landfrage mit Minderheitenproblemen verknüpft ist, wenden sie sich sogar immer wieder direkt gegen die demokratischen Bestrebungen der unterdrückten Nationalitäten.

Wie aber soll die Unabhängigkeit des Landes gegen die Wühlarbeit der Imperialisten verteidigt werden, wenn die dringendsten Forderungen der Arbeiter und Bauern nicht erfüllt sind? In den letzten Wochen haben die Arbeiter der Ölfelder die Absicht der Leitung der Ölgesellschaft vereitelt, wieder ausländische Experten anzustellen. „Probeweise“ haben sie an einem Tag 6 Mio. Faß produziert, um zu beweisen, daß das gut auch ohne die imperialistischen „Experten“ geht.

Frankfurt, 16. Juni: Faschistenaufmarsch verhindert, Demonstrationsrecht verteidigt



Als Oberbürgermeister Wallmann und die Frankfurter Polizeiführung feststellen mußten, daß der Widerstand gegen das geplante Deutschlandtreffen der NPD nicht unter Kontrolle zu halten war, verbot er die Kundgebung des DGB wie den Faschistenaufmarsch. Die Gewerkschaftsdemonstration fand statt.

Bau von Bunkertiefgaragen verordnet

Mit Steuern, Klos und Lagerräumen Garagen für die Kriegsvorbereitung

z.job. Die „Bekanntmachung der Bautechnischen Grundsätze für Großschutzräume des Grundschutzes in Verbindung mit Tiefgaragen als Mehrzweckbauten“ hat das Ministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau am 26.3.79 veröffentlicht. Festgelegt werden darin Planung, Konstruktion und Bauausführung. Die Tiefgaragen verfügen dann über mehrere befestigte Eingänge mit Schleusen, Aufsichts- und Lagerraum, Aborte und Notküche. Aggregate für Stromversorgung, Belüftung, Sandvorfilter müssen eingebaut werden. Diese Anlagen haben ein Fassungsvermögen von 300 bis 5000 Personen. Zuschüsse für den Bau von Tiefgaragen aus dem Haushalt macht die Bundesregierung vom Einbau des Schutzraums abhängig (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz). Das Schutzraumbaugesetz von 1965 sah den Zwang zum Einbau von Schutzräumen in allen Neubauten vor, die Erhard-Regierung mußte es allerdings wieder aufheben, da sie die Baukapitalisten aus dem Bundeshaushalt nicht bezuschussen konnte, andererseits gegenüber den Volksmassen eine Explosion der Mietpreise nicht riskieren konnte.

In der Haushaltsdebatte des Bundestags im Januar hat Dregger daran erinnert, daß für die herrschende Klasse der Bau von Schutzräumen notwendiger ist als „zu Adenauers Zeiten“. Stand damals die militärische Einverleibung der DDR und der Angriff auf das sozialistische Lager im Mittelpunkt, so entbrannte nach dem Farbwechsel der Sowjetunion der Kampf zwischen den beiden Supermächten um die Weltherrschaft und spitzt sich auf die in Mitteleuropa konzentrierten Produktivkräfte zu. Die westdeutschen Imperialisten müssen – trotz „Vorwärtsverteidigung“ – die Aussicht ernstnehmen, daß der Krieg gegen die imperialistischen Konkurrenten in ihrem eigenen Land ausgetragen wird. Neben dem Schutz der Kommandostellen des Staatsapparats muß auch für die Arbeiterbevölkerung, die die Kriegsproduktion aufrechterhalten soll, ausreichend Schutzraum vorhanden sein. Zudem befürchtet Dregger, daß es „ohne zivile Verteidigung keine militärische geben kann. Das ginge allenfalls mit einer Söldnerarmee, mit einer Fremdenlegion, der das Schicksal der Zivilbevölkerung gleichgültig ist, aber es geht nicht mit einer Wehrpflichtarmee.“

Zur Zeit gibt es 1,8 Mio. Schutzraumplätze in der BRD, also für 3% der Bevölkerung. 800000 davon (in Weltkriegsbunkern) haben keine Belüftungseinrichtungen. Man kann getrost davon ausgehen, daß mit dieser Million das Schutzbedürfnis der herrschenden Klasse befriedigt ist und in den Einsatzplänen für die Belegung der Bunker dem Rechnung getragen ist, daß also Dregger mit Grund sagt: Es gibt „so gut wie keine Schutzräume für die Bevölkerung“.

Unterirdische Verkehrsbauten für den Massentransport der Arbeiter zu den Fabriken und Büros wie U- und S-Bahnen und Tiefgaragen sind für Großschutzräume vorgesehen. 1972 gab es 23 solcher Mehrzweckbauten mit 42000 Plätzen, 19 weitere mit 50000 Plätzen befanden sich im Bau oder in der Planung. Wenn jetzt diese Bauten per Bekanntmachung genormt werden, bedeutet das Forcierung des Schutzraumbaus in großem Umfang. Geplant ist, das 1962 festgelegte Ausgabenverhältnis im Bundeshaushalt von 1:20 von ziviler zu militärischer Verteidigung, das heute bei 1:58 liegt, wiederherzustellen. Mit dem Bunkerbau beginnt eine neue Stufe der Kriegsvorbereitung der westdeutschen Imperialisten.



Bild aus: Weißbuch zur zivilen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland. In Mainz wird gegenwärtig mit dem Bau eines Großbunkers begonnen mit 5000 Plätzen, der als Tiefgarage benutzt werden kann. Im Haushaltsplan 1979 stiegen die Ausgaben für die „Zivile Verteidigung“ um 12% auf 730,6 Mio. DM, gegenüber einer allgemeinen Steigerung des Haushaltes um 8,3%.

***z.urb.* Im Dezember 78 verabschiedete der Bundestag einstimmig das Kraftfahrzeugsteuergesetz, am 11. Mai 79 das Finanzministerium die Durchführungsverordnung.** Eine der Kernmaßnahmen: der Zwang zur jährlichen Entrichtung der KFZ-Steuer. Zahlen müssen sie vor allem die Arbeiter und Angestellten, für die das Auto längst zur absoluten Notwendigkeit geworden ist.

Nicht nur, daß sie jetzt gezwungen werden, dem Staatsapparat z.B. in der Klasse bis 1499 cbm 216 DM auf einmal vorzustrecken, während vorher 60% halb- oder vierteljährlich gezahlt haben, eingetrieben werden muß das Geld auch. Die Steuerrückstände aus KFZ-Steuer machen mehr als die Hälfte aller Steuerrückstände aus, ihre Zahl stieg von 185000 1961 auf 662000 1976. Die „Häufigkeit der Fälligkeitstermine“, so die Bundesregierung in ihrer Begründung, habe die „Beitreibung lohnender Beträge bisher behindert.“ Mit dem Mittel der Zwangsabmeldung, wie auch, daß die Steuer bereits vor der Zulassung gezahlt werden muß, gibt sie der Zulassungsstelle die Prügel in die Hand, die Steuer einzutreiben. Da sich mit dem Verfahren insgesamt die Zahl der Buchungen etwa halbieren wird und die Automatisierung vorangetrieben werden kann, will die Bourgeoisie die Verwaltungskosten um ein Fünftel drücken.

	KFZ-Steuer in Mio. DM	PKW Bestand bei Arb. u. Angest. in Tsd.	in %
1955	–	286	17,9
1965	2624	5079	58,9
1970	3829	8141	63,1
1975	5303	10674	64,7
1976	5630	11297	64,7
1977	5929	11987	64,7

Den Transportkapitalisten werden Steuern erlassen: von 37 Mio. 1978 bis 58 Mio. 1982. Nach Angaben ihres Bundesverbandes lagen sie mit 6815 DM Steuern im Schnitt pro LKW an der Spitze innerhalb der EG, übertroffen nur noch von den dänischen. Ihre französischen Konkurrenten zahlten dagegen nur 234 DM. Das erschwerte entschieden den Kampf um die Vorherrschaft. 63,8% der Einfuhr und 65,1% der Ausfuhr in Westdeutschland wurden 1977 mit ausländischen LKW gefahren. Dem abzuhelfen, „begrüßten“ alle Fraktionen die „Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen im grenzüberschreitenden Güterfernverkehr“ durch die Steuerbefreiung für Zweitanhänger, wie auch für Zweitsattelauflieger und die Besteuerung ausländischer LKW in Westdeutschland. Nachdem mit den meisten Ländern Vereinbarungen über gegenseitige Nichtbesteuerung von Lastkraftwagen bestehen, richtet sich diese Maßnahme vor allem gegen die DDR. In Verbindung mit einer Ermächtigung der Finanzbehörden mit der Aufnahme von bilateralen Kraftfahrzeugsteuerverhandlungen die Besteuerung gebietsfremder Fahrzeuge bis zu einem Jahr auszusetzen, soll sie den nötigen Druck erzeugen, daß westdeutsche LKW demnächst, ohne Steuern zu zahlen, in der DDR fahren können. Die Rücker-

Ergebnisse der Unctad-Konferenz in Manila

Lambsdorff „bestürzt“: Dritte Welt über „Energieproblematik“ nicht zu spalten

z.ulg. „Welch eine Blamage wäre es“, ließ sich die ZDF-Ökonomin Fides Krause-Brewer am Tag vor Schluß der Unctad-Konferenz aus Manila vernehmen, „wenn die Welthandelskonferenz das wichtigste und brennendste Thema, das alle Länder jetzt interessiert, nämlich die Energieversogung, in ihrer Schlußakte nicht einmal erwähnte.“ Einen Tag später hatte sich das Interesse „aller Länder“ als das der Imperialisten allein herausgestellt, und die Blamage war ganz auf ihrer Seite. „Ich fand es bestürzend, daß die Energieproblematik überhaupt nicht angesprochen werden konnte, weil die Länder der Dritten Welt sich weigerten, dies zu tun.“ So nachher leicht zerknirscht der kurz vor Schluß noch eilig eingeflogene Graf Lambsdorff.

Dabei waren die Hoffnungen so hoch gespannt gewesen, einen Keil zwischen die ölproduzierenden Länder der OPEC und die anderen Staaten der Dritten Welt treiben zu können. Noch am 27. Mai hatte die „Neue Zürcher“ aus Manila gemeldet, „daß die bisher gewahrte Fiktion der solidarischen Einheit aller Entwicklungsländer (zu denen sich auch die OPEC-Gruppe zählt) *ins Wanken kommt.*“ Den voreiligen Jubelschrei hatte das Organ der Schweizer Banker vor lauter Begeisterung gleich kursiv setzen lassen.

Im Kreml wird der Katzenjammer kaum geringer gewesen sein als in der Zürcher Bahnhofstraße. Wer erinnert sich nicht an Castros Hetzreden gegen die „Ölscheichs“? Und ausgerechnet

wurde. „Es wäre eine Fehlanalyse, sagte der Wortführer, die Krisensymptome der OPEC zuzuschieben und die von den Industriestaaten exportierte Inflation auf die Ölpreise zurückzuführen. (...) Nicht nur die Ölstaaten müßten um den Erhalt der Kaufkraft ihres Rohstoffs kämpfen, der gleiche Zwang laste auf allen Entwicklungsländern.“ (NZZ 6.6.) Der Graf war so verdutzt, daß er eine schriftliche Ausfertigung der Erklärung binnen 24 Stunden anforderte.

Die Imperialisten hatten spekuliert, die OPEC sei ebenso leicht aus den Angeln zu heben wie ein Kartell unter ihresgleichen, wo jeder, während gemeinsam Monopolprofit gemacht wird, schon darauf sinnt, wie er sich den ganzen Extraprofit *allein* unter den Nagel reißen kann. Sie sind gescheitert, weil die OPEC ein *politischer* Zusammenschluß der ölproduzierenden Länder gegen die Imperialisten ist und sich daher auf Grundlage der gemeinsamen Interessen mit den anderen Ländern der Dritten Welt zusammenschließen kann, auch denen, die selbst Öl*importeure* sind. So unterstützt die OPEC finanziell den Beitritt mehrerer afrikanischer Staaten zum integrierten Rohstoffonds.

rechtlich gültige Garantien abgegeben, jederzeit Öl zu liefern! Jetzt muß die „Neue Zürcher“ resümieren: „Beunruhigend ist..., daß die 77er Gruppe den Industrieländern unmißverständlich erklärt hat, eine Garantie des Zugangs zu den Versorgungsmärkten wäre entwicklungshemmend und komme folglich weder als Diskussions- noch als Vereinbarungsobjekt in Frage.“ (NZZ, 8.6.)

Die Länder der Dritten Welt haben also ihre Einheit wahren und besonders gegenüber den Infiltrationsversuchen der Sozialimperialisten festigen können. Die Sowjetunion konnte keinen einzigen ihrer Anträge auch nur ins Plenum durchbringen. In einem Beschluß hat die Konferenz die RGW-Staaten unter anderem aufgefordert, ihre Finanzhilfe für die Länder der Dritten Welt zu erhöhen und die gelieferten Waren künftig in frei konvertibler Währung zu bezahlen. Doch gemessen an den von den Ländern der Dritten Welt auf der Vorbereitungskonferenz in Arusha aufgestellten Forderungen sind die materiellen Zugeständnisse der Imperialisten geringfügig.

Der bereits auf der letzten Unctad-Konferenz in Nairobi beschlossene integrierte Rohstoffonds ist nach wie vor

ten Schalter“ des Rohstoffonds, mit dem Modernisierungen bei der Rohstoffproduktion und die Vermarktung gefördert werden sollen, sind in Manila statt der geplanten 280 Mio. Dollar nur 87 Mio. aufgebracht worden, noch dazu mit Ausnahme Dänemarks und der Niederlande ausschließlich von Ländern der Dritten Welt selbst.

Kein Beschluß ist über die Verlängerung der Handelspräferenzen zustande gekommen, die größtenteils im nächsten Jahr auslaufen. Die Länder der Dritten Welt fordern die Beseitigung von Zollschranken und Handelshemmnissen, mit denen die Imperialisten ihre Märkte für verarbeitete Produkte aus der Dritten Welt versperren. Auf einer UNO-Konferenz sollen Ende dieses Jahres die Verhandlungen darüber weitergeführt werden.

Nicht zugestimmt haben fast alle imperialistischen Länder einem mehrheitlich angenommenen Antrag Sri Lankas auf Reform des Internationalen Währungsfonds. Die Länder der Dritten Welt fordern mehr Stimmrechte im Fonds – bisher verfügen die Imperialisten über mehr als zwei Drittel der Stimmen –, Änderung der Kreditbedingungen des Fonds, die bisher oft der Übernahme der Wirtschaft ganzer Länder in Zwangsverwaltung der IWF-

Ergebnisse der Unctad-Konferenz in Manila
Lambsdorff „bestürzt“: Dritte Welt über „Energieproblematik“ nicht zu spalten
Krause-Brewer am Tag vor Schluß der Unctad-Konferenz aus Manila vernehmen, „wenn die Welthandelskonferenz das wichtigste und brennendste Thema, das alle Länder jetzt interessiert, nämlich die Energieversogung, in ihrer Schlußakte nicht einmal erwähnte.“ Einen Tag später hatte sich das Interesse „aller Länder“ als das der Imperialisten allein herausgestellt, und die Blamage war ganz auf ihrer Seite. „Ich fand es bestürzend, daß die Energieproblematik überhaupt nicht angesprochen werden konnte, weil die Länder der Dritten Welt sich weigerten, dies zu tun.“ So nachher leicht zerknirscht der kurz vor Schluß noch eilig eingeflogene Graf Lambsdorff.
Dabei waren die Hoffnungen so hoch gespannt gewesen, einen Keil zwischen die ölproduzierenden Länder der OPEC und die anderen Staaten der Dritten Welt treiben zu können. Noch am 27. Mai hatte die „Neue Zürcher“ aus Manila gemeldet, „daß die bisher gewahrte Fiktion der solidarischen Einheit aller Entwicklungsländer (zu denen sich auch die OPEC-Gruppe zählt) ins Wanken kommt.“ Den voreiligen Jubelschrei hatte das Organ der Schweizer Banker vor lauter Begeisterung gleich kursiv setzen lassen.
Im Kreml wird der Katzenjammer kaum geringer gewesen sein als in der Zürcher Bahnhofstraße. Wer erinnert sich nicht an Castros Hetzreden gegen die „Ölscheichs“? Und ausgerechnet
den kubanischen Delegierten hatte die Gruppe der 77, also der Länder der Dritten Welt, am Schlußtag der Konferenz mit der Abgabe einer Erklärung beauftragt, in der die Einsetzung eines Kooperations- und Koordinationsausschusses der Gruppe bekanntgegeben

wurde. „Es wäre eine Fehlanalyse, sagte der Wortführer, die Krisensymptome der OPEC zuzuschieben und die von den Industriestaaten exportierte Inflation auf die Ölpreise zurückzuführen. (...) Nicht nur die Ölstaaten müßten um den Erhalt der Kaufkraft ihres Rohstoffs kämpfen, der gleiche Zwang laste auf allen Entwicklungsländern.“ (NZZ 6.6.) Der Graf war so verdutzt, daß er eine schriftliche Ausfertigung der Erklärung binnen 24 Stunden anforderte.
Die Imperialisten hatten spekuliert, die OPEC sei ebenso leicht aus den Angeln zu heben wie ein Kartell unter ihresgleichen, wo jeder, während gemeinsam Monopolprofit gemacht wird, schon darauf sinnt, wie er sich den ganzen Extraprofit allein unter den Nagel reißen kann. Sie sind gescheitert, weil die OPEC ein politischer Zusammenschluß der ölproduzierenden Länder gegen die Imperialisten ist und sich daher auf Grundlage der gemeinsamen Interessen mit den anderen Ländern der Dritten Welt zusammenschließen kann, auch denen, die selbst Ölimporteure sind. So unterstützt die OPEC finanziell den Beitritt mehrerer afrikanischer Staaten zum integrierten Rohstoffonds.

Durch eine „Behandlung der Energieproblematik“ hatten die Imperialisten in Manila „Versorgungsgarantien“ erpressen und sich damit einen Vorwand für Interventionen verschaffen wollen. Man stelle sich nur vor, der Iran hätte vor der Revolution völker-

rechtlich gültige Garantien abgegeben, jederzeit Öl zu liefern! Jetzt muß die „Neue Zürcher“ resümieren: „Beunruhigend ist..., daß die 77er Gruppe den Industrieländern unmißverständlich erklärt hat, eine Garantie des Zugangs zu den Versorgungsmärkten wäre entwicklungshemmend und komme folglich weder als Diskussions- noch als Vereinbarungsobjekt in Frage.“ (NZZ, 8.6.)
Die Länder der Dritten Welt haben also ihre Einheit wahren und besonders gegenüber den Infiltrationsversuchen der Sozialimperialisten festigen können. Die Sowjetunion konnte keinen einzigen ihrer Anträge auch nur ins Plenum durchbringen. In einem Beschluß hat die Konferenz die RGW-Staaten unter anderem aufgefordert, ihre Finanzhilfe für die Länder der Dritten Welt zu erhöhen und die gelieferten Waren künftig in frei konvertibler Währung zu bezahlen. Doch gemessen an den von den Ländern der Dritten Welt auf der Vorbereitungskonferenz in Arusha aufgestellten Forderungen sind die materiellen Zugeständnisse der Imperialisten geringfügig.
Der bereits auf der letzten Unctad-Konferenz in Nairobi beschlossene integrierte Rohstoffonds ist nach wie vor
blockiert, weil die US-Supermacht einen höheren Stimmanteil erpressen will. Nach der im Frühjahr geschlossenen Vereinbarung würden die Länder der Dritten Welt einschließlich der Volksrepublik China über die Hälfte der Stimmen verfügen. Für den „zwei-

ten Schalter“ des Rohstoffonds, mit dem Modernisierungen bei der Rohstoffproduktion und die Vermarktung gefördert werden sollen, sind in Manila statt der geplanten 280 Mio. Dollar nur 87 Mio. aufgebracht worden, noch dazu mit Ausnahme Dänemarks und der Niederlande ausschließlich von Ländern der Dritten Welt selbst.
Kein Beschluß ist über die Verlängerung der Handelspräferenzen zustande gekommen, die größtenteils im nächsten Jahr auslaufen. Die Länder der Dritten Welt fordern die Beseitigung von Zollschranken und Handelshemmnissen, mit denen die Imperialisten ihre Märkte für verarbeitete Produkte aus der Dritten Welt versperren. Auf einer UNO-Konferenz sollen Ende dieses Jahres die Verhandlungen darüber weitergeführt werden.
Nicht zugestimmt haben fast alle imperialistischen Länder einem mehrheitlich angenommenen Antrag Sri Lankas auf Reform des Internationalen Währungsfonds. Die Länder der Dritten Welt fordern mehr Stimmrechte im Fonds – bisher verfügen die Imperialisten über mehr als zwei Drittel der Stimmen –, Änderung der Kreditbedingungen des Fonds, die bisher oft der Übernahme der Wirtschaft ganzer Länder in Zwangsverwaltung der IWF-
Kommissare gleichkommen, und Finanzierung der Rohstoffpreisschwankungen aus Mitteln des IWF. Der westdeutsche Graf hat nach der Abstimmung frech erklärt, der Beschluß sei „weder politisch noch rechtlich bindend.“

1975 .... 5303 10674 64,7
1976 .... 5630 11297 64,7
1977 .... 5929 11987 64,7
Den Transportkapitalisten werden Steuern erlassen: von 37 Mio. 1978 bis 58 Mio. 1982. Nach Angaben ihres Bundesverbandes lagen sie mit 6815 DM Steuern im Schnitt pro LKW an der Spitze innerhalb der EG, übertroffen nur noch von den dänischen. Ihre französischen Konkurrenten zahlten dagegen nur 234 DM. Das erschwerte entschieden den Kampf um die Vorherrschaft. 63,8% der Einfuhr und 65,1% der Ausfuhr in Westdeutschland wurden 1977 mit ausländischen LKW gefahren. Dem abzuhelfen, „begrüßten“ alle Fraktionen die „Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen im grenzüberschreitenden Güterfernverkehr“ durch die Steuerbefreiung für Zweitanhänger, wie auch für Zweitsattelauflieger und die Besteuerung ausländischer LKW in Westdeutschland. Nachdem mit den meisten Ländern Vereinbarungen über gegenseitige Nichtbesteuerung von Lastkraftwagen bestehen, richtet sich diese Maßnahme vor allem gegen die DDR. In Verbindung mit einer Ermächtigung der Finanzbehörden mit der Aufnahme von bilateralen Kraftfahrzeugsteuerverhandlungen die Besteuerung gebietsfremder Fahrzeuge bis zu einem Jahr auszusetzen, soll sie den nötigen Druck erzeugen, daß westdeutsche LKW demnächst, ohne Steuern zu zahlen, in der DDR fahren können. Die Rücker-
stattung bis zu 75% der Jahressteuer für Fahrten im Huckepackverkehr ist ein weiterer Schritt der Bundesregierung, die Transportkosten für die Kapitalisten zu senken und den schnellen Transport und damit den schnellen Kapitalumschlag zu fördern.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler / Gesamtauflage: 32000

Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730234

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045, Redakteur: Helge Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77, Redakteur: Gerd Heinemann

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelle internationales SPRL · a.i.n. · agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni 41/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road GB-London, WC1X 8QF

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Straußengasse 7, Tür 4 · 1040 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611/730231, Telex 413080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/730231 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2



Verbreitungsgebiete und Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung – Bezugsadressen –

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/382168
Bezirksausgabe: Flensburg, Flensburg/Westküste (01) · Kiel, Holstein (02) · Hamburg, Hamburg/Unterelbe (03)

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455
Bezirksausgabe: Bremen, Bremen/Unterweser (04) · Oldenburg, Weser/Ems (05) · Münster, Münsterland/Emsland (06)

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099
Bezirksausgabe: Westberlin, Westberlin (07)

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045
Bezirksausgabe: Hannover, Hannover (08) · Braunschweig, Südostniedersachsen (09) · Bielefeld, Ostwestfalen (10)

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353
Bezirksausgabe: Dortmund, Dortmund/Westliches Westfalen (11) · Essen, Essen/Ruhr (12) · Duisburg, Duisburg/Niederrhein (13) · Düsseldorf, Düsseldorf/Rhein (14)

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77
Bezirksausgabe: Wuppertal, Wuppertal/Bergisches Land (15) · Köln, Köln/Rhein-Sieg (16) · Aachen, Aachen/Grenzland (17) · Koblenz, Koblenz/Mittelrhein (18)

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42
Bezirksausgabe: Kassel, Kassel/Nordhessen (19) · Gießen, Gießen/Sieg-Lahn (20) · Frankfurt, Frankfurt/Südhessen (21) · Mainz, Mainz/Rheinhessen-Taunus (22)

Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/38791
Bezirksausgabe: Trier, Trier/Eifel-Hunsrück (23) · Saarbrücken, Saarbrücken/Saarland (24) · Kaiserslautern, Kaiserslautern/Westpfalz (25)

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279
Bezirksausgabe: Mannheim, Rhein-Neckar-Pfalz (26) · Heilbronn, Franken (27) · Karlsruhe, Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald (28)

Geschäftsstelle Nürnberg: Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095
Bezirksausgabe: Würzburg, Unterfranken (29) · Nürnberg, Mittelfranken (30) · Bayreuth, Oberfranken (31)

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582
Bezirksausgabe: Stuttgart, Mittlerer Neckar (32) · Freiburg, Südbaden (33) · Konstanz, Konstanz/Südschwarzwald (34) · Ulm, Ulm/Bodensee (35)

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481
Bezirksausgabe: Regensburg, Mittlere Donau (36) · Landshut, Niederbayern (37) · München, München/Oberbayern (38) · Augsburg, Schwaben (39)

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 10:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

Die Hefte 01 bis 09 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 10 erscheint einmal im Monat, Preis 2,40 DM · Zu beziehen sind die Spezialnachrichtendienste bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Mit diesem Ergebnis ist kein Staat zu machen!

EG-Direktwahlen: Nach der Pleite stellt die Bourgeoisie ihre Propaganda um

z.ges. Mehr als die Hälfte der Ausfuhren der BRD gehen in die europäischen kapitalistischen Länder, fast die Hälfte aller Ausfuhren geht in die EG. 1978 hat die BRD Waren für über 130 Milliarden DM in die EG exportiert. Über ein Viertel des Ausfuhrüberschusses der BRD wird in der EG gemacht. 1978 machte dieser Ausfuhrüberschuß in die EG fast 11 Milliarden aus. Über 31 Milliarden hat die BRD in die kapitalistischen Länder Westeuropas exportiert, den weitaus größten Teil davon in die EG-Länder. Diese 31,5 Milliarden bilden mehr als 54% des gesamten Kapitalexports der BRD. Ist es ein Wunder, daß die BRD-Imperialisten brennend an Europa interessiert sind? Daß sie die Europadirektwahlen nutzen wollten, um ihren Einfluß in der EG zu stärken und ihre Vormachtstellung zu sichern? Der Trick, den die BRD-Imperialisten dabei wählten, bestand darin, die Massen für die ,,europäische Demokratie" mobilisieren zu wollen.

Der Trick ist heimtückisch. Natürlich haben die Massen die europäischen Rivalitäten und Kriege übersatt. Vom ,,Kampf gegen den Erbfeind" hat immer nur die Bourgeoisie geschwärmt. Dennoch haben die Massen die EG nicht mit dem Zusammenschluß der Völker verwechselt. Über die EG setzen die Regierungen Maßnahmen durch, die sie allein nicht im Kreuz hätten. Niemals hätten die Regierungen der einzelnen EG-Länder jeweils allein jene Bauernlegerei durchsetzen können, die die EG in den letzten Jahren zustande brachte. Mehrwertsteuer und Mehrwertsteuererhöhung sind Maßnahmen der europäischen Harmonisierung, die ohne solchen Vorwand schwerer hätten durchgesetzt werden können. Die imperialistischen Energieprogramme kommen ebenfalls als Bestandteil einer europäischen Gemeinschaftsaufgabe daher. Noch jede Verschlechterung der Lebens- und Rechtslage der Arbeiterklasse und der Volksmassen hat ihre Rechtfertigung als europäische Harmonisierung gefunden. Und doch ist alles erst am Anfang und die Gegenwehr beträchtlich. Die Bourgeoisie braucht also eine moralische Instanz, die solche Harmonie verfügen kann. Daher ihr Bedürfnis nach einem direkt gewählten europäischen Parlament.

Wenn sich die Arbeiter und die westeuropäischen Völker zusammenschließen im Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung, dann haben sie als Gegner stets jene Kräfte, die die EG bilden: die westeuropäische Finanzbourgeoisie, die bürgerlichen Staats- und Regierungsapparate und die bürgerlichen Parteien. Wenn sich die westeuropäischen Stahlarbeiter gegen die kapitalistische Rationalisierung, gegen Lohndruck und Entlassungen zusammenschließen, können sie dann auf die Hilfe der EG-Kommission oder des Ministerrates rechnen? Im Gegenteil,

ten. Niemals hätten die Regierungen der einzelnen EG-Länder jeweils allein jene Bauernlegerei durchsetzen können, die die EG in den letzten Jahren zustande brachte. Mehrwertsteuer und Mehrwertsteuererhöhung sind Maßnahmen der europäischen Harmonisierung, die ohne solchen Vorwand schwerer hätten durchgesetzt werden können. Die imperialistischen Energieprogramme kommen ebenfalls als Bestandteil einer europäischen Gemeinschaftsaufgabe daher. Noch jede Verschlechterung der Lebens- und Rechtslage der Arbeiterklasse und der Volksmassen hat ihre Rechtfertigung als europäische Harmonisierung gefunden. Und doch ist alles erst am Anfang und die Gegenwehr beträchtlich. Die Bourgeoisie braucht also eine moralische Instanz, die solche Harmonie verfügen kann. Daher ihr Bedürfnis nach einem direkt gewählten europäischen Parlament.

Wenn sich die Arbeiter und die westeuropäischen Völker zusammenschließen im Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung, dann haben sie als Gegner stets jene Kräfte, die die EG bilden: die westeuropäische Finanzbourgeoisie, die bürgerlichen Staats- und Regierungsapparate und die bürgerlichen Parteien. Wenn sich die westeuropäischen Stahlarbeiter gegen die kapitalistische Rationalisierung, gegen Lohndruck und Entlassungen zusammenschließen, können sie dann auf die Hilfe der EG-Kommission oder des Ministerrates rechnen? Im Gegenteil,
im Davignonplan der EG-Kommission sind die Interessen der westeuropäischen Stahlkapitalisten gegenüber den westeuropäischen Stahlarbeitern aufeinander abgestimmt und in einem Plan zusammengefaßt. Vor einigen Wochen haben die britischen ,,Times"-Kapitalisten versucht, auf dem europäischen Kontinent eine Streikbruchausgabe drucken zu lassen. Die staatlichen Organe, auf denen die EG aufbaut, waren die Feinde der Arbeitersolidarität. Callaghan und die Thatcher sind in England über die Solidarität der westdeutschen Druckarbeiter hergezogen. In Westdeutschland hat der hessische Innenminister Gries die Aktion der Frankfurter Druckarbeiter verurteilt, und heute sind die Gerichte hinter dem Bezirksvorstand der IG-Druck her und ermitteln wegen Landfriedensbruch und Nötigung.

Die Bauern der EG-Länder konnten sich bloß in einem auf die EG-Organe verlassen: diese Organe sorgen dafür, daß die Bauern immer weniger werden, und versuchen, sie gegeneinander auszuspielen. Die gleichen Erfahrungen bei den Fischern.

Der Zusammenschluß der westeuropäischen Arbeiter und Bauern wächst. Aber er wächst gerade im Kampf gegen die westeuropäische Finanzbourgeoisie und ihre EG-Organe. Sowohl die Erfahrungen der Arbeiter und Bauern mit der EG wie auch die Erfahrungen der Arbeiter und Bauern mit dem Zusammenschluß gegen Ausbeutung und Unterdrückung haben in den ersten europäischen Direktwahlen ihren Niederschlag gefunden.

Die Wahlbeteiligung war schlecht. In allen EG-Ländern zusammen betrug die Wahlbeteiligung 65%. In Italien, Belgien und Luxemburg herrscht Wahlpflicht. Deshalb war dort die Wahlbeteiligung wesentlich höher als im Durchschnitt. In England hat die Wahlbeteiligung gerade 32% betragen, in Dänemark 47,2%, in den Niederlanden 58%, in Frankreich 60,8%, in Irland 63,6% und in der BRD 65,9%. Wenn man untersucht, welche Klassen die Beteiligung gedrückt haben, so zeigen die Stimmenrückgänge der reformistischen und revisionistischen bürgerlichen Arbeiterparteien, daß der Widerstand vor allem von den Arbeitern gekommen ist. Außerdem haben viele Bauern nicht gewählt. In der BRD ist dafür die geringe Wahlbeteiligung in Süddeutschland ein Zeichen, insgesamt aber die geringe Wahlbeteiligung in Dänemark, Frankreich und Irland. Für die Bundesrepublik belegt das auch der mit 3,2% vergleichsweise hohe Stimmenanteil der Grünen. Lakonisch, aber zutreffend stellt die ,,Welt" fest: ,,Grün wählt man eher in den Städten als auf dem Land, grün wählt man, wo der Dienstleistungsanteil hoch, der Arbeiteranteil niedrig, die Arbeitslosenquote gering und das Einkommen hoch ist." Es handelt sich um eine Bewegung unter den Mittelklassen, auf die sich auch die übrigen bürgerlichen Parteien in ihrer Europakampagne vor allem stützen. Die SPD hatte zwar versucht, die Gewerk-

schlag gefunden.

Die Wahlbeteiligung war schlecht. In allen EG-Ländern zusammen betrug die Wahlbeteiligung 65%. In Italien, Belgien und Luxemburg herrscht Wahlpflicht. Deshalb war dort die Wahlbeteiligung wesentlich höher als im Durchschnitt. In England hat die Wahlbeteiligung gerade 32% betragen, in Dänemark 47,2%, in den Niederlanden 58%, in Frankreich 60,8%, in Irland 63,6% und in der BRD 65,9%. Wenn man untersucht, welche Klassen die Beteiligung gedrückt haben, so zeigen die Stimmenrückgänge der reformistischen und revisionistischen bürgerlichen Arbeiterparteien, daß der Widerstand vor allem von den Arbeitern gekommen ist. Außerdem haben viele Bauern nicht gewählt. In der BRD ist dafür die geringe Wahlbeteiligung in Süddeutschland ein Zeichen, insgesamt aber die geringe Wahlbeteiligung in Dänemark, Frankreich und Irland. Für die Bundesrepublik belegt das auch der mit 3,2% vergleichsweise hohe Stimmenanteil der Grünen. Lakonisch, aber zutreffend stellt die ,,Welt" fest: ,,Grün wählt man eher in den Städten als auf dem Land, grün wählt man, wo der Dienstleistungsanteil hoch, der Arbeiteranteil niedrig, die Arbeitslosenquote gering und das Einkommen hoch ist." Es handelt sich um eine Bewegung unter den Mittelklassen, auf die sich auch die übrigen bürgerlichen Parteien in ihrer Europakampagne vor allem stützen. Die SPD hatte zwar versucht, die Gewerk-
schaftsbewegung vor ihren Karren zu spannen, indem sie, neben dem DGB-Vorsitzenden Vetter, mit Loderer und Hauenschildt die Vorsitzenden der größten Industriegewerkschaften auf ihre Liste setzte. Damit hatte sie jedoch keinen Erfolg. Vetter mußte eingestehen, daß es kaum gelungen sei, die Gewerkschaftsbewegung und die Industriearbeiter für die EG-Kampagne zu mobilisieren.

Bei den ersten Direktwahlen zur EG ist also herausgekommen, daß es einen Widerspruch gibt zwischen dem bürgerlichen Europagedanken und dem fortschreitenden internationalen Zusammenschluß der Arbeiter und Bauern in ihrem Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Es ist herausgekommen, daß dieser Widerspruch beträchtlichen Teilen der Arbeiterklasse und der Volksmassen bewußt ist. Man darf auch nicht vergessen, daß eine ganze Reihe der an den Wahlen beteiligten Parteien in ihrer Wahlkampagne eher gegen die EG aufgetreten sind als dafür. Das gilt für Dänemark, Großbritannien und Frankreich. Insofern ist es der westeuropäischen Finanzbourgeoisie mit den westdeutschen Bourgeois als Hauptverfechtern des Europagedankens an der Spitze kaum gelungen, für ihre arbeiterfeindlichen und gegen die arbeitenden Massen insgesamt gerichteten Pläne moralisch Druck zu machen. Von diesen Plänen werden sie deshalb kein Härchen abrücken.

Schon gibt es Versuche, die Tatsache, daß es überhaupt zu Direktwahlen gekommen ist, als den eigentlichen Sieg auszugeben. Eine solche Korrektur ist um so notwendiger, als die bürgerlichen Parteien den Wahlkampf die ganze Zeit mit folgenden Argumenten geführt haben: Es sei wahr, das ,,europäische Parlament" hätte fast überhaupt keine Rechte. Gerade deshalb käme es darauf an, in großer Zahl an den Direktwahlen teilzunehmen, um die Legitimation für das Parlament zu stärken und damit die Voraussetzungen für parlamentarische Machtentfaltung zu verbessern. Mit Hilfe des angeblich demokratischen Parlaments wollen sie Reaktion betreiben und insbesondere das Selbstbestimmungsrecht der kleineren europäischen Nationen einschränken. Nachdem ihnen die geringe Wahlbeteiligung einen Strich durch diese Rechnung gemacht hat, werten sie die Tatsache, daß es überhaupt ein direkt gewähltes EG-Parlament gibt, um so mehr auf. Dabei scheut sich die Bourgeoisie keineswegs, an den bürgerlichen Parteien wegen schlechter Wahlkampfführung herumzukritteln. Bloß darauf ginge die niedrige Wahlbeteiligung zurück. Unter der Überschrift ,,Ein Sieg für Europa" gab die ,,Süddeutsche Zeitung" die Linie aus: ,,Was immer man in diese Wahlen hineinliest oder herausinterpretiert – eines sollte zunächst gesagt werden: Die Wahlen sind vor allem ein Sieg für die europäische Idee, die keine Sache der Bürokraten in Brüssel oder der Politiker mehr ist, sondern ein Stück europäischer Wirklichkeit. Dies ist umso bemerkenswerter, als die Wahlredner wenig dazu beigetragen

Sieg auszugeben. Eine solche Korrektur ist um so notwendiger, als die bürgerlichen Parteien den Wahlkampf die ganze Zeit mit folgenden Argumenten geführt haben: Es sei wahr, das ,,europäische Parlament" hätte fast überhaupt keine Rechte. Gerade deshalb käme es darauf an, in großer Zahl an den Direktwahlen teilzunehmen, um die Legitimation für das Parlament zu stärken und damit die Voraussetzungen für parlamentarische Machtentfaltung zu verbessern. Mit Hilfe des angeblich demokratischen Parlaments wollen sie Reaktion betreiben und insbesondere das Selbstbestimmungsrecht der kleineren europäischen Nationen einschränken. Nachdem ihnen die geringe Wahlbeteiligung einen Strich durch diese Rechnung gemacht hat, werten sie die Tatsache, daß es überhaupt ein direkt gewähltes EG-Parlament gibt, um so mehr auf. Dabei scheut sich die Bourgeoisie keineswegs, an den bürgerlichen Parteien wegen schlechter Wahlkampfführung herumzukritteln. Bloß darauf ginge die niedrige Wahlbeteiligung zurück. Unter der Überschrift ,,Ein Sieg für Europa" gab die ,,Süddeutsche Zeitung" die Linie aus: ,,Was immer man in diese Wahlen hineinliest oder herausinterpretiert – eines sollte zunächst gesagt werden: Die Wahlen sind vor allem ein Sieg für die europäische Idee, die keine Sache der Bürokraten in Brüssel oder der Politiker mehr ist, sondern ein Stück europäischer Wirklichkeit. Dies ist umso bemerkenswerter, als die Wahlredner wenig dazu beigetragen
haben, ihren Wählern das Gefühl für diese Wirklichkeit zu vermitteln." Die ,,europäische Wirklichkeit" wird die Volksmassen teuer zu stehen kommen. Durch die Wahlschlappe allein will sich die Finanzbourgeoisie auf keinen Fall aus dem Konzept bringen lassen.

Die bürgerlichen Parteien und bürgerliche Presse zu den Europawahlen

(Auszüge aus: KVZ Spezialnachrichtendienste 01: Registerdienst)

Vor den Wahlen

Die britische Premierministerin Thatcher vor der Kundgebung ,,Jugend für Europa":
,,Der Kommunismus schläft nie. Er ändert nie seine Ziele, und wir dürfen unsere auch nicht ändern. Unsere erste Pflicht der Freiheit gegenüber ist, unsere zu verteidigen. Dann werden wir es vielleicht eines Tages schaffen, ein bißchen zu jenen Völkern zu exportieren, die ohne sie leben müssen. In der Zwischenzeit sollte niemand die unerschütterliche Entschlossenheit der Regierung, ihrer Majestät, falsch einschätzen, unsere Verteidigung zu stärken und unseren vollen Anteil bei der Verteidigung des freien Europa zu leisten." (2.6.79, BBC I, 22.35 h)

Steel, Parteivorsitzender der Liberalen, Britannien, 29.5.:
,,Wenn dieser Wahlkampagne Begeisterung und Enthusiasmus fehlt, dann ist das ausschließlich die Schuld der Labour-Partei und der Konservativen Partei. Und es müßte eigentlich ein aufregender Tag sein. Aber dieser Geist ist bisher der Kampagne in Britannien nicht gegeben worden." (GB, BBC I, 21.00 h)

BBC I, 6.6.79, 21.00 h:
,,Die Politiker haben ihre letzten Aufrufe abgegeben, in denen sie erklären, warum sie unsere Interessen in diesem ersten europäischen Parlament vertreten müßten. ... Das Hauptproblem bestand für die Parteien darin, die Leute zu bewegen, zu wählen."

Brandt auf der Abschlußkundgebung zu den Europawahlen in Köln am 8.6.:
,,Worauf kommt es wirklich an? Ich denke es kommt nicht darauf an, daß wir unbedingt am Sonntag als europäische Musterschüler aufspielen. Und doch ist es für das deutsche Ansehen und für den deutschen Einfluß nicht unerheblich, mit welchem Vertrauen ausgestattet unsere Abgeordneten in das Europäische Parlament gehen. Wer das Europa der Bürger will, muß auch dafür sein, daß viele Bürger ihren Abgeordneten tragen und ihn ausstatten mit hinreichendem Vertrauen, damit er dort in ihrem Interesse wirken kann." (ZDF v. 8.6.79)

Kohl im ZDF:
,,Wir alle, die Völker im freien Teil Europas, brauchen die Vereinigten Staaten von Europa. Aber es gibt kein Volk in Europa, das den Bau dieses neuen Europas so dringend benötigt wie wir, die Deutschen. ..." (ZDF v. 8.6.79)

Scheel ruft zu den Europawahlen auf:
,,Meine lieben Landsleute! Am Sonntag findet ein Ereignis statt, das es in der langen Geschichte Europas noch

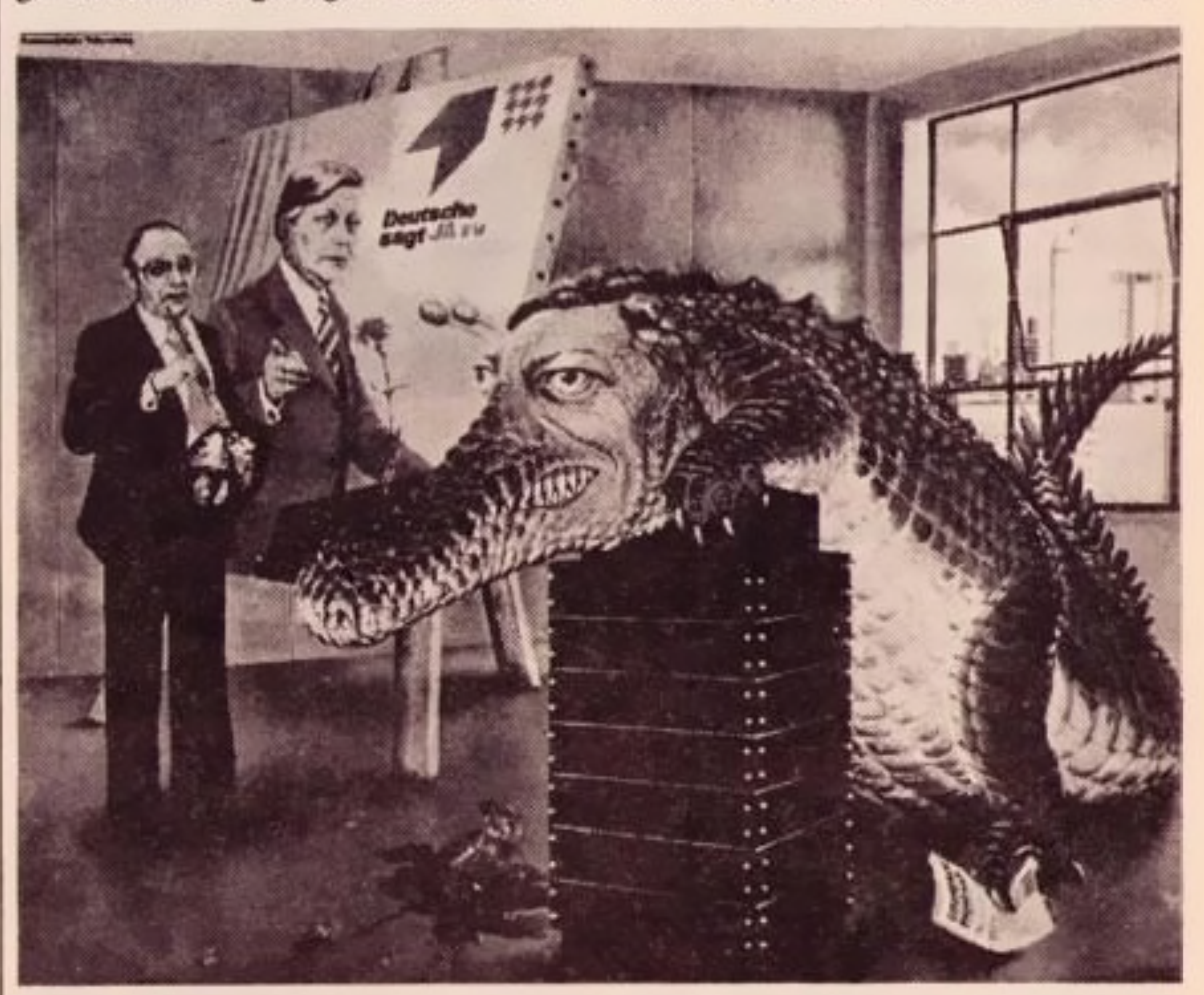
nie gegeben hat. Die Bürger von neun

BBC I, 6.6.79, 21.00 h:
,,Die Politiker haben ihre letzten Aufrufe abgegeben, in denen sie erklären, warum sie unsere Interessen in diesem ersten europäischen Parlament vertreten müßten. ... Das Hauptproblem bestand für die Parteien darin, die Leute zu bewegen, zu wählen."

Brandt auf der Abschlußkundgebung zu den Europawahlen in Köln am 8.6.:
,,Worauf kommt es wirklich an? Ich denke es kommt nicht darauf an, daß wir unbedingt am Sonntag als europäische Musterschüler aufspielen. Und doch ist es für das deutsche Ansehen und für den deutschen Einfluß nicht unerheblich, mit welchem Vertrauen ausgestattet unsere Abgeordneten in das Europäische Parlament gehen. Wer das Europa der Bürger will, muß auch dafür sein, daß viele Bürger ihren Abgeordneten tragen und ihn ausstatten mit hinreichendem Vertrauen, damit er dort in ihrem Interesse wirken kann." (ZDF v. 8.6.79)

Kohl im ZDF:
,,Wir alle, die Völker im freien Teil Europas, brauchen die Vereinigten Staaten von Europa. Aber es gibt kein Volk in Europa, das den Bau dieses neuen Europas so dringend benötigt wie wir, die Deutschen. ..." (ZDF v. 8.6.79)

Scheel ruft zu den Europawahlen auf:
,,Meine lieben Landsleute! Am Sonntag findet ein Ereignis statt, das es in der langen Geschichte Europas noch
nie gegeben hat. Die Bürger von neun europäischen Ländern wählen sich ihr Europäisches Parlament. Manche Bürger haben mich gefragt: Was kann ich



eigentlich bewirken, wenn ich mich an dieser Wahl beteilige? ... Da ist etwas dran, aber es ist nicht die ganze Wahrheit. ... Ich sehe in diesem tiefgreifenden Wandel etwas Einmaliges in der Geschichte. ... Meine lieben Landsleute, Sie haben es in der Hand, Männer und Frauen in das Europäische Parlament zu entsenden, die die Sache Europas vorwärtsbringen. Je mehr von Ihnen am Sonntag wählen, um so gewichtiger wird die Stimme des Europäischen Parlaments sein, um so deutlicher wird auch für die verantwortlichen Politiker der Wille der deutschen Bürger zur europäischen Einheit." (ZDF v. 7.6.79)

Berichterstattung über Wahlbeteiligung in anderen Ländern noch vor dem 10. Juni: Die Parteien sind an der niedrigen Wahlbeteiligung schuld

ZDF-Bericht aus London, 7.6.79:
,,Fast verzweifelt haben Fernsehen, Funk und Presse zur Bürgerpflicht der Stimmabgabe aufgerufen. Die Medien waren die Hauptinformationsträger dieses Wahlkampfes. Den britischen Europawahlbürger ließen die großen Parteien mit seiner Europawahlentscheidung ziemlich allein. ... Aber flach und lustlos ließen die großen Parteien, abgesehen vielleicht vom rührenden Europaeifer der Liberalen, diesen Wahlkampf für den Bürger auf den Straßen kaum spürbar ablaufen. Kein Wunder, wenn die Meinungsforscher für Großbritannien die niedrigste Wahlbeteiligung in allen Ländern der Gemeinschaft prophezeien. Bis zehn wird noch gewählt, bis dahin darf man vielleicht noch hoffen, daß diese betrübliche Voraussage doch nicht zutrifft." (ZDF v. 7.6.79)

Nach den Wahlen:

ZDF, Christian Stier und Peter Zwick berichten:
,,In zwei Stunden werden wir nun wissen, ob die französischen Wähler sich auch so europamüde verhalten haben wie manche ihrer Partner."

ZDF-Korrespondent zu Italien:
,,In den Jahren nach dem Zusammenbruch weckten Persönlichkeiten wie de Gasperie den Europagedanken, ja eine Begeisterung im Volk. Heute fehlt den Politikern die Vision. Es dürfte ihnen kaum gelungen sein, klar zu machen, daß das neue Europaparlament seine Legitimation und Effizienz letztlich nur durch hohe Wahlbeteiligung bekommen kann." (ZDF v. 10. und 11.6.79)

Premierminister Barre, Frankreich:
,,Ende gut, alles gut, in der Tat war die Beteiligung der Wähler an den gestrigen Wahlen ehrenwert, sowohl absolut wie relativ." (TFI, 11.6.79, 20.00 h)

Chirac, Gaullisten:
,,Sie wissen, daß, wenn man in einen Wahlkampf geht, man natürlich ein Maximum an Stimmen bekommen will. Aber in diesem besonderen Fall haben wir früh gesagt, daß es unser Ziel nicht war, ein Maximum an Stimmen zu gewinnen. Unser Ziel war, die eine Botschaft an das Land zu richten und es vor Gefahren zu warnen. ...

trifft." (ZDF v. 7.6.79)

Nach den Wahlen:

ZDF, Christian Stier und Peter Zwick berichten:
,,In zwei Stunden werden wir nun wissen, ob die französischen Wähler sich auch so europamüde verhalten haben wie manche ihrer Partner."

ZDF-Korrespondent zu Italien:
,,In den Jahren nach dem Zusammenbruch weckten Persönlichkeiten wie de Gasperie den Europagedanken, ja eine Begeisterung im Volk. Heute fehlt den Politikern die Vision. Es dürfte ihnen kaum gelungen sein, klar zu machen, daß das neue Europaparlament seine Legitimation und Effizienz letztlich nur durch hohe Wahlbeteiligung bekommen kann." (ZDF v. 10. und 11.6.79)

Premierminister Barre, Frankreich:
,,Ende gut, alles gut, in der Tat war die Beteiligung der Wähler an den gestrigen Wahlen ehrenwert, sowohl absolut wie relativ." (TFI, 11.6.79, 20.00 h)

Chirac, Gaullisten:
,,Sie wissen, daß, wenn man in einen Wahlkampf geht, man natürlich ein Maximum an Stimmen bekommen will. Aber in diesem besonderen Fall haben wir früh gesagt, daß es unser Ziel nicht war, ein Maximum an Stimmen zu gewinnen. Unser Ziel war, die eine Botschaft an das Land zu richten und es vor Gefahren zu warnen. ...

SPD-Bundesgeschäftsführer Bahr:
,,1961 hat Willy Brandt gesagt, der Himmel über der Ruhr muß wieder blau werden, und wir haben 1961 nichts dafür gewonnen. Wir sind aber bei unserer Sache geblieben. Das gilt für unser Europaprogramm auch. Man wird sehen, daß die 35-Stunden-Woche eines Tages kommen wird. Bin ich fest überzeugt, wenn wir das nicht verständlich gemacht haben beim ersten Mal, ist das kein Grund, nun das wegzustecken und zu sagen: Ha'm wir nicht geschafft." (ZDF v. 11.6.79)

,,Aktuelle Fragen" der Prawda

z.krk. ,,In der Sowjetunion rechnet man mit der westeuropäischen Integration als einer objektiven Realität. Das Entscheidende dabei ist – dieser Zusammenhang interessiert in der heutigen Etappe die sowjetische Öffentlichkeit – welche Positionen dieses Parlament zu den für die Länder wichtigsten Problemen einnimmt, nämlich zur Vertiefung der Entspannung, zur Festigung der internationalen Sicherheit und zur Einstellung des Wettrüstens. Und das wird selbstverständlich in großem Maße davon abhängen, wie das parteipolitische Kräfteverhältnis im Europaparlament sein wird." (Prawda, 24.5.79)

Als dann das ,,parteipolitische Kräfteverhältnis" feststand, hieß es: ,,Die Mehrheit der Sitze in der europäischen Versammlung wird von reaktionären Kräften besetzt ..." (Prawda, 12.6.). Von was denn sonst, möchte man fragen, aber auf Russisch soll das heißen: nicht von Revisionisten und nicht von Sozialdemokraten, was die Möglichkeit der Einflußnahme von innen heraus für die Sozialimperialisten schmälert. Traurig fürwahr. Reaktionär ist dementsprechend alles, was sich objektiv gegen die Supermächte richtet: ,,Gewisse Abgeordnete, besonders vom konservativen Flügel, wirken eifrig an verschiedenen antisowjetischen Kampagnen mit. In diesem Zusammenhang fällt auf, daß führende EG-Politiker ... für umfassende wirtschaftliche und politische Beziehungen zu China eintreten." (Neue Zeit, 21.5.)

Ansonsten geben sich die Sozialimperialisten gelassen und setzen auf die Konkurrenz innerhalb der EG. Sie versuchen zu spalten, wo es nur geht, und vor allem die BRD als stärkste Macht zu isolieren. ,,... Einige treten auf gegen die Verleihung von supranationalen Befugnissen an das Europaparlament sowie an andere Organe der EG. Andere, wie z. B. die BRD, verfechten im Gegenteil die bedeutende Erweiterung ihrer Befugnisse zum Vorteil der stärksten westdeutschen Monopole." Dagegen unterstützen sie den Chauvinismus der französischen Revisionisten: ,,Die Kommunisten treten auf gegen die Ideen der Verwandlung der EG in eine supranationale Instanz, die die Interessen der westeuropäischen Völker manipulieren würde, im Interesse des Großkapitals." (Prawda, 24.5.)

In den Zusammenhang gehört auch der sowjetische Protest wegen der Einbeziehung Westberlins in die Europa-Wahlen, wobei diesmal die anderen EG-Räuber mit zu den Adressaten gehören. Dazu der Sender ,,Frieden und Fortschritt", zitiert vom Fernsehen der DDR: ,,Die Bedeutung des Vier-Mächte-Abkommens bestehe darin – wird betont – daß in ihm die genau ausgeglichene Balance der Interessen der Seiten widerspiegelt wird. Eine Einbeziehung Westberlins in die westeuropäische Integration würde einen Versuch darstellen, diese Balance zu stören und die im Abkommen fixierten Bestimmungen zu revidieren. ... Die Sowjetunion werde sich genötigt sehen, Maßnahmen zur Gewährleistung ihrer Interessen und zur Gewährleistung des normalen Funktionierens des Abkommens zu treffen."

z.her. **Im Einzelhandel Niedersachsen ist das Scheitern der Verhandlungen nach der dritten Sitzung mit den Handelskapitalisten von der Gewerkschaft erklärt worden.** Die HBV hatte zu den Verhandlungen am 13. Juni ein 100-DM-Flugblatt verteilt – darunter würde nicht abgeschlossen. Die Kapitalisten hatten um eine DM ihr letztes Angebot „verbessert". Für die mittleren Berufsjahre in den Gehaltsgruppen I und II sind sie bei 50 DM geblieben. Die Kampftätigkeit der Belegschaften habe ihnen noch keine *wesentlichen* Umsatzeinbußen verursacht. Mit Drohungen versuchen die Kaufhauskapitalisten die Belegschaften einzuschüchtern, um weitere Kurzstreiks zu verhindern. Wegen dieser Streiks wollen sie einen *Null-Monat* Mai einführen. Der Tarifvertrag ist Ende April ausgelaufen. Die Durchführung von Urabstimmung für Streik erwarten jetzt die Beschäftigten von ihrer Gewerkschaft.

z.her. **Der Internationale Metallgewerkschaftsbund hat am Dienstag, den 12. Juni einen Weltautomobilausschuß gegen die Ausbeutungstätigkeit des VW Konzerns gegründet.** Die rund 100 Gewerkschaftsvertreter aus der BRD, den USA, aus Belgien, Brasilien und Südafrika erklärten in einer Resolution, daß sie zukünftig in allen Fragen des Lohnes und der Arbeitsbedingungen eng gegen die Konzernleitung und für starke Gewerkschaften zusammenarbeiten wollen. Die IG Metall kündigte an, daß sie, falls erforderlich, die Kämpfe in ausländischen VW-Werken auch mit Kampfmaßnahmen in der Bundesrepublik unterstützen wird. Insbesondere nahmen die Gewerkschaftsvertreter gegen die Kollaboration der Konzernleitung in Brasilien mit der dortigen Militärpolizei Stellung. Dort hatten die VW-Kapitalisten erst kürzlich, im Mai, die seit März andauernden Streiks der Arbeiter für mehr Lohn durch Militärpolizei auf dem Werksgelände niederzuschlagen versucht. In Wolfsburg erklärte die VW-Konzernleitung jetzt dreist, die Militärpolizei sei lediglich zur Verpflegung auf das Werksgelände gekommen. Außerdem sei der Einsatz vom zuständigen Gouverneur und nicht von VW veranlaßt worden. Soweit ist man also noch nicht, daß man einen solchen Einsatz von sich aus auslösen kann, hört man dabei heraus. – In USA, New Stanton, streiken gegenwärtig erneut 1600 Arbeiter. Seit Gründung dieses VW-Montagewerkes im September 1978 der sechste Streik. VW will die Pausenregelung verschlechtern, um die Produktion des Golfmodells auf 800 Fahrzeuge pro Tag zu bringen. Wegen der steigenden Bezinpreise sei in den USA die Nachfrage nach kleineren Autos kräftig gestiegen. Um den Streik verbieten zu lassen, hatte man sich eine einstweilige Verfügung gegen die Arbeiter von einem US-Gericht besorgt. Die 1600 Arbeiter setzen ihren Streik weiter fort.

z.her. **IGM-Frauenkonferenz verurteilt Teilzeitarbeit.** Der Konferenz, die am 8. und 9. Juni in Augsburg stattfand,

Bundesrepublik unterstützen wird. Insbesondere nahmen die Gewerkschaftsvertreter gegen die Kollaboration der Konzernleitung in Brasilien mit der dortigen Militärpolizei Stellung. Dort hatten die VW-Kapitalisten erst kürzlich, im Mai, die seit März andauernden Streiks der Arbeiter für mehr Lohn durch Militärpolizei auf dem Werksgelände niederzuschlagen versucht. In Wolfsburg erklärte die VW-Konzernleitung jetzt dreist, die Militärpolizei sei lediglich zur Verpflegung auf das Werksgelände gekommen. Außerdem sei der Einsatz vom zuständigen Gouverneur und nicht von VW veranlaßt worden. Soweit ist man also noch nicht, daß man einen solchen Einsatz von sich aus auslösen kann, hört man dabei heraus. – In USA, New Stanton, streiken gegenwärtig erneut 1600 Arbeiter. Seit Gründung dieses VW-Montagewerkes im September 1978 der sechste Streik. VW will die Pausenregelung verschlechtern, um die Produktion des Golfmodells auf 800 Fahrzeuge pro Tag zu bringen. Wegen der steigenden Bezinpreise sei in den USA die Nachfrage nach kleineren Autos kräftig gestiegen. Um den Streik verbieten zu lassen, hatte man sich eine einstweilige Verfügung gegen die Arbeiter von einem US-Gericht besorgt. Die 1600 Arbeiter setzen ihren Streik weiter fort.

z.her. **IGM-Frauenkonferenz verurteilt Teilzeitarbeit.** Der Konferenz, die am 8. und 9. Juni in Augsburg stattfand,
lagen zahlreiche Anträge gegen die Pläne von Kapitalisten und Regierung zur Ausweitung der Teilzeitarbeit vor. „Wir brauchen eine Arbeitszeitverkürzung für *alle* bei vollem Lohnausgleich. Außerdem schaffen die Kollegen in den Betrieben in zweimal vier Stunden mehr als einer in acht, weil sie nicht so abgearbeitet sind. Dadurch verschärft sich dann der Druck für die Vollzeitler." So IGM-Vorstandsmitglied Ursula Ibler nach der Konferenz gegenüber der bürgerlichen Presse. – „Oft wird argumentiert, daß Schutzbestimmungen wie das Nachtarbeitsverbot heute zum *Schaden* für Frauen ausschlagen, weil sie ihnen bestimmte Arbeitsplätze versperren." Auf diese unverschämte Frage der bürgerlichen Journalisten gab Ursula Ibler die passende Antwort. Sie sprach sich für Verbot der Nachtarbeit für Arbeiterinnen wie für Arbeiter aus, weil „Nachtarbeit ist *schädlich* für Frauen und für Männer."

z.hev. **Nach dem 5. Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes werden die Arbeiter und Angestellten der „Binnenfischerei einschließlich Teichwirtschaft, der See- und Binnenschiffahrt" in die Regelungen über Kurzarbeit einbezogen.** Sie waren bisher ausdrücklich davon ausgenommen (§ 63). Siegfried Merten, stellvertretender Vorsitzender der ÖTV, hatte nach einer Meldung im ÖTV-Magazin vom Mai 1979 in einem Brief an Arbeitsminister Ehrenberg „Kurzarbeitergeld auch für Seeleute" gefordert, dies als Beendigung der Diskriminierung der Seeleute hingestellt und für Situationen angepriesen, wo „Schiffe bei Eis oder weil die Fangquoten in der Hochseeschifferei ausgeschöpft seien, nicht auslaufen könnten". „Dem üblichen Wetterablauf entsprechende witterungsbedingte Gründe" fallen aber gerade nicht unter die Kurzarbeitsregelungen, sondern nur solche, die „auf wirtschaftlichen Ursachen einschließlich betrieblicher Strukturveränderungen oder auf einem unabwendbaren Ereignis beruhen", und dann auch nur, wenn die Kurzarbeit von den Kapitalisten für mindestens 4 Wochen angemeldet worden ist. „Unabwendbare Ereignisse" sind Schwierigkeiten der Kapitalisten im Konkurrenzkampf, in denen sie sich dann einen Großteil des Lohns aus den Kassen der Arbeitslosenversicherung zahlen lassen können, solange, bis die Kasse wieder stimmt. Die Seeleute werden sich also jetzt umso aufmerksamer auf einige „unabwendbare Ereignisse" vorbereiten müssen.

z.hku. **Einen Tag, bevor Wojtyla seine Reise nach Polen antrat, wurde in Westdeutschland der Abschluß eines neuen Kupfer-Lieferabkommens bekannt.** Über die „Impexmetal" hat sich die VR Polen verpflichtet, von 1979 – 1990 jährlich 40000 t Elektrolyt-Kupfer an die Metallgesellschaft, Siemens, Kabelmetall und die Norddeutsche Affinerie zu liefern. 1976 war



schon ein Vertrag über die Lieferung von 480000 t bis 1988 geschlossen worden; er war verknüpft mit einem Kredit von 300 Mio. DM für den weiteren Aufbau der polnischen Kupferhütten und -minen. Ein Kredit in mindestens gleicher Höhe soll auch dem neuen Lieferabkommen folgen. Geliefert wird nach den jeweiligen Preisen der Londoner Rohstoffbörse; noch im Dezember 1978 hatte „Impexmetal" sich bei einem ähnlichen Geschäft mit einem belgischen Konzern öffentlich Hoffnungen auf einen Preisaufschlag wegen der guten Qualität der Ware gemacht. – Die westdeutschen Imperialisten werden ab 1980 mit 100000 t etwa ein Achtel ihrer Kupferimporte aus der VR Polen beziehen; das ist fast die Hälfte des polnischen Exports. Die Kupferindustrie Polens ist noch jung, die Vorkommen wurden erst 1959 entdeckt und die Produktion 1968 aufgenommen. Heute ist Polen siebtgrößter Produzent der Welt. Der Aufbau der Minen und der Hütten in Glogow (Bild) und Legnica wurde in der



schon ein Vertrag über die Lieferung von 480000 t bis 1988 geschlossen worden; er war verknüpft mit einem Kredit von 300 Mio. DM für den weiteren Aufbau der polnischen Kupferhütten und -minen. Ein Kredit in mindestens gleicher Höhe soll auch dem neuen Lieferabkommen folgen. Geliefert wird nach den jeweiligen Preisen der Londoner Rohstoffbörse; noch im Dezember 1978 hatte „Impexmetal" sich bei einem ähnlichen Geschäft mit einem belgischen Konzern öffentlich Hoffnungen auf einen Preisaufschlag wegen der guten Qualität der Ware gemacht. – Die westdeutschen Imperialisten werden ab 1980 mit 100000 t etwa ein Achtel ihrer Kupferimporte aus der VR Polen beziehen; das ist fast die Hälfte des polnischen Exports. Die Kupferindustrie Polens ist noch jung, die Vorkommen wurden erst 1959 entdeckt und die Produktion 1968 aufgenommen. Heute ist Polen siebtgrößter Produzent der Welt. Der Aufbau der Minen und der Hütten in Glogow (Bild) und Legnica wurde in der
Hauptsache mit ausländischen Krediten finanziert, die mit Kupferlieferungen beglichen werden mußten. Wurden 1970 72000 t Kupfer produziert und 24,7% davon exportiert, so gingen 1978 von den 330000 t 52,1% in den Export. Die polnische Kabelindustrie bleibt dagegen wegen Rohstoffengpässen hinter den Erfordernissen zurück. – Nach der Sowjetunion und der DDR ist Westdeutschland der wichtigste Handelspartner Polens; der Umsatz mit Frankreich erreicht gerade die Hälfte. Seit 1971 hat die VR Polen in der BRD dabei weit mehr gekauft, als es selbst verkaufen konnte; das Defizit war teilweise größer als der gesamte polnische Export. Weil die Schuldenlast so immer unerträglicher wurde, hat Polen die Importe aus der BRD seit 2 Jahren gedrosselt und seine Exporte zu steigern versucht. Die polnische Regierung hat gegenüber der BRD immer wieder auf die Beseitigung der Handelsschranken für seine *Industrie*erzeugnisse gedrungen, weil die Rohstoffe im eigenen Land gebraucht werden. Ohne Erfolg. Mit dem neuen Kupferabkommen beschreiten die BRD-Imperialisten den Weg einer neuen Exportoffensive, die nicht mehr nur durch Kredite, sondern durch billige *Rohstoff*importe gedeckt ist. In der polnischen Ökonomie werden die Widersprüche wachsen.

z.gih. **Der ehemalige nordrhein-westfälische Ministerpräsident Kühn (SPD) und jetziges Mitglied des Europaparlaments will einen „europäischen Arbeitsdienst" für jugendliche Arbeitslose und Wehrdienstverweigerer einrichten.** Die EG-Kommission hat die Richtung angegeben: „Mit Hilfe der EG soll jungen Arbeitnehmern das Kennenlernen der anderen EG-Länder und ihrer Arbeitswelt erleichtert werden. Die EG-Kommission hat jetzt ein zweites Austauschprogramm für junge Arbeitskräfte zwischen 16 und 28 Jahren vorgeschlagen." Bereitgestellt werden aus dem EG-Haushalt für dieses Programm im Jahr 1979 1,6 Mio., 1980 3,2 Mio. und im Jahr 1981 4,8 Mio. Nur 1500 Jugendliche haben sich in den Jahren 1964 bis 1978 dieser europäischen Ausbeutung unterworfen. Das soll nach dem Vorschlag Kühn anders werden. 2 Millionen jugendliche Arbeitskräfte werden z.Zt. in der EG nicht ausgebeutet. In Westdeutschland waren es im Jahresdurchschnitt 1978 88699 arbeitslos gemeldete Jugendliche. Nach dem Vorschlag Kühns stehen für je ein halbes Jahr ca. 1,9 Mio. jugendliche Arbeitskräfte zusätzlich rechtlos und kostenlos zur Verfügung. Seine Euro-Kollegen Vetter und Wieczorek-Zeul leisten ihm dabei Schützenhilfe. Vetter forderte auf der Jugendkonferenz des EGB in Wien „staatliche Programme" für jugendliche Arbeitslose und Wieczorek-Zeul steht an der Spitze des Europäischen Koordinierungsbüros für das zweite Programm zum „Austausch junger Arbeitnehmer".

z.joh. **Etwa 50 Gefangene der Roten Armee Fraktion und der Bewegung 2. Juni befinden sich derzeit im Hungerstreik.** Sie setzen damit Druck hinter die Forderung nach Abschaffung der Spezialzellen und Isolationsbunker, nach Zusammenfassung der Gefangenen in größeren Gruppen, um die totale Isolation zu durchbrechen, nach Aufhebung der Informationsbeschränkungen und Beseitigung der Trennscheiben bei Besuchern, nach Zulassung von Ärzten des Vertrauens und nach Freilassung von Günter Sonnenberg, der infolge seiner Kopfverletzung haftunfähig ist. Mit dem Hungerstreik führen sie den Kampf gegen Haftbedingungen, die darauf abzielen, sie moralisch zu zerbrechen oder physisch zu vernichten und so für den bürgerlichen Staat unschädlich zu machen. Die Staatsmacht hat eine absolute Nachrichtensperre verhängt. In der bürgerlichen Presse finden sich allenfalls versteckte Hinweise auf den Hungerstreik oder eine kleine Meldung. Die politische Zersplitterung der Gefangenen tut ein übriges, die Sache klein zu halten. Dennoch ist die Staatsmacht zum Manövrieren gezwungen. Einigen Häftlingen wurden Zugeständnisse gemacht. Einige haben daraufhin abgebrochen. Die Beteiligung hat aber gegenüber der Woche davor zugenommen.

z.ulo. **Mit der Behauptung, es sei eine Waffe im Gefängnis, sollte den Gefangenen der Justizvollzugsanstalt Hof der gemeinsame Umschluß am Samstagnachmittag verboten werden.** Die Gefangenen haben ein einstündiges

Folgen des letzten Stahlabschlusses sind unerträglich

Betriebsversammlung Klöckner Bremen berät Lohnkampf

r.jom. Im letzten Winter ist der Tarifkampf mit 4 % mehr Lohn zu Ende gegangen. Die Kapitalisten bringt das seither zu einem verhaltenen Jauchzen über die paradiesischen Ausbeutungsbedingungen, spekulierend, daß das so weitergeht. In den Arbeiterhaushalten steigt hingegen der Druck und es gibt überhaupt keinen Spielraum mehr. Etwa Teile des Lohns später ausgezahlt zu kriegen. Das zeigt sich z. B. an der Unruhe um den Monatslohn: 174 Stunden bekommt man ausgezahlt, ob der Monat 160 oder 200 Arbeitsstunden hat. Ausgeglichen wird das innerhalb eines Jahres. Oder es zeigt sich an den Berichten des Betriebsrats über das Anschwellen der Lohneinsprüche. Es laufen soviele Einsprüche über nicht angerechnete Punkte, daß man Monate warten muß, bis ein Einspruch behandelt wird.

Der Lohn ist so niedrig, daß die Kapitalisten die Überstunden im Monat Mai auf über 30000 getrieben haben. Im LD-Stahlwerk ist die angegebene Höchstleistung von 17 Chargen pro Schicht erreicht worden. Im Mai wurden 280000 t Stahl produziert, im August sollen es 290000 t werden. Betriebsführer Habbich äußerte sich zufrieden auf der Betriebsversammlung. Diese Schinderei kostete schon 3 Todesopfer in diesem Jahr, die Zahl der Dauerkranken erhöhte sich auf 80. Trotzdem ein Kranelektriker von einem Kran erfaßt wurde, weigert sich die Betriebsführung weiterhin auf die Forderung der Kranelektriker einzugehen, Reparaturen nur noch zu zweit durchzuführen. Stattdessen lassen sie überfallartige Razzien auf die Busse durchführen um die Taschen nach Alkohol zu kontrollieren.

Im Kaltwalzwerk gehen 20 % der Bleche für die Automobilindustrie raus. Damit Klöckner mit der 13 Jahre alten Beize konkurrenzfähig bleibt, wurde für sonntags eine Spätschicht durchgesetzt. Vorher wurden zu der Zeit nur Reparaturen durchgeführt und die Produktionsarbeiter waren gar nicht da. Weil zwischen den Schichten 11 Stunden Ruhe vorgeschrieben ist, mußte ein Teil der Produktionsarbeiter nach der zusätzlichen Sonntags-Spätschicht bis 22 Uhr am Montag um 9 Uhr statt um 6 Uhr wieder arbeiten, andere überbrückten die Zeit von 6 Uhr bis 9 Uhr.

Die Kapitalisten konnten die Lohnbewegung der Arbeiter nur dadurch spalten, daß sie einzelnen Arbeitern Zugeständnisse machten. Im Kaltwalzwerk z. B. wurde der Kampf für die langgeforderten 50 Pfennige mit der Anhebung der Lohngruppe 4 in Lohngruppe 5 beantwortet. Alle anderen sind leer ausgegangen. Diejenigen, die am 1. Mai Nachtschicht hatten, hatten montags frei, bekamen 100 % bezahlt und die Feiertagsnachtschicht mit 150 %. Wer Spätschicht hatte, mußte Montags arbeiten für 100 % und hatte dienstags frei für 100 %.

Das Ergebnis einer Untersuchung der Lohnverteilung der Arbeiter (ohne Meister) auf der Hütte Bremen wurde auf der Betriebsversammlung vorgetragen. Die Lohnspanne geht auf der Hütte Bremen von 1200 bis 3100 DM brutto. Mit jedem Prozentabschluß ist sie breiter geworden und wieder ist ein Teil mehr auf die Seite derer gedrückt worden, die weniger haben, als das, womit man gerade noch lang käme. Man muß sich darauf konzentrieren, daß der nächste Tarifabschluß gegenteilige Tendenz hat. Es muß eine hohe Forderung für alle durchgesetz werden. Auf der Betriebsversammlung der Hütte Bremen wurde 8% / 170 DM mindestens vorgeschlagen.

Vom Betriebsrat kamen Vorschläge, was man jetzt als Lohnerhöhung durchsetzen kann. Eine Minderheit schlug vor, 50 Pfennig außertarifliche Zulagen als Ausgleich zu den Löhnen in Nordrhein-Westfahlen. Die Mehrheit forderte eine einheitliche Prämie, bestehend aus 1,50 DM als festem Bestandteil (höchste Prämie bisher 1,60 DM) und einem variablem Bestandteil, der sich nach der Produktion im Warmwalzwerk richten soll, weil alle anderen Produktionen bis fast an die Grenzen ausgelastet sind.

Einigen wird man sich nur können in der Vorbereitung des kommenden Lohnkampfes. Einigen muß man sich auf eine hohe Festgeldforderung. Eine innerbetriebliche Lohnerhöhung als Abschlag auf diesen Lohnkampf wird gut sein, kann man ihn jetzt durchsetzen.

Bekleidungsindustrie: Der Akkord drückt und drückt, der Zeitlohn hilft mit spalten

r.acm. Bekleidungsindustrie. In der Näherei Radom arbeiten 15 Frauen. 3 arbeiten im Zeitlohn, 4 sind Teilzeitarbeiterinnen im Akkord und 8 arbeiten im Akkordlohn.

Als Bernhard Radom vor ca. 15 Jahren seine Näherei in Greven aufgemacht hatte, hatte er die Maschinen von anderen Kapitalisten übernommen. Sie stehen noch heute da. Das Nähen von Kleidern ist und bleibt eine Frage der Geschicklichkeit der Arbeiterinnen. Diese Geschicklichkeit galt es intensiv zu nutzen. Das richtige Mittel dazu ist die Akkordarbeit, der Stücklohn.

Bei Radom ist es so, daß ungefähr 4 bis 5 mal im Jahr ein Stopper vorbeikommt. Er läßt sich dann, von den Arbeiterinnen, die die höchste Intensität haben, die entsprechenden Teile vorarbeiten und setzt deren Durchschnitt als Standard. Fertigung von Berufskleidung wird in den Lohngruppen III (Akkordrichtsatz 7,18 DM) und IV (Akkordrichtsatz 7,43 DM) eingestuft. Je nach Arbeitsgang wird der Akkord-

Im Schaubild ist die Lohnverteilung der Näherei Radom aufgezeichnet. Schraffiert ist die effektive Lohnverteilung, schwarz die Verteilung der Tariflöhne. Man erkennt deutlich, daß der niedrige Tariflohn, und Radom zahlt Zeitlöhnern gerade Tariflohn, zur Akkordarbeit zwingt. Ohne Akkord würde keine der Frauen über 1500 DM brutto im Monat verdienen. Der schwarze Balken am linken Rand des Schaubildes, das sind die Teilzeitarbeiterinnen. Daß sie beim Effektivlohn bei ungefähr 1400 DM mit den Zeitlöhnerinnen gleichliegen, obwohl sie pro Tag 2 Stunden weniger arbeiten, liegt an der Intensität ihrer Arbeit, die bei kürzerem Arbeitstag natürlich höher ist.

Trotzdem ein Kranelektriker von einem Kran erfaßt wurde, weigert sich die Betriebsführung weiterhin auf die Forderung der Kranelektriker einzuge-

Montags arbeiten für 100 % und hatte dienstags frei für 100 %.

Das Ergebnis einer Untersuchung der Lohnverteilung der Arbeiter (ohne

innerbetriebliche Lohnerhöhung als Abschlag auf diesen Lohnkampf wird gut sein, kann man ihn jetzt durchsetzen.

Bekleidungsindustrie: Der Akkord drückt und drückt, der Zeitlohn hilft mit spalten

r.acm. Bekleidungsindustrie. In der Näherei Radom arbeiten 15 Frauen. 3 arbeiten im Zeitlohn, 4 sind Teilzeitarbeiterinnen im Akkord und 8 arbeiten im Akkordlohn.

Als Bernhard Radom vor ca. 15 Jahren seine Näherei in Greven aufgemacht hatte, hatte er die Maschinen von anderen Kapitalisten übernommen. Sie stehen noch heute da. Das Nähen von Kleidern ist und bleibt eine Frage der Geschicklichkeit der Arbeiterinnen. Diese Geschicklichkeit galt es intensiv zu nutzen. Das richtige Mittel dazu ist die Akkordarbeit, der Stücklohn.

Bei Radom ist es so, daß ungefähr 4 bis 5 mal im Jahr ein Stopper vorbeikommt. Er läßt sich dann, von den Arbeiterinnen, die die höchste Intensität haben, die entsprechenden Teile vorarbeiten und setzt deren Durchschnitt als Standard. Fertigung von Berufskleidung wird in den Lohngruppen III (Akkordrichtsatz 7,18 DM) und IV (Akkordrichtsatz 7,43 DM) eingestuft. Je nach Arbeitsgang wird der Akkord-

Im Schaubild ist die Lohnverteilung der Näherei Radom aufgezeichnet. Schraffiert ist die effektive Lohnverteilung, schwarz die Verteilung der Tariflöhne. Man erkennt deutlich, daß der niedrige Tariflohn, und Radom zahlt Zeitlöhnern gerade Tariflohn, zur Akkordarbeit zwingt. Ohne Akkord würde keine der Frauen über 1500 DM brutto im Monat verdienen. Der schwarze Balken am linken Rand des Schaubildes, das sind die Teilzeitarbeiterinnen. Daß sie beim Effektivlohn bei ungefähr 1400 DM mit den Zeitlöhnerinnen gleichliegen, obwohl sie pro Tag 2 Stunden weniger arbeiten, liegt an der Intensität ihrer Arbeit, die bei kürzerem Arbeitstag natürlich höher ist.

richtsatz durch 60 geteilt und dann mit der Vorgabezeit malgenommen, was den Geldbetrag für den Arbeitsgang ergibt. Jetzt scheint es nur noch von der Schnelligkeit der Näherin abzuhängen, was sie verdient. Dem ist aber nicht so, denn folgende Sachen werden in den Akkord nicht eingerechnet:

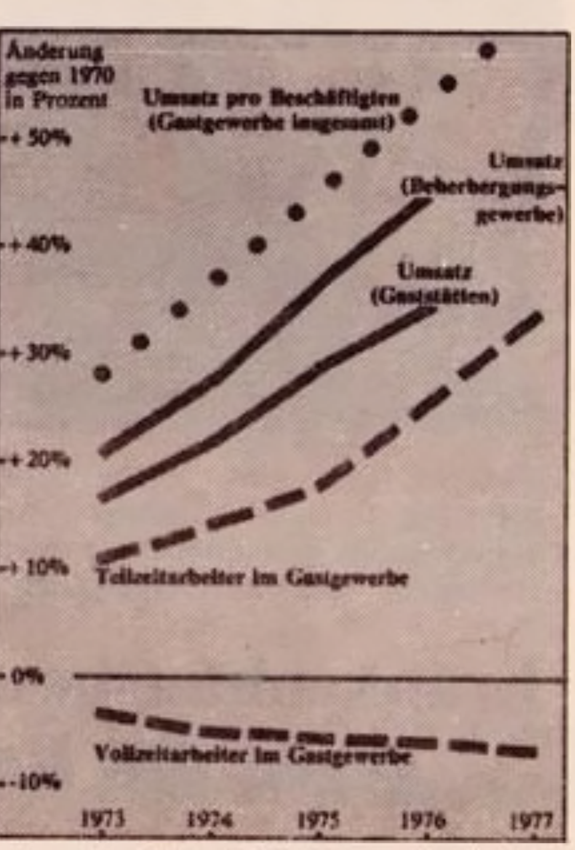
Verschiedene Konfektionsgrößen haben verschieden lange Nähte, Web- und Zuschnittfehler müssen nachgenäht werden, Umfädeln, Garn reißen, Teile holen, bei alten Maschinen muß ein kleinerer Stich eingestellt werden, so daß das Nähen länger dauert, Nähfehler müssen wieder aufgetrennt und repariert werden. Passieren solche Dinge häufiger, so kommt es vor, daß wie bei Radom im letzten Monat eine Akkordnäherin gerade 7 DM die Stunde verdient hat. Der niedrige Lohn führt dazu, daß die Frauen sogar die Pausen durcharbeiten, bei Radom machen das vier Frauen regelmäßig. Krämpfe, Verspannungen der Muskeln, Kopf- und Gesäßschmerzen, Sehverschlechterungen sind tägliche Erscheinungen der Akkordarbeit.

Die Zeitlöhnerinnen will Radom bei der Auszahlung der diesjährigen Lohnerhöhung von 4,1% noch weiter drücken. Nach Tarifvertrag müßten sie die Erhöhungen von 29 und 30 Pfennigen bekommen. Er will aber mit Hinweis auf seine übertarifliche Bezahlung, bei 7,25 und 8,50 DM Stundenlohn, 6 oder 5 Pfennige verrechnen. Wirken kann das nur bei der enormen Spaltung der Arbeiterinnen untereinander, wie noch einmal zwischen Akkord- und den anderen Arbeiterinnen, wie die Lohnverteilung zeigt. Die im neuen Manteltarifvertrag durchgesetzten Kurzpausen für Akkordlerinnen reichen vorne und hinten nicht. Das Verbot der Akkordarbeit ist notwendig.

Überarbeit im Hotel- und Gaststättengewerbe

Die Saison läuft an – Zum 30. September steht die Kündigung des Manteltarifvertrages an

r.cmd. Jetzt, zum Sommer, suchen die Gastronomiekapitalisten wieder Serviererinnen, Köche, Zimmermädchen. Nach dem Lohntarif verdienen angelernte Köche und Bedienungspersonal im 1. Jahr bei 182 Monatsstunden 897 DM, bei 195 Stunden 977 DM und bei 221 Stunden bis 1150 DM. In Wirklichkeit geht die Lohnschere aber von 5 DM die Stunde bis 1800 DM brutto im Monat. – Kein Arbeiter in der Gastronomie hat den 8-Stundentag. Was sich die Arbeiterklasse hart erkämpft hat, gibt es hier nicht. Es gibt weder 173 Monatsstunden noch zwei freie Tage die Woche. Hätte ein Koch 2 Tage frei, müßte er nach den im § 4,1 Manteltarif (MT) festgelegten, oben erwähnten Monatsstunden an den restlichen 5 Wochentagen 9,1 (bei 182 Stunden), 9,75 (195) oder 11,05 (bei 221 Stunden) am Tag arbeiten. Dazu eine Stunde Mittag und der 12-Stundentag ist erreicht. Das ist die Praxis, deren Grundlage der niedrige Lohn ist. Der Manteltarif bildet dagegen keine Schranke, denn nach ihm darf ,,eine tägliche 10-stündige Arbeitszeit ...nicht überschritten werden“; nach ihm soll sich auch ,,die Arbeitszeit nach Betriebserfordernissen richten“ (§ 4,1). Letzteres ist auf die Saison gemünzt. In ihrem Interesse, die Arbeiter billig einsaugen zu können, wenn viel Profit zu machen ist, und wenn er niedrig ist, wieder abstoßen zu können, sind die Kapitalisten mit der Durchlöcherung und Ausnutzung aller Schwächen des Manteltarifs ein ganzes Stück weit gekommen. ,,Einmal im Monat soll der Ruhetag auf einen Sonntag fallen. Bei ...Saisonbetrieben und Ausflugslokalen bleibt es einer betrieblichen Regelung überlassen.“ (§ 4,3) Während der Saison wird die Arbeitskraft über alle Maßen ausgesaugt, um sie dann im Winterhalbjahr wieder abzustoßen. Der MT stützt diesen Vorgang genau ab. Cuxhaven ist Luftkurort. ,,Die während der Hauptkurzeit in Kur- und Badeorten zu gewährenden Ruhetage können nach Vereinbarung am Schluß der Kurzeit zusammenhängend abgegolten werden.“ (§ 4,3) Aufgrund der Teilzeit-und Saisonarbeit gibt es in den seltensten Fällen eine Betriebsvertretung und die Kapitalisten haben leichtes Spiel. Die Lehrlinge sind bei alledem eingeschlossen, obwohl für sie als einzige die 176 Stunden pro Monat als Maximum vorgeschrieben sind. Die Kapitalisten verlangen von ihnen dann einfach, daß sie gegenüber der Berufsschule nur 40 Wochenstunden angeben. Als sich vor zwei Jahren Lehrlinge mit Hilfe ihres Berufsschullehrers bei der Gewerbeaufsicht beschweren wollten, versuchten Hotelkapitalisten und der Schulleiter, dies zu unterdrücken. Unter den Lehrern und Schülern sind sie damit aber nicht durchgekommen. – Die Arbeit die ganze Woche durch und bis in die Nacht, dem Stoßgeschäft, der Hitze in der Küche und der Kälte im Kühlhaus ausgeliefert, unregelmäßiges Schlafen und Essen: Konzentrations-und Schlafstörungen, Verlust der sozialen Kontakte sind die üblichen Folgeerscheinungen. – Der MT ist zum 30.9.79 kündbar. Gefordert werden müssen die Einhaltung des 8-stündigen Normalarbeitstags, das verbot der Überstunden und die rigorose Einschränkung der Nachtarbeit.



r.kea. Im Schaubild dargestellt sind einige Entwicklungen des Gastgewerbes in der BRD in den letzten Jahren. Die Profitentwicklung läßt sich aus dem zugänglichen statistischen Material nur indirekt ablesen: Absolut aus gleichmäßigen Umsatzsteigerungen und relativ aus den gleichzeitig sinkenden Beschäftigtenzahlen. Nachdem die Beschäftigten im Gastgewerbe zwischen 1961 und 1970 von 666373 auf 713933 zugenommen hatten, sanken sie bis 1977 auf 534500. Davon waren 494300 Vollzeitbeschäftigte und 40200 Teilzeitbeschäftigte.

Die Zahlen für das Land Niedersachsen entsprechen im wesentlichen dem Bundesdurchschnitt. 1978 waren hier die Umsätze im gesamten Gastgewerbe um 33,1% gegenüber 1970 gestiegen. Davon im Beherbergungsgewerbe um 44,8% und im Gaststättengewerbe um 27,3%. Die Zunahme der Teilzeitbeschäftigten ist besonders im Beherbungsgewerbe deutlich festzustellen: 6% betrug sie in Niedersachsen allein 1978. Mit den Teilzeitbeschäftigten streben die Hotelkapitalisten die Intensivierung der Arbeit an und haben diese auch schon im großen Umfang durchgesetzt. Beispielsweise stiegen die Übernachtungszahlen in Niedersachsen von 23,8 Mio. (1973/74) auf fast 27 Mio. (1977/78).

Perus Lehrer streiken gegen Lohnsenkung

z.acr. Über 90% von 140000 Mitgliedern der Lehrergewerkschaft SUTEP streiken seit dem 4.6. an den Grund- und Mittelschulen Perus. Die Regierung hat ein Abkommen gebrochen, das am 27.7.1978 nach einem dreimonatigen Streik der Lehrer vereinbart worden war. Die Lehrer hatten eine Lohnerhöhung von 2000 Soles (ca. 27 DM) pro Monat, die Anerkennung ihrer Gewerkschaften und die Freilassung und Wiedereinstellung der im Laufe des Streiks verhafteten 300 Funktionäre durchgesetzt. Sie waren dabei von Lehrern an Privatschulen durch Streikaktionen unterstützt worden. Die Imperialisten forderten Ende 1978 über den Internationalen Währungsfonds von der Regierung Perus als Bedingung für einen zweijährigen Aufschub der Rückzahlung eines Kredits von 1,9 Mrd. Dollar unter anderem die drastische Senkung des Haushaltsdefizits. Daraufhin senkte die Regierung die Reallöhne der 450000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst um 50%, 30000 sollen entlassen werden. 1978 betrug die offizielle Inflationsrate 79%. Ein Kilo Zucker kostet jetzt 105 Soles (ca. 1,40 DM), bei Durchschnittslöhnen in Lima von 7000 Soles (ca. 94 DM) im Monat. Gegen den Versuch der Regierung, die Forderungen der Imperialisten zu erfüllen, fordern die Lehrer die Einhaltung des vereinbarten Abkommens und die Freilassung der erneut Verhafteten.

Tarifabschluß in der österreichischen Chemieindustrie: 4%
Semperit will nicht mal das zahlen

z.pek. Wien. Anfang Juni hat die österreichische Gewerkschaft der Chemiearbeiter mit den Chemiekapitalisten den neuen Tarifvertrag abgeschlossen: 4% auf die Ist-Löhne, 4,2% auf den Tariflohn. Die bürgerliche Presse wußte dies als ,,niedrigsten Abschluß seit Jahren“ zu würdigen. Selbst an der gezinkten offiziellen Preissteigerungsrate, die umgerechnet auf die 13 Monate Laufzeit 3,9% ausmacht, tritt der Lohnraub offen zutage. Der Posten ,,Wohnungsmiete“ ist nach offiziellem Index um 5,9%, der Posten ,,öffentliche Dienstleistungen“ um 6,4% gestiegen. Zudem haben die Chemiekapitalisten im vergangenen Jahr bei gleichbleibendem Produktionswert die Zahl der Beschäftigten um 1% auf 61400 gesenkt und darüber die Schweißauspressung für die Arbeiter weiter erhöht.
Ihre ursprüngliche Forderung von nur 5,5% hatte die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung gegenüber den Arbeitern geheimgehalten. Jeder Zusammenschluß für eine Forderung, um die es sich zu kämpfen lohnt, sollte damit von vornherein verhindert und die Sache nur am Verhandlungstisch mit den Kapitalisten ausgemacht wer-
che abwenden und die Arbeiter mit niedrigen Abschlüssen abspeisen: 400 Schilling bei den Semperit-Reifenwicklern und 5% bei den Chemieangestellten.
Die Unterwerfungspolitik der Gewerkschaftssozialdemokraten hat die Kapitalisten jetzt ermuntert, bei ihren Angriffen auf den Lohn der Chemiearbeiter dreist und unverfroren vorzugehen. Die Semperit-Kapitalisten haben für die 13000 Arbeiter des Konzerns eine ,,Lohnaussetzung“ angekündigt, das heißt, der ausgehandelte Lohnabschluß soll für sie überhaupt nicht gelten. Die Kapitalisten der Glanzstoff Chemie, St. Pölten haben ebenfalls erklärt, daß sie nichts zahlen wollen. Daraufhin hat der Dachverband der Chemiekapitalisten das Abkommen nicht unterzeichnet, so daß es insgesamt nicht in Kraft tritt.
Wir haben mit Unterstützung des Kommunistischen Bundes Österreichs mit Arbeitern des Semperit-Werkes Traiskirchen gesprochen. Das Werk liegt ca. 40 km südlich von Wien. 9000 Arbeiter sind dort beschäftigt, überwiegend in der Reifenproduktion. Die meisten kommen aus ländlichen Gebie-
chenende verbunden gewesen wäre, ist sie damit nicht durchgekommen. Wir arbeiten nach wie vor in Dreierschicht, keine Samstags- und Sonntagsschichten und keine Überstunden.“
Im Rahmen ihres Rationalisierungsprogramms wollen die Semperit-Kapitalisten jetzt vier unbezahlte Samstagsschichten für dieses Jahr erpressen. Nur so sei es möglich, die Arbeitsplätze zu erhalten. ,,Nicht leistungsfähige“ und ,,nicht leistungswillige“ Arbeiter müßten sowieso entlassen werden. Dazu ein anderer Arbeiter: ,,Ich werde niemals ohne Lohn arbeiten – keine Stunde! Wenn ich zuhause einen Maler brauche, dann arbeitet der für mich auch nicht ohne Lohn und der Meister kommt am Wochenende ja auch nicht zu mir und gräbt mir den Garten um.“
In der Abteilung der Reifenwickler
haben die Semperit-Kapitalisten einen Vorstoß unternommen, den Akkordsatz zu erhöhen. Sie haben das ,,Angebot“ gemacht, 5% Lohnerhöhung zu zahlen, wenn gleichzeitig die Schichtleistung um 10% auf 330 Reifen erhöht wird. Die Bombierer, die bei großer Hitze die Laufflächen auf die gewickelten Karkassen aufbringen, haben das geschlossen abgelehnt.
Über die Verhandlungen zur Übernahme des 4%-Abschlusses durch die Semperit-Kapitalisten läßt der durchweg von Sozialdemokraten besetzte Betriebsrat keine genauen Informationen heraus. Ein Arbeiter meinte dazu: ,,Der Abschluß ist zu niedrig und deckt überhaupt nicht die gestiegenen Lebenshaltungskosten. Aber eines ist sicher: Semperit muß zahlen. Wir können das nicht hinnehmen.“



Streiks der portugiesischen Eisenbahner gegen Lohnraub

z.jon. Am 6.6. legten die Arbeiter und Techniker der staatlichen portugiesischen Eisenbahnen mit Streiks für einen neuen Tarifvertrag den Eisenbahnverkehr in ganz Portugal lahm. Dies war nicht der erste Streik in diesem Lohnkampf. Unter anderem hatten am 17.5. 1250 Lokführer 90% des Zugverkehrs zum Erliegen gebracht. Bei einer offiziellen Preissteigerungsrate von 23% zwischen April '78 und April '79 bietet die Eisenbahnverwaltung Lohnerhöhungen von 10% an. In den staatlichen Betrieben will die portugiesische Bourgeoisie die vom Weltwährungsfonds diktierten Lohnsenkungen als erstes durchsetzen. Der von der reformistischen Führung der Gewerkschaft UGT beherrschte Techniker-und Lokführerverband mit rund 2000 Mitgliedern fordert für seine Mitglieder 25% mehr Lohn, der von der revisionistischen CGTP-Führung beherrschte Eisenbahnerverband mit rund 25000 Mitgliedern fordert 23%, gerade den Ausgleich der offiziellen Preissteigerungsrate. Die UGT hatte für den 6.6. zu einem 24-Stundenstreik aufgerufen, die CGTP-Führung zu einem Streik zwischen 10 und 17 Uhr, um ,,den Berufsverkehr nicht zu stören“. Die Arbeitermassen fordern Einheit im Kampf gegen den Dienstherren. Sie setzten durch, daß die ,,parallelen

stoßen zu können, sind die Kapitali- – Die Arbeit die ganze Woche durch indirekt ablesen: Absolut aus gleich- auf fast 27 Mio. (1977/78).

Tarifabschluß in der österreichischen Chemieindustrie: 4%
Semperit will nicht mal das zahlen

z.pek. Wien. Anfang Juni hat die österreichische Gewerkschaft der Chemiearbeiter mit den Chemiekapitalisten den neuen Tarifvertrag abgeschlossen: 4% auf die Ist-Löhne, 4,2% auf den Tariflohn. Die bürgerliche Presse wußte dies als ,,niedrigsten Abschluß seit Jahren“ zu würdigen. Selbst an der gezinkten offiziellen Preissteigerungsrate, die umgerechnet auf die 13 Monate Laufzeit 3,9% ausmacht, tritt der Lohnraub offen zutage. Der Posten ,,Wohnungsmiete“ ist nach offiziellem Index um 5,9%, der Posten ,,öffentliche Dienstleistungen“ um 6,4% gestiegen. Zudem haben die Chemiekapitalisten im vergangenen Jahr bei gleichbleibendem Produktionswert die Zahl der Beschäftigten um 1% auf 61400 gesenkt und darüber die Schweißauspressung für die Arbeiter weiter erhöht.

Ihre ursprüngliche Forderung von nur 5,5% hatte die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung gegenüber den Arbeitern geheimgehalten. Jeder Zusammenschluß für eine Forderung, um die es sich zu kämpfen lohnt, sollte damit von vornherein verhindert und die Sache nur am Verhandlungstisch mit den Kapitalisten ausgemacht werden. Schließlich hatten im vergangenen Jahr 500 Reifenwickler des halbstaatlichen und größten österreichischen Chemiekonzerns *Semperit* einen vierwöchigen Streik um 500 Schilling (50 DM) mehr geführt, der durch zahlreiche Resolutionen von Arbeitern anderer Industriebetriebe unterstützt wurde. Bei den gleichzeitig laufenden Lohnverhandlungen der Chemieangestellten hatten sich die Betriebsräte der Wiener und Niederösterreichischen Betriebe einstimmig für Streikaktionen ausgesprochen. Nur mit Mühe konnten die Sozialdemokraten einen wirksamen Streik der gesamten Chemiebranche abwenden und die Arbeiter mit niedrigen Abschlüssen abspeisen: 400 Schilling bei den *Semperit*-Reifenwicklern und 5% bei den Chemieangestellten.

Die Unterwerfungspolitik der Gewerkschaftssozialdemokraten hat die Kapitalisten jetzt ermuntert, bei ihren Angriffen auf den Lohn der Chemiearbeiter dreist und unverfroren vorzugehen. Die *Semperit*-Kapitalisten haben für die 13000 Arbeiter des Konzerns eine ,,Lohnaussetzung“ angekündigt, das heißt, der ausgehandelte Lohnabschluß soll für sie überhaupt nicht gelten. Die Kapitalisten der *Glanzstoff Chemie, St. Pölten* haben ebenfalls erklärt, daß sie nichts zahlen wollen. Daraufhin hat der Dachverband der Chemiekapitalisten das Abkommen nicht unterzeichnet, so daß es insgesamt nicht in Kraft tritt.

Wir haben mit Unterstützung des Kommunistischen Bundes Österreichs mit Arbeitern des *Semperit*-Werkes Traiskirchen gesprochen. Das Werk liegt ca. 40 km südlich von Wien. 9000 Arbeiter sind dort beschäftigt, überwiegend in der Reifenproduktion. Die meisten kommen aus ländlichen Gebieten im Umkreis von 60 bis 100 km. Anfahrtszeit in den Werksbussen: ein bis eineinhalb Stunden.

,,Der Streik vom letzten Jahr war eine Niederlage“, erklärte ein Arbeiter, ,,weil die Forderung von 500 Schilling nicht voll durchgesetzt wurde und der Betriebsrat dabei auch noch seine Zustimmung zur Mitwirkung an Rationalisierungsmaßnahmen gegeben hatte. Aber immerhin war klargestellt, daß *Semperit* nicht alles mit uns machen kann. Als die Betriebsleitung im Herbst versuchte, Viererschicht einzuführen, mit der auch Arbeit am Wochenende verbunden gewesen wäre, ist sie damit nicht durchgekommen. Wir arbeiten nach wie vor in Dreierschicht, keine Samstags- und Sonntagsschichten und keine Überstunden.“

Im Rahmen ihres Rationalisierungsprogramms wollen die *Semperit*-Kapitalisten jetzt vier unbezahlte Samstagsschichten für dieses Jahr erpressen. Nur so sei es möglich, die Arbeitsplätze zu erhalten. ,,Nicht leistungsfähige“ und ,,nicht leistungswillige“ Arbeiter müßten sowieso entlassen werden. Dazu ein anderer Arbeiter: ,,Ich werde niemals ohne Lohn arbeiten – keine Stunde! Wenn ich zuhause einen Maler brauche, dann arbeitet der für mich auch nicht ohne Lohn und der Meister kommt am Wochenende ja auch nicht zu mir und gräbt mir den Garten um.“

In der Abteilung der Reifenwickler haben die *Semperit*-Kapitalisten einen Vorstoß unternommen, den Akkordsatz zu erhöhen. Sie haben das ,,Angebot“ gemacht, 5% Lohnerhöhung zu zahlen, wenn gleichzeitig die Schichtleistung um 10% auf 330 Reifen erhöht wird. Die Bombierer, die bei großer Hitze die Laufflächen auf die gewickelten Karkassen aufbringen, haben das geschlossen abgelehnt.

Über die Verhandlungen zur Übernahme des 4%-Abschlusses durch die *Semperit*-Kapitalisten läßt der durchweg von Sozialdemokraten besetzte Betriebsrat keine genauen Informationen heraus. Ein Arbeiter meinte dazu: ,,Der Abschluß ist zu niedrig und deckt überhaupt nicht die gestiegenen Lebenshaltungskosten. Aber eines ist sicher: *Semperit* muß zahlen. Wir können das nicht hinnehmen.“

Streiks der portugiesischen Eisenbahner gegen Lohnraub

z.jon. Am 6.6. legten die Arbeiter und Techniker der staatlichen portugiesischen Eisenbahnen mit Streiks für einen neuen Tarifvertrag den Eisenbahnverkehr in ganz Portugal lahm. Dies war nicht der erste Streik in diesem Lohnkampf. Unter anderem hatten am 17.5. 1250 Lokführer 90% des Zugverkehrs zum Erliegen gebracht. Bei einer offiziellen Preissteigerungsrate von 23% zwischen April '78 und April '79 bietet die Eisenbahnverwaltung Lohnerhöhungen von 10% an. In den staatlichen Betrieben will die portugiesische Bourgeoisie die vom Weltwährungsfonds diktierten Lohnsenkungen als erstes durchsetzen. Der von der reformistischen Führung der Gewerkschaft UGT beherrschte Techniker-und Lokführerverband mit rund 2000 Mitgliedern fordert für seine Mitglieder 25% mehr Lohn, der von der revisionistischen CGTP-Führung beherrschte Eisenbahnerverband mit rund 25000 Mitgliedern fordert 23%, gerade den Ausgleich der offiziellen Preissteigerungsrate. Die UGT hatte für den 6.6. zu einem 24-Stundenstreik aufgerufen, die CGTP-Führung zu einem Streik zwischen 10 und 17 Uhr, um ,,den Berufsverkehr nicht zu stören“. Die Arbeitermassen fordern Einheit im Kampf gegen den Dienstherren. Sie setzten durch, daß die ,,parallelen Streiks“ an einem Tag und so durchgeführt wurden, daß der ganze Verkehr am ganzen Tag ruhte.

Belgische Gefängniswärter streiken für höheren Lohn

z.elb.Brüssel. Am 5. Juni begannen die 2500 belgischen Gefängniswärter einen Streik für höheren Lohn und gegen die Ausdehnung ihrer Arbeitszeit. Zu ihrem monatlichen Gehalt von umgerechnet ca. 1125 DM fordern sie eine Jahresprämie von 750 DM und die Einstellung weiterer 400 Wärter nach Einführung der 38-Stundenwoche ab 1. Oktober im öffentlichen Dienst. Obwohl die Regierung die Reichswache, Teil der belgischen Armee, zum Dienst in den Gefängnissen verpflichtete, konnte ihr der Streikbruch nicht gelingen. Auf dem Kongreß der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder der Reichswache verabschiedeten die Delegierten eine Resolution, in der sie den Kampf der Gefängniswärter unterstützen und ankündigen, daß sie ihre eigenen Forderungen nach Lohnerhöhung und bessere Unterkünfte notfalls mit Streik – trotz Streikverbot – durchsetzen wollen. Die Regierung griff zu ihrem oft angewandten Mittel der Spaltung zwischen Wallonen und Flamen, denn der Streik wurde in Flandern nicht völlig befolgt. Am 12. Juni legte sie ein Angebot über 600 DM Prämie und die Neueinstellung von 400 Wärtern vor. Obwohl alle Gewerkschaften dies als unzureichend ablehnten, riefen die flämischen Gewerkschaftsführer zum Streikabbruch auf, so daß der Kampf nur noch in zwölf der 33 Gefängnisse fortgesetzt wird.

Trommelkonzert durchgeführt und gedroht, die Arbeit zu verweigern. Daraufhin hat die Gefängnisleitung die Zellentüren geöffnet. Die Gefängnisleitung soll den Kapitalisten der Elektrotechnischen Fabrik Popp & Co. aus Bad Berneck die Ausbeutung der Gefangenen zu Niedriglohn garantieren. 0,47 DM Stundenlohn bekommen sie dafür, im Akkord Computerteile zusammenzustecken. Die Kapitalisten zahlen an die Gefängnisleitung pro Arbeiter Heimarbeiterlöhne. Über die völlige Entrechtung der gefangenen Arbeiter wollen die Kapitalisten die Verschärfung der Akkordhetze durchsetzen. 14 Tage Arrest, d.h. Einzelhaft, Einkaufsverbot und Entzug aller Gemeinschaftsveranstaltungen gibt es für Arbeitsverweigerung. 60 bis 70% des Monatslohn werden einbehalten, wenn die Arbeiter nicht auf den Akkord kommen. Jetzt wollten die Kapitalisten durchsetzen, daß statt bisher 100 Computerteile pro Mann und Tag 480 gesteckt werden sollten.

z.elb. **Allein nach der ersten Überprüfung der Triebwerksaufhängungen der von den US-Fluggesellschaften eingesetzten DC-10 wurden an 68 der insgesamt 138 Maschinen so schwere Schäden festgestellt, daß sie als fluguntüchtig aus dem Verkehr gezogen werden mußten.** Die Aufhängung an einer DC-10 war voller Risse und so locker, daß das Triebwerk bei einem nächsten Flug mit hoher Wahrscheinlichkeit abgefallen wäre.

Jede Stunde Flugunterbrechung, jede Minute Wartungszeit beschneidet den Profit der Fluggesellschaften. Um ihre Flugzeuge so schnell wie möglich wieder in die Luft zu bringen, beschränken sie die Wartungszeit und zwingen die Techniker zu vereinfachten Kontrollen:

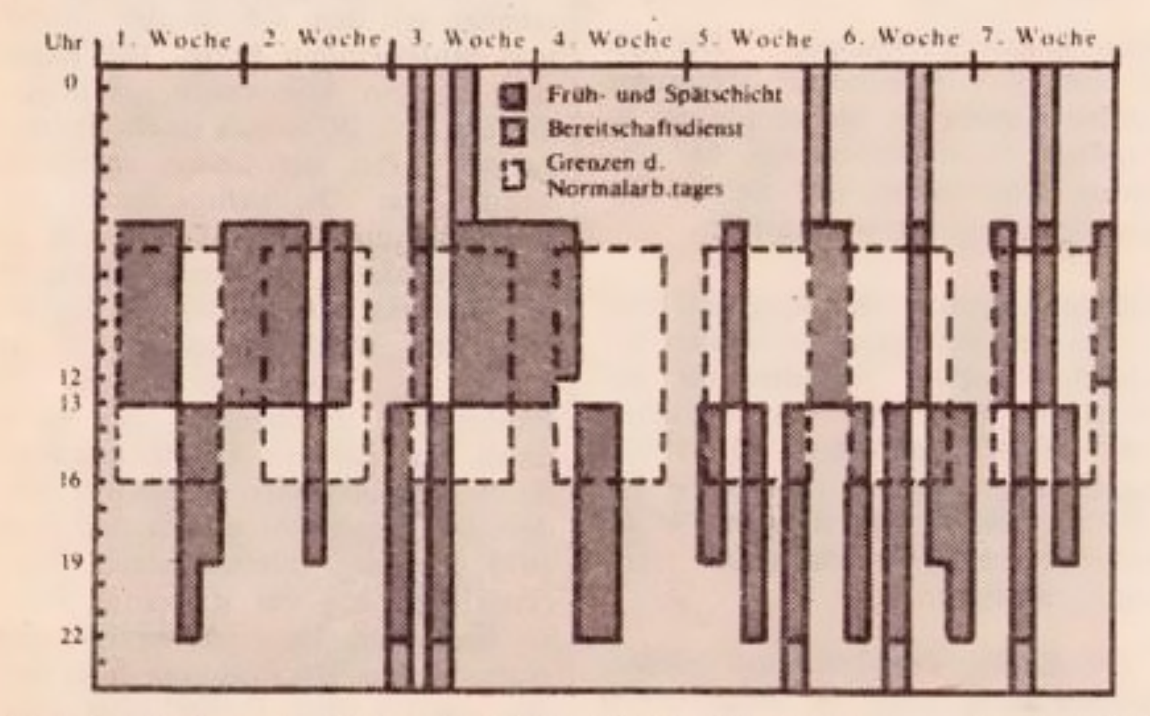
Statt die Triebwerke und ihre Aufhängung nacheinander ein- oder auszubauen, wurden sie zumeist in einem Block montiert, wodurch einige Teile zwangsläufig der Überprüfung entgingen.



23000 Postarbeiter kämpfen seit Anfang Februar in der Republik Irland für die Erhöhung ihrer Löhne (bisher zwischen 920 und 1050 DM) um 31 bis 37%. Der gesamte Postbetrieb und das halbe Telefonnetz sind lahmgelegt. Nach Polizeiüberfällen verkündete die Regierung jetzt eine 7%-Lohnleitlinie.

z.hev. **Mit zwei Verordnungen über Datenerfassung bzw. -übermittlung bei den Sozialversicherungen und der Bundesanstalt für Arbeit verschafft sich Bundesarbeitsminister Ehrenberg eine ausgefeilte logistische Grundlage für zukünftige Kostendämpfungsmaßnahmen.** Sie wurden am 25. Mai erlassen. 1972 war ein einheitliches Meldeverfahren für die gesetzliche Krankenversicherung und Rentenversicherung und für die Bundesanstalt für Arbeit eingeführt worden. Seitdem hat jeder Versicherte eine Versicherungsnummer, unter der die vom Kapitalisten oder staatlichen Dienstherrn gemeldeten Daten erfaßt werden. Jetzt macht sich Ehrenberg den inzwischen umfassenden Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung zunutze, um die ,,benötigten Meldetatbestände möglichst zeitig“ in die Finger zu kriegen. Datenerfassungstellen sind die Krankenkassen, die an Renten- und Arbeitslosenversicherung weiterleiten. Oberstes Prinzip sei die ,,Erhaltung und Verbesserung der Sicherheit der Meldungen“. Die kommen von den Kapitalisten.

Schichtplan einer Krankenschwester im Psychiatrischen Landeskrankenhaus Reichenau

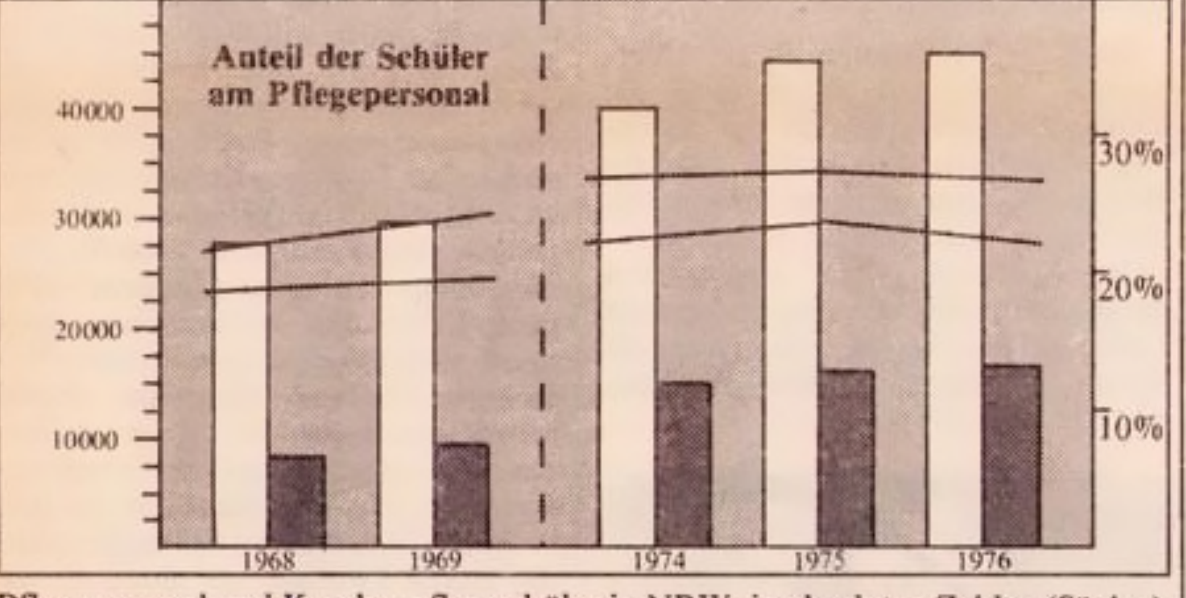


Die Krankenschwester im Psychiatrischen Landeskrankenhaus Reichenau arbeitet offiziell 40 Wochenstunden, real fast 46, da der Bereitschaftsdienst nicht angerechnet wird. – Die Untersuchung zeigt, daß nur 131 von 321 Arbeitsstunden, d.h. 41%, innerhalb des 8-Stunden-Normalarbeitstages lagen.

„Praxisnahe" Ausbildung der Krankenpfleger – Hebel für Rationalisierung

z.gek. Für die Krankenhausbelegschaften ist die Durchsetzung der Forderungen der Krankenpflegeschüler und die Zurückschlagung des von der Regierung betriebenen Krankenpflege- und Hebammengesetzes, das auch die Ausbildung neu regeln würde, eine Aufgabe von einiger Bedeutung. Denn der Gesetzentwurf macht die Absicht vollends deutlich, noch mehr als bisher die Krankenpflegeschüler zur Rationalisierung der Pflegedienste einzusetzen.

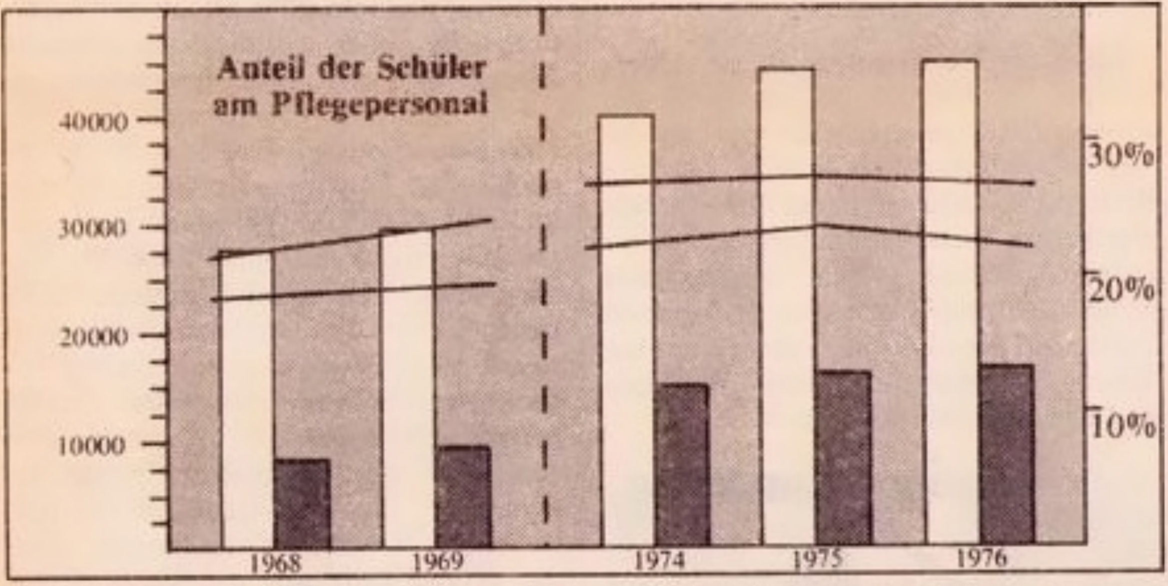
Nach den Plänen der Regierung sollen die Schüler ganz regulär, im Verhältnis 5 Schüler = 1 Pflegekraft, in die Stellenpläne der Krankenhäuser eingesetzt werden, so wie es jetzt schon an einer großen Zahl von Krankenhäusern der Fall ist oder gegen den Widerstand der Belegschaften durchgesetzt werden soll. Es ist wirklich kein Geheimnis, was die „praxisnahe" Ausbildung bedeutet, von der der Gesetzentwurf spricht. Wie die Graphik unten zeigt, bilden die Krankenpflegeschüler in solchen Reformhochburgen wie NRW schon knapp 30% des gesamten Pflegepersonals. Fälle, wo reguläre Stationsbesatzungen aus, sagen wir, einer ausgebildeten Schwester, drei Schülern und einem Ersatzdienstleistenden bestehen, und wo zwei Schüler oder auch nur einer mittags drei Stunden lang (oder sonntags, oder nachts) eine Station von 40 Patienten zu betreuen haben, sind schon mehr üblich als Ausnahme. Natürlich kann bei dieser Vernutzung der Krankenpflegeschüler als billige Arbeitskräfte, denen die täglichen Routinearbeiten zufallen, von Ausbildung nicht viel die Rede sein. Umso leichter können sie dann im Verlauf der diversen Zwischen- und Abschlußprüfungen, die das Gesetz vorschreibt, ausgesiebt werden, um sie als billige Hilfspfleger weiter auszubeuten oder auf den Arbeitsmarkt zu werfen.



Pflegepersonal und Krankenpflegeschüler in NRW, in absoluten Zahlen (Säulen) und im Verhältnis (obere Kurve). Zum Vergleich die Entwicklung für die BRD insgesamt (untere Kurve).

Die Einsetzbarkeit der Krankenpflegeschüler als Arbeitskräfte wird dadurch gesichert, daß ihre Ausbildung erst mit 17 Jahren beginnt. Vorher können sie höchstens als „Vorschüler(in)", d.h. als Putz- oder Spülkraft, eine Stelle finden. In

Nach den Plänen der Regierung sollen die Schüler ganz regulär, im Verhältnis 5 Schüler = 1 Pflegekraft, in die Stellenpläne der Krankenhäuser eingesetzt werden, so wie es jetzt schon an einer großen Zahl von Krankenhäusern der Fall ist oder gegen den Widerstand der Belegschaften durchgesetzt werden soll. Es ist wirklich kein Geheimnis, was die „praxisnahe" Ausbildung bedeutet, von der der Gesetzentwurf spricht. Wie die Graphik unten zeigt, bilden die Krankenpflegeschüler in solchen Reformhochburgen wie NRW schon knapp 30% des gesamten Pflegepersonals. Fälle, wo reguläre Stationsbesatzungen aus, sagen wir, einer ausgebildeten Schwester, drei Schülern und einem Ersatzdienstleistenden bestehen, und wo zwei Schüler oder auch nur einer mittags drei Stunden lang (oder sonntags, oder nachts) eine Station von 40 Patienten zu betreuen haben, sind schon mehr üblich als Ausnahme. Natürlich kann bei dieser Vernutzung der Krankenpflegeschüler als billige Arbeitskräfte, denen die täglichen Routinearbeiten zufallen, von Ausbildung nicht viel die Rede sein. Umso leichter können sie dann im Verlauf der diversen Zwischen- und Abschlußprüfungen, die das Gesetz vorschreibt, ausgesiebt werden, um sie als billige Hilfspfleger weiter auszubeuten oder auf den Arbeitsmarkt zu werfen.



Pflegepersonal und Krankenpflegeschüler in NRW, in absoluten Zahlen (Säulen) und im Verhältnis (obere Kurve). Zum Vergleich die Entwicklung für die BRD insgesamt (untere Kurve).

Die Einsetzbarkeit der Krankenpflegeschüler als Arbeitskräfte wird dadurch gesichert, daß ihre Ausbildung erst mit 17 Jahren beginnt. Vorher können sie höchstens als „Vorschüler(in)", d.h. als Putz- oder Spülkraft, eine Stelle finden. In
der Ausbildung wieder fallen mit 18 Jahren, d.h. mit dem zweiten Ausbildungsjahr, bereits die letzten minimalen Schutzbestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes weg, d.h. die Arbeitskraft kann dann nach allen Regeln von Nacht-, Schicht-, Sonntags-und Überstundenarbeit ausgebeutet werden. Aber in „Ausnahmefällen" läßt das Jugendarbeitsschutzgesetz in Krankenhäusern (wie in Gastwirtschaften) auch schon im ersten Lehrjahr die „Ausbildung" im Schichtbetrieb und an Sonntagen zu. Sowieso kann nach den geltenden BAT-Bestimmungen von den Krankenpflegeschülern die Arbeit an sechs Tagen in der Woche und ab sechs Uhr morgens verlangt werden. Und mit der Kürzung des Ausbildungsentgelts (im Anschluß an den Tarifabschluß 1977) von 75 auf 66⅔% des Tariflohns hat der staatliche Arbeitgeber den Zwang für die Pflegeschüler planvoll verstärkt, sich mit zusätzlichen Nachtwachen oder anderer Überarbeit etwas dazu zu verdienen. Kurzum, diese Krankenpflegereform reiht sich ein in den ganzen Katalog sozialliberaler Maßnahmen, die sichern sollen, daß durch den kombinierten Einsatz von „praxisnah" ausgebildeten Pflegeschülern, dazu nicht weniger „praxisnah" ausgebildeten Medizinstudenten im „Praktischen Jahr", dazu großer Kontingente von Zivildienstleistenden, plus der wachsenden Zahl der Teilzeitkräfte, die Krankenhausbelegschaften aufs flexibelste den Bedürfnissen der Kostensenkung (pro Patient, wie pro Werkstück in der Fabrik) angepaßt werden. Was nicht anderes heißt, als daß ihre Ausbeutung gesteigert wird.

Die ÖTV hat viele der Aktionen der Krankenpflegeschüler unterstützt und organisiert. Sie fordert unmittelbar zweierlei: Erstens, die Anwendung des Berufsbildungsgesetzes, wovon sie sich verspricht: Aufstellung von Ausbildungsplänen und Abschluß von Ausbildungsverträgen, die die Eingliederung in den Stellenplan verhindern! Lernmittelfreiheit! Und Recht auf gewerkschaftliche Interessenvertretung! Zweitens hat die ÖTV ausdrücklich die Aufnahme der Krankenpflegeschüler in den für 1979 gekündigten Manteltarifvertrag gefordert, um vor allem zu erreichen: Verkürzung der Probezeit von 6 auf 1 Monat! Übernahme aller Ausbildungskosten einschließlich der Fahrtkosten! Und die Übernahme in ein entsprechend bezahltes Arbeitsverhältnis nach Ausbildungsschluß! – Das sind soweit vernünftige Forderungen. Ausreichend sind sie offensichtlich nicht. Vor allem ist überhaupt kein wirklicher Fortschritt zu erreichen, wenn das Krankenpflege- und Hebammengesetz der Regierung nicht verhindert wird. Und dann hat die reine „Zusicherung" der Landesregierungen von Bremen und Hessen, das Berufsbildungsgesetz auf die Krankenpflegeausbildung anzuwenden, die von den Sozialdemokraten in der ÖTV erwarteten automatischen Verbesserungen keineswegs gebracht. Die Forderungen stehen also. Weitergehende, wie die nach generellem Verbot von Nacht- und Schichtarbeit, müssen hinzutreten. Elementar bleibt, daß die Lohnsenkung von 1977 rückgängig gemacht wird, wie es die ÖTV in der diesjährigen Lohnbewegung auch gefordert, aber nicht durchgesetzt hat: also Wiederherstellung der Bemessungsgrundlage von 75% des niedrigsten Schwesterntariflohns (Kr.1).



Überall im Bundesgebiet führten in der vergangenen Woche die Betriebs- und Fachgruppen der ÖTV die Aktionswoche „Mehr Zeit für unsere Patienten – Aktion humanere Krankenpflege" durch. Das Bild stammt aus Duisburg. Viele ÖTV-Gruppen haben die Aktionen genutzt, um ihre Forderungen unter den Volksmassen zu vertreten, statt auf Apelle an die „Humanität" und die Hoffnung auf „Ausgleich" zu setzen.

Krankenhausbeschäftigte führen bundesweite Aktion gegen das Kostendämpfungsprogramm durch

z.kar. Mit einer Pressekonferenz in Stuttgart eröffnete der Hauptvorstand der ÖTV am Montag die Aktionswoche „Mehr Zeit für unsere Patienten – Aktion humanere Krankenpflege". Ein Reporter des Süddeutschen Rundfunks versuchte den Hauptvorstand zu veranlassen, die Aktionswoche mit einem eindeutigen Bekenntnis zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen zu eröffnen. Ob diese Aktionswoche denn eine Abkehr der Gewerkschaft ÖTV von der Unterstützung der Kostendämpfung bedeute, stocherte er. Immerhin teilte ihm Monika Wulf-Mathies, Sprecherin der Gewerkschaft ÖTV für Gesundheitspolitik, mit, daß bezüglich des Kostendämpfungsgesetzes ein Gesinnungswandel bei der ÖTV vorliege. Die Grenzen der Belastung seien erreicht. An einem Agitationsstand vor dem Stuttgarter Katharinenhospital wurde der ÖTV-Vorsitzende Kluncker nach der Pressekonferenz von 10 Beschäftigten des Krankenhauses erwartet, die von ihm eine eindeutige Stellungnahme gegen das Krankenhausfinanzierungsgesetz, die Krankenhausbedarfspläne und das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz verlangten, nachdem der ÖTV-Arbeitskreis Medizinischer Dienst in Stuttgart beschlossen hatte, das offizielle Motto des Hauptvorstandes abzulehnen und die Aktionswoche als Kampf gegen diese Gesetze durchzuführen. Kluncker verteidigte jedoch die Stellungnahme des Hauptvorstandes zu den Sparmaßnahmen von 1977, nachdem er auf der Pressekonferenz schon erklärt hatte: „Es muß ein Interessenausgleich gefunden werden. Die ÖTV sagt Ja zur wirtschaftlichen Führung der Krankenhäuser. Das aber ist nicht das Maß aller Dinge."

Ein Reporter des Süddeutschen Rundfunks versuchte den Hauptvorstand zu veranlassen, die Aktionswoche mit einem eindeutigen Bekenntnis zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen zu eröffnen. Ob diese Aktionswoche denn eine Abkehr der Gewerkschaft ÖTV von der Unterstützung der Kostendämpfung bedeute, stocherte er. Immerhin teilte ihm Monika Wulf-Mathies, Sprecherin der Gewerkschaft ÖTV für Gesundheitspolitik, mit, daß bezüglich des Kostendämpfungsgesetzes ein Gesinnungswandel bei der ÖTV vorliege. Die Grenzen der Belastung seien erreicht. An einem Agitationsstand vor dem Stuttgarter Katharinenhospital wurde der ÖTV-Vorsitzende Kluncker nach der Pressekonferenz von 10 Beschäftigten des Krankenhauses erwartet, die von ihm eine eindeutige Stellungnahme gegen das Krankenhausfinanzierungsgesetz, die Krankenhausbedarfspläne und das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz verlangten, nachdem der ÖTV-Arbeitskreis Medizinischer Dienst in Stuttgart beschlossen hatte, das offizielle Motto des Hauptvorstandes abzulehnen und die Aktionswoche als Kampf gegen diese Gesetze durchzuführen. Kluncker verteidigte jedoch die Stellungnahme des Hauptvorstandes zu den Sparmaßnahmen von 1977, nachdem er auf der Pressekonferenz schon erklärt hatte: „Es muß ein Interessenausgleich gefunden werden. Die ÖTV sagt Ja zur wirtschaftlichen Führung der Krankenhäuser. Das aber ist nicht das Maß aller Dinge."

Auf einer Podiumsveranstaltung am Dienstagabend machte der Stuttgarter DGB-Vorsitzende und Vorstandsvorsitzende der Stuttgarter AOK deutlich, daß dieser „Ausgleich" zwischen dem Interesse der Kapitalistenklasse an Aneignung der Gelder der Sozialversicherungen und dem Interesse der arbeitenden Massen an gesundheitlicher Versorgung die Unterstützung der Kostendämpfungspolitik bedeutet. Er befürwortete die Stellenstreichungen im Interesse der Stabilität der Beiträge und rechtfertigte sie mit dem angeblichen „Leerlauf", den es im Krankenhausbetrieb geben würde. Er hatte nicht nur die 70 versammelten Beschäftigten der Stuttgarter Krankenhäuser gegen sich. Ein Arbeiter von Daimler wies nach, daß die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen ihre Ursachen hat in der zunehmenden Ruinierung der Arbeitskraft durch die kapitalistische Profitproduktion, und er forderte die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen durch die Versicherten selbst und die Bezahlung der Beiträge durch die Kapitalisten.

Können die Krankenhausbelegschaften die Aktionswoche nutzen, um sich fester mit der Arbeiterklasse gegen die Gesundheitspolitik der Bourgeoisie zusammenzuschließen, oder gelingt es der SPD-Fraktion in der ÖTV, die erstarkende Bewegung gegen die Kostendämpfungspolitik unter dem Banner der „Humanität" den Absichten der herrschenden Kapitalistenklasse zu unterwerfen, das war Gegenstand der Auseinandersetzung auf den zahlreichen Podiumsdiskussionen, an den noch zahlreicheren Agitationsständen und in den Betrieben.

Mit Enthüllungen über die Zustände an den Krankenhäusern hatten Personalräte von mehr als 14 Westberliner Krankenhäusern und über 3000 Beschäftigte ihre Forderungen nach mehr Planstellen an den Krankenhäusern untermauert. In einer Anzeigenkampagne prangerten sie an, daß in Kin-

teresse der Stabilität der Beiträge und rechtfertigte sie mit dem angeblichen „Leerlauf", den es im Krankenhausbetrieb geben würde. Er hatte nicht nur die 70 versammelten Beschäftigten der Stuttgarter Krankenhäuser gegen sich. Ein Arbeiter von Daimler wies nach, daß die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen ihre Ursachen hat in der zunehmenden Ruinierung der Arbeitskraft durch die kapitalistische Profitproduktion, und er forderte die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen durch die Versicherten selbst und die Bezahlung der Beiträge durch die Kapitalisten.

Können die Krankenhausbelegschaften die Aktionswoche nutzen, um sich fester mit der Arbeiterklasse gegen die Gesundheitspolitik der Bourgeoisie zusammenzuschließen, oder gelingt es der SPD-Fraktion in der ÖTV, die erstarkende Bewegung gegen die Kostendämpfungspolitik unter dem Banner der „Humanität" den Absichten der herrschenden Kapitalistenklasse zu unterwerfen, das war Gegenstand der Auseinandersetzung auf den zahlreichen Podiumsdiskussionen, an den noch zahlreicheren Agitationsständen und in den Betrieben.

Mit Enthüllungen über die Zustände an den Krankenhäusern hatten Personalräte von mehr als 14 Westberliner Krankenhäusern und über 3000 Beschäftigte ihre Forderungen nach mehr Planstellen an den Krankenhäusern untermauert. In einer Anzeigenkampagne prangerten sie an, daß in Kin-
derkrankenhäusern bereits Kinder über die Magensonde ernährt werden mußten, weil die Zeit zum Füttern fehlte. Gelungen ist es, den Senat zu zwingen, zumindest für das Klinikum Steglitz 18 Stellen als offizielle Planstellen für den Haushalt 1980 zu bewilligen.

Es ist gerade die humanitätstriefende katholische Kirche, die gegen diese Kämpfe geifert: „Im Interesse eines Patienten, der uns braucht, auf den verdienten und tariflich abgesicherten Dienstschluß zu verzichten, mit ihm über seine Probleme zu sprechen und unsere Hilfe anzubieten, ohne dem Arbeitgeber die Mehrarbeit in Rechnung zu stellen, sollte mit zu den Selbstverständlichkeiten unseres Lebens gehören... Aber Zucht und Maß sollten auch in unseren Forderungen in der Tarifpolitik zum Ausdruck kommen" (Mitteilungsblatt 1/78 des Katholischen Berufsverbandes für Krankenpflege). Zu schroff sind die Fronten in den Krankenhäusern, zu reichhaltig die Erfahrungen der Krankenhausbelegschaften in den Auseinandersetzungen mit der Dienstaufsicht, als daß diese Ideologie der christlichen Nächstenliebe wirklich greifen könnte. Als es der Dienstaufsicht an den Göttinger Uni-Kliniken gelungen war, die Besetzung der Neurologischen Überwachungsstation auf buchstäblich Null herunterzubringen, konnte sie für zwei Tage eine Versetzung von der Intensiv- auf die Überwachungsstation erzwingen. Dann wurde die Versetzung verweigert. „Jede Ausnahmeregelung ist bisher zur Dauerregelung geworden. Wollen wir den Personalabbau verhindern, dann dürfen wir die Ausnahmeregelung nicht unterstützen", war die einhellige Auffassung.

Die Ausgaben für Löhne und Gehälter belaufen sich auf 75% der Haushalte der Krankenhäuser. Deshalb greift der Dienstherr hier am wütendsten an. Doch es ist nur ein halber Erfolg, gelingt es ihm nicht gleichzeitig, die Kosten für Pflegematerial und Medika-

Dienstschluß zu verzichten, mit ihm über seine Probleme zu sprechen und unsere Hilfe anzubieten, ohne dem Arbeitgeber die Mehrarbeit in Rechnung zu stellen, sollte mit zu den Selbstverständlichkeiten unseres Lebens gehören... Aber Zucht und Maß sollten auch in unseren Forderungen in der Tarifpolitik zum Ausdruck kommen" (Mitteilungsblatt 1/78 des Katholischen Berufsverbandes für Krankenpflege). Zu schroff sind die Fronten in den Krankenhäusern, zu reichhaltig die Erfahrungen der Krankenhausbelegschaften in den Auseinandersetzungen mit der Dienstaufsicht, als daß diese Ideologie der christlichen Nächstenliebe wirklich greifen könnte. Als es der Dienstaufsicht an den Göttinger Uni-Kliniken gelungen war, die Besetzung der Neurologischen Überwachungsstation auf buchstäblich Null herunterzubringen, konnte sie für zwei Tage eine Versetzung von der Intensiv- auf die Überwachungsstation erzwingen. Dann wurde die Versetzung verweigert. „Jede Ausnahmeregelung ist bisher zur Dauerregelung geworden. Wollen wir den Personalabbau verhindern, dann dürfen wir die Ausnahmeregelung nicht unterstützen", war die einhellige Auffassung.

Die Ausgaben für Löhne und Gehälter belaufen sich auf 75% der Haushalte der Krankenhäuser. Deshalb greift der Dienstherr hier am wütendsten an. Doch es ist nur ein halber Erfolg, gelingt es ihm nicht gleichzeitig, die Kosten für Pflegematerial und Medika-
mente drastisch zu senken. Mit Umzug der Neurologischen Intensivstation innerhalb des Göttinger Klinikums wurde das Medikamentensortiment auf die Hälfte reduziert. Als Gefahr bestand, daß ein Patient ins Kammerflimmern geriet, mußte das Notfallmedikament

Forderungen der Krankenhausbeschäftigten in europäischen Ländern

Großbritannien. Die Gewerkschaft COHSE (200000 Mitglieder) lehnt die Kürzungen im Gesundheitsdienst ab und will die Ausweitung von Privatbetten „mit allen gesetzlichen Mitteln" bekämpfen. Nach den Streiks im Frühjahr für 60 Pfund Mindestlohn fordert sie jetzt die Erhöhung des wöchentlichen Mindestlohns von 47,21 Pfund (ca. 190 DM) auf 80 Pfund, die 35-Stundenwoche und 6 Wochen Jahresurlaub. NUPE (250000 Mitglieder im Gesundheitsdienst bei 800000 Beschäftigten): Mindestlohn in Höhe von ⅔ des Durchschnittseinkommens, 35-Stundenwoche. Siehe: KVZ v. 29. Januar, 19. März. Kommunismus und Klassenkampf 3/79.

Dänemark. Forderungen der Beschäftigten im dänischen Gesundheitswesen, unterstrichen durch mehrere Streiks und Dienst-nach-Vorschrift-Aktionen in den letzten Monaten: Keine Überbelegung der Stationen, mehr Planstellen für Schwestern und Ärzte, Ausbildung von mehr Schwesternhelferinnen, keine Einstellung von schlechter, nach EG-Regeln ausgebildeteten Kollegen!

Schweden. Zu ihrer wichtigsten Forderung hat die Gewerkschaft der Angestellten im Gesundheitswesen (SHSTF) die Durchsetzung des 8-Stunden-Tages erklärt. Ferner: Keinen Dienst zwischen 22 und 7 Uhr und nur jedes dritte Wochenende Dienst. Der Nachtdienst wird allein von Nachtschwestern gemacht. Die Einführung des Drei-Schicht-Dienstes hat die SHSTF verhindert. Die Stockholmer SHSTF will für die Nachtschwestern eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Frankreich. Die Schwestern des Psychiatrischen Krankenhauses Montperrin in Aix-en-Provence streiken seit dem 30.5. gegen die „Rentabilisierung des Gesundheitswesens" genannte Kostendämpfung der Gesundheitsministerin Veil. Der Dienstherr hat Personaleinsparungen, obligatorische Wechselschicht und mehr Nachtarbeit angekündigt. Das Personal fordert: Keine Ausdehnung von Schicht- und Nacht-



arbeit, Neueinstellungen! Die Belegschaft des Regionalen Krankenhauszentrums Orléans fordert zunächst Verlängerung und dann Abschaffung der Zeitverträge, die z.T. nur für eine Woche ausgestellt werden, einheitliche Prämien und ihre Fortzahlung bei Krankheit. Die Schwesternschülerinnen kämpfen für die Bezahlung ihrer Ausbildung. In den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst werden 400 F für alle und feste Einstellung der Hilfskräfte gefordert.



Aktion gegen eine Krankenhausschließung in Westberlin. Beschäftigte des Urban-Krankenhauses enthüllen Tatsachen über die Rationalisierung: um 50% mehr Patienten, 2400 statt 1700 wie 1973, mußten 1978 von derselben Anzahl Pflegekräfte versorgt werden.



Medizinisch-Technische Assistentin: lange Überstunden, unregelmäßige Pausen, bis die Laborwerte ermittelt sind.



Überstunden auf der Intensivstation, gerade dort, wo andauernde Konzentration erfordert ist. Die ÖTV verlangt die Anpassung der Personalschlüssel an die wirklichen Anforderungen, so daß auch Spitzenbelastungen berücksichtigt werden. (Bilder: ÖTV-Gesundheitsreport 2/1979)

Isoptin erst von der Nachbarstation besorgt werden. Die Wochenendbestellung für Infusionslösungen wurde auf derselben Station von einem Mitglied der Arzneimittelkommission um die Hälfte gekürzt mit dem Ergebnis, daß der Vorrat am Sonntagabend verbraucht war. Nach einer scharfen Auseinandersetzung mit dem Pflegepersonal hat er in Zukunft solche Streichungen unterlassen. Doch weiterhin flattern Monat für Monat die Auszüge über den Medikamentenverbrauch auf die Station, und mit ihnen kommt der Oberarzt, der die Einschränkung des Medikamentenverbrauchs verlangt, der auf seinen „Visiten" Medikamente von den Therapieplänen streicht, die gerade von den Ärzten der Station angeordnet worden sind. Hinter wissenschaftlichem Disput versteckt, wird die Auseinandersetzung über das Kostendämpfungsprogramm innerhalb der Ärzteschaft geführt.

Monika Wulf-Mathies hat auf der Pressekonferenz in Stuttgart geäußert, daß manche Krankenschwester durch ihr Wort mehr geschafft habe als die Injektionsnadel des Arztes. So richtig das ist, wird es gefährlich, wenn in den „Perspektiven der Gewerkschaft ÖTV zur Gesundheitspolitik" behauptet wird, „daß nur ein Bruchteil des Arzneimittelangebots zur Versorgung der Bevölkerung tatsächlich notwendig ist" und daß die Kostensteigerung aus „einer gesundheitspolitischen Überbewertung der technischen Dimensionen der Medizin" resultiere. Mit zielsicherem Instinkt wittert die Bourgeoisie die offene Flanke: „Die von Ärzten vielfach aufgestellte Behauptung, der Patient moderner Prägung suche die Klinik auf, um behandelt, hilfsweise aber, um möglichst schmerzfrei gestorben zu werden, beweist das große Vertrauen, das der angeblich ‚perfekte Patient' in die behandelnden Ärzte setzt. Dieses

gen unterlassen. Doch weiterhin flattern Monat für Monat die Auszüge über den Medikamentenverbrauch auf die Station, und mit ihnen kommt der Oberarzt, der die Einschränkung des Medikamentenverbrauchs verlangt, der auf seinen „Visiten" Medikamente von den Therapieplänen streicht, die gerade von den Ärzten der Station angeordnet worden sind. Hinter wissenschaftlichem Disput versteckt, wird die Auseinandersetzung über das Kostendämpfungsprogramm innerhalb der Ärzteschaft geführt.

Monika Wulf-Mathies hat auf der Pressekonferenz in Stuttgart geäußert, daß manche Krankenschwester durch ihr Wort mehr geschafft habe als die Injektionsnadel des Arztes. So richtig das ist, wird es gefährlich, wenn in den „Perspektiven der Gewerkschaft ÖTV zur Gesundheitspolitik" behauptet wird, „daß nur ein Bruchteil des Arzneimittelangebots zur Versorgung der Bevölkerung tatsächlich notwendig ist" und daß die Kostensteigerung aus „einer gesundheitspolitischen Überbewertung der technischen Dimensionen der Medizin" resultiere. Mit zielsicherem Instinkt wittert die Bourgeoisie die offene Flanke: „Die von Ärzten vielfach aufgestellte Behauptung, der Patient moderner Prägung suche die Klinik auf, um behandelt, hilfsweise aber, um möglichst schmerzfrei gestorben zu werden, beweist das große Vertrauen, das der angeblich ‚perfekte Patient' in die behandelnden Ärzte setzt. Dieses

Vertrauen wird von den Ärzten nicht selten enttäuscht, indem sie die Flucht in die medizinische Technik antreten, was den Vorteil mit sich bringt, das ‚beruhigende Gefühl zu vermitteln, das Rechte zu tun', auch wenn sie den einfachsten Ausweg, die ethisch billigste Lösung gewählt haben" (Dr. Wilhelm Uhlenbruck, Richter am Amtsgericht Köln, in NJW 12/78). Der Richter verlangt die „ethisch teuerste Lösung", den Patienten „schmerzfrei zu sterben". Das ist nicht nur „humane Krankenpflege", das ist auch die „materiell billigste Lösung". Das Motto „Mehr Zeit für unsere Patienten – Aktion humanere Krankenpflege" öffnet den verbrecherischen Plänen der Bourgeoisie Tor und Tür. Es ist ein ideologischer Fallstrick für die Krankenhausbelegschaften, die für politische und gewerkschaftliche Freiheiten kämpfen, um der Überarbeit Grenzen zu ziehen. Es begünstigt die Absicht der Bourgeoisie, Krankenhäuser stillzulegen und einen Teil in Siechenhäuser ohne die „seelenlose Technik" zu verwandeln, wo Sozialarbeiter, Psychologen und Pfaffe die Hauptakteure, Bibel und Weihrauch die wichtigsten Produktionsmittel sind.

Viele Betriebsgruppen der ÖTV verstanden den Rahmen der Aktionswoche zu nutzen, ihre Forderungen zu propagieren. Auf einer Veranstaltung in Tübingen wurde – entlang einer Auswertung des AOK-Geschäftsberichts – die Forderung nach Selbstverwaltung der Kassen durch die Versicherten und Bezahlung der Beiträge durch die Kapitalisten begründet. Ebenso wurden die Forderungen nach vollständigem Verbot der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit erhoben. Wie in etlichen anderen Orten, mußte die ÖTV-Kreisverwaltung in Nürnberg ein bezirkliches Flugblatt herausbringen, das nicht das Motto des Hauptvorstandes propagierte, sondern die Einhaltung der 40-Stunden-Woche an 5 Tagen, die Abschaffung des geteilten Dienstes forderte und sich gegen die Bettenstreichungen wandte. In Braunschweig wurden 70 Unterschriften für einen Brief an den Stadtrat gesammelt, in dem die Besetzung aller Planstellen und Streichung der Schüler von dem Stellenplan gefordert wird. In Bielefeld

kenhausbelegschaften, die für politische und gewerkschaftliche Freiheiten kämpfen, um der Überarbeit Grenzen zu ziehen. Es begünstigt die Absicht der Bourgeoisie, Krankenhäuser stillzulegen und einen Teil in Siechenhäuser ohne die „seelenlose Technik" zu verwandeln, wo Sozialarbeiter, Psychologen und Pfaffe die Hauptakteure, Bibel und Weihrauch die wichtigsten Produktionsmittel sind.

Viele Betriebsgruppen der ÖTV verstanden den Rahmen der Aktionswoche zu nutzen, ihre Forderungen zu propagieren. Auf einer Veranstaltung in Tübingen wurde – entlang einer Auswertung des AOK-Geschäftsberichts – die Forderung nach Selbstverwaltung der Kassen durch die Versicherten und Bezahlung der Beiträge durch die Kapitalisten begründet. Ebenso wurden die Forderungen nach vollständigem Verbot der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit erhoben. Wie in etlichen anderen Orten, mußte die ÖTV-Kreisverwaltung in Nürnberg ein bezirkliches Flugblatt herausbringen, das nicht das Motto des Hauptvorstandes propagierte, sondern die Einhaltung der 40-Stunden-Woche an 5 Tagen, die Abschaffung des geteilten Dienstes forderte und sich gegen die Bettenstreichungen wandte. In Braunschweig wurden 70 Unterschriften für einen Brief an den Stadtrat gesammelt, in dem die Besetzung aller Planstellen und Streichung der Schüler von dem Stellenplan gefordert wird. In Bielefeld

führte die ÖTV-Projektgruppe ein Theaterstück auf, das sich richtete gegen die Nichtbesetzung der Planstellen und die Ausdehnung der Nachtarbeit. Von allen Agitationsständen wurde berichtet, daß die Krankenhausbelegschaften für die Durchsetzung dieser Forderungen auf die Unterstützung der gesamten Arbeiterbewegung rechnen können.

Krankenhausfinanzierungsgesetz: Staatsaufsicht und planmäßige Rationalisierung im Krankenhaus

z.kam. 1977 hat Ehrenberg das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz durchgesetzt und damit die Mittel für Arzneien und Rehabilitationsmaßnahmen drastisch eingeschränkt. Nun will er den anderen Grundpfeiler planmäßiger Rationalisierung im Gesundheitswesen gesetzlich absichern: die Novellierung des 1972 verabschiedeten Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG).

Im Bundesrat hat das Ehrenberg-Ministerium diesen Gesetzesänderungsentwurf im Mai 1978 eingebracht, verabschiedet werden sollte er zum 1.1.79. Nach der ersten Lesung im Bundestag im Oktober '78 wurde er zurück in die Ausschüsse für Arbeit und Sozialordnung, für Jugend, Familie und Gesundheit und den Haushaltsausschuß verwiesen.

In dem Entwurf zur Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes wird als Ziel genannt, „eine bedarfsgerechte und leistungsfähige Krankenversorgung zu sozial tragbaren Kosten" zu sichern. Zwei wesentliche Punkte will Ehrenberg mit dem Gesetz durchbringen: 1. die Planungs- und Steuerungsinstrumente im Krankenhausbereich zu zentralisieren, d.h. die Staatsaufsicht zu stärken, und 2. die „wirtschaftliche Betriebsführung" der Krankenhäuser zu sichern, um die Rationalisierung voranzutreiben und Kapital freizusetzen.

Vor Inkrafttreten des Krankenhausfinanzierungsgesetzes 1972 unterstand die Planung und Unterhaltung der Krankenhäuser allein den Krankenhausträgern. Die Neufassung des KHG sieht nun eine verbindliche zentralisier-

will er den anderen Grundpfeiler planmäßiger Rationalisierung im Gesundheitswesen gesetzlich absichern: die Novellierung des 1972 verabschiedeten Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG).

Im Bundesrat hat das Ehrenberg-Ministerium diesen Gesetzesänderungsentwurf im Mai 1978 eingebracht, verabschiedet werden sollte er zum 1.1.79. Nach der ersten Lesung im Bundestag im Oktober '78 wurde er zurück in die Ausschüsse für Arbeit und Sozialordnung, für Jugend, Familie und Gesundheit und den Haushaltsausschuß verwiesen.

In dem Entwurf zur Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes wird als Ziel genannt, „eine bedarfsgerechte und leistungsfähige Krankenversorgung zu sozial tragbaren Kosten" zu sichern. Zwei wesentliche Punkte will Ehrenberg mit dem Gesetz durchbringen: 1. die Planungs- und Steuerungsinstrumente im Krankenhausbereich zu zentralisieren, d.h. die Staatsaufsicht zu stärken, und 2. die „wirtschaftliche Betriebsführung" der Krankenhäuser zu sichern, um die Rationalisierung voranzutreiben und Kapital freizusetzen.

Vor Inkrafttreten des Krankenhausfinanzierungsgesetzes 1972 unterstand die Planung und Unterhaltung der Krankenhäuser allein den Krankenhausträgern. Die Neufassung des KHG sieht nun eine verbindliche zentralisier-

te Bedarfsplanung vor, die von den Ländern, den Krankenhausgesellschaften, den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherungen und den kommunalen Spitzenverbänden aufgestellt werden. Für mindestens 8 Jahre werden hier der Bettenbedarf sowie die Planung der verschiedenen Fachrichtungen festgelegt. Die Krankenhäuser werden nach Standort, Bettenzahl, Fachrichtung, Aufgaben und durchschnittlicher Belegung sogenannten „Versorgungsstufen" zugeordnet, die wiederum Grundlage für Investitionszuschüsse durch den Bund sind. Schwerpunktmäßig sollen die Pläne Einrichtungen ambulanter Versorgung sowie die Unterbringung und Pflege außerhalb der Krankenhäuser erfassen.

Durch Schließung kleinerer Krankenhäuser – sie werden nicht mehr im Bedarfsplan erfaßt, was einer Schließung gleichkommt – insbesondere in ländlichen Gebieten (der Bedarf an Betten richtet sich nach der Einwohnerdichte) und Zusammenlegung bzw. Verschiebung der verschiedenen Fachabteilungen werden vom Staat Kürzungen bei Pflege und Behandlung, an Räumen und medizinischen Geräten vorgenommen.

1976 (neuere Zahlen liegen nicht vor) gab es in der BRD insgesamt 3436 Krankenhäuser mit über 700000 planmäßigen Betten – davon mehr als zwei Drittel in Akut-Krankenhäusern. Entsprechend einer „wirtschaftlichen Nutzung der Einrichtungen" sehen die neuesten Bedarfspläne der Länder drastische Umstrukturierungen der Stationen vor: Nordrhein-Westfalen z.B. wird bis 1985 Betten in mehreren Abteilungen abbauen, wie in der Chirurgie, der Inneren Medizin, Lungen- und Bronchialheilkunde, dabei einige entlegenere Krankenhäuser ganz schließen sowie den Ausbau eines neuen Klinikums fördern, das aber für die Landbevölkerung schlechter zu erreichen ist. In einigen Gebieten fehlen für die Unfallchirurgie Betten. Unfallret-

Schwerpunktmäßig sollen die Pläne Einrichtungen ambulanter Versorgung sowie die Unterbringung und Pflege außerhalb der Krankenhäuser erfassen.

Durch Schließung kleinerer Krankenhäuser – sie werden nicht mehr im Bedarfsplan erfaßt, was einer Schließung gleichkommt – insbesondere in ländlichen Gebieten (der Bedarf an Betten richtet sich nach der Einwohnerdichte) und Zusammenlegung bzw. Verschiebung der verschiedenen Fachabteilungen werden vom Staat Kürzungen bei Pflege und Behandlung, an Räumen und medizinischen Geräten vorgenommen.

1976 (neuere Zahlen liegen nicht vor) gab es in der BRD insgesamt 3436 Krankenhäuser mit über 700000 planmäßigen Betten – davon mehr als zwei Drittel in Akut-Krankenhäusern. Entsprechend einer „wirtschaftlichen Nutzung der Einrichtungen" sehen die neuesten Bedarfspläne der Länder drastische Umstrukturierungen der Stationen vor: Nordrhein-Westfalen z.B. wird bis 1985 Betten in mehreren Abteilungen abbauen, wie in der Chirurgie, der Inneren Medizin, Lungen- und Bronchialheilkunde, dabei einige entlegenere Krankenhäuser ganz schließen sowie den Ausbau eines neuen Klinikums fördern, das aber für die Landbevölkerung schlechter zu erreichen ist. In einigen Gebieten fehlen für die Unfallchirurgie Betten. Unfallret-

tungs- und Notarztwagen sowie der Einsatz von Rettungshubschraubern dienen der Bourgeoisie als Rechtfertigung für die Verschlechterung der Krankenversorgung auf dem Lande.

Immer häufiger werden Kranke ambulant behandelt und dann nach Hause geschickt. Für die „häusliche Krankenpflege" sieht der Neuentwurf des KHG auch „andere zur Krankenpflege geeignete Personen" als ausgebildetes Pflegepersonal vor – sowieso müssen Familienangehörige den Kranken zu Hause versorgen. Die Zahl der Patienten nimmt stetig zu; die Verweildauer der Kranken wird bewußt von der Krankenhausleitung gesenkt, das Pflegepersonal wegrationalisiert, so daß die Zahl der pro Pflegekraft zu versorgenden Patienten steigt (das Beispiel Hamburg – siehe Tabelle – zeigt dies anschaulich).

Bettenabbau Krankenhäuser Hamburg

Jahr	Patienten (stationär)	Bettenzahl*	Verweildauer (Tage)**
1968	280223	18350	18,6
1972	297803	18470	17,4
1976	315983	17351	15,2
1978	318990	15814	15,0
Plan '85 ..		12200	

* Bettenzahl der Akut-Krankenhäuser
** Verweildauer in staatlichen Krankenhäusern

Zu 2.: Die Kosten der Krankenhäuser werden nach gültigem Krankenhausfinanzierungsgesetz nach dem Prinzip aufgeteilt: Bauten und Investitionskosten aus Steuergeldern durch Bund, Länder und Gemeinden; die Benutzung (laufende Kosten) über die Pflegesätze von den Krankenkassen. Für 1979 legt das KHG Zuschüsse des Bundes in Höhe von 250 Mio. DM fest. In den nächsten Jahren werden diese Subventionen zunehmen. Schwerpunkte staatlicher Investitionen sind die Durchführung von Rationalisierungen und „Modellmaßnahmen", eine Zentralisierung im Bettenbedarf und die Beseitigung einer „regionalen Über- und Unterversorgung".

die Zahl der pro Pflegekraft zu versorgenden Patienten steigt (das Beispiel Hamburg – siehe Tabelle – zeigt dies anschaulich).

Bettenabbau Krankenhäuser Hamburg

Jahr	Patienten (stationär)	Bettenzahl*	Verweildauer (Tage)**
1968	280223	18350	18,6
1972	297803	18470	17,4
1976	315983	17351	15,2
1978	318990	15814	15,0
Plan '85 ..		12200	

* Bettenzahl der Akut-Krankenhäuser
** Verweildauer in staatlichen Krankenhäusern

Zu 2.: Die Kosten der Krankenhäuser werden nach gültigem Krankenhausfinanzierungsgesetz nach dem Prinzip aufgeteilt: Bauten und Investitionskosten aus Steuergeldern durch Bund, Länder und Gemeinden; die Benutzung (laufende Kosten) über die Pflegesätze von den Krankenkassen. Für 1979 legt das KHG Zuschüsse des Bundes in Höhe von 250 Mio. DM fest. In den nächsten Jahren werden diese Subventionen zunehmen. Schwerpunkte staatlicher Investitionen sind die Durchführung von Rationalisierungen und „Modellmaßnahmen", eine Zentralisierung im Bettenbedarf und die Beseitigung einer „regionalen Über- und Unterversorgung".

Der Staat hat mit dem neuen Krankenhausfinanzierungsgesetz die Zügel über den Krankenhausbereich straffer in der Hand und ist in der Lage, die Krankenversorgung in militärisch organisierten Zwangsanstalten kapitalbringend auszubauen. Unterdrückung ist seine Absicht, und darum wird dieses Gesetz auch entschieden von den Volksmassen bekämpft.

Niederlande. Wie schon in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes plant die niederländische Regierung, ab dem 1. Juli die Löhne der Lohnabhängigen im Gesundheitswesen entgegen den gültigen Tarifverträgen um 0,5 bis 1,5% zu kürzen. Dagegen und gegen weitere geplante Maßnahmen – v.a. drastische Kostendämpfung im Gesundheitswesen, verstärkter Druck auf die Arbeitslosen – organisiert der niederländische Gewerkschaftsbund FNV am 19.6. eine nationale Demonstration, an der nach seiner Schätzung rund 30000 Lohnabhängige teilnehmen werden.



Italien. Die italienische Krankenhausgewerkschaft FLO will im bevorstehenden Tarifkampf vor allem Forderungen nach stärkerer Annäherung der einzelnen Beschäftigtengruppen, vor allem der Ärzte und Pfleger, aufstellen, dabei aber die „Spezialisierung prämieren". Viele Belegschaften haben die Beseitigung der Kluft zwischen Voll- und Hilfspflegern, die die gleiche Arbeit machen, und Einstellung von zusätzlichem Personal gefordert. Sie wenden sich gegen Einschränkungen des Streikrechts und gegen befristete Arbeitsverträge.

Österreich. Anfang April haben Arbeiter und Angestellte die Schließung der einzigen Kinderambulanzstation im Zentrum Wiens verhindert. Der Kostendämpfungsplan der Gebietskrankenkasse flog auf, als breit enthüllt wurde, daß die Versorgung der Arbeiter zusammengestrichen wird, die Bourgeois hingegen ihre Leibärzte wie das Hemd wechseln. – Ermuntert durch Mio.-Beträge aus der Einführung der Rezeptgebühr plant Sozialminister Weißenberg jetzt deren drastische Erhöhung für Medikamente gegen „Alltagsbeschwerden".

Historischer Abriß der Politik mit den Pflegesätzen

z.hev. Um die kaltberechnende Logik bürgerlicher Gesundheitspolitik zu durchschauen, lohnt es sich unbedingt, einen kurzen historischen Bogen zu spannen vom Krankenhausfinanzierungsgesetz 1972, bzw. der in seinem Gefolge erlassenen Bundespflegesatzverordnung vom April 1973, bis zu den heutigen Plänen der Neufassung beider.

Vor 1972 galt für die Finanzierung von Krankenhäusern das Prinzip der Bezuschussung aus Steuergeldern, wenn die mit den Krankenkassen ausgehandelten Pflegesätze nicht zur Kostendeckung ausreichten. Die Pflegesätze wiederum hatten sich nach der wirtschaftlichen Lage der Krankenkassen zu richten, und die war nie gut. Die 73er Verordnung halst den Krankenkassen – und damit den versicherten Lohnabhängigen – die gesamten laufenden Kosten des Krankenhausbetriebs und – darüber hinaus – 5-10% der Investitionskosten auf. Dies alles muß seither über die Pflegesätze hereingewirtschaftet werden. Die Folge: „Kostenexplosion" im Gesundheitswesen just im Jahre 1974, insbesondere bei der stationären Behandlung. Die Bourgeoisie hatte die Lage, die sie brauchte für die nächsten Schritte. Zug um Zug wurden die Beitragssätze der Krankenversicherungen so weit erhöht, daß die Arbeiter und Angestellten dadurch empfindliche Lohneinbußen hinnehmen mußten. Das sollte sie weichmachen für die folgenden Maßnahmen der Kostendämpfung. An den Krankenhäusern fing die Bourgeoisie an mit dem Haushaltstrukturgesetz vom 18.12.75, das den Beschäftigten die Löhne kürzte, und setzte sich fort über die verschiedenen Krankenhausbedarfspläne, die Bettenstreichungen, Verkürzung der Verweildauer und erhebliche Intensivierung der Arbeit am Krankenhaus bedeuteten. Nicht genug, sollte das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz diese Entwicklung weiter beschleunigen, aber der Krankenhausbereich wurde wegen interner Querelen der bürgerlichen Parteien zunächst noch ausgeklammert. Praktiziert aber wurde „Stärkung der Selbstverwaltung", wie Ehrenberg das direkte Aushandeln der Pflegesätze zwischen Krankenkassen und Krankenhausträgern zynisch nannte. Die Kassen – „öffentlich-rechtliche Körperschaften mit Mitbestimmung", also direkt dem Bundesversicherungsaufsichtsamt und damit dem Ehrenbergministerium unterstehende staatliche Einrichtungen – begrenzten den weiteren Anstieg der Pflegesätze in den Krankenhäusern. Aber immer noch mußten die gesetzlichen Krankenversicherungen 1978 rund 22 Milliarden Mark Pflegekosten bezahlen.

Das ist der heißen Anwärterin auf den stellvertretenden SPD-Vorsitz und Staatssekretärin Ehrenbergs Anke Fuchs zu viel. Ihr schwebt, nach einem lesenswerten Artikel in „Das Parlament" 16/79 für die „Neuordnung der Pflegesätze" ein Verfahren vor, das „das Bestreben der Krankenhäuser nach einer wirtschaftlichen Betrieb Betriebsführung" unterstützt, sie für „die höchst erwünschte Verkürzung der Verweildauer" belohnt, für eine Verlängerung derselben aber finanziell bestraft. Ergebnis: kapialistische Betriebsführung.

Das ganze sollen die Versicherten durch eine breitangelegte Mobilisierung für die Sozialwahlen 1980 mitbestimmen gleich mitverantworten.

Lohnbewegung metallverarbeitende Industrie beginnt / Ausgangspunkt: 1000 DM Sonderzahlung! / Zielpunkt: 170 DM / 8% mindestens auf die Tarife!

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung 25
Spezialkorrespondenz 04: Maschinenbau / Elektroindustrie / Fahrzeugbau / Schiffbau

Darmstadt, 16.5. Am 16.5. legten bei BOSCH Darmstadt ca. 50 Prämienlöhner aus der Mechanischen Fertigung nach der Frühstückspause für eine halbe Stunde die Arbeit nieder. Grund: Die Geschäftsleitung versucht, Verhandlungen mit dem Betriebsrat über eine Mindestabsicherung der Prämie auf 125% und die Anhebung der Prämie um 1 Pfg. pro Prämien-Prozent auf die lange Bank zu schieben. Erst am 5.6. wollen sie dem Betriebsrat bekannt geben, wann sie mit ihm verhandeln wollen, weil die Angelegenheit über Bosch Stuttgart läuft.

Stuttgart, 16.5.79. Mit außertariflichen Vereinbarungen haben die Arbeiter bei BOSCH Lohnerhöhungen erkämpft. Von den Kapitalisten werden sie zur Spaltung eingesetzt. Die bedeutendste außertarifliche Vereinbarung ist die Arbeits- und Erfolgsprämie, die jedes Jahr im Juni ausgezahlt wird. Sie bemißt sich am Grad der Ausbeutung und dem erzielten Profit. Dazu kommen noch für jedes angefangene Dienstjahr 15 DM Treueprämie, Stichtag 31.12., und eine Pauschale für jeden Arbeiter / Angestellten von 50 DM. Bei einem Durchschnittslohn von 2100 DM und 12 Dienstjahren erhalten die Beschäftigten im Schnitt 1051 DM brutto. Die Prämie wird versteuert mit dem Mailohn bei den Arbeitern und mit dem Junilohn bei Angestellten. Im Schnitt ist dies eine monatliche Bruttolohnerhöhung von 88 DM. Außerdem zahlen die BOSCH-Kapitalisten einen MTM-Bonus von 1,5% auf den Tariflohn, und für 10 Jahre, 25 Jahre, 40 Jahre und 50 Jahre Ausbeutung gibt es noch Jubiläumsgelder. Diese sind allerdings in den letzten Jahren systematisch gestrichen worden. Der MTM-Bonus erhöht den Monatsbruttolohn um 21 DM im Schnitt. – Die Arbeits- und Erfolgsprämie wird jedes Jahr durch Verhandlungen von Betriebsrat und Geschäftsleitung neu festgelegt. Einen Anspruch darauf haben die Arbeiter und Angestellten nicht, es ist eine ,,freiwillige'' Zahlung.

Darmstadt. Am 22.5. war Vertrauensleutesitzung bei der Fa. SCHENCK nach der Neuwahl der Vertrauensleute. Behandelt wurde die Wahl der Leitung. Ein Vertrauensmann stellte den Antrag über die Aufklärung der Auszahlung des Geldes an die Arbeiter. Die Arbeiter sollen 1 Million ausbezahlt bekommen, für jeden Arbeiter bedeutet das eine Lohnerhöhung von 2 – 3%. Der Antrag des gleichen Vertrauensmannes auf Auszahlung an alle Arbeiter und Angestellten wurde von der Leitung als nicht möglich erachtet, da es eine freiwillige Sache der Schenck-Kapitalisten sei.

Darmstadt, 23.5. 79. Die Geschäftsleitung der SCHENCK KG will ab 15. Juli bei den Arbeitern die Lohnsumme um ca. 1 Million erhöhen. Wie die Erhöhung der Lohnsumme ausgezahlt wird, ist noch nicht raus. Dagegen, daß sie von den SCHENCK-Kapitalisten zur weiteren Spaltung eingesetzt wird, wird bei den Vertrauensleuten beraten, daß einheitlich 25 Pfennig mehr die Stunde gefordert werden. Dann sind die 1 Million DM gleichmäßig umgelegt.

Freiburg, 23.5.79. Drei Angestellte der Firma SCHNEIDER Leichtbau verlangen Höhergruppierungen und innerbetriebliche Lohnerhöhungen. In dem Kleinbetrieb arbeiten 30 Arbeiter und 6 Büroangestellte. Der Kapitalist hatte die Geheimhaltung der Gehälter verlangt und appelliert: Angestellte wären nicht so unverständig wie Arbeiter, die immer gleich gemeinsam meutern würden; Angestellte gingen ja vom Betriebsinteresse aus. Drei Angestellte haben sich nun untereinander über ihre Gehälter verständigt und aufgrund dieses Vergleiches mehr Geld verlangt. Eine mußte inzwischen von K2 auf K4 hochgestuft werden und erhält 400 DM mehr (2000 DM außer Tarif statt bisher 1900). Die beiden anderen haben noch keine genauen Zusagen bekommen. Der Kapitalist hat jeden einzeln in die Mangel genommen: er wolle herausfinden, wo diese Informationen über die Gehälter herkommen, dann müßten Konsequenzen gezogen werden, Angestellte hätten ,,loyal'' zu sein. Erfolg hatte er damit keinen. Zwei der Angestellten sind in die IG METALL eingetreten.

Hamburg, 24.5.79. AEG N4: Betriebsversammlung. Techniker setzen Erhöhung ihrer Gehälter durch. Auf der Betriebsversammlung der Werke Industriestraße und Hafenstraße der AEG N4 gab der Betriebsrat bekannt, daß 80 Techniker eine Unterschriftensammlung durchgeführt hatten für die Anhebung ihrer Gehälter. Diese sollte analog zu der Anhebung der Ingenieursgehälter geschehen, die die AEG Kapitalisten in der letzten Tarifrunde zwecks Spaltung der Belegschaft anheben mußten (innerbetrieblich). Dies konnte nun auch für die Techniker durchgesetzt werden. Einzelne Höhergruppierungen haben bereits stattgefunden.

Bremen, 22.5.79. Der gesamte Schiffbau (ca. 400 Arbeiter) auf dem Bremer VULKAN streikt. Ab 12 Uhr wurde am 22.5. nicht mehr gearbeitet. Die Akkordvorgabezeiten im Fregattenbau, die auf Schätzwerten beruhen, lassen einen Akkordüberverdienst nicht mehr zu und tendieren auf die reine Tarifentlohnung. Die Vorgabezeiten werden z.T. um 70 bis 100% überschritten. Nur durch den täglichen Streit mit dem Akkordbüro können Zusatzstunden hereingeholt werden. Weiterhin werden den Akkordkolonnen mehr Arbeiter zugeführt, was die Situation besonders verschärft. Als Forderung im Schiffbau steht: Abgesicherter Mindestakkord in Höhe des Werftdurchschnitts (um ca. 38%), für die, die über diesem Schnitt liegen, den persönlichen Akkorddurchschnitt. Am 23.5. wurde der Streik fortgesetzt und zwecks Bezahlung des Feiertages vereinbart, ab 11 Uhr 4 Stunden ,,zu arbeiten''. Wenn kein Ergebnis erfolgt, werde der Streik am Montag voll weitergeführt. Die Verhandlungskommission besteht aus dem Lohn- und Gehaltsausschuß des Betriebsrates sowie den Fachvertretern.

Detmold, 24.5.79. Die STEPHAN-Kapitalisten haben in ihrem Elektromotorenwerk Detmold die Leistungszulage für Arbeiter und Arbeiterinnen in Zeitlohn von 16% des Tariflohns auf 20% des Tariflohns erhöht. Ihr Betriebsführer LASCHK begründete dies: ,,Man wolle das Vertrauen der Belegschaft bei den gesteigerten Stückzahlen wieder erlangen''. Die produzierten Motoreneinheiten sind innerhalb eines Jahres von 44 auf bis zu 75 Einheiten gesteigert worden, bei nur leicht gesteigerter Belegschaft. Die Betriebsvereinbarung, die bei etwa zwei Drittel der Belegschaft eine Lohnerhöhung zwischen 31 Pfennig und 35 Pfennig ausmacht, kann dreimonatlich von den STEPHANKapitalisten gekündigt werden.

Salzgitter, 30.5.79. Die Arbeiter in der Gruppenmontage der VW-6-Zylinder-Diesel-Motore im Werk Salzgitter haben ihre Hochgruppierung von 4B auf 5A durchgesetzt.

Stuttgart, 11.6.79. Betriebsvereinbarung DAIMLER-BENZ. Bei der Bezahlung der ,,Vermögenswirksamen Leistungen'' soll die Differenz zwischen den tariflich abgesicherten 468 DM und dem Höchstbetrag von 624 DM, also 156 DM, von den DAIMLER-Kapitalisten zugezahlt werden.

Hannover, 11.6.79. Ausführungen des IG Metall-Bevollmächtigten WAGNER auf der Betriebsversammlung bei MASSEY-FERGUSON HANOMAG am 11.6.79. 1. Der letzte Lohnabschluß war ,,sehr maßvoll''. Die Preissteigerungen sind kaum noch haltbar. Die Mineralölkonzerne würden in die Vollen langen. BP habe in diesem Jahr 1 Milliarde Gewinn gemacht. – 2. Massey-Fergusson sei aus den roten Zahlen raus, jetzt müsse den Arbeitern ihr Einsatz honoriert werden. 3. Man könne von den Arbeitgebern nicht erwarten, sie würden freiwillig etwas rausrücken, genausowenig wie man vom Fuchs verlangen könne, daß er das Stehlen lasse. 4. Man werde die Preiserhöhungen im nächsten Lohnkampf einbeziehen. Die Belegschaft solle sich auf schwere Kämpfe einstellen und das beraten und die Ergebnisse die Ortsverwaltung wissen lassen. Gegen den zu niedrigen Lohn waren die meisten der sieben Redebeiträge der Arbeiter gerichtet. Man wolle nicht mehr Geld durch Stunden, sondern mehr Geld in der Stunde. Die Arbeiter haben die steigende Akkordhetze und die Zunahme der schweren Unfälle angegriffen. Die Forderung nach Übernahme aller Auszubildenden im erlernten Beruf wurde unter Beifall vorgetragen.

Braunschweig, 31.5.79. Die Vertrauensleutevollversammlung am 29.5.79 im VW-Werk Braunschweig begrüßt mit großem Beifall die Forderung nach einem hohen Nachschlag. Ein Nachschlag in Höhe von 1000 DM für alle wurde gefordert, weil VW im ersten Vierteljahr 79 ein Umsatzplus von 37% gemacht habe und hohe Profite scheffele. Die VK-Leitung wird beim Betriebsrat beantragen, daß ein Nachschlag von 1000 DM von SCHMÜCKER gefordert wird.

Braunschweig, 14.6.79. Nachschlag nicht mehr drin vor dem Urlaub. Nachdem auf der letzten VK-Vollversammlung durch großen Beifall die Forderung nach einem Nachschlag von 1000 DM für alle unterstützt worden war und VK-Vorsitzender SCHURICHT zusagte, einen entsprechenden Antrag an den Betriebsrat zu stellen, erklärte er in der letzten Woche auf der Betriebsvertrauensleutesitzung, daß die Forderung illusorisch sei, SCHMÜCKER würde nicht darauf eingehen. Brauchen könne er sie auch. Über einen Nachschlag müßte man reden, vom Tisch sei das nicht, aber auf keinen Fall mehr vor dem Urlaub.

Osnabrück, 12.6.79. Unterschriften für die Vorbereitung der kommenden Lohnauseinandersetzungen gesammelt. 260 Unterschriften sind unter einer Resolution unter den KARMANN-Arbeitern gesammelt worden. Ausgehend von den dauernden Lohnsenkungen, den Akkordverschärfungen, dem Zwang zur Überstundenarbeit und der Preiserhöhungen, wird gefordert: 8%, mindestens aber 180 DM für alle gleich und Streichung der unteren Lohngruppen. Vertrauensleute haben aktiv diese Sammlung unterstützt, ganze Abteilungen, in denen nach den unteren Lohngruppen bezahlt wird, haben vollständig unterschrieben. Im Werkzeugbau haben größere Beratungen über die Lohnsummen und Lohnsummenverteilung stattgefunden. 2 Vertrauensleute wollen dies vor der nächsten Vertrauensleutevollversammlung verhandeln.

Bremen, 12.6.79. Der Streik beim VULKAN brachte folgendes Ergebnis: ,,Aufgrund der heute mit Ihnen geführten Verhandlungen wurde folgendes festgelegt: 1. zwischen Akkordführern, Fachvertretern und AK (Akkordbüro) wird festgestellt, wie viele Stunden die Akkordführer noch benötigen, um im Monat Mai alle Mitarbeiter ihrer Akkordgruppen hinsichtlich der Akkordüberverdienste so verschreiben zu können wie für die Vormonate. 2. Für die künftig durchzuführenden Arbeiten werden die Akkordscheine so ausgegeben, daß sie die erkennbaren fregattenüblichen Ergänzungsarbeiten von vorneherein umfassen. Berichtigungen der in dieser Weise erweiterten ,,Grundakkordscheine'' sind – wie im Handelsschiffbau üblich – bei Nachweis entsprechender Besonderheiten so ausgelegt, daß der Akkordführer bei gleichem Leistungsverhalten der Akkordgruppe, Akkordüberverdienste verschreiben kann, wie sie sich im Handelsschiffbau bisher ergeben haben. 3. Die vorstehende Regelung wird angewandt, sobald die für die Durchführung der schiffbaulichen Arbeiten an der Fregatte vorgesehenen Schiffbauer einschließlich Helgenschiffbauer ihre Arbeit aufgenommen haben. ...'' Außerdem wurde von der Betriebsführung der Monat April ebenfalls in die Vergütung versackter Stunden einbezogen. Sowie die Arbeiter mit versackten Akkorden (2 – 6%) diese Akkorde in Zukunft wieder auf ihren alten Schnitt erhalten. Die Forderung nach abgesichertem Mindestakkord wird aufrechterhalten.

München, 12.6.79. Fast 500 Vertrauensleute und IGM Funktionäre kamen zur Vertrauensleutekonferenz der IGM-Ortsverwaltung München. Verabschiedet wurde ein Programm der Vertrauensleutearbeit bis 1982. Dort wird die Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat, der Aufbau von Strukturen aller Abteilungen, die gegenseitige Unterrichtung, das Sitzungswesen geregelt. HARTL, der Vertrauensleuteobmann der Ortsverwaltung, erklärte unter Beifall, man müsse im Herbst dahin kommen, daß keine Sonderschichten und Überstunden mehr genehmigt werden. Vertreter von SIEMENS, RHODE & SCHWARZ und DECKEL forderten einen Nachschlag im Herbst. Eine Vertreterin von RATHGEBER meinte, der Nachschlag müsse um die 1000 DM liegen. Ein Betriebsrat von SIEMENS erklärte, so wie 1973 dürfe man sich nicht wieder ins Boxhorn jagen lassen. Den Vorschlag, jetzt eine Forderung von 8% mindestens 170 DM aufzustellen, unterstützte ein Drittel mit Beifall. Der Vertreter des IGM-Hauptvorstandes DIECKERHOFF warnte, die IGM könne einen Streik nicht tragen, wenn nicht mehr Beiträge bezahlt würden und die wichtigsten Entscheidungen würden bei Wahlen getroffen, da müßten die Arbeiter von der Geschlossenheit der Unternehmer, Ärzte und Bauern lernen.

z.maf. In den letzten Wochen nimmt die Kampftätigkeit der Belegschaften in der metallverarbeitenden Industrie zu. Das ist jetzt das vierte Jahr so: Die Tarifabschlüsse sind so niedrig, daß die Kapitalisten sowohl aus der Lohnsenkung Profit schlagen können, wie noch was für außertarifliche Leistungen übrig haben. Und zwar so viel, daß die doch zweifellos schwächere Kampfkraft einzelner Belegschaften, einzelner Abteilungen und sogar einzelner Tarifgruppen ausreicht, um Gelder herauszuholen, die durch den sozialdemokratisch geführten Kampf der ganzen Branche nicht herausgeholt werden. Selbstverständlich eben nur in Einzelfällen, nicht in jedem Betrieb und nicht in jedem Jahr. Auf diese Weise nimmt der tariflich sichere Teil der Löhne und Gehälter ab. Unvermeidlich steigt dabei die Anzahl der Arbeiter und Angestellten, die nur den tariflich sicheren Lohn erhalten, denn die Kapitalisten wissen, wohin sie diese Summen schieben. Das Lohn- und Gehaltsgefälle in den Betrieben nimmt zu, und das Lohn- und Gehaltsgefälle zwischen den Betrieben nimmt auch zu. – Als in den Jahren 1973, 74 folgende die Arbeitslosigkeit zunahm, begann die IG Metall eine Lohnpolitik des Opferbringens für die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung und ließ den Kapitalisten allerhand übrig. Seitdem stehen die Belegschaften regelmäßig im Frühsommer vor der Notwendigkeit, durch betriebliche Kämpfe, Verhandlungen, Aktionen usw. wenigstens etwasso zurückzuholen.

In diesen ganzen Jahren ist es nie gelungen, diese Kämpfe mit der Vorbereitung der je bevorstehenden Lohnbewegung zu verbinden. Regelmäßig war es so, daß einige Kapitalisten einigen Belegschaften, Abteilungen und Tarifgruppen etwas herausrücken mußten und diese Zahlungen dann auch noch benutzt wurden, um die Vorbereitung der Lohnbewegung abzustumpfen. Diese Gefahr besteht in diesem Jahr auch wieder. Da soll man sich überhaupt keine Illusionen machen. Der unselige 4,3%/13-Monate-Abschluß wird die Teuerung nicht einmal nominal decken, von der wirklichen Kaufkraft in Nettolöhnen ganz abgesehen, die sich seit Jahren trostlos entwickelt hat. Aus diesem jetzt bereits bei der Kaufkraft spürbaren Hauptgrund ist die Bewegung für Zuschlags- und Nachzahlungs- oder Abschlags-Forderungen in diesem Jahr besonders stark. Gegen die VW AG und gegen die Siemens AG stehen Forderungen von 1000 DM extra für alle gleich. Das würde so viel ausmachen, wie wenn der traurige 4,3/13-Abschluß um einen Sockelbetrag von fast 70 DM/Monat ergänzt worden wäre. Aber selbstverständlich nur dort, wo eine solche Sonderzahlung durchgesetzt wird und auch dort: Nur bedingt! Denn diese Sonderzahlung wird ja nicht auf die Tarife umgerechnet und damit ist sie für das kommende Jahr schon unsicher, d.h. dieser Betrag muß neuerlich erkämpft werden.

Vernünftig ist die Forderung trotzdem, und es ist sowohl lohnend, dafür zu kämpfen, wie es auch Aussicht auf Erfolg haben wird, sich dieser gegen die VW AG erhobenen und gegen die Siemens AG diskutierten Forderung anzuschließen. Es würde auch allgemein den Zusammenhalt, die Kampfkraft der Belegschaften stärken, wenn ein solcher für alle gleicher Betrag durchgesetzt werden könnte. Wenn jetzt Forderungen aufgestellt werden, die darauf hinauslaufen, daß statt mit 4,3%/13 Monate jedenfalls mit 4,3% + 70 DM hätte abgeschlossen werden müssen, und wenn gleichzeitig jeder weiß, daß selbst in den großen, kampfstarken Betrieben die Durchsetzung einer solchen Forderung schwierig ist und in kleineren fast unmöglich, so ergibt sich: Es werden schon so an die 170 DM sein müssen, die im Winter unter Dach und Fach müssen. 70 DM davon wären sowieso bloß die tariflich gesicherte Rückeroberung von Loderers Versäumnis.

Andererseits wissen wir auch, die Kapitalisten werden eine Forderung von 170 DM / mindestens 8% nicht freudig erfüllen. Sie werden sich verbissen dagegen wehren. Da wäre es schon gut, wenn ihnen in diesem Sommer durch eine Bewegung für 1000 DM Sonderzahlung der Schneid abgekauft würde. Also: 1000 DM jetzt, wie bei VW und Siemens bereits gefordert, und 170 oder auch 180 DM / mindestens aber 8% für die nächste Tariflohnbewegung. Die Forderung auf die Tarife muß unbedingt jetzt mit aufgestellt werden. Sonst machen die Kapitalisten zum Schluß noch die Tarife vorzeitig auf und schließen überrumpelungsweis irgendeinen Dreck ab.

Lohnsumme — Lohnsummenverteilung (II) —
Tariflich sichere und tatsächlich gezahlte Löhne und Gehälter

01: Lohn & Gehaltsgruppen in den Tarifgebieten

02: Häufigkeitsverteilung der Lohn & Gehaltsgruppen

03: Veränderung, wenn 10 -22 % der tatsächlichen Zahlungen als Festbetrag gesichert würden

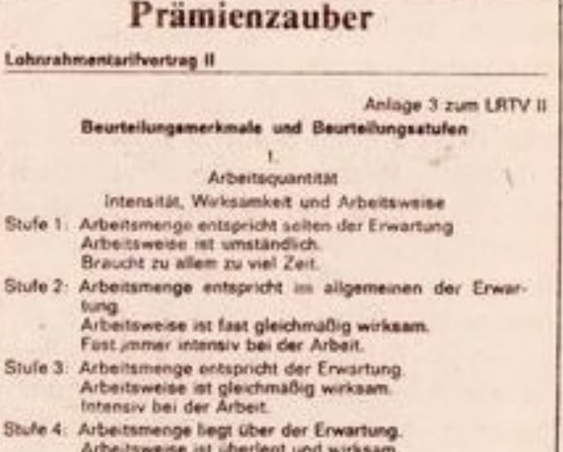
04: Zustand, wenn die Kapitalisten in der untersten Lohngruppe nichts und der höchsten 132 % zahlen

05: Abstumpfung dieser Spanne, wenn 170 DM, mindestens 8 % durchgesetzt würde

06: Veränderung der Tarifstruktur Lohn & Gehaltsgruppen bei 170.- DM, mindestens 8 %

Aus der Untersuchung der von der IGM vereinbarten Lohn- und Gehaltsgruppen ergibt sich (01; 02;) : Die Kapitalisten haben der IGM eine Lohn- und Gehaltsgruppenstruktur aufgenötigt, die das Angebot an menschlicher Arbeitskraft in sechs, ziemlich strikte voneinander getrennte, Preisklassen aufsplittert. Diese Preisklasseneinteilung drückt das Bestreben der Kapitalisten aus, unter scheinheiliger Berufung auf Bildungsvoraussetzungen den tariflich sicheren Teil des Arbeitslohnes auf die niedrigst mögliche Marke zu drücken. — Der im Durchschnitt der 'Investitionsgüterindustrie' allein an Arbeiter gezahlte Lohn liegt inzwischen um über 50% über dem tariflich sicheren Ecklohn. Dies Geld, (und die Hauptarbeit der Betriebsräte besteht darin, es irgendwie sicher zu bekommen), nützen die Kapitalisten aus, um auf Basis der niedrigen Tarife mit 'Leistungszulagen' zu winken. Man könnte meinen, daß dadurch das System der starren Preisklassen aufgelockert wird. Der Möglichkeit nach ist das so. Der Arbeiter und der Angestellte, die bereit sind, sich physisch und moralisch bis zum letzten Nerv und zur letzten Hirnfaser für das Wohl ihres Kapitalisten zu verausgaben, sie können bis zu 50%, 60%, ja über 100% des tariflich sicheren Teils des Lohnes Zahlung ergattern und die AT-Angestellten entstehen ja genauso. Wegen 'Leistung'. Wir haben ausgerechnet, wie sich die Lohn- und Gehaltsgruppenstruktur verändern würde, wenn die Kapitalisten ein Volumen von zwischen 10% und 22% der tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter als festen, tariflich sicheren Zuschlag auf die bestehenden Lohn- und Gehaltsgruppen zahlen müßten (03), die Preisklassen für den Ankauf von Arbeitskraft würden von 6 auf 4 reduziert, die obendrein nahe zusammenliegen. Wir haben nun eine extreme Annahme gemacht, daß nämlich in der untersten Lohnklasse gar keine Zulage gezahlt würde und in der höchsten 132% des Tarifs (z.B. 'AT'). Eine völlige Aufsplitterung, die nur noch unter äußerster Anstrengung einheitliches Handeln der Belegschaft zuließe, würde eintreten (04). — Da aber die Spanne zwischen Tariflohn und Effektivlohn tatsächlich an die 50% hinkommen mag, ist die Annahme zwar extrem, aber nicht völlig draussen. Auf diesen extremen Zustand würde eine Forderung von 170 DM, mindestens 8% nicht einmal eine Wiederherstellung der Lohnstruktur, wie sie aus den Tarifen hervorgeht, bewirken, (05), obgleich die Tarifstruktur (06) bereits erheblich zusammengeschoben wäre. — Wenn in diesem Jahr nicht eine Forderung wie z.B. 170.- DM, mindestens 8% durchgesetzt wird, so wird die Spanne zwischen tariflich sicherem Lohn und Effektivlohn ansteigen und mit ihr die Spaltung und auf der unteren Hälfte der Lohnskala wird die Lohnsenkung wüten.

Investitionsgüterindustrie: Durchschnittslohn im Verhältnis zum tariflichen Ecklohn
(Kurven: Durchschnittslohn Investitionsgüterindustrie; Tarifl. Ecklohn Metall Nordw./Nordbaden; 68 – 79 (1.Vj))


Prämienzauber

Lohnrahmentarifvertrag II

Anlage 3 zum LRTV II

Beurteilungsmerkmale und Beurteilungsstufen

I.
Arbeitsquantität
Intensität, Wirksamkeit und Arbeitsweise

Stufe 1: Arbeitsmenge entspricht selten der Erwartung. Arbeitsweise ist umständlich. Braucht zu allem zu viel Zeit.
Stufe 2: Arbeitsmenge entspricht im allgemeinen der Erwartung. Arbeitsweise ist fast gleichmäßig wirksam. Fast immer intensiv bei der Arbeit.
Stufe 3: Arbeitsmenge entspricht der Erwartung. Arbeitsweise ist gleichmäßig wirksam. Intensiv bei der Arbeit.
Stufe 4: Arbeitsmenge liegt über der Erwartung. Arbeitsweise ist überlegt und wirksam. Sehr intensiv bei der Arbeit.
Stufe 5: Arbeitsmenge liegt weit über der Erwartung. Arbeitsweise ist besonders überlegt und wirksam. Außergewöhnlich intensiv bei der Arbeit.

II.
Arbeitsqualität
Einhalten der Arbeitsvorschriften. Umfang und Häufigkeit von Beanstandungen. Nacharbeit, Ausschuß, Funktionsfähigkeit (Güte der Arbeitsausführung)

Eine bestehende Schadensgeneigtheit ist zu berücksichtigen.
Stufe 1: Arbeitsausführung entspricht selten der vorgeschriebenen Qualität.
Stufe 2: Arbeitsausführung entspricht schon häufig der vorgeschriebenen Qualität.
Stufe 3: Arbeitsausführung entspricht fast immer der vorgeschriebenen Qualität.
Stufe 4: Arbeitsausführung entspricht stets der erforderlichen Qualität.
Stufe 5: Arbeitsausführung entspricht auch in schwierigen Fällen stets der erforderlichen Qualität.

III.
Arbeitssorgfalt
Umgang mit Betriebsmitteln (Werkzeuge, Vorrichtungen, Maschinen, Einrichtungen) und Materialien. Nutzung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen und Energie.

Stufe 1: Beim Umgang mit Betriebsmitteln und Materialien und/oder bei der Nutzung von Stoffen und Energie wird weniger als das Notwendige getan.
Stufe 2: Beim Umgang mit Betriebsmitteln und Materialien und/oder bei der Nutzung von Stoffen und Energie wird gerade das Notwendige getan.
Stufe 3: Umgang mit Betriebsmitteln und Materialien und/oder Nutzung von Stoffen und Energie ist pflichtgemäß.
Stufe 4: Umgang mit Betriebsmitteln und Materialien und/oder Nutzung von Stoffen und Energie ist sachgemäß und überlegt.
Stufe 5: Umgang mit Betriebsmitteln und Materialien und/oder Nutzung von Stoffen und Energie ist vorbildlich.

IV.
Arbeitseinsatz
Einsatz außerhalb der üblichen Arbeitsaufgabe.

Stufe 1: Übernimmt keine anderen Arbeitsaufgaben.
Stufe 2: Übernimmt nur vereinzelt andere gleichartige Arbeitsaufgaben. ...

Durch diese Prämienmethode wird der Lohn nicht tariflich sicher. Der Kapitalist kann bewerten wie er will und außerdem: Die höheren Lohn- & Gehaltsgruppen werden danach immer mehr kriegen und die unteren immer weniger, die Spaltung nimmt nicht ab, sondern zu.

Bezahlung unter Tarif und Zwölfstundentag

Italienische Landarbeiter kämpfen für Durchsetzung des Tarifs und gegen private „Arbeitsvermittler“

z.mee. Der Spargelernte Mitte Mai folgt die Erdbeerernte, dann Sauerkirschen, Frischgemüse und Spätgemüse. Für die Spargelernte im Bereich Graben, Neudorf bei Bruchsal, wurden von den Sonderkulturbaukapitalisten zusätzlich 70 junge Iren angeheuert. Die irischen Arbeiter machten die Knochenarbeit des Spargelstechens für Hungerlöhne zwischen 5 und 6 DM nicht lange mit. Von den anfangs 70 Iren sind 58 vorzeitig nach Irland zurückgeflogen. 10 ha Spargelfelder mußten umgepflügt werden.

Landwirtschaftliche Arbeitskräfte in Betrieben über 2 ha ldw. Fläche

Jahr	nichtständ. AK (Saisonarbeiter) in Tsd.	ständige AK (Landarbeiter) in Tsd.
1956/57	466,6	475,3
1960/61	256,2	286,1
1964/65	137,9	195,0
1969/70	97,0	131,0
1971/72	62,0	108,0
1972/73	154,0	101,0
1974/75	143,0	93,0
1976/77	208,0	86,0

In den vergangenen Jahren hatten die dortigen wie auch die Gemüsebaukapitalisten des südhessischen Ried sich regelmäßig Arbeiter aus Jugoslawien und der Türkei auf Touristenvisa für einige Monate geholt. Für 3,50 bis 5,50 DM ohne Kranken- und Sozialversicherung mußten die ausländischen Arbeiter von morgens früh bis abends spät bei großer Hitze in gebückter Haltung auf dem Feld arbeiten.

In diesem Jahr gibt es keine Ausnahmeregelung zur Erteilung der Arbeitserlaubnis für Arbeiter aus Nicht-EG-Ländern mehr. Dagegen haben die Sonderkulturbau-Kapitalisten beim Ehrenbergministerium protestiert. Daraufhin änderte Ehrenberg die Stichtagsregelung, d.h. Frauen und Kinder ausländischer Arbeiter erhalten früher als vorher eine Arbeitserlaubnis.

Viele Saisonarbeiter sind statistisch nicht erfaßt, weil sie gezwungen werden, ohne Kranken- und Arbeitslosenversicherung und späteren Rentenanspruch zu arbeiten.

Mit dem Anstieg von Massenarbeitslosigkeit und der Senkung des Lohnniveaus in den 70er Jahren hat schlagartig die Saisonarbeit wieder zugenommen. Waren in den 50er und 60er Jahren weniger Saisonarbeiter als feste Landarbeiter beschäftigt, so übertrifft 1977 die Zahl der Saisonarbeiter die der fest Beschäftigten bereits um das Zweieinhalbfache.

Gerade die rechtlosesten Teile der Arbeiterklasse werden in die Saisonarbeit hineingepreßt. Es sind dies vor allem:

– die ausländischen Arbeiter,

– Arbeiterinnen, die meist in Kolonnen zum Hacken oder Abernten gesteckt werden,

– längerfristig arbeitslose Arbeiter. Durch maßlose Überarbeit müssen sie für den Winter mitverdienen, weil die kurze Beschäftigungszeit zum Arbeitslosengeldanspruch nicht reicht.

– Jugendliche und Studenten, die sich in den Ferien zur Erntearbeit vermitteln lassen müssen,

– Industriearbeiter, die meist auf dem Land wohnen. Der niedrige Lohn zwingt sie, im Urlaub, am Wochenende bzw. vor oder nach der Schicht in der Ernte zu arbeiten.

– Kleine Bauern, deren Hof zu klein ist, um davon leben zu können. Sie müssen sich in der Ernte beim Lohnunternehmer oder Agrarkapitalisten zum Häckslerfahren, Mähdreschen usw. verdingen. Beim Lohnunternehmer Heuer in Klein Jörl, Kreis Schleswig-Flensburg, der 5 bis 6 Stammarbeiter hat, arbeiten in der Siloernte bis zu 40, in der Regel kleine Bauern oder Bauernsöhne, für 8 bis 8,50 DM je Stunde.

Die Saisonarbeit weitet sich aus mit der Ablösung der Gemischtwirtschaft durch die spezialisierte kapitalistisch betriebene Agrarproduktion. Die Produktion verlagert sich dorthin, wo sie den größten Profit verspricht. So gibt es reine Apfel-, reine Gemüse- oder reine Getreideanbaugebiete. Zusätzlich werden immer mehr Bereiche aus der ursprünglichen Produktion der Bauern ausgelagert und vom Lohnunternehmer saisonmäßig verrichtet, wie z.B. Mähdreschen, Maisdrillen, Silagemachen.

Bleivergiftung der Nordenhamer Weiden wird durch Sozialministerium gedeckt

r.anf. Erst mit dem 4. Mai konnten die Nordenhamer Bauern mit dem Viehaustrieb beginnen. Noch drei Wochen vorher waren im Umkreis von 1 – 2 km der Preußaghütte Bleiwerte zwischen 550 und 1000 mg/kg Trockenmasse des Grünlandaufwuchses (Gras) gemessen worden. (Von der Weltgesundheitsorganisation werden 50 mg als Maximalwert angegeben!) Die letzte Messung, 4 und 7 Tage vor dem Austrieb, ergab immer noch Werte von 80 bis 220 mg. Die Meßergebnisse wurden vom Sozialminister Schnipkoweit herausgegeben und im Nordenhamer Rathaus per Aushang veröffentlicht. Ausdrücklich wurde die Stadtverwaltung darauf verwiesen, daß die Meßergebnisse nicht an die Presse weitergegeben werden dürften. Die niedersächsische Landesregierung fürchtet den Zusammenschluß der Bauern und Preußag-Arbeiter, die schon oft die Ratsherren auf ihren Sitzungen und bei öffentlichen Anhörungen unter Druck gesetzt hatten. Durch den verspäteten Viehaustrieb müssen die Bauern Kraftfutter dazukaufen und Heu, das jetzt viel teurer ist. Diese Mehrkosten werden durch die Entschädigung der Preußag-Kapitalisten längst nicht gedeckt, von der Mehrarbeit, die durch die Stallbewirtschaftung entsteht, ganz zu schweigen. Das Blei setzt sich teilweise in den Knochen der Kühe ab, wodurch jedes Jahr wieder Vieh verendet, teilweise wird es über die Molkerei Strückhausen in den „Botterbloom“-Milchprodukten an die Volksmassen weitergegeben. Den Arbeitern in Nordenham, die im Umkreis der Hütte kleine Gärten haben, wurde vom Sozialminister der weise Vorschlag gemacht: „Neben der besonders gründlichen Säuberung trägt auch die Einschränkung des Verzehrs von blei- und cadmiumhaltigen Lebensmitteln zur Verminderung der Schwermetallaufnahme bei.“ Bei der Preußag trägt der Einbau von Filtern zur Verminderung der Profiterwartungen bei. Deshalb unterbleibt er.



Zuckerpreissenkung gegen AKP-Staaten und Bauern geplant

z.mee. Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Rübenbauernverbände, ein Zusammenschluß von Groß- und Kleinbauern gegen die zuckerverarbeitenden Kapitalisten, fordert die Kündigung des Zuckerprotokolls im Rahmen des Lomé-Abkommens. Grundlage ist die berechtigte Furcht vor Erzeugerpreissenkungen und weiteren Anbaubeschränkungen bei Zuckerrüben. 1975, zur Zeit einer weltweiten Zuckerknappheit und einem Weltmarktpreis von 350 brit. Pfund/t. verpflichteten die EG-Imperialisten die AKP-Staaten mit dem Lomé-Abkommen zur Lieferung von 1,4 Mio. t. Zucker jährlich zu EG-Preis (damals 140 Pfund/t.). Diesen Raub konnten sie nur durchsetzen, indem sie ihrerseits die Abnahmegarantie eingingen. Inzwischen haben vornehmlich die US-Imperialisten den Weltmarktpreis senken können auf 85 Pfund/t. Die EG-Imperialisten müssen aufgrund ihrer Verpflichtungen zu einem heutigen Preis von 175 Pfund/t. AKP-Zucker einführen. Der EG-Selbstversorgungsgrad ist von 1976 = 87% auf 1978/79 = 125% gestiegen. 2 Mio. t. Überschußzucker wurden 1978 in der EG produziert. Die EG-Imperialisten unternehmen jetzt alle Anstrengungen, den Preis für den Rohstoff Zucker zu senken, sowohl gegenüber den AKP-Staaten als auch gegenüber den europäischen Bauern. Die Kündigung des Lomé-Abkommens würde dem einen Schritt näherkommen.

BRD, größter Hopfenerzeuger: EG-Preiserhöhung erzwungen

z.doj. Seit 1971 ist der Weltmarktpreis für Hopfen gesunken und die Vorratshaltung angestiegen, in der EG auf 45%. Während die osteuropäischen Staaten ihre Hopfenselbstversorgung steigern wollen, haben die USA 1978 eine erneute Exportoffensive beschlossen. Die BRD als größter Welterzeuger und -exporteur für Hopfen besitzt 70% der Anbauflächen in der EG. Durch EG-Verordnungen von 1971 und 1977 wurden über Rodungs-„Beihilfen“ und Umstellungsprämien 776 Kleinbauern gelegt und 1995 ha Anbaufläche gerodet. Die BRD hat damit eine EG-Preiserhöhung von 129% von 1977-78 erreicht und die Vorratshaltung auf 20% gesenkt. In der EG ist die Lage jetzt so:

Hektarertrag in 50 kg

	1976	1978
BRD	28,67	34,4
Frankr.	31,54	33,7
Belgien	33,17	32,6
Großbrit.	29,92	32,1
Irland	18,77	22,3

Die EG-Kommission bereitet eine Verordnung vor, die die Beihilfe – 26,5 Mio. DM für 1978 rückwirkend – auf alphasäurereiche Hopfensorten konzentriert und von der Bodengröße und dem steigenden ha-Ertrag abhängig macht, um die Bodenkonzentration in wenigen Händen zu beschleunigen.

Die Agrarkapitalisten vernutzen immer mehr billige Saisonarbeiter

Die entrechtetsten Teile der Arbeiterklasse werden im Sommer zu Spottlohn auf die Felder geschickt

z.erm.Rom. Die Sele-Ebene bei Salerno in Süditalien ist das größte Obstanbaugebiet des Landes. Vor allem Aprikosen, Kirschen, Pfirsiche und Erdbeeren werden dort in Intensivkulturen angebaut. Wie in den übrigen 18 Obstanbaugebieten haben die Agrarkapitalisten dort die Kleinbauern fast vollständig gelegt und in Landarbeiter auf ihren Plantagen verwandelt.

Im März dieses Jahres hat ein großer Teil der 10000 Landarbeiterinnen der Erdbeerplantagen in der Sele-Ebene, 80% davon Saisonarbeiterinnen, gestreikt und mehrere Plantagen besetzt,

aus. In den letzten drei Jahren gelang es den Obstplantagenbesitzern so, die Zahl der Arbeitstage der Saisonarbeiter von 102 auf 84 durchschnittlich im Jahr zu senken und gleichzeitig die Produktion um 4% zu steigern.

Die Wanderarbeiterinnen, deren Anfahrtsweg zur Plantage oft 150 km, durchschnittlich 80 km beträgt, sind auf die Transportmittel, die sich in der Hand von Busunternehmern befinden, angewiesen. Aufgrund ihres Monopols an den Transportmitteln treten die Busunternehmer gleichzeitig auch als Arbeitsvermittler auf. Die „Korpora-

Interview mit Donatella Turtuna, Generalsekretärin der „Federbraccianti“, Landarbeitergewerkschaft der CGIL (640000 Mitglieder)

Inwieweit habt Ihr mit dem neuen Tarif Eure Forderungen nach Verbot der privaten Vermittlung von Saisonarbeiterinnen durchsetzen können?

Es gibt ja bereits seit 1970 ein Gesetz, das die private Arbeitsvermittlung verbietet und besagt, daß die Agrarier die Saisonarbeiter, die sie beschäftigen wollen, bei der staatlichen Arbeitsvermittlung anfordern müssen.

pitalisten die Fahrtkosten zahlen müssen.

Ja, das ist richtig. Um das durchzusetzen, fordern wir jetzt zweierlei: den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und gleichzeitig die Kontrolle und Festlegung der Tarife für die privaten. Die Forderung nach Bezahlung der Fahrtkosten wird eine wichtige Aufgabe für die nächsten Jahre sein. Das ist ein Problem der Arbeitszeit, d.h. die Anrechnung der Zeiten für die Fahrten zum Arbeitsplatz und zurück, zumindest teilweise, auf die Arbeitszeit.

die dortigen wie auch die Gemüsebaukapitalisten des südhessischen Ried sich regelmäßig Arbeiter aus Jugoslawien und der Türkei auf Touristenvisa für einige Monate geholt. Für 3,50 bis 5,50 DM ohne Kranken- und Sozialversicherung mußten die ausländischen Arbeiter von morgens früh bis abends spät bei großer Hitze in gebückter Haltung auf dem Feld arbeiten.

In diesem Jahr gibt es keine Ausnahmeregelung zur Erteilung der Arbeitserlaubnis für Arbeiter aus Nicht-EG-Ländern mehr. Dagegen haben die Sonderkulturbau-Kapitalisten beim Ehrenbergministerium protestiert.

für den Winter mitverdienen, weil die kurze Beschäftigungszeit zum Arbeitslosengeldanspruch nicht reicht.

– Jugendliche und Studenten, die sich in den Ferien zur Erntearbeit vermitteln lassen müssen,

– Industriearbeiter, die meist auf dem Land wohnen. Der niedrige Lohn zwingt sie, im Urlaub, am Wochenende bzw. vor oder nach der Schicht in der Ernte zu arbeiten.

– Kleine Bauern, deren Hof zu klein ist, um davon leben zu können. Sie müssen sich in der Ernte beim Lohnunternehmer oder Agrarkapitalisten zum Häckslerfahren, Mähdreschen usw.

sche Landesregierung fürchtet den Zusammenschluß der Bauern und Preußag-Arbeiter, die schon oft die Ratsherren auf ihren Sitzungen und bei öffentlichen Anhörungen unter Druck gesetzt hatten. Durch den verspäteten Viehaustrieb müssen die Bauern Kraftfutter dazukaufen und Heu, das jetzt viel teurer ist. Diese Mehrkosten werden durch die Entschädigung der Preußag-Kapitalisten längst nicht gedeckt, von der Mehrarbeit, die durch die Stallbewirtschaftung entsteht, ganz zu schweigen. Das Blei setzt sich teilweise in den Knochen der Kühe ab, wodurch jedes Jahr wieder Vieh veren-



BRD, größter Hopfenerzeuger: EG-Preiserhöhung erzwungen

z.doj. Seit 1971 ist der Weltmarktpreis für Hopfen gesunken und die Vorratshaltung angestiegen, in der EG auf 45%. Während die osteuropäischen Staaten ihre Hopfenselbstversorgung steigern wollen, haben die USA 1978 eine erneute Exportoffensive beschlossen. Die BRD als größter Welterzeuger und -exporteur für Hopfen besitzt 70% der Anbauflächen in der EG. Durch EG-Verordnungen von 1971 und 1977 wurden über Rodungs-„Beihilfen“ und Umstellungsprämien 776 Kleinbauern gelegt und 1995 ha Anbaufläche gerodet. Die BRD hat damit eine EG-Preiserhöhung von 129% von 1977-78 erreicht und die Vorratshaltung auf 20% gesenkt. In der EG ist die Lage jetzt so:

Hektarertrag in 50 kg

	1976	1978
BRD	28,67	34,4
Frankr.	31,54	33,7
Belgien	33,17	32,6
Großbrit.	29,92	32,1
Irland	18,77	22,3

Die EG-Kommission bereitet eine Verordnung vor, die die Beihilfe – 26,5 Mio. DM für 1978 rückwirkend – auf alphasäurereiche Hopfensorten konzentriert und von der Bodengröße und dem steigenden ha-Ertrag abhängig macht, um die Bodenkonzentration in wenigen Händen zu beschleunigen.

Die Agrarkapitalisten vernutzen immer mehr billige Saisonarbeiter

Die entrechtetsten Teile der Arbeiterklasse werden im Sommer zu Spottlohn auf die Felder geschickt

z.erm.Rom. Die Sele-Ebene bei Salerno in Süditalien ist das größte Obstanbaugebiet des Landes. Vor allem Aprikosen, Kirschen, Pfirsiche und Erdbeeren werden dort in Intensivkulturen angebaut. Wie in den übrigen 18 Obstanbaugebieten haben die Agrarkapitalisten dort die Kleinbauern fast vollständig gelegt und in Landarbeiter auf ihren Plantagen verwandelt.

Im März dieses Jahres hat ein großer Teil der 10000 Landarbeiterinnen der Erdbeerplantagen in der Sele-Ebene, 80% davon Saisonarbeiterinnen, gestreikt und mehrere Plantagen besetzt, um ihre Forderungen nach Zahlung der Tariflöhne und Erstattung der Fahrtkosten durch die Agrarkapitalisten durchzusetzen. Weil die Ernte gefährdet war, mußten die Großgrundbesitzer die Forderungen der Landarbeiterinnen erfüllen.

Zu den „Spitzenzeiten“, zur Ernte und Konservierung der landwirtschaftlichen Produkte, holen sich die Agrarkapitalisten alljährlich Saisonarbeiter aus dem angrenzenden Hügel- und Bergland. Von den 1,2 Millionen Landarbeitern sind 960000 Saisonarbeiter, 54% davon sind Frauen.

Ein großer Teil der Saisonarbeiter sind Angehörige der Kleinbauern, vor allem Bauersfrauen, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft an den Großgrundbesitzer zu verkaufen, um über den Nebenverdienst ihren kleinen Hof halten zu können. Im Hügel- und Bergland Italiens gibt es 1,337 Millionen Bauernhöfe unter 5 ha. Der Boden ist meist steinig und wegen seiner Gebirgslage schwer zu bearbeiten.

Die gewerkschaftliche Organisierung im Süden, wo die Wanderarbeiter den größten Teil der Landarbeiter darstellen, ist relativ schwach. Es gelingt den Agrarkapitalisten, den eh schon sehr niedrigen Lohntarif, der einen Mindestlohn von umgerechnet 700 – 800 DM, das sind täglich 30 – 35 DM, festlegt, zu durchbrechen. In der Sele-Ebene z.B. haben die Agrarkapitalisten vor dem Streik der Saisonarbeiterinnen 8500 Lire (18,70 DM) gezahlt, der Tarif beträgt 17600 Lire. Gleichzeitig dehnen die Großgrundbesitzer die Arbeitszeit von tariflich 40 Stunden in der Saison oft auf 12 – 13 Stunden täglich aus. In den letzten drei Jahren gelang es den Obstplantagenbesitzern so, die Zahl der Arbeitstage der Saisonarbeiter von 102 auf 84 durchschnittlich im Jahr zu senken und gleichzeitig die Produktion um 4% zu steigern.

Die Wanderarbeiterinnen, deren Anfahrtsweg zur Plantage oft 150 km, durchschnittlich 80 km beträgt, sind auf die Transportmittel, die sich in der Hand von Busunternehmern befinden, angewiesen. Aufgrund ihres Monopols an den Transportmitteln treten die Busunternehmer gleichzeitig auch als Arbeitsvermittler auf. Die „Korporale“, wie sie von den Wanderarbeiterinnen genannt werden, nehmen den Arbeiterinnen nicht nur einen großen Teil des Lohns durch hohe Fahrtkosten ab. Die Agrarkapitalisten, die über diese „private“ Arbeitsvermittlung jede Kontrolle durch die Gewerkschaft verhindern wollen, um die Arbeiter unter Tarif und ohne Versicherungsschutz ausbeuten zu können, zahlen den Lohn nicht an die Arbeiterinnen, sondern an die „Korporale“. Diese ziehen gleich noch einen weiteren Teil des Lohns der Arbeiterinnen als „Vermittlungskosten“ ein. Drei Wanderarbeiterinnen aus Apulien schreiben in einem offenen Brief: „Die Unterzeichnenden erklären hiermit, auf dem Gut des Giovanni Bonaventura vom 6.6. – 9.7. gearbeitet zu haben, vermittelt von Korporal Paladino. Dieser erhielt für jeden Arbeitstag 11000 Lire (24,70 DM), von denen er uns und allen anderen Saisonarbeiterinnen lediglich 5000 Lire für sieben Stunden Arbeit gab.“ Der Tariflohn in Apulien beträgt 16 – 18000 Lire täglich (36 – 40,50 DM).

In verschiedenen Kämpfen zur Durchsetzung des Tarifvertrags konnten die Saisonarbeiter ihre Forderungen gegen die Agrarkapitalisten und „Korporale“ durchsetzen. Auf der Obstfarm des Agrarkapitalisten Parilli in der Sele-Ebene (5000 Saisonarbeiterinnen) setzten die Landarbeiter die direkte Auszahlung des Lohns an die Arbeiter statt an die „Korporale“ durch. In der Basilicata erkämpften sie die Einrichtung von öffentlichen Verkehrsverbindungen. In Foggia konnten die Landarbeiter die Beschränkung der Arbeitszeit auf sieben Stunden durchsetzen.

Interview mit Donatella Turtuna, Generalsekretärin der „Federbraccianti“, Landarbeitergewerkschaft der CGIL (640000 Mitglieder)

Inwieweit habt Ihr mit dem neuen Tarif Eure Forderungen nach Verbot der privaten Vermittlung von Saisonarbeiterinnen durchsetzen können?

Es gibt ja bereits seit 1970 ein Gesetz, das die private Arbeitsvermittlung verbietet und besagt, daß die Agrarier die Saisonarbeiter, die sie beschäftigen wollen, bei der staatlichen Arbeitsvermittlung anfordern müssen.

Vor allem in den südlichen Provinzen herrscht aber noch die private Arbeitsvermittlung vor.

Im neuen Tarifvertrag haben wir eine Klausel durchgesetzt, die festlegt, daß einen Monat vor Beginn der Ernte die Tarifpartner sich treffen müssen. Damit haben wir ein ganz gutes Kontrollmittel, um die Einhaltung der Tarifverträge zu sichern.

Ihr fordert gegen den Transport durch die „Korporale“, daß die Beförderung durch die Gemeinden organisiert wird und auch, daß die Agrarkapitalisten die Fahrtkosten zahlen müssen.

Ja, das ist richtig. Um das durchzusetzen, fordern wir jetzt zweierlei: den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und gleichzeitig die Kontrolle und Festlegung der Tarife für die privaten. Die Forderung nach Bezahlung der Fahrtkosten wird eine wichtige Aufgabe für die nächsten Jahre sein. Das ist ein Problem der Arbeitszeit, d.h. die Anrechnung der Zeiten für die Fahrten zum Arbeitsplatz und zurück, zumindest teilweise, auf die Arbeitszeit.

Ein Grund für die Agrarkapitalisten, die Saisonarbeiterinnen aus entfernten Provinzen zu holen, sind die besonders niedrigen Tarife in diesen Provinzen.

Ja, mit dem neuen Tarif haben wir jetzt eine wichtige Forderung durchgesetzt, nämlich, daß die Arbeitgeber die Tarife der Region zahlen müssen, in der sie auch die Arbeitskraft anwenden. Damit haben wir ihnen die Möglichkeit genommen, zwischen den Wanderarbeiterinnen und den ortsansässigen bzw. fest angestellten Landarbeitern zu spalten. Jetzt bekommen alle den gleichen Lohn.



Saisonarbeiterinnen in Apulien. Im letzten Jahr wählten die Landarbeiter aus dieser Region über 200 gewerkschaftliche Delegierte.

Weltkonferenz für Agrarreform und ländliche Entwicklung

z.ulg.Rom. Vom 12. bis 20. Juli findet in Rom am Sitz der UN-Landwirtschaftsorganisation FAO eine „Weltkonferenz für Agrarreform und ländliche Entwicklung“ statt. An der Vorbereitungskonferenz im März haben sich 118 Länder und die Befreiungsbewegungen PLO, ZANU und PAC (Azania) beteiligt. Im Juli sollen eine Prinzipienerklärung und ein Aktionsprogramm beraten und verabschiedet werden. In dem vorliegenden Entwurf wird u.a. gegen die andauernde Preisdrückerei der Imperialisten der Abschluß von Rohstoffabkommen gefordert und die Beseitigung der Handelshemmnisse, mit denen die Imperialisten den Aufbau einer eigenen Verarbeitungsindustrie in der Dritten Welt zu unterdrücken versuchen. Von den 200 Mrd. Dollar, die die Endverbraucher jährlich für aus den Ländern der Dritten Welt exportierte Agrar- und Bergbauprodukte (außer Öl) zahlen, gehen nur 30 Mrd. an diese Länder selbst, von der Differenz streichen die monopolistischen Konzerne einen Großteil als Extraprofit ein. Vergeblich versuchte der EG-Vertreter im März davon mit dem Hinweis abzulenken, die EG sei weltgrößter Importeur von landwirtschaftlichen Produkten. Ebenso Schiffbruch erlitten die Sozialimperialisten mit ihrem Versuch, die Tagesordnung umzuwerfen und die Konferenz zum Propagandaforum für ihre „vorbildlich ausgewogene“ Agrarentwicklung zu machen.

DGB-Jugend Pforzheim unterstützt Kampf der Gefangenen um die Beibehaltung der Zeitung „Wir"

z.anf. „Es ist bezeichnend, daß Gefangene, die das ganze Jahr über hart arbeiten müssen, nichtmal den 1. Mai, den Tag der Arbeit, vergütet bekommen... Viele würden selbst von ihrem Hungerlohn einen Beitrag bezahlen



und viele werden sicher draußen einer Gewerkschaft beitreten", schreiben Strafgefangene der Jugendvollzugsanstalt (JVA) Pforzheim in der Maiausgabe ihrer Zeitung „Wir", die für die JVA Pforzheim, Calw und Hohenasbach herausgegeben wird. Sie sprechen sich für gewerkschaftliche Vertretung aus, kritisieren die Ausbeutungsbedingungen und berichten über alle Auseinandersetzungen in der JVA.

Durch „Wir" werden die Zusammenschlüsse der Gefangenen gefördert. Der Gefängnisleitung war diese Zeitung seit langem ein Dorn im Auge. Sie reagierte: Beschränkung der Redaktionszeit auf 6 Stunden die Woche, zeitweiliger Ausschluß eines Redakteurs und hat jetzt, nachdem der betreuende Beamte seine Arbeit niedergelegt hat, alle gespendeten Geräte beschlagnahmt. Der Gefängnisleitung wird es nicht gelingen, die Verbindung unter den Gefangenen und die nach draußen abzuschneiden.

In der JVA wird eine Unterschriftensammlung, die sofortige Herausgabe der beschlagnahmten Geräte fordert, durchgeführt. Die Jugendverbände in Pforzheim sind angeschrieben worden mit der Aufforderung, die Unterschriftensammlung ebenfalls aufzunehmen. In der DGB-Jugendgruppe haben alle elf unterschrieben. Die Listen sind verteilt worden und in den Betrieben und Schulen wird die Unterstützung der Gefangenen organisiert.

Imperialistisches Problem: Lernen ohne Begreifen

Bericht des „Club of Rome" über das Lernen zur Hinderung des Proletariats an der Revolution

z.mif. Der „Club of Rome" hat ein neues Gutachten vorgelegt. Seit seinem Gutachten „Grenzen des Wachstums" ist er berüchtigt. In diesem Gutachten hat er 1972 die Auffassung verbreitet, mit der Steigerung des Reallohns müsse Schluß sein, weil die Ressourcen der Erde begrenzt seien. Der „Club of Rome" steht unter der Führung des US-Imperialismus. Er ist ein Konglomerat von Wissenschaftlern verschiedener Fakultäten aus Ländern der ersten, zweiten und dritten Welt, einschließlich Ländern unter der Fuchtel des Sozialimperialismus. In den Mauern des alten Rom oder jetzt bei ihrer Tagung in Salzburg strengen sie sich an, das Weltgewissen zu verkörpern. Was im wesentlichen heißt, dem Weltproletariat Fleiß und Enthaltsamkeit zu predigen.

Im neuesten Gutachten, datiert vom 15. Mai 1979, geht es um die Enthaltsamkeit von der Revolution. Das Gutachten heißt „Die menschliche Lücke. Bericht über das Lernen an den Club of Rome", unterzeichnet von einem US-Amerikaner, einem Rumänen und einem Marokkaner.

Bauernkinder im Yemen lernen Lesen und Schreiben. Die US-Imperialisten suchen nach Mitteln, ihnen die Lektion zu diktieren. Mit Hilfe des „Club of Rome" hoffen sie, die Dritte Welt mit ihrer imperialistischen Propaganda zu durchsetzen und sich in den Hochschulen ein Standbein zu schaffen.

Man sieht, der Club ist geschickter geworden. Das erste Gutachten über „Grenzen des Wachstums" hatte er vom Massachusetts Institute of Technology erstellen lassen, also im wissenschaftlichen Zentrum der US-Supermacht direkt. Jetzt werden dem US-Wissenschaftler ein Angehöriger eines um Unabhängigkeit kämpfenden Landes und eines Landes der Dritten Welt beigegeben, das soll Aufmerksamkeit in allen Ländern sichern.

Die Autoren sehen sich und die Welt vor folgendem Problem: „Eine Dichotomie (Spaltung) zwischen einer wachsenden Komplexität des von uns Geschaffenen und einer zurückbleibenden Entwicklung unserer eigenen Fähigkeiten" (S. 9 der in Salzburg veröffentlichten Fassung, Übers. von uns). „Wahrscheinlich lernt niemand von uns gegenwärtig auf dem Niveau, mit der Intensität und Geschwindigkeit, die erforderlich sind, um mit den Komplexitäten des modernen Lebens fertig zu werden" (S.11). Sie fordern das „innovative (erneuernde) Lernen". „Es muß bereit sein, die grundlegenden Werte, Absichten und Ziele jedes Systems in Frage zu stellen" (S. 19). Das Lernen einzelner Individuen reiche nicht aus, notwendig sei gesellschaftliches Lernen: „Die Individuen lernen nicht so schnell, wie es ihre Gesellschaften müßten"(S.29).

Das geht nach Auffassung der Autoren nicht ohne Mitbestimmung. „Das gemeinsame Bemühen um das Verständnis eines Problems erzeugt auch weniger Konflikte, da es eine wirksamere Mitwirkung ermöglicht als das Vorsetzen vorgegebener Lösungen" (S. 41). Im weiteren wird auf die technischen Möglichkeiten etwa des Fernsehens eingegangen, die groß seien für das innovative Lernen, aber nicht genützt würden. Warum nicht genützt? Weil das Fernsehen kommerzialisiert sei, ein Machtmißbrauch stattfinde und die „Macht und die Weisheit nicht deckungsgleich" seien (S. 71). Ferner wird behandelt die Tatsache des weitverbreiteten Analphabetismus. Ohne Lösung dieses Problems sei die „Weltproblematik" nicht zu lösen. Dieses Problem aber hätten in den letzten 100 Jahren nur Japan, Rußland, China, Kuba und Sri Lanka gelöst. Zur Aufhebung der Kluft zwischen Schule und Leben schlagen sie vor, daß alle Jugendlichen spätestens ab 12 Jahren jede Woche einen Tag arbeiten, die verschiedensten Tätigkeiten, möglichst gegen Geld, aber natürlich unter strenger Kontrolle, damit „Mißbrauch des Programms zur Ausbeutung von Kinderarbeit" verhindert werde" (S. 119).

Das üble Manöver der US-Imperialisten wird hier durchsichtig. Indem sie von keiner bestimmten Gesellschaft handeln, erhalten die allgemeinen Sätze des Gutachtens ganz unterschiedliche Bedeutung, je nachdem, auf welches Land sie konkret angewendet werden. In einem sozialistischen Land kann die Verbindung von körperlicher und geistiger Ausbildung der Jugend so ähnlich durchgeführt werden, wie von den Autoren beschrieben. In Ländern der Dritten Welt wäre diese Methode oft ein Fortschritt gegenüber der Kinderarbeit. In einem imperialistischen Land würde diese Methode die Verallgemeinerung der Ausbeutung von Kinderarbeit bedeuten. Denn unter der Herrschaft der Kapitalistenklasse findet Arbeit nur in der Form der Ausbeutung statt.

Das Problem, auf das der „Club of Rome" eine Antwort sucht, ist die Beherrschung der Produktivkräfte unter der Herrschaft der Bourgeoisie. Sie gelingt nicht, auch die neuen Bourgeois aus Polen und Ungarn, die zahlreich im Club vertreten sind, wissen ein Lied davon zu singen. Wie nun die Aufgabe meistern, daß das Proletariat, das einzig diese Produktivkräfte beherrschen kann, nämlich indem es sich in der Revolution der Produktionsmittel bemächtigt, stattdessen diese Produktionsmittel für die Bourgeoisie in Gang hält und die Ausbeutung erträgt. Speziell, wie ist diese Aufgabe zu lösen unter Bedingungen, die ein rasches Umschlagen des Arbeiterkörpers zwischen Produktionsstätten und -zweigen auf der Jagd nach dem Höchstprofit erfordern, wodurch gegen den Willen der Bourgeoisie eine universelle Erfahrung und Kenntnis der Arbeiter sich entwickelt. Wo die Bourgeoisie eine universelle Verfügbarkeit des Arbeiters braucht, der alles machen können muß, aber nichts begreifen darf. Das muß natürlich ein ganz spezielles Lernen sein, das zu diesem Zweck in den Schulen betrieben wird; es zu entwickeln, bezeichnen die Autoren als die Aufgabe des Jahrtausends.

Ferien-Arbeitsdienst für Polens Jugend
Gute Gesundheit ist erforderlich

z.nop. 285000 Jugendliche im Alter von 16 bis 24 Jahren will die polnische Bourgeoisie dieses Jahr in den Sommerferien in „Freiwilligen Arbeitsbrigaden" für sich schanzen lassen. Sie treibt damit ihr vor zwei Jahren als „Experiment" mit 25000 Schülern begonnenes und letztes Jahr mit Aktionen wie „Chelm 80" breit propagiertes Arbeitsdienstprogramm für Jugendliche im großen Stil voran.

Auf der 14. Plenartagung des ZK der PVAP am 11.4.1979 mußte Parteichef Gierek insgesamt eine „Verlangsamung der Dynamik der sozio-ökonomischen Entwicklung" konstatieren: im ersten Quartal 1979 sank die polnische Industrieproduktion gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres, in der Landwirtschaft drohen schwere Rückschläge, die Konsumgüterversorgung der Bevölkerung stößt auf immer größere Engpässe, im Außenhandel und im Bauwesen kam es zu „größeren Disproportionen zwischen Planziel und seiner Realisierung", und das Transportwesen erwies sich neben der Energiewirtschaft als „anfälliger Faktor" der Wirtschaft.

Der zunehmende Einsatz unbezahl-

sen Umständen besonders am Herzen liegen. Unbezahlte Ferienarbeit in den Arbeitsbrigaden wird in der polnischen Presse als „völlig selbstverständliche Sache" verhandelt, erforderlich sei nur „der Wille zur Arbeit und ein guter Gesundheitszustand". Mit beidem ausgerüstet sollen dann z.B. 180000 Jugendliche, in 8000 Arbeitslagern zusammengefaßt, „an den wichtigsten und dringendsten Investitionen unserer Wirtschaft arbeiten, zum Beispiel am Bau der Hütten- und Schwefeleisenbahnstrecke Hrubieszów – Hütte Katowice, wo etwa 4000 eine Beschäftigung finden" (Zycie Warszawy vom 19.5.1979). Etwa 90000 Jugendliche sind für einen Einsatz in der Nahrungsmittelwirtschaft eingeplant (im Vorjahr waren es 24000), davon etwa 40000 in der Landwirtschaft. Selbstverständlich haben sich bei einer solch profitablen Vernutzung unbezahlter Arbeitskraft auch die Sozialimperialisten im Rahmen ihrer „sozialistischen Arbeitsteilung" einen Anteil gesichert. Eine Reihe der Arbeitsbrigaden wird ihre „Ferien" in der Sowjetunion verbringen. Über 9000 Schüler und Studenten sollen dort z. B. in der Aktion „Freiwillige Arbeitsbrigaden auf den

Ferien-Arbeitsdienst für Polens Jugend
Gute Gesundheit ist erforderlich

z.nop. 285000 Jugendliche im Alter von 16 bis 24 Jahren will die polnische Bourgeoisie dieses Jahr in den Sommerferien in „Freiwilligen Arbeitsbrigaden" für sich schanzen lassen. Sie treibt damit ihr vor zwei Jahren als „Experiment" mit 25000 Schülern begonnenes und letztes Jahr mit Aktionen wie „Chelm 80" breit propagiertes Arbeitsdienstprogramm für Jugendliche im großen Stil voran.

Auf der 14. Plenartagung des ZK der PVAP am 11.4.1979 mußte Parteichef Gierek insgesamt eine „Verlangsamung der Dynamik der sozio-ökonomischen Entwicklung" konstatieren: im ersten Quartal 1979 sank die polnische Industrieproduktion gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres, in der Landwirtschaft drohen schwere Rückschläge, die Konsumgüterversorgung der Bevölkerung stößt auf immer größere Engpässe, im Außenhandel und im Bauwesen kam es zu „größeren Disproportionen zwischen Planziel und seiner Realisierung", und das Transportwesen erwies sich neben der Energiewirtschaft als „anfälliger Faktor" der Wirtschaft.

Der zunehmende Einsatz unbezahlter jugendlicher Arbeitskraft, die in den Ferien sonst „ungenutzt" bliebe, wird der neuen Bourgeoisie unter diesen Umständen besonders am Herzen liegen. Unbezahlte Ferienarbeit in den Arbeitsbrigaden wird in der polnischen Presse als „völlig selbstverständliche Sache" verhandelt, erforderlich sei nur „der Wille zur Arbeit und ein guter Gesundheitszustand". Mit beidem ausgerüstet sollen dann z.B. 180000 Jugendliche, in 8000 Arbeitslagern zusammengefaßt, „an den wichtigsten und dringendsten Investitionen unserer Wirtschaft arbeiten, zum Beispiel am Bau der Hütten- und Schwefeleisenbahnstrecke Hrubieszów – Hütte Katowice, wo etwa 4000 eine Beschäftigung finden" (Zycie Warszawy vom 19.5.1979). Etwa 90000 Jugendliche sind für einen Einsatz in der Nahrungsmittelwirtschaft eingeplant (im Vorjahr waren es 24000), davon etwa 40000 in der Landwirtschaft. Selbstverständlich haben sich bei einer solch profitablen Vernutzung unbezahlter Arbeitskraft auch die Sozialimperialisten im Rahmen ihrer „sozialistischen Arbeitsteilung" einen Anteil gesichert. Eine Reihe der Arbeitsbrigaden wird ihre „Ferien" in der Sowjetunion verbringen. Über 9000 Schüler und Studenten sollen dort z. B. in der Aktion „Freiwillige Arbeitsbrigaden auf den Olympiaweg Moskau 80" den Bau strategisch wichtiger Verkehrsverbindungen vorantreiben.

Die Jugend Korsikas bekämpft die Polizeitruppen des französischen Kolonialismus

z.jon.Paris. Zweimal innerhalb von 48 Stunden griffen zwischen dem 3. und 5.6. Hunderte junger Korsen das Hotel im Zentrum von Ajaccio an, das als Kaserne und Festung der französischen Bereitschaftspolizei CRS dient. Sie verwendeten Steine, Molotowcocktails



und Jagdgewehre. Allein durch Schrotkugeln wurden sieben Polizisten verletzt, einer schwer. Die angegriffene CRS-Kompanie wurde danach durch frische Truppen aus Frankreich abgelöst. Die jungen Korsen beantworteten mit diesen Aktionen die Razzien und Massenverhaftungen durch die französische Kolonialmacht.

Faktisch haben die französischen Imperialisten über weite Teile der Insel den Belagerungszustand verhängt, um die Korsische Nationale Befreiungsfront FNLC, die die französische Herrschaft bewaffnet bekämpft, zu vernichten und alle Kämpfe für nationale Rechte zu ersticken. Nach den Demonstrationen der Gymnasiasten für eine korsische Universität im April kündigte der Direktor der französischen Gendarmerie Anfang Mai den Bau von 14 neuen Gendarmerieposten und die Verstärkung dieser Truppe, die Teil der Armee ist, um 150 Mann an. Bei mehrtägigen Razzien wurden allein am 19.5. 15 korsische Nationalisten verhaftet und z.T. nach Frankreich verschleppt, um dort vor dem Gerichtshof für Staatssicherheit verurteilt zu werden. Am 14.6. hat vor diesem Sondergericht der erste einer Reihe von Prozessen begonnen, bei dem 21 Korsen wegen Sprengstoffanschlägen, wegen Angriffe auf die „territoriale Integrität" Frankreichs und Hochverrats angeklagt sind. Auf Hochverrat steht Todesstrafe. Während des algerischen Kolonialkrieges geschaffen, ist dieses Gericht auf Konterrevolution und vor allem Kolonialunterdrückung spezialisiert. Ihm gehören ständig zwei Generäle an, die Prozeßordnung ähnelt der der Kriegsgerichte.

Am Vorabend des Prozesses fand in Ajaccio ein Generalstreik statt. Alle Geschäfte hatten geschlossen. Nach einer Demonstration gegen den Prozeß, zu der u.a. die Gewerkschaften aufgerufen hatten, griffen junge Korsen erneut die Polizei an, die die Präfektur, die Schaltstelle der Kolonialherrschaft, schützte.

Die „Judenbuche" – bei Schülern verhaßt als Mittel des Kumi zur Indoktrinierung und Unterwerfung

schulischen Indoktrination zu unter-

nicht so schnell, wie es ihre Gesellschaften müßten"(S.29).

Das geht nach Auffassung der Autoren nicht ohne Mitbestimmung. „Das gemeinsame Bemühen um das Verständnis eines Problems erzeugt auch weniger Konflikte, da es eine wirksamere Mitwirkung ermöglicht als das Vorsetzen vorgegebener Lösungen" (S. 41). Im weiteren wird auf die technischen Möglichkeiten etwa des Fernsehens eingegangen, die groß seien für das innovative Lernen, aber nicht genützt würden. Warum nicht genützt? Weil das Fernsehen kommerzialisiert sei, ein Machtmißbrauch stattfinde und die „Macht und die Weisheit nicht deckungsgleich" seien (S. 71). Ferner wird behandelt die Tatsache des weitverbreiteten Analphabetismus. Ohne Lösung dieses Problems sei die „Weltproblematik" nicht zu lösen. Dieses Problem aber hätten in den letzten 100 Jahren nur Japan, Rußland, China, Kuba und Sri Lanka gelöst. Zur Aufhebung der Kluft zwischen Schule und Leben schlagen sie vor, daß alle Ju-



Bauernkinder im Yemen lernen Lesen und Schreiben. Die US-Imperialisten suchen nach Mitteln, ihnen die Lektion zu diktieren. Mit Hilfe des „Club of Rome" hoffen sie, die Dritte Welt mit ihrer imperialistischen Propaganda zu durchsetzen und sich in den Hochschulen ein Standbein zu schaffen.

lingt nicht, auch die neuen Bourgeois aus Polen und Ungarn, die zahlreich im Club vertreten sind, wissen ein Lied davon zu singen. Wie nun die Aufgabe meistern, daß das Proletariat, das einzig diese Produktivkräfte beherrschen kann, nämlich indem es sich in der Revolution der Produktionsmittel bemächtigt, stattdessen diese Produktionsmittel für die Bourgeoisie in Gang hält und die Ausbeutung erträgt. Speziell, wie ist diese Aufgabe zu lösen unter Bedingungen, die ein rasches Umschlagen des Arbeiterkörpers zwischen Produktionsstätten und -zweigen auf der Jagd nach dem Höchstprofit erfordern, wodurch gegen den Willen der Bourgeoisie eine universelle Erfahrung und Kenntnis der Arbeiter sich entwickelt. Wo die Bourgeoisie eine universelle Verfügbarkeit des Arbeiters braucht, der alles machen können muß, aber nichts begreifen darf. Das muß natürlich ein ganz spezielles Lernen sein, das zu diesem Zweck in den Schulen betrieben wird; es zu entwickeln, bezeichnen die Autoren als die Aufgabe des Jahrtausends.

Die „Judenbuche" – bei Schülern verhaßt als Mittel des Kumi zur Indoktrinierung und Unterwerfung



Kommunistischer Bund Westdeutschland
Geschäftsstelle Essen, Sibyllastr. 15, Tel. 25 23 53
Zelle Krefeld

Hauptschule Wehrhahnweg, Schulzentrum Horkesgath
5. Juni 1979

Den Rahmen der Handlung bildet der Kampf der Bauern um ihr überliefertes germanisches Recht auf gemeinsamen Waldbesitz und seine Nutzung zum eigenen Verbrauch. Demgegenüber versuchte der Adel bereits seit Ende des 15. Jahrhunderts, das römische Recht auf Individualbesitz durchzusetzen. Danach sollte der Jahrhunderte alte Gemeinbesitz (Wasser, Wiese, Wald) in den Privatbesitz des Adels übergehen. Auch die Bauern in Droste-Hülshoffs „Judenbuche" scherten sich mit Recht nicht um die neuen Rechtsverhältnisse, behandelten den Wald als natürliches Eigentum wie Luft und Wasser und zogen nachts geschlossen dorfweise los, um sich Bäume zu holen. So mancher Förster, der sich dem in seiner Polizeifunktion entgegenstellen wollte, wurde morgens mit zerschlagenem Schädel aus dem Wald getragen, wie Droste-Hülshoff vermerkt. Der Feudaladel sah sich vor die Frage gestellt, die Bauern zur Anerkennung der neuen Rechtsverhältnisse zu zwingen. Wie aber aus der Erzählung hervorgeht, waren die Bauern mit nackter Gewalt nicht dazu zu bewegen. Also mußte man ideologische Mittel ansetzen. Hier nimmt die „Judenbuche" ihre eigentliche Rolle ein. Friedrich Mergel, der Sohn eines verarmten Bauern, nimmt anfangs in seinem Dorf eine Außenseiterrolle ein. Er wächst aber in den Gepflogenheiten seines Dorfes auf und beteiligt sich später als Wachposten beim organisierten gemeinsamen Holzfällen. Er erringt sogar im Dorf wegen seines Mutes eine Führungsrolle. Der Tod eines Juden, der wegen seiner Geldgeschäfte viele Feinde im Dorf hatte, wird ihm angelastet. Friedrich hat Rückhalt im Dorf, wird gewarnt und kann sich einer Verhaftung entziehen. 25 Jahre später kehrt er zurück, erhängt sich aber bald an dem Baum, unter dem der Jude tot gefunden worden war. Die Moral der Geschichte von Droste-Hülshoff: Bauern, laßt ab vom Holzfällen, unterwerft Euch den neuen Gesetzen, Widerstand ist zwecklos, sonst ereilt Euch das Schicksal wie Friedrich, einen Eurer Anführer.

Der Schüler, der sich diesen billigen Standpunkt aneignen soll, trifft bald auf verschiedene Schwierigkeiten. Zunächst wird ihm in der Regel der geschichtliche Zusammenhang der Ereignisse vorenthalten. Schafft es der Schüler dennoch, die Lektüre zu lesen, empfindet er spontan Sympathie für Friedrich und die Bauern. Denn Droste-Hülshoff verfährt geschickt, sie greift die Bauern nicht direkt an, sie gibt Verständnis vor, sagt aber entschieden: Liebe Bauern, bei allem Verständnis, so geht es nicht! Der Schüler soll diesen Schwenk nachvollziehen und alle seine Gefühle für Friedrich und die Bauern von sich weisen und Friedrich als Anführer der Bauern als moralisch schlecht und verkommen verurteilen. Er soll sogar, wie in einem Aufsatz verlangt wurde, Friedrichs Tod als „Endstation eines verfehlten Lebens" beschreiben.

Ein Schüler, der seine Sympathien nicht konsequent geleugnet hatte, bekam eine Fünf. Formal drückte sich der Widerspruch zwischen dem eigenen Standpunkt und dem Versuch, sich der schulischen Indoktrination zu unterwerfen, in Brüchen bei Sinnabschnitten aus. So schreibt der Verfasser des Aufsatzes plötzlich unbegründet von einem moralischen Abstieg Friedrichs, nachdem er vorher positiv beschrieben worden war. Oder an anderer Stelle wird krampfhaft eine psychologische Wertung eingebaut, um die Entwicklung angeblicher ungünstiger individueller Grundeigenschaften aufzuzeigen. Der Lehrer erkennt allein schon an den formalen sprachlichen Ungereimtheiten, daß der Schüler nicht bereit ist, Friedrich und die Bauern in Bausch und Bogen zu verdammen. Der Schüler hat das Unterrichtsziel, die Einsicht in die Verwerflichkeit des Tuns Friedrichs, nicht erreicht, daher: Fünf! Feige und verlogen begründet er dann diese doktrinäre Erpressung als sprachliches Unvermögen.

Verständlich, wenn Schüler nach der „Behandlung der Judenbuche" diese verhaßte Lektüre zerreißen.

Kaiserslautern, 12.6.79. Beim mündlichen Abitur am 12.6. wurde im Kaiserslauterer Burggymnasium in Biologie u.a. folgende Frage gestellt: „Warum wird ein Hund zum treuen Freund des Menschen, eine Katze jedoch selten? Was hat das mit der Parteipolitik zu tun? (Demokratie-Diktatur)". Zusatzfrage: Wie erklärt sich in diesem Zusammenhang, daß Strauß in Bayern über 61% der Stimmen erhält? Die richtige Antwort war: Wie die Hunde (Wölfe), die ein besonders fähiges Tier zum Leittier machen, dem sie sich unterordnen, suchen auch die Menschen nach einer starken Führerfigur, weil sie zu faul (und dumm?) sind, selbst zu denken und Entscheidungen zu treffen. Wer solche Fragen in dieser Weise beantworten kann, hat die letzte Hürde des Abiturs übersprungen – er bekommt seine „Reife" bescheinigt.

Tätigkeitsbericht Bundesgrenzschutz 1978

z.jük. Das Bundesinnenministerium hat Mitte Mai den ,,Tätigkeitsbericht des Bundesgrenzschutz (BGS) 1978" veröffentlicht. Ein Teil des Berichts behandelt die Auf- und Umrüstung dieser Bürgerkriegstruppe. Hierbei liegt der Schwerpunkt auf der Ausdehnung der Mannschaftsstärke, die als geschlossene Einheiten rasch und mobil einsetzbar sein sollen im ganzen Bundesgebiet. Im weitern beim Ausbau der Grenzüberwachung, und zwar des ganzen Bundesgebietes. Zum dritten bei der Schaffung eines logistischen Apparates, welcher den BGS befähigen soll, relativ umfassende militärische Bürgerkriegsaktionen durchzuführen zwecks Niederschlagung von großen Massenbewegungen.

Gegenüber dem Berichtsraum 1977, wo der BGS 21588 Mann umfaßte, ist die Mannschaftstärke 1978 mit 21782 angegeben. Geplant ist im Rahmen des ,,Gesamtausbauprogramms Innere Sicherheit" der Bundesregierung beim BGS ,,eine Verstärkung um 2666 Stellen und um 900 Anwärter" bis 1981. Ausgebaut ist neu die ,,Grenzschutzausbildungs- und Einsatzabteilung" West in Bonn. 300 Mann umfaßt diese Truppe. Frankfurt und Karlsruhe sollen ebenfalls so bestückt werden. Zur Sicherung einer in sich geschlossenen und mobilen Logistik hat der BGS 23 ,,Auszubildende Fachrichtung Kfz-Mechaniker, 10 Auszubildende Fachrichtung Arzthelferin" eingestellt. Weitere sollen folgen, ausgedehnt auf ,,Verwaltungsfachangestellte". Die Ausbildung des Offizierskorps wird erheblich verstärkt. Dabei werden Ausbildungsmaßnahmen durchgeführt, die den Einsatz des BGS als bundesweite Polizei gegenüber den Massenkämpfen verbessern sollen und den BGS-Offizieren auch die Führung von Polizeimannschaften ermöglichen. Die Lehrgänge werden konzentriert. 1977 gab es in der Grenzschutzschule Lübeck 157 Lehrgänge mit 2823 Mann Belegung, 1978 149 Lehrgänge mit 3135 Mann. Erste Ausbildungsgänge ,,der Anwärter des höheren Polizeiverzugsdienst im BGS" sind 1978 abgeschlossen worden. Der BGS gilt mittlerweile international als anerkannte Killertruppe. Im Bericht 1978 heißt es, daß ,,der BGS sich national und international am Erfahrungsaustausch über die Ausbildung und Bekämpfung von Terroristen und Gewalttätern beteiligte".

Das Programm ,,Innere Sicherheit" sieht vor, ,,den in der Grenzfahndung erfolgreichen Grenzschutzeinzeldienst dergestalt zu verstärken, daß neue Grenzübergangsstellen besetzt, neue motorisierte Fahndungsgruppen gebildet und das Fahndungssystem ausgebaut wird." Damit ist im Berichtsraum 78 verstärkt begonnen worden. Bei 8 Grenzschutzämtern werden nunmehr motorisierte Fahndungsgruppen, die in 34 Fahndungseinheiten gegliedert sind, zur verstärkten Grenzüberwachung eingesetzt. Die Kontrolle der Volksmassen ist damit erheblich verschärft worden. 60% aller ,,Fahndungszugriffe" in Westdeutschland erfolgen an den Grenzen, vermerkt der Bericht vom Innenminister. Daten über Aktivitäten des BGS an den Grenzen sind nur gegenüber der DDR und CSSR-Grenze verzeichnet. Demnach ergibt sich, daß dort gegenüber 1977 die Grenzpatrouillentätigkeit des BGS leicht zurückgegangen ist. 1977 waren es 46166 Grenzstreifenfahrten, 1978 31697. Entsprechend ist die Zahlenentwicklung bei Hubschrauberflügen und Bootsstreifen in Binnengewässern und in der Ostsee. Zur gleichen Zeit steigt die Grenzaktivität des BGS an den anderen Grenzen. Im Bericht heißt es, daß ,,die BGS-Verbände gemeinsam mit den übrigen Sicherheitskräften zeitweise eine verstärkte Grenzüberwachung auch an den Grenzen im Westen und Süden unseres Staates wahrgenommen" haben.

Der Umfang der Aktivitäten des BGS an den Grenzen geht von ,,Verkehrsdelikten" bis zu ,,Staatsschutzsachen". Die Unterdrückung und Schikane der Volksmassen durch die BGS-Truppe wird erleichtert durch ein neues Daten- und Fernsprechsystem. ,,Anfang des Jahres wurde eine für Einsätze bei Schwerpunktfahndungen vorgesehene mobile Datenfunkanlage an die Grenzschutz-Fernmeldeabteilung ausgeliefert. Sie besteht aus einem Kommunikationsprozessor, Zusatzgeräten und zehn mobilen Datenfunkstationen. Mit den Datenfunkstationen, die in Kraftfahrzeuge eingebaut werden, können von beliebigen Punkten innerhalb der Funkweite des 4-m-Bereichs die INPOL-Datenbestände der Personen-und Sachfahndung abgefragt werden. Die Abriegelung und Kontrolle ganzer Gebiete durch Bundesgrenzschutzverbände, unabhängig von regulären Polizeikräften, wird dadurch ermöglicht. Gleichwohl ist eine enge Verzahnung mit dem Datennetz der Polizei möglich und auch vorhanden: ,,Es sind 108 Grenzdienststellen mit 136 Terminals am Datenverbundnetz angeschlossen. Ferner sind 99 Dienststellen mit 100 Fernschreibgeräten am Rechner des BKA angeschlossen." Unterkünfte, Bewaffnung und Fahrzeugpark des BGS werden ständig verfeinert. Angesichts der Entwicklung der Klassenkämpfe soll die ,,Leistungsfähigkeit des BGS" noch rascher ausgebaut werden, fordert Innenminister Baum, denn ,,Die Sicherheitslage ... fordert den BGS derzeit bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit."

zur verstärkten Grenzüberwachung eingesetzt. Die Kontrolle der Volksmassen ist damit erheblich verschärft worden. 60% aller ,,Fahndungszugriffe" in Westdeutschland erfolgen an den Grenzen, vermerkt der Bericht vom Innenminister. Daten über Aktivitäten des BGS an den Grenzen sind nur gegenüber der DDR und CSSR-Grenze verzeichnet. Demnach ergibt sich, daß dort gegenüber 1977 die Grenzpatrouillentätigkeit des BGS leicht zurückgegangen ist. 1977 waren es 46166 Grenzstreifenfahrten, 1978 31697. Entsprechend ist die Zahlenentwicklung bei Hubschrauberflügen und Bootsstreifen in Binnengewässern und in der Ostsee. Zur gleichen Zeit steigt die Grenzaktivität des BGS an den anderen Grenzen. Im Bericht heißt es, daß ,,die BGS-Verbände gemeinsam mit den übrigen Sicherheitskräften zeitweise eine verstärkte Grenzüberwachung auch an den Grenzen im Westen und Süden unseres Staates wahrgenommen" haben.

Der Umfang der Aktivitäten des BGS an den Grenzen geht von ,,Verkehrsdelikten" bis zu ,,Staatsschutzsachen". Die Unterdrückung und Schikane der Volksmassen durch die BGS-Truppe wird erleichtert durch ein neues Daten- und Fernsprechsystem. ,,Anfang des Jahres wurde eine für Einsätze bei Schwerpunktfahndungen vorgesehene mobile Datenfunkanlage an die Grenzschutz-Fernmeldeabteilung ausgeliefert. Sie besteht aus einem Kommunikationsprozessor, Zusatzgeräten und zehn mobilen Datenfunkstationen. Mit den Datenfunkstationen, die in Kraftfahrzeuge eingebaut werden, können von beliebigen Punkten innerhalb der Funkweite des 4-m-Bereichs die INPOL-Datenbestände der Personen-und Sachfahndung abgefragt werden. Die Abriegelung und Kontrolle ganzer Gebiete durch Bundesgrenzschutzverbände, unabhängig von regulären Polizeikräften, wird dadurch ermöglicht. Gleichwohl ist eine enge Verzahnung mit dem Datennetz der Polizei möglich und auch vorhanden: ,,Es sind 108 Grenzdienststellen mit 136 Terminals am Datenverbundnetz angeschlossen. Ferner sind 99 Dienststellen mit 100 Fernschreibgeräten am Rechner des BKA angeschlossen." Unterkünfte, Bewaffnung und Fahrzeugpark des BGS werden ständig verfeinert. Angesichts der Entwicklung der Klassenkämpfe soll die ,,Leistungsfähigkeit des BGS" noch rascher ausgebaut werden, fordert Innenminister Baum, denn ,,Die Sicherheitslage ... fordert den BGS derzeit bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit."

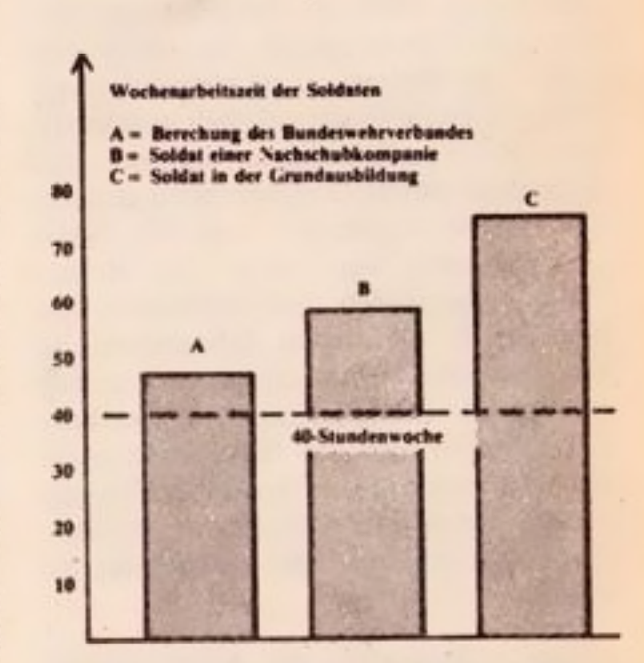
58,3 Stunden im Durchschnitt wöchentlich

Wochenarbeitszeiten der Soldaten

r.grr. ,,Der Soldat ist 24 Stunden im Dienst" heißt es in der zentralen Dienstvorschrift 10/5. Das ist für die Generalität kein leerer Spruch, das spürt die Masse der Soldaten an der brutalen Vernutzung ihrer Arbeitskraft zum Hungersold. Soldaten der Wachbatterie der Eberhard-Finck-Kaserne bei Reutlingen müssen nach Wachbeginn montags oder dienstags um 18 oder 19 Uhr 24 Stunden lang Wache schieben mit je zwei Stunden Ruhe nach 4 Stunden Wache. Anschließend ist Bereitschaft bis zum nächsten Morgen, dann ist Batteriedienst bis 17 Uhr. Um 18 Uhr geht es weiter mit 24 Stunden Wache. Dieser Rythmus geht eine Woche lang, in der 2. Woche ist normaler Batteriedienst, die 3. Woche ist frei.

Eine durchschnittliche Dienstzeit von 45 bis 50 Stunden hat der Deutsche Bundeswehrverband für die Soldaten errechnet. Jürgen Brandt, Generalinspekteur des Heeres, spricht am 22. Mai vor dem Vorstand des Bundesverbandes von 55 bis 80 Stunden, die die Mehrzahl der Soldaten wöchentlich leisten. Schamhaft verschweigt die Bourgeoisie genauere Zahlen über das tatsächliche Ausmaß der Vernutzung der Arbeitskraft der Soldaten. Kriegsminister Apel und der Bundesverband sprechen von ,,regelmäßiger Dienstzeitbelastung" und wischen so die 14 oder 16-Stundentage im Manöver, Bereitschaft- oder Wachdienst vom Tisch. 11,8 Stunden am Tag oder 59 Stunden die Woche hat ein Soldat der 2./162 aus der Röttigerkaserne in Hamburg als durchschnittliche Dienstzeit während seiner 15 Monat Wehrdienst errechnet.

Wir haben die Berechung exemplarisch für einen Soldaten der Nachschubkompanie 320 in Bremen-Vahr durchgeführt, die für seine Kameraden ziemlich genau so gilt. Wenn er am 30. Juni entlassen wird, hat er abzüglich Wochenenden, Feiertagen und 35 Tagen Urlaub und allgemeiner Dienstbefreiung 267 Arbeitstage absolviert. Wir gehen in der Berechung von der 5-Tage-Woche aus, haben also den Dienst am Wochenende auf die Werktage umgerechnet. In der 6-wöchigen Grundausbildung hatte er 14 Stunden täglich Dienst, anschließend kommt er auf 9,1 Stunden täglich. Dazu kommen insgesammt 29 Tage Manöver mit 13 bis 16 Stunden Dienst, 8 GvDs und 2 Bereitschaften am Wochenende, 5 Tage



Alarm mit 12 bis 15 Stunden Dienst und 15 erzieherische Maßnahmen von 1 Stunde. Insgesamt ergibt dies 3113 Stunden Dienst. Das entspricht 11,66 Stunden täglich oder 58,3 Stunden in der Woche. Durch hartnäckigen Kampf konnten in der Kompanie 15 Tage Sonderurlaub insgesamt durchgestzt werden, bleiben immer noch 11 Stunden Dienst oder 3 Überstunden täglich. Vollen Dienstausgleich muß sich die Soldatenbewegung zur Durchsetzung des 8-Stundentages erkämpfen.

Das nördliche Eismeer – noch ein "mare sowjeticum"

z.mih. ,,Sieben Sowjetbürger am Nordpol – ihre Tat, geprägt von jenem Forscher- und Pioniergeist, der die Menschen seit Jahrtausenden Ozeane überqueren, Gipfel besteigen und die unendlichen Eiswüsten der Pole bezwingen läßt ..." (horizont 25/79, S.7) Mit einem Säckchen Kreml-Erde im Gepäck haben diese Sieben 1500km in 76 Tagen auf Skiern und in Schlauchbooten zum Nordpol zurückgelegt und ihn als nördlichsten Punkt der sowjetischen Hoheitsgewässer erneut abgesteckt. Diese Polarexpedition der Moskauer Jugendzeitung ,,Komsomolskaja Gaseta" im kolonialen Geist steht für ein aufwendiges Programm der neuen Zaren zur Erschließung der Nordmeer-Gewässer.

Dieses Programm umfaßt vier Schwerpunkte: Die Erschließung und Förderung neuer Rohstoffvorkommen, die Verkürzung und Errichtung ganzjährig schiffbarer Seewege quer durchs Packeis über den Nordpol für ihre Kriegs- und Handelsflotten, die Erkundung geeigneter Schwimmbasen auf Eisschollen zur Errichtung von militärischen Anlagen und die Auslotung der Fischreichtümer. Dazu war der Ausbau der Eisbrecherflotte Voraussetzung. Neben den Eisbrechern mit geringem Tiefgang vom Typ ,,Kapitän Sorokin", Leistung 22000 PS und den dieselelektrischen vom Typ ,,Krassin", Leistung 36000 PS, gewinnen die atomaren Eisbrecher vom Typ ,,Sibir", Leistung 75000 PS, an entscheidender Bedeutung. Der Atomeisbrecher ,,Artika" überfuhr am 17.8.77 als erstes Überwassserschiff den Nordpol. Die Strecke Leningrad – Wladiwostok ist gegenüber der Südroute auf der Nordroute um 5000 km kürzer und verläuft durchweg innerhalb sowjetischer Gewässer. Die Route über den Nordpol würde diese Strecke noch einmal um 2000 km verkürzen. Sie ganzjährig, wie die entlang der Küste, zu befahren, ist das erklärte Ziel der Sozialimperialisten.

Die derzeitig driftenden sowjetischen Polarstationen ,,Nordpol 22" und ,,Nordpol 24" testen die Belastbarkeit des Eises und liefern täglich Daten über die Eisbeschaffenheit, die Temperatur, Feuchtigkeit, Luftdruck und Windgeschwindigkeit für Schiffe und Geleitzüge im Eismeer und für die Erdgas- und Erdölsuche. In 4000 m Tiefe ist Erdgas gefunden worden, Erdölfunde werden erwartet.

Mit sehr hohem Aufwand muß die Versorgung und Ausrüstung der Polarstationen und Erdölsuchtrupps mit Lebensmitteln und technischem Gerät betrieben werden. Die Versorgung aus der Luft ist beschränkt, eine Maschine kann maximal 15 t transportieren. Zur Errichtung der ersten Bohrtürme und Siedlungen auf der Jamel-Halbinsel sind Atomeisbrecher, Schwimmkräne vom Typ ,,Witjas", Tragfähigkeit bis 1600 t, und Transportschiffe für die Baumaterialien wie Zement, Eisenbeton, Rohre und Maschinerie notwendig gewesen. Hubschrauber müssen die 30000 t-Fracht in drei Tagen von Bord geschafft haben, sonst kommen die Polarfrachter nicht wieder aus dem 12 m dicken Eis los. Für die Errichtung von Militärbasen ist die Stärke des Eises andererseits gerade richtig.

Atomeisbrecher Artika in der Kara-See

noch ein "mare sowjeticum"

z.mih. ,,Sieben Sowjetbürger am Nordpol – ihre Tat, geprägt von jenem Forscher- und Pioniergeist, der die Menschen seit Jahrtausenden Ozeane überqueren, Gipfel besteigen und die unendlichen Eiswüsten der Pole bezwingen läßt ..." (horizont 25/79, S.7) Mit einem Säckchen Kreml-Erde im Gepäck haben diese Sieben 1500km in 76 Tagen auf Skiern und in Schlauchbooten zum Nordpol zurückgelegt und ihn als nördlichsten Punkt der sowjetischen Hoheitsgewässer erneut abgesteckt. Diese Polarexpedition der Moskauer Jugendzeitung ,,Komsomolskaja Gaseta" im kolonialen Geist steht für ein aufwendiges Programm der neuen Zaren zur Erschließung der Nordmeer-Gewässer.

Dieses Programm umfaßt vier Schwerpunkte: Die Erschließung und Förderung neuer Rohstoffvorkommen, die Verkürzung und Errichtung ganzjährig schiffbarer Seewege quer durchs Packeis über den Nordpol für ihre Kriegs- und Handelsflotten, die Erkundung geeigneter Schwimmbasen auf Eisschollen zur Errichtung von militärischen Anlagen und die Auslotung der Fischreichtümer. Dazu war der Ausbau der Eisbrecherflotte Voraussetzung. Neben den Eisbrechern mit geringem Tiefgang vom Typ ,,Kapitän Sorokin", Leistung 22000 PS und den dieselelektrischen vom Typ ,,Krassin", Leistung 36000 PS, gewinnen die atomaren Eisbrecher vom Typ ,,Sibir", Leistung 75000 PS, an entscheidender Bedeutung. Der Atomeisbrecher ,,Artika" überfuhr am 17.8.77 als erstes Überwassserschiff den Nordpol. Die Strecke Leningrad – Wladiwostok ist gegenüber der Südroute auf der Nordroute um 5000 km kürzer und verläuft durchweg innerhalb sowjetischer Gewässer. Die Route über den Nordpol würde diese Strecke noch einmal um 2000 km verkürzen. Sie ganzjährig, wie die entlang der Küste, zu befahren, ist das erklärte Ziel der Sozialimperialisten.

Die derzeitig driftenden sowjetischen Polarstationen ,,Nordpol 22" und ,,Nordpol 24" testen die Belastbarkeit des Eises und liefern täglich Daten über die Eisbeschaffenheit, die Temperatur, Feuchtigkeit, Luftdruck und Windgeschwindigkeit für Schiffe und Geleitzüge im Eismeer und für die Erdgas- und Erdölsuche. In 4000 m Tiefe ist Erdgas gefunden worden, Erdölfunde werden erwartet.

Mit sehr hohem Aufwand muß die Versorgung und Ausrüstung der Polarstationen und Erdölsuchtrupps mit Lebensmitteln und technischem Gerät betrieben werden. Die Versorgung aus der Luft ist beschränkt, eine Maschine kann maximal 15 t transportieren. Zur Errichtung der ersten Bohrtürme und Siedlungen auf der Jamel-Halbinsel sind Atomeisbrecher, Schwimmkräne vom Typ ,,Witjas", Tragfähigkeit bis 1600 t, und Transportschiffe für die Baumaterialien wie Zement, Eisenbeton, Rohre und Maschinerie notwendig gewesen. Hubschrauber müssen die 30000 t-Fracht in drei Tagen von Bord geschafft haben, sonst kommen die Polarfrachter nicht wieder aus dem 12 m dicken Eis los. Für die Errichtung von Militärbasen ist die Stärke des Eises andererseits gerade richtig.

Atomeisbrecher Artika in der Kara-See

EG-Imperialisten greifen Luftfahrtmonopol der Supermächte an

Sofort aber Kampf um die Hegemonie im Bündnis. Mirage oder Tornado?

..pel.Paris. Der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing zeigte sich bei der Eröffnung der Luftfahrtschau auf dem Pariser Flughafen Le Bourget am 9.6. ,,befriedigt, die französische und europäische Raumfahrtindustrie wachsen zu sehen". Die heimische Finanzbourgeoisie hatte soeben die jüngsten Ergebnisse ihrer Anstrengungen im Kampf gegen das Flug- und Raumfahrtmonopol der Supermächte präsentiert. Dem französischen Imperialismus ist es gelungen, den Umsatz für die gesamte Luft- und Raumfahrtindustrie von 1975 bis 1977 um 50% auf 4,5 Mrd. $ zu steigern, während der US-Imperialismus nur eine Steigerung von 14% auf 32,4 Mrd. $ aus der amerikanischen Arbeiterklasse pressen konnte.

Umsatz, Beschäftigte und Pro-Kopf-Umsatz in der Luftfahrtindustrie 1977

Land	Umsatz in Mrd. $	Beschäft. in 1000	Pro-Kopf-Umsatz in 1000 $
USA ..	32,4	890	34
F	4,5	103	43
BRD ..	2,2	54	40
GB....	2,9	189	15

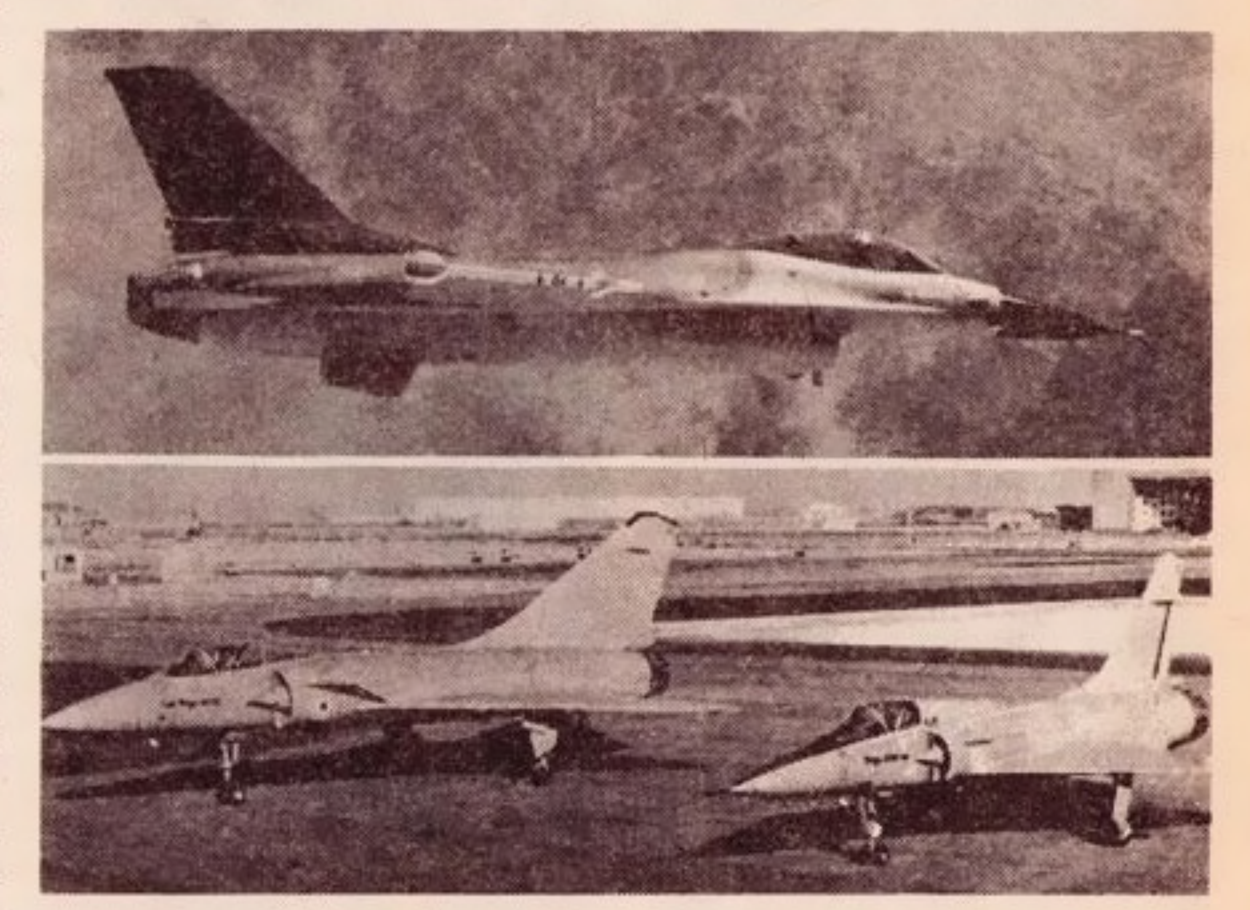
Auf Grundlage der enorm gesteigerten Produktivität der Arbeit sind die EG-Imperialisten in den letzten Jahren zum Angriff auf die bis dahin von den US-Imperialisten beherrschten Märkte Europas und der USA selbst angetreten und haben vor allem 1978 eine Reihe von Einbrüchen erzielen können. 1974 noch mußten sie sich auf dem Gebiet der *Zivilluftfahrt* in Europa mit einem Marktanteil von 20,2% zufriedengeben, während ihnen der US-Markt praktisch vollständig verschlossen war.

Bis 1978 haben sie 40% des europäischen Marktes an sich reißen können und halten 10% des US-Marktes besetzt. Entscheidenden Anteil daran hat die französisch-westdeutsche Gemeinschaftsproduktion Airbus, mit der die vereinigten Kapitalisten – seit einigen Wochen erweitert durch die Beteiligung von Rolls Royce – einen Weltmarktanteil bei den mittleren Langstreckenflugzeugen von 25% bis 1985 anpeilen.

Entscheidend jedoch ist der Kampf auf dem *militärischen Sektor*. Hier geht es nicht einfach um Profite im Rüstungsbereich, um Absatzmärkte für Waffen, es geht darum, im Kampf um die Neuaufteilung der Welt Druckmittel einzusetzen gegen die Länder der Dritten Welt und gegen die imperialistischen Konkurrenten. Der Kampf der beiden Supermächte um die Weltherrschaft, ihr Abrüstungsschwindel, der sich immer mehr als Einleitung einer neuen Runde nuklearen Wettrüstens, als Fixierung der Ausgangspositionen für den Krieg in Europa entpuppt, *ohne* daß die europäischen ,,Verbündeten" darauf Einfluß hätten, hat diese zusammengetrieben und läßt sie ihre Chance im zeitweiligen Bündnis suchen. Der französische Imperialismus hat gestützt auf die Verfügung über Nuklearwaffen und die seit de Gaulle selbständig entwickelte Luftwaffe die europäische Zusammenarbeit forciert und will sich als Führungsmacht etablieren. Die BRD-Imperialisten suchen so Druck auf den US-Imperialismus auszuüben, um selbst über die Verfügung über Nuklearwaffen ihr Angriffspotential zu stärken.

Le Bourget 1979 war Zwischenbilanz und große Propagandashow der Expansion der französischen wie der westdeutschen Imperialisten. Auszüge aus der Bilanz: Die Zusammenarbeit bei Panzerabwehr und Luftabwehrraketen zeitigt den Verkauf von 60000 Raketen der Typen Milan, Hot und Roland, die letzte auch in die USA; Frankreich kann 90 Hubschrauber an die amerikanische Küstenwacht verkaufen, die Firma Aerospatiale wird hinter Bell und Sikorsky drittgrößter Hubschrauberproduzent; der französische Imperialismus steigt 1978 mit Verkäufen von 2,8 Mrd. $ gleich 16% des Weltmarktes zum drittgrößten Waffenlieferanten nach den USA und der UdSSR auf.

Zwei Tage vor Beginn der Ausstellung werden die ersten von 800 Maschinen des westdeutsch-englisch-italienischen Kampfflugzeuges Tornado ausgeliefert. Gleichzeitig präsentiert Frankreich seine neuen Mirage 2000 und 4000, Kampfflugzeuge, die an Geschwindigkeit, Operationsradius, Operationshöhe alle bisherigen Produktionen übertreffen und in direkter Konkurrenz zur neuen amerikanischen F-18 gebaut sind. Die Ausstellung wird beherrscht von den Demonstrationsflügen dieser Maschinen und von der ersten europäischen Trägerrakete Ariane, die gemeinsame Satelliten vor allem zur Erforschung von Erdölvorkommen und des Meeresbodens transportieren soll. ,,Dieser 33. Salon präsentiert die Erneuerung der europäischen und auch französischen Industrie", kommentiert der ,,Figaro". Zweifellos hat Profitgier und Drang nach Expansion die westeuropäischen Bourgeoisien zeitweilig zusammengehalten. Ihre Konkurrenz ist dadurch nicht beseitigt. Mirage und Tornado beweisen es.



Mit den Mirage 2000 und 4000 (unten) will Frankreich die Hegemonie bei den Kampfflugzeugen erringen. Oben die neue amerikanische F-18.

Weltarbeitskonferenz in Genf: Imperialisten empört über ,,Politisierung"

z.anb. Seit 1977, als die US-Imperialisten aus Protest gegen die ,,Politisierung" der Debatte ihre Mitgliedschaft in der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) aufkündigten, hat sich der Charakter der ILO zunehmend gewandelt. 1919 gegründet, auf der Basis ,,paritätischer Vertretung" von Regierung, Kapitalisten und Arbeitern, haben die Imperialisten jahrzehntelang versucht, aus dieser Organisation eine Instanz zur Bilanzierung ihrer Konkurrenzschlacht um die Schweißauspressung zu machen und an die Stelle von Forderungen nach Arbeiterrechten die ,,Menschenrechte" der Ausbeuter zu setzen.

Der Aufschwung der Arbeiterbewegung in der Dritten Welt, die an vorderster Front der Kämpfe um nationale Befreiung ihrer Völker steht, stört die internationale ,,Sozialpartnerschaft" empfindlich. Der gegenwärtig in Genf stattfindenden ILO-Konferenz liegt z.B. ein Entwurf für eine internationale Konvention über Gesundheitsschutz und Arbeitsbedingungen der Hafenarbeiter vor. Sie fordert u.a. die Einrichtung von betrieblichen Unfallschutzorganen unter der Kontrolle der Gewerkschaften.

In Vorbereitung ist ein Aktionsprogramm gegen die Arbeitslosigkeit. Untersuchungen über die Zusammensetzung der industriellen Armee in den Ländern der Dritten Welt belegen, daß das imperialistische Kapital aus dem Reservoir der ruinierten Bauernbevölkerung immer mehr Ältere rekrutiert,



Die Arbeiterbewegung der Dritten Welt bestimmt zunehmend die Debatten

derzeit sind es bereits 23% der Arbeiter in der Dritten Welt. In einer OECD-Studie haben die Imperialisten festgehalten: ,,Wenn ältere Arbeitnehmer an der richtigen Stelle eingesetzt werden, können sie genauso effizient sein wie jüngere"; die ungesicherte Reproduktion der verbrauchten Arbeitskraft wird so zur offenen Flanke gegen den Weltlohnstandard.

Streik australischer Eisenbahner gegen niedrige Lohngruppen erfolgreich

z.cht.Sydney. 2000 Gleis- und Signalwartungsarbeiter im Raum Sydney haben mit einem zehntägigen Streik, der den gesamten Zugverkehr in New South Wales lahmlegte und der längste Eisenbahnerstreik seit 1917 war, einen Teilerfolg errungen. Die Arbeiter, die mit 130,60 Dollar Grundlohn und 29 Dollar Zulagen brutto pro Woche zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitern Australiens gehören, streikten für eine Lohnerhöhung von 20 Dollar pro Woche. Nachdem die Regierung am 9.6. ein Kompromißangebot von 8,10 Dollar Erschwerniszulage und Neueinstufung der Tätigkeiten gemacht hatte, stimmten die Arbeiter für die Beendigung des Streiks.

Dieses Ergebnis ist, obwohl es weit vom Streikziel entfernt ist, eine Niederlage für die Regierung und ein Sieg der Gewerkschaft der Eisenbahner. Die Regierung hatte am fünften Streiktag versucht, die Arbeiter zu spalten und den Abbruch des Streiks zu erzwingen durch Aussperrung von 5000 Eisenbahnarbeitern und Drohung, weitere 20000 Arbeiter und Angestellte auszusperren. Die Gewerkschaft kündigte daraufhin an, den Streik auf den ganzen Staat auszudehnen. Schon am

Taktik aufgeben, sie nahm die Aussperrung zurück und erklärte sich zu Verhandlungen bereit. Mit dem Angebot von 8,10 Dollar Erschwerniszulage pro Woche hat sie ihre 5-Dollar-Lohnleitlinie praktisch fallenlassen müssen. Die Gewerkschaft fordert die Neubewertung der Arbeiten mit dem Ziel, die bestehende Zersplitterung in 600 verschiedene Merkmale für Prämien, die auf einer Arbeitsplatzstudie von 1972 beruht, zu verringern und die unteren Lohngruppen aufzuheben. Die Neueinordnung der Tätigkeiten wird von der Arbeitsschiedskommission durchgeführt werden. Die Regierung hat zugesagt, daß sie einer Höherbewertung der Arbeiten im Gleis- und Signalwartungsdienst, die sich durch die Rationalisierung in den letzten Jahren erheblich verändert haben, zustimmen werde. Da die Gewerkschaften in Australien nicht tariffähig sind, ist das Koalitionsrecht der Arbeiterklasse stark eingeschränkt. Die Entscheidung über Festsetzung der Löhne und Lohnerhöhungen trifft eine ,,unabhängige" Arbeitsschiedskommission nach Anhörung beider Parteien. Der Streik hat gute Bedingungen dafür geschaffen, die Zersplitterung zu überwinden und bessere Arbeitsbewertungen vor der

tersuchungen über die Zusammenset- Weltlohnstandard.

Streik australischer Eisenbahner gegen niedrige Lohngruppen erfolgreich

z.cht.Sydney. 2000 Gleis- und Signalwartungsarbeiter im Raum Sydney haben mit einem zehntägigen Streik, der den gesamten Zugverkehr in New South Wales lahmlegte und der längste Eisenbahnerstreik seit 1917 war, einen Teilerfolg errungen. Die Arbeiter, die mit 130,60 Dollar Grundlohn und 29 Dollar Zulagen brutto pro Woche zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitern Australiens gehören, streikten für eine Lohnerhöhung von 20 Dollar pro Woche. Nachdem die Regierung am 9.6. ein Kompromißangebot von 8,10 Dollar Erschwerniszulage und Neueinstufung der Tätigkeiten gemacht hatte, stimmten die Arbeiter für die Beendigung des Streiks.

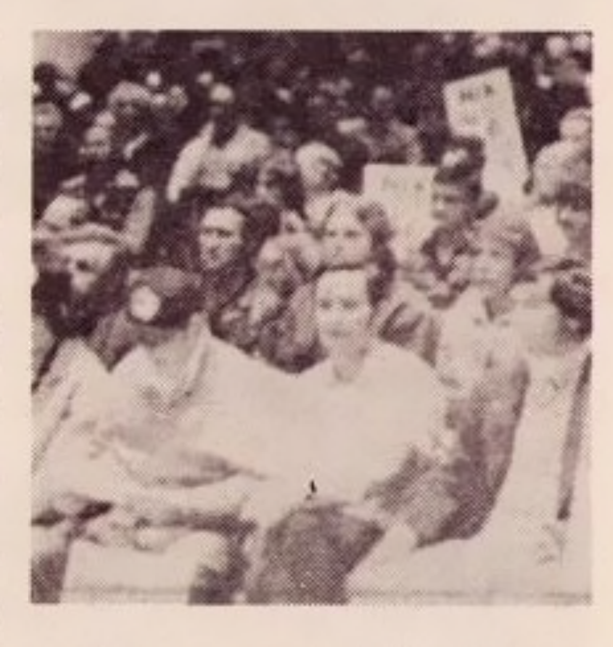
Dieses Ergebnis ist, obwohl es weit vom Streikziel entfernt ist, eine Niederlage für die Regierung und ein Sieg der Gewerkschaft der Eisenbahner. Die Regierung hatte am fünften Streiktag versucht, die Arbeiter zu spalten und den Abbruch des Streiks zu erzwingen durch Aussperrung von 5000 Eisenbahnarbeitern und Drohung, weitere 20000 Arbeiter und Angestellte auszusperren. Die Gewerkschaft kündigte daraufhin an, den Streik auf den ganzen Staat auszudehnen. Schon am
nächsten Tag mußte die Regierung die
Taktik aufgeben, sie nahm die Aussperrung zurück und erklärte sich zu Verhandlungen bereit. Mit dem Angebot von 8,10 Dollar Erschwerniszulage pro Woche hat sie ihre 5-Dollar-Lohnleitlinie praktisch fallenlassen müssen. Die Gewerkschaft fordert die Neubewertung der Arbeiten mit dem Ziel, die bestehende Zersplitterung in 600 verschiedene Merkmale für Prämien, die auf einer Arbeitsplatzstudie von 1972 beruht, zu verringern und die unteren Lohngruppen aufzuheben. Die Neueinordnung der Tätigkeiten wird von der Arbeitsschiedskommission durchgeführt werden. Die Regierung hat zugesagt, daß sie einer Höherbewertung der Arbeiten im Gleis- und Signalwartungsdienst, die sich durch die Rationalisierung in den letzten Jahren erheblich verändert haben, zustimmen werde. Da die Gewerkschaften in Australien nicht tariffähig sind, ist das Koalitionsrecht der Arbeiterklasse stark eingeschränkt. Die Entscheidung über Festsetzung der Löhne und Lohnerhöhungen trifft eine ,,unabhängige" Arbeitsschiedskommission nach Anhörung beider Parteien. Der Streik hat gute Bedingungen dafür geschaffen, die Zersplitterung zu überwinden und bessere Arbeitsbewertungen vor der
Kommission durchzusetzen.

4000 kanadische Hafenarbeiter streiken für Lohnerhöhungen

z.rül.London. 4000 Hafenarbeiter in den sieben Häfen der kanadischen Westküste begannen am 4. Juni einen unbefristeten Streik für Lohnerhöhungen und den Abschluß eines zweijährigen Tarifvertrags. Nach dem Ablaufen des letzten Tarifvertrags Ende vergangenen Jahres hatten die Hafenkapitalisten – zumeist staatliche Hafengesellschaften – im April ihr letztes Angebot vorgelegt. Es sah einen erneuten dreijährigen Vertrag mit einer jährlichen Erhöhung des Grundlohns von zur Zeit 9,10 Dollar die Stunde um 90 Cents die Stunde vor. Die Arbeiter lehnten dieses Angebot in einer Urabstimmung ab. Sie fordern eine größere Lohnerhöhung und einen zweijährigen Vertrag.

1500 der 4000 Hafenarbeiter an der Westküste sind ,,Gelegenheitsarbeiter", das heißt, sie werden von den Kapitalisten nur jeweils für das Abfertigen einzelner Schiffe eingestellt. Gemeinsam mit den festangestellten Hafenarbeitern führen sie einen ständigen Kampf gegen die Verschärfung der Arbeitshetze. Erst am 16. Mai hatten die Arbeiter in Vancouver einen Tag lang gegen die Versuche der Kapitalisten gestreikt, die Signalgeber für die Kranführer von den Kolonnen abzuziehen für die Entladung anderer Schiffe.

Ihr jetziger Streik trifft vor allem die großen Weizenhändler, die in diesen Wochen täglich 40000 Tonnen Getreide verschiffen lassen, sowie die Bergbaumonopole, die Kohle, Pottasche und Schwefel aus den Provinzen Alberta und Saskatchewan exportieren. Bereits nach drei Tagen lagen in den Häfen Britisch-Kolumbiens – der kanadischen Westküste – über 50 Schiffe fest. Der Transportminister der Bundesregierung drohte, wenn der Streik länger dauere, werde die Regierung den Streik gesetzlich verbieten. Gegen ähnliche Antistreikgesetze der Provinzregierung von Britisch-Kolumbien, die das Streikrecht der Beschäftigten im öffentlichen Dienst beseitigen, hatten die 250000 Mitglieder des Gewerkschaftsbundes von Britisch-Kolumbien im März einen landesweiten Kampf begonnen (siehe Bild). Am vorletzten Wochenende legten die Hafenkapitalisten ein neues Angebot vor.



Kundgebung gegen Antistreikgesetze gegen Lohnabhängige im öffentlichen Dienst

Vor der RGW-Ratstagung: Die Pipeline ist bezahlt, das Öl fließt oft woanders hin

z.anb. Mit 572,5 Mio. t Jahresproduktion hielt die Sowjetunion 1978 18,74% der Weltproduktion an Erdöl, ca. 5,4% mehr als Saudi-Arabien, das größte Produzentenland der OPEC. ,,Auch unsere Länder können nicht strenge Sparmaßnahmen bei Erdöl und Erdgas vermeiden. Sie sind gezwungen, deren Verbrauch als Brennstoff zu drosseln und sie als wertvolle Rohstoffe für die chemische Industrie zu nützen", begründete Breschnew in Prag Ende Mai den um einen Dollar über dem offiziellen OPEC-Preis liegenden durchschnittlichen Verrechnungspreis für sowjetisches Öl an die RGW-Staaten. Man solle Ölschiefer und Kohle verstärkt als Alternativen nutzen, und vor allem die Kernenergie. Letzteres war ein Wink mit dem Zaunpfahl; die in Kürze stattfindende 34. Ratstagung des RGW wird u.a. einen Vertrag über den Bau des Kernkraftwerkes Chmelnitskaja in der UdSSR zu behandeln haben sowie der dazu gehörigen Fernleitungen nach Rzeszow in Polen. So beschlossen vom Exekutivkomitee des RGW im Januar diesen Jahres.

Island, das Öl aus der Sowjetunion bezieht, hat für Juli empfindliche Preiserhöhungen angekündigt, die sowjetischen Lieferungen werden ab dato im Preis anziehen. In den RGW-Ländern ist der gegenwärtige Preis für Superbenzin nur deshalb ,,kein Problem", weil ein Auto ohnehin für eine Arbeiterfamilie kaum je erschwinglich ist; in der CSSR verschlingt dieses von der neuen Bourgeoisie als ,,Luxusartikel" bezeichnete Reproduktionsmittel den Lohn von 4334 Arbeitsstunden. In Ungarn wurde der Preis für Superbenzin vor wenigen Tagen auf 1,09 DM erhöht, in Bulgarien kostet der Liter 2,30 DM. Breschnews Aufenthalt in Budapest hat alles andere gebracht als Zusicherungen bezüglich der spärlicher gewordenen Roh- und Brennstofflieferungen. Im Gegenteil, Ungarn liefert seinerseits verstärkt Bauxit an die UdSSR, weil die Verarbeitung zu Aluminium, die hohen Energieeinsatz erfordert, in Ungarn nicht stattfinden kann.

In welchem Ausmaß die Energieabhängigkeit der RGW-Staaten die gesamte Wirtschaft bestimmt, belegt die jüngste Bilanz der Internationalen Investitionsbank, der alle RGW-Staaten angehören: Seit 1971 nahmen die Mitglieder des RGW über 3 Mrd. Dollar in Transferrubel als Kredite bei der IIB auf. 78,4% dieser Kredite flossen in die Finanzierung von Brennstoff- und Energielieferungen der UdSSR. Im November 1978 gewährte ein Konsortium von 32 Banken der westlichen Imperialisten der IIB einen 500-Mio.-Dollar-Kredit auf zehn Jahre, mit dem die RGW-Staaten den Bau des ,,Komplexprojekts" der 2750-km-langen Oren-

Jahren Mangelware, ist mittlerweile im jährlichen Pro-Kopf-Verbrauch gegenüber 1975 um 10 kg gesunken, auf 69,3 kg. Die Gesamtverschuldung des RGW an die westlichen Imperialisten wird mit 60 Mrd. Dollar beziffert, das Handelsbilanzdefizit ist allein im letzten Jahr um 2,5 Mrd. auf 10,2 Mrd. Dollar angewachsen.

Für die sowjetischen Imperialisten gibt es den umgekehrten Maßstab: ihr Handelsbilanz*überschuß* beläuft sich gegenüber den Ländern der Dritten Welt auf 2,9 Mrd. Rubel, gegenüber dem RGW sind es ,,nur" 0,6 Mrd., nicht, als ob sie dort kulanter wären, es zahlt sich nur nicht so einfach in *Barem* aus, sondern im Gebrauchswert der Anlagen, Industriegüter, Rohstoffe. Zusätzlich zu den betrügerischen Tauschbeziehungen gegenüber den RGW-Staaten reizt die Sozialimperialisten der Monopolprofit. Was sonst als ihre führende Stellung in der Welterdölproduktion eignet sich besser?

Aber nicht nur die Sowjetunion reizt hoch. Die seit letzten Herbst ins Stocken geratenen Verhandlungen zwischen RGW und EG kommen offensichtlich wieder in Bewegung. Damals hatte der stellvertretende Vorsitzende der EG-Kommission Haverkamp ge-

Daß sich die Widersprüche innerhalb des RGW-Bündnisses zuspitzen, ist offensichtlich, heißt aber nicht, daß der Widerstand gegen die sozialimperialistische Politik des Hahnabdrehens und Ausnehmens in gleicher Weise beantwortet wird. Die CSSR-Bourgeoisie hat eine rege diplomatische Tuchfühlung entwickelt. Kaum daß Kossigyn Prag verlassen hatte, empfing Strougal Todorov aus Bulgarien, begab sich wenig später zu Honecker und anschließend nach Belgrad. Mit Honecker gab es auszuloten, ob und wie DDR und CSSR gemeinsam ihre relative ökonomische Stärke in die Waagschale werfen können, nicht offen gegen die Supermacht, sondern hintenherum, indem der Waren- und Kapitalexport in die Dritte Welt vorangetrieben wird, auf eigene Rechnung.

In Jugoslawien hingegen nahm es sich nicht so einmütig aus. Gegen verstärkten Handelsaustausch hatte Jugoslawien nichts einzuwenden, sah aber gleichzeitig keinerlei Anlaß, ,,bestimmte Unterschiede in der Einstellung zu einigen Aspekten der internationalen Lage" (Tanjug, 13.6.) zu vertuschen. Daß sich die CSSR-Revisionisten an die Aggression der Sowjet-



,,Altrohstoffsammelstelle" in Berlin-Friedrichshain. Ein offizieller Ausweis erklärt die Sammler zu staatlichen Zwangseintreibern.

genüber der ,,Süddeutschen Zeitung" erklärt, man habe ,,deutlich den Eindruck gewonnen, der RGW-Generalsekretär (Faddejew) fühle sich vor allem als Vertreter der Führungsmacht UdSSR, wolle für sie nur die Rosinen aus dem Kuchen picken und sich obendrauf noch Zuckerguß geben lassen". (Archiv der Gegenwart, 18.12.78, Nr.22251) Das war Salz auf die Wun-

union in Afrika und Südostasien hängen und sie politisch stützen, entspricht ihren Interessen, ist aber keine günstige Grundlage für ein Bündnis mit Ländern, die der Dritten Welt und der Blockfreienbewegung angehören. Rumänien hat sich anders zur Lage im RGW geäußert: die Zusammenarbeit auf dem Brennstoff- und Energiesektor halte ,,nicht mit der wirtschaftli-

Ländern ist der gegenwärtige Preis für Superbenzin nur deshalb ,,kein Problem", weil ein Auto ohnehin für eine Arbeiterfamilie kaum je erschwinglich ist; in der CSSR verschlingt dieses von der neuen Bourgeoisie als ,,Luxusartikel" bezeichnete Reproduktionsmittel den Lohn von 4334 Arbeitsstunden. In Ungarn wurde der Preis für Superbenzin vor wenigen Tagen auf 1,09 DM erhöht, in Bulgarien kostet der Liter 2,30 DM. Breschnews Aufenthalt in Budapest hat alles andere gebracht als Zusicherungen bezüglich der spärlicher gewordenen Roh- und Brennstofflieferungen. Im Gegenteil, Ungarn liefert seinerseits verstärkt Bauxit an die UdSSR, weil die Verarbeitung zu Aluminium, die hohen Energieeinsatz erfordert, in Ungarn nicht stattfinden kann.

In welchem Ausmaß die Energieabhängigkeit der RGW-Staaten die gesamte Wirtschaft bestimmt, belegt die jüngste Bilanz der Internationalen Investitionsbank, der alle RGW-Staaten angehören: Seit 1971 nahmen die Mitglieder des RGW über 3 Mrd. Dollar in Transferrubel als Kredite bei der IIB auf. 78,4% dieser Kredite flossen in die Finanzierung von Brennstoff- und Energielieferungen der UdSSR. Im November 1978 gewährte ein Konsortium von 32 Banken der westlichen Imperialisten der IIB einen 500-Mio.-Dollar-Kredit auf zehn Jahre, mit dem die RGW-Staaten den Bau des ,,Komplexprojekts" der 2750-km-langen Oren-
burg-Ferngasleitung finanzieren sowie Westimporte abdecken. Die Leitung des Konsortiums hat die Dresdner Bank.

Gegenwärtig laufen ähnliche Verhandlungen über einen Sonderkredit an Polen über 500 Mio. Dollar, weil die von den US-Imperialisten geborgten 300 Mio. nicht reichen werden, um die Nahrungsmittelimporte aus den USA zu bezahlen. Fleisch, in Polen seit



,,Altrohstoffsammelstelle" in Berlin-Friedrichshain. Ein offizieller Ausweis erklärt die Sammler zu staatlichen Zwangseintreibern.

genüber der ,,Süddeutschen Zeitung" erklärt, man habe ,,deutlich den Eindruck gewonnen, der RGW-Generalsekretär (Faddejew) fühle sich vor allem als Vertreter der Führungsmacht UdSSR, wolle für sie nur die Rosinen aus dem Kuchen picken und sich obendrauf noch Zuckerguß geben lassen". (Archiv der Gegenwart, 18.12.78, Nr.22251) Das war Salz auf die Wun-
den der geplünderten Brüder und sollte die Lage reif machen für *bilaterale* Abkommen mit den *einzelnen* RGW-Ländern. Jetzt wittern die Kerle neue Chancen. Auf ein kürzlich der EG übermitteltes Schreiben, in dem die Sowjetunion einen EG-RGW-Gipfel vorschlägt, reagierte Haverkamp gelassen: Das sei keine Antwort. Man warte immer noch auf eine Stellungnahme zu den Vorschlägen vom letzten Jahr. (Wirtschaftswoche, 24/79, S. 44)

union in Afrika und Südostasien hängen und sie politisch stützen, entspricht ihren Interessen, ist aber keine günstige Grundlage für ein Bündnis mit Ländern, die der Dritten Welt und der Blockfreienbewegung angehören. Rumänien hat sich anders zur Lage im RGW geäußert: die Zusammenarbeit auf dem Brennstoff- und Energiesektor halte ,,nicht mit der wirtschaftli-
chen Entwicklung Schritt". Das beweise, ,,daß die wirtschaftliche Entwicklung jedes Mitgliedslandes auf der Basis eines einheitlichen nationalen Planes unteilbarer Bestandteil der Souveränität und Unabhängigkeit jedes sozialistischen Staates ist". Es könne keinerlei ,,supranationale Körperschaft angenommen werden, die die Souveränität eines Volkes nicht berücksichtigt." (Scinteia, nach: Tanjug, 12.6.)

Entlassene Arbeiter zwangsweise mobil gemacht

z.ulg.Rom. Zwei Wochen vor der nationalen Demonstration der italienischen Metallarbeiter am nächsten Freitag in Rom hat die Einheitsgewerkschaft FLM mit den Metallkapitalisten über einen ersten Teil des neuen Tarifs abgeschlossen. Es handelt sich um ein Abkommen über ,,zwischenbetriebliche Mobilität", mit dem teils bestehende gesetzliche Regelungen ausgefüllt, teils neue vorgeschlagen werden. Da offene Entlassungen meist nicht gegen die Belegschaften durchzusetzen sind, setzen die Kapitalisten ,,überzählig" gemachte Arbeiter gewöhnlich auf einen Spezialfonds der Kurzarbeiterkasse. Insgesamt sind das inzwischen an die hunderttausend Arbeiter. Die Kasse zahlt 80% des Lohns, während sonst eine Arbeitslosenversicherung praktisch nicht existiert. Nach dem jetzt geschlossenen Abkommen sollen nun auf regionaler Ebene von Gewerkschaft und Kapitalistenverband gemeinsam Listen aufgestellt werden, um die derart ,,mobilisierten" Arbeiter zu vermitteln. Wer sich nach fünf Monaten nicht umschulen läßt oder im Umkreis von 50 km von der Heimatgemeinde Arbeit ablehnt, kriegt die Unterstützung gestrichen. Wenigstens hat die FLM darauf bestanden, daß niemand Arbeit in einer niedrigeren Lohngruppe annehmen muß und daß bei dem früheren Betrieb wieder eingestellt wird, wer nach zwei Jahren noch nicht vermittelt ist. Ein schlechter Auftakt zum neuen Tarifvertrag bleibt das Abkommen trotzdem.

Behinderte in der Schweiz gegen Rentenkürzungsprogramm

z.anb. Am 6. Juni demonstrierten vor dem Parlament in Bern mehrere Hundert Behinderte aus allen Landesteilen der Schweiz gegen die Pläne der Regierung, die Invalidenrentenkassen zu plündern. In einem kürzlich veröffentlichten ,,Expertenbericht" hat die Finanzbourgeoisie der Tatsache Rechnung getragen, daß im Gegensatz zum *Gesamt*netz der Sozialversicherungen, über das 1977 6,5 Mrd. Franken Lohngelder kapitalisiert wurden, die Invalidenkassen dieser Kapitalgeberfunktion mit einem Minus von 46 Mio. (1977) nicht entsprechen. Die Durchschnittsrente der Behinderten betrug 1977 558 Franken; ein stets wachsender Prozentsatz von ihnen wird in die Produktion gepreßt, dort schamlos ausgebeutet und als Reservearmee gegen den Lohnstandard mobilisiert. Erst im vorigen März hatte die Finanzbourgeoisie für rechtens befunden, daß Invalidenrenten mit dem ,,Militärpflichtersatzbeitrag" besteuert werden, sofern nicht der Wehrpflicht Genüge getan wird. Der Angriff auf die Invalidenrenten ist der erste Schritt eines reaktionären Planes der Bourgeoisie, die gesetzliche und allgemeine Versicherung der Arbeiter, die ohnehin in der Schweiz nur als Rumpfkasse besteht und eigene private Zusatzversicherung erfordert, vollends zu beseitigen.

Österreich: Mit 59 statt Rente zurück in die Produktion

z.lik.Wien. Seit März gibt es in Österreich ein ,,Sonderunterstützungsgesetz" für ältere arbeitslose Arbeiter und Angestellte. Männer, die das 59.,

Ganz in der Tradition der Sklavenhalter: Erziehung zum Lohnarbeiter in den USA

z.zik. Fünf Kinder und Jugendliche im Alter von 12 bis 17 Jahren hat ein Gericht in Miami/Florida in der letzten Woche zu lebenslangem Freiheitsentzug und zu jeweils zwischen 25 und 30 Jahren Gefängnis verurteilt. So meldet die Frankfurter Allgemeine Zeitung mit Genugtuung über die Barbarei, die die Klassenjustiz der US-Imperialisten gegenüber der besitzlosen Jugend anwendet. War der Anlaß, daß die fünf einen alten Mann erschlagen und seine Wohnung ausgeraubt hatten, so ist der Grund für dieses Urteil der Haß der imperialistischen Bourgeoisie auf die Teile der Jugend der besitzlosen Klassen, die gegen die elenden kapitalistischen Verhältnisse, in welcher Form auch immer, rebellieren. Der Zweck ist, sie zur Unterwerfung unter die Lohnsklaverei zu zwingen, und wo ihr dies hoffnungslos erscheint, sie zu vernichten. In dieser Hinsicht gibt es keinen Unterschied zwischen den Sklavenhaltern der USA, die rebellische Sklaven zu Tode peitschten oder in den Sümpfen Floridas ertränkten, und ihren Nachfahren, die schon Kinder lebenslang im Zuchthaus begraben.

Die Zahl von Verstößen Jugendlicher gegen die Gesetze der US-Finanzbourgeoisie ist im Ansteigen begriffen. Hatte die Polizei in den USA im Jahre 1965 knapp über fünf Millionen Jugendliche arrestiert, so waren es im Jahre 1974 schon 6,1 Millionen. Will die bürgerliche Presse hierzulande ein Bild vermitteln, es handle sich dabei *vor allem* um Mord, Totschlag und körperliche Gewalttätigkeit, so zeigt ein Blick auf die Statistik der Anlässe dieser Arrestierungen, daß es sich *vor allem* um Verstöße gegen das Privateigentum und Rebellion gegen bürgerliche Unterdrückungsgesetze handelt: Nach einer Untersuchung von zwei Millionen Fällen sind die größten Posten: 223000 Einbrüche, 416000 Diebstähle, 107000 Zerstörungen (meist von Schuleigentum), 119000 Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz, 104000 Verstöße gegen das Alkoholverbot, 118000 mal ungebührliches Verhalten, 110000 Verstöße gegen die polizeiliche Sperrstunde, 186000 mal Weglaufen von zu Hause. (Sourcebook of Criminal Justice Statistics 1977)

Jahresdurchschnittseinkommen der Lohnabhängigen in den USA 1976 (in Dollar)

	alle Besch.	Vollzeit-besch.
Männlich		
14 – 19 Jahre ...	1032	5617
20 – 24 Jahre ...	5841	8949
alle Männl.	9426	13859
Weiblich		
14 – 19 Jahre ...	897	5205

gendliche arrestiert, so waren es im Jahre 1974 schon 6,1 Millionen. Will die bürgerliche Presse hierzulande ein Bild vermitteln, es handle sich dabei *vor allem* um Mord, Totschlag und körperliche Gewalttätigkeit, so zeigt ein Blick auf die Statistik der Anlässe dieser Arrestierungen, daß es sich *vor allem* um Verstöße gegen das Privateigentum und Rebellion gegen bürgerliche Unterdrückungsgesetze handelt: Nach einer Untersuchung von zwei Millionen Fällen sind die größten Posten: 223000 Einbrüche, 416000 Diebstähle, 107000 Zerstörungen (meist von Schuleigentum), 119000 Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz, 104000 Verstöße gegen das Alkoholverbot, 118000 mal ungebührliches Verhalten, 110000 Verstöße gegen die polizeiliche Sperrstunde, 186000 mal Weglaufen von zu Hause. (Sourcebook of Criminal Justice Statistics 1977)

Jahresdurchschnittseinkommen der Lohnabhängigen in den USA 1976 (in Dollar)

	alle Besch.	Vollzeit-besch.
Männlich		
14 – 19 Jahre ...	1032	5617
20 – 24 Jahre ...	5841	8949
alle Männl.	9426	13859
Weiblich		
14 – 19 Jahre ...	897	5205
20 – 24 Jahre ...	3839	6966
alle Weibl.	3576	8312

(Aus: The World Almanac And Book of Facts, 1979)

Die steigende Jugendkriminalität in den USA ist nur Produkt und Ausdruck der steigenden Verelendung der Massen. Die Aussicht auf einen lebenslangen Kreislauf von Ausbeutung und Beschränkung der Reproduktionsmittel zwingt zur Rebellion gegen die kapitalistischen Verhältnissen, und wer Hunger hat, dem erscheint der Raub als die einfachste und oft einzige Möglichkeit, sich das zu besorgen, was der Lohn nicht zuläßt. Die US-Finanzbourgeoisie hält die Löhne der jugendlichen Arbeitskraft auf einem Elendsniveau weit unter denen der erwachsenen Arbeiter.

Mit diesen niedrigen Löhnen für jugendliche Arbeitskraft besitzt die US-Finanzbourgeoisie ein gewaltiges Druckmittel auf den Lohn der ganzen Klasse. 22,9 Millionen Erwerbstätige waren 1976 im Alter zwischen 16 und 24 Jahren bei insgesamt 96,9 Millionen Erwerbstätigen. Je mehr der Druck auf den Lohn der ganzen Klasse zunimmt, desto mehr Kinder der besitzlosen Klassen müssen immer früher mit dem Verkauf ihrer Arbeitskraft zu ihrem Lebensunterhalt beitragen, zumeist mit Zeitjobs. 6,7 Millionen der oben angeführten 22,9 Millionen jugendlichen Erwerbstätigen sind Schüler und Studenten, das sind 44% aller Schüler im Alter von 16 – 24 Jahren.

Für eine große Zahl der Jugendlichen besteht aber nicht einmal die Möglichkeit, einen Ausbeuter zu finden. 15% der arbeitssuchenden Schüler und Studenten waren 1975 im Jahresdurchschnitt arbeitslos, bei den nicht in den Schulen eingeschriebenen Jugendlichen im Alter von 16 – 24 Jahren waren es 14,9%. Die US-Bourgeoisie rekrutierte somit 3,3 Millionen Jugendliche in die industrielle Reservearmee, bei insgesamt 7,28 Millionen offiziell registrierten Arbeitslosen, das ist ein Anteil von 46%.

Ganz in der Tradition der Sklavenhalter, pressen die US-Imperialisten Teile der besitzlosen Jugend in ein System von Zwangsarbeit und Arbeitserziehung, genannt ,,Nachbarschafts-Jugendkorps'' und ,,Arbeitskorps''. Diese beiden Institutionen wurden zu Beginn der 60er Jahre eingerichtet. Bis 1974 wurden 1,3 Millionen Schuljugendliche und 842000 von außerhalb der Schulen, ,,aus den benachteiligtesten Umständen rekrutiert'', in den ,,Nachbarschafts-Jugendkorps'' zum Lohnsklaven geschliffen, die in der Erntesaison auf bis zu 3,6 Millionen aufgestockt wurden. ,,Eine Viertel Million Jugendliche erfuhr Berufserziehung, Basiserziehung und Gruppenleben in den Arbeitskorps'', die in ehemaligen Militärbasen untergebracht sind, stellt das ,,Institut für Erwerbstätigkeitsforschung'', Michigan, 1978 fest.

Einen Durchschnittslohn von 2000 $ pro Jahr hätte der Staatsapparat mit dieser Arbeitsbeschaffung den Jugendlichen besorgt, gibt dasselbe Institut an.

Die Carter-Regierung hat 1977 im neuaufgelegten Comprehensive Employment and Training Act (CDTA), dem Arbeitsbeschaffungs- und Ausbildungsgesetz, die Kapazität des Arbeitskorps auf 70000 aufgestockt.



den. 15% der arbeitssuchenden Schüler und Studenten waren 1975 im Jahresdurchschnitt arbeitslos, bei den nicht in den Schulen eingeschriebenen Jugendlichen im Alter von 16 – 24 Jahren waren es 14,9%. Die US-Bourgeoi-

Die Carter-Regierung hat 1977 im neuaufgelegten Comprehensive Employment and Training Act (CDTA), dem Arbeitsbeschaffungs- und Ausbildungsgesetz, die Kapazität des Arbeitskorps auf 70000 aufgestockt.



Fast die Hälfte der industriellen Reservearmee in den USA besteht aus Jugendlichen. Bild: Warteschlangen von Arbeitslosen in Brooklyn, New York.

Mit der ganzen Wucht des staatlichen Unterdrückungsapparates geht die US-Bourgeoisie gegen den Teil der Jugend der besitzlosen Klassen vor, der gegen diese Verhältnisse rebelliert und gegen die Abrichtung zum willigen Lohnsklaven Widerstand leistet. Ein Teil, als ,,career criminals'' eingestuft, ,,Unverbesserliche'', wird zur buchstäblichen Vernichtung in die Zuchthäuser gesteckt, der größte Teil der ergriffenen Jugendlichen kommt in sogenannte ,,detention homes'', Zwangserziehungsheime, die zumeist in umfunktionierten Gefängnissen untergebracht sind. Wurden 1965 noch 317000 in solchen Heimen gefangengehalten, so waren es 1969 bereits 448000. Hauptmittel der Zurechtbiegung ist der Arbeitszwang: ,,In Arbeitslagern baut die Arbeit an frischer Luft jugendliche Energien ab'', schreibt zynisch 1973 die ,,Spezialgruppe für Besserung'' der Nationalen Kommission für Kriminaljustizmaßstäbe und -ziele. Der Lohn für diese Zwangsarbeit muß nach dem Gesetz dem der Umgebung ,,entsprechen'', was das bedeutet, hat schon die obige Tabelle gezeigt. Einen Einblick in die Verhältnisse innerhalb dieser Zuchtanstalten gibt der Leserbrief einer Gruppe von Gefangenen aus dem Gefängnis in Auburn, New York, von den US-Bourgeois in den 30er Jahren als Prototyp des ,,modernen Strafvollzugs'' errichtet. Der Brief war am 9. April dieses Jahren in ,,The Call'', Zeitung der amerikanischen Kommunistischen Partei (ML) abgedruckt:

,,Ich möchte euch meine Erfahrung mit moderner Sklaverei in der Industrieblech-Werkstatt in Auburn mitteilen. Diese Werkstatt wird geführt wie ein Konzentrationslager. (...) Und wenn du dich wegen Überanstrengung beklagst, wirst du sofort geschunden und in den meisten Fällen wegen Arbeitsverweigerung eingesperrt. Wir produzieren in der Woche Bleche im Wert von Hunderttausenden von Dollars und erhalten gerade den Mindestlohn (in diesem Gefängnis 11 cts. pro Stunde, Red.). Wir werden unmenschlich behandelt, beim kleinsten Widerstand mit dem Rausschmiß aus unseren Jobs bedroht. (...) Bestrafung ist hier an der Tagesordnung. Etwas muß getan werden bei dieser unnötigen Schinderei, im Interesse aller''.

Auch mit der schärfsten Unterdrückung kann die US-Supermacht den Widerstandswillen und den Drang nach Umwälzung der Verhältnisse durch die Arbeiterklasse nicht brechen, das zeigt dieser Brief.

Ruhe an der Papua-Indonesischen Grenze? Imperialistische Erpressungsmanöver



Soldaten der Opm in einem Dorf in Westirian 1976.

z.mat.Sydney. Am 2. Mai erklärte der UNO-Botschafter der USA Young während eines Besuchs in Papua-Neuguinea, die Gegner der indonesischen Besetzung Westirians sollten ihre Sache der UNO überlassen. Er wolle sich für sie einsetzen bei ,,Interessenten, die sehr viel aktiver sein können.'' Einen Monat später war Indonesiens Präsident Suharto zum Staatsbesuch in Papua-Neuguinea. Im gemeinsamen Kommunique heißt es: ,,... sollen Maßnahmen ergriffen werden gegen Elemente, die das jeweilige Territorium zur Durchführung feindlicher Akte gegen das andere benutzen.''

Westirian ist der westliche Teil Neuguineas, dessen östlicher Teil zum Staatsgebiet Papua-Neuguineas gehört. Seit es 1963 von den holländischen Kolonialherren mit Einverständ-

Papua-Neuguinea breite Unterstützung. Jetzt wollen die Imperialisten die Regierung zwingen, dagegen vorzugehen. Noch immer kommt die Hälfte des Staatshaushalts Papua-Neuguineas von Australien. Um die Unabhängigkeit des Landes zu stärken, will die Regierung neue Gold- und Kupferbergwerke erschließen, doch ohne ein Grenzabkommen mit Indonesien kann der Transport auf dem Grenzfluß Fly nicht garantiert werden.

Trotz der schwierigen Lage unterstützt Papua-Neuguinea den Kampf des Brudervolks. Mehrere hundert Flüchtlinge leben im Land. Opm-Führer Jacob Prai, der Papua-Neuguinea oft zu Gesprächen besucht hatte, wurde im September 1978 verhaftet, dann aber nicht an Indonesien ausgeliefert,



Soldaten der Opm in einem Dorf in Westirian 1976.

z.mat.Sydney. Am 2. Mai erklärte der UNO-Botschafter der USA Young während eines Besuchs in Papua-Neuguinea, die Gegner der indonesischen Besetzung Westirians sollten ihre Sache der UNO überlassen. Er wolle sich für sie einsetzen bei ,,Interessenten, die sehr viel aktiver sein können.'' Einen Monat später war Indonesiens Präsident Suharto zum Staatsbesuch in Papua-Neuguinea. Im gemeinsamen Kommunique heißt es: ,,... sollen Maßnahmen ergriffen werden gegen Elemente, die das jeweilige Territorium zur Durchführung feindlicher Akte gegen das andere benutzen.''

Westirian ist der westliche Teil Neuguineas, dessen östlicher Teil zum Staatsgebiet Papua-Neuguineas gehört. Seit es 1963 von den holländischen Kolonialherren mit Einverständ-

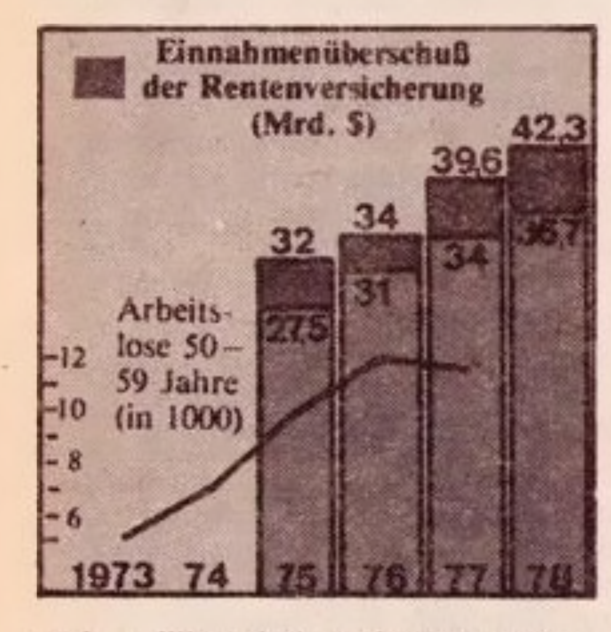
nis der USA an Indonesien übereignet wurde, hat der bewaffnete Befreiungskampf der Bewegung für ein freies Papua Opm ständige Fortschritte gemacht. Die künstlich geschaffene Grenze hat nie ganz geschlossen werden können, weil die Bauern sie täglich überschreiten mußten, um ihre Felder zu bestellen. Die Völker Westirians und Papua-Neuguineas sind Melanesier, und der Kampf der Opm findet in

Papua-Neuguinea breite Unterstützung. Jetzt wollen die Imperialisten die Regierung zwingen, dagegen vorzugehen. Noch immer kommt die Hälfte des Staatshaushalts Papua-Neuguineas von Australien. Um die Unabhängigkeit des Landes zu stärken, will die Regierung neue Gold- und Kupferbergwerke erschließen, doch ohne ein Grenzabkommen mit Indonesien kann der Transport auf dem Grenzfluß Fly nicht garantiert werden.

Trotz der schwierigen Lage unterstützt Papua-Neuguinea den Kampf des Brudervolks. Mehrere hundert Flüchtlinge leben im Land. Opm-Führer Jacob Prai, der Papua-Neuguinea oft zu Gesprächen besucht hatte, wurde im September 1978 verhaftet, dann aber nicht an Indonesien ausgeliefert,

sondern nach Schweden ausgeflogen. Kurz vor dem Suharto-Besuch drohte die Regierung mit einem Gesetz ,,gegen die Unterstützung von Terroristen''. Gleichzeitig meldete der Papua-Neuguinea Post Courier, daß die Regierung auch weiterhin im südpazifischen Forum verstärkt für ,,die Befreiung aller melanesischen Völker im Südpazifik'' eintreten will. Westirian ist davon nicht ausgenommen.

Frauen, die das 54. Lebensjahr erreicht haben, bekommen danach Arbeitslosengeld plus 25% davon als Zuschuß, sofern sie nach wie vor ,,arbeitsfähig''



und ,,-willig'' sind. Außerdem müssen in den letzten 20 Jahren mindestens 15 anrechenbare Versicherungsjahre nachgewiesen werden, davon in den letzten drei Jahren zwei. Ziel des Gesetzes ist, erfahrene Arbeiter unter dem Niveau des Facharbeiterlohns wieder in die Produktion zu pressen. Ein 59jähriger Facharbeiter erhält dann maximal ein Jahr lang die ,,Sonderleistung'', weil er mit 60 Jahren einen Frührentenantrag stellen kann. Dieser wird jedoch abgelehnt mit dem Hinweis, er sei doch arbeitsfähig. 1977 wurden mehr als ein Drittel aller Frührentenanträge (37663) zurückgewiesen.

Baum will Einsätze der türkischen Polizei leiten

z.güv. ,,Unterstützung bei der Ausbildung und Ausrüstung der türkischen Polizei'' sagte Innenminister Baum zu. Der türkische Innenminister besichtigte bei einem Besuch in der BRD das Bundeskriminalamt, Einrichtungen des Grenzschutzes und der Länderpolizeien besichtigt. Bereits letztes Jahr hat der türkische Regierungschef Ecevit, Sozialdemokrat, deutsche ,,Anti-Terror-Experten'' ins Land geholt. Die türkische Regierung steht unter Druck. Keine Kredite ohne Abwertung des Türkischen Pfundes, war seit Monaten die erpresserische Forderung des IWF und der westlichen Imperialisten. Nun ist es ihnen gelungen, die Türkei zu einer Abwertung von 43% gegenüber dem Dollar zu zwingen. Für Erdöl und Düngemittel gilt die Sonderregelung von ,,nur'' 24,3% Abwertungssatz. Die Türkei habe sich vergeblich gesträubt, sich in die ,,innere Schlamperei hineinreden zu lassen'', höhnt das ,,Handelsblatt''. Die westdeutschen Imperialisten versuchen offensichtlich, mit ihrer ,,Unterstützung'' beim Ausbau des türkischen Polizeiapparats die Unterdrückung der Kämpfe der türkischen Volksmassen gegen die imperialistische Ausplünderung selbst in die Hand zu nehmen.

CSSR: Studenten fordern Abzug der Besatzertruppen

z.lik. Vor kurzem hat das ,,Untergrundkomitee des Prager Universitätsstudentenverbandes'' eine Broschüre veröffentlicht: ,,Wir fordern den Abzug der sowjetischen Truppen aus unserem Gebiet und die Aufhebung des sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrages über die Bedingungen der zeitweiligen Stationierung sowjetischer Truppen auf tschechoslowakischem Gebiet, der nach der illegalen Invasion unseres Landes im August 1968 unter Druck und unter Mißachtung der Opposition, des tschechischen Parlaments und des Präsidenten unterzeichnet wurde.'' In dem genannten Besatzervertrag ist weder die *Zahl* noch die *Dauer* der Besatzung festgelegt, gegenwärtig sind es 6 Divisionen (ca. 78000 Mann). Auf der Warschauer-Pakt-Tagung im Dezember 78 hat die UdSSR den Mitgliedsstaaten eine Erhöhung der Militärausgaben aufgezwungen. Der Staatshaushalt der CSSR für 1979 weist unter dem entsprechenden Posten eine Steigerung von 110 Mio. DM auf 5,1 Mrd. auf, die Löhne der Arbeiter sollen 1979 um 1% steigen. Trotz einer neuerlichen Verhaftungswelle durch die neue Bourgeoisie ist die Broschüre zu einem Zeitpunkt veröffentlicht worden, wo die Supermächte durch SALT II ihre Aufrüstung im Zentrum Europas verschärfen.

Indische Händler gegen Verkaufssteuern

z.hef. Die Händler und Ladenbesitzer in den indischen Bundesstaaten Maharashtra und Uttar Pradesh kämpfen seit Wochen in großen Aktionen gegen die Verkaufssteuern. 30000 Delegierte der Händler aus ganz *Maharashtra* versammelten sich am 25. Mai in Bombay und protestierten gegen das neue Verkaufssteuergesetz von Maharashtra. Mehrere Tage waren alle Läden geschlossen. Nach dem neuen Gesetz müßten mehr als 500000 statt bisher 260000 Händler die Steuer zahlen, und dafür auch noch Bücher führen, Abschlüsse machen, die Kontrolle und Willkür der Steuerbehörden erdulden. Nach den großen Massenprotesten sicherte die Regierung zu, das Gesetz auszusetzen und neu zu verhandeln. – In *Uttar Pradesh* beschloß die Vereinigung der Händler einen Boykott der Steuererhebung. Die Behörde schickt ,,Verkaufssteuerkommandos'' unter Polizeibegleitung zu den Händlern. Am 26. Mai verjagten diese in Lucknow ein solches Kommando. Die Polizei griff ein, erschoß einen Händler und verletzte mehr als 75. Zehn Tage lang schloßen die Händler fast alle Läden und Märkte. Die Revisionisten und verschiedene Gewerkschaftsführer verlangten von der Regierung ,,hartes Durchgreifen.'' Die Händler seien ,,Steuerbetrüger und Spekulanten.'' Zur Steuer selbst sagten sie nichts. Die Regierung mußte über 150 festgenommene Mitglieder der Händlervereinigung wieder freilassen. Die Vereinigung plant weitere Aktionen für ihre Forderung nach Abschaffung der Steuer.

Für den US-Imperialismus steht mehr auf dem Spiel als Nicaragua

z.wig. ,,Die amerikanische Luftwaffe liefert Napalm-Bomben nach Nicaragua.“ Diese Erklärung hat ein Pilot der Nationalgarde Somozas gemacht, der nach einem Einsatz über der Hauptstadt Managua nach Costa Rica geflohen ist, berichtet die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung“, als sei es das überraschendste Ergebnis, das sich in Nicaragua in den letzten Monaten zugetragen habe. Tatsächlich ist natürlich keiner überrascht, und die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am wenigsten. Weswegen sie diese Überraschung heucheln muß, liegt auf der Hand. Carter hatte erklärt, daß er wegen ,,Verletzung der Menschenrechte“ Somoza nicht mehr unterstützen werde, und zwar zu einem Zeitpunkt, wo die Somoza-Clique ziemlich mit dem Rücken an der Wand steht. Sicherlich hat es gerade zum Zeitpunkt der letzten Erhebungen und bewaffneten Kämpfe der Volksmassen von Nicaragua US-amerikanische Politiker gegeben, die meinten, daß eine Marionettenclique in Nicaragua ohne Somoza besser geeignet sei, die Kontrolle über das Land und die imperialistische Ausplünderung und Ausbeutung des Landes aufrechtzuerhalten und die Volksmassen zur Ruhe zu bringen. Weitere Sicherung der Herrschaft über Nicaragua durch die Stützung Somozas und seiner Nationalgarde schien der US-Finanzbourgeoisie aber das Sicherste zu sein, ihre Interessen in Nicaragua und ganz Mittel- und Südamerika zu wahren. Diese Interessen des US-Imperialismus sollten hinter Carters Boykott-Erklärung sorgsam versteckt werden und gleichsam der Somoza-Clique den richtigen Geist im Kampf gegen die Sandinistische Befreiungsfront und die Volksmassen Nicaraguas einflößen.

,,Der nicaraguanische Präsident Anastasio Somoza erklärte heute (1.4.79) in Managua, nach dem neuen Sieg der Nationalgarde über die Guerillas der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront in Esteli verringere Washington den Druck, durch den es seinen Rücktritt zu erreichen suche.“ Die US-Imperialisten, die Somoza sen. selbst als Marionette eingesetzt hatten, um ihre Ausbeutungs- und Ausplünderungsinteressen in Nicaragua über diese Clique und die Nationalgarde zu sichern, und dadurch ihre Truppen wenigstens vordergründig abziehen konnten, sind mittlerweile in einer Lage, wo sie schlecht ein anderes Marionettenregime einsetzen können. Die Ursache dafür liegt vor allem in der Schaffung einer breiten Einheitsfront gegen die Somoza-Clique und den US-Imperialismus, die unter der Führung der Sandinistischen Befreiungsfront geschaffen werden konnte.

Jede Regierung, die die US-Imperialisten einsetzen, würde von vornherein als neues Marionettenregime dastehen, sowohl innerhalb des Landes, aber auch bei vielen anderen mittel- und südamerikanischen Ländern. Die Isolierung der Somoza-Clique wächst unter vielen dieser Länder, die den Kampf des Volkes von Nicaragua gegen den US-Imperialismus und seine Marionettenclique unterstützen. Costa Rica und Mexiko haben die diplomatischen Beziehungen zu der Somoza-Clique abgebrochen, und der panamaische Präsident erklärte, daß er diese Geste mit Sympathie betrachte und erklärte, warum Panama ähnliche Schritte noch nicht unternommen habe. Der Grund sei, daß die panamaische Botschaft in Nicaragua weiterhin als Zuflucht für politisch Verfolgte dienen könne. Das ,,lateinamerikanische Parlament“ verurteilte auf seiner letzten Sitzung die USA und Somoza.

Die Aggressionsdrohungen Somozas gegen Costa Rica sind von Panama und Venezuela angegriffen worden. Sie haben erklärt, daß sie Costa Rica bei einem Angriff der Somoza-Clique unterstützen würden. Auch die vom US-Imperialismus am meisten unterdrückten Länder Honduras, Guatemala und El Salvador erklärten, daß sie sich in einem Konflikt zwischen Nicaragua und Costa Rica neutral verhalten würden. Praktisch haben diese Länder damit den Beistandspakt aufgekündigt, mit dem die US-Imperialisten die amerikanischen Länder über die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in ihre Aggression gegen eines dieser Länder hineinverwickeln wollten.

Die US-Imperialisten sind ziemlich isoliert bei ihrem Versuch, die Somoza-Clique als Garanten ihrer Ausbeutungsinteressen zu halten, und ihre Interventionsmöglichkeiten und ihre Aggressionspläne gegen andere mittelamerikanische Länder werden durch den Zusammenschluß und die gegenseitige Unterstützung der mittel- und südamerikanischen Länder beeinträchtigt. Die Sozialimperialisten, die solche Situationen stets versucht haben für ihre eigenen Pläne zur Schaffung neuer Stützpunkte zu nutzen, sind ebenfalls in Schwierigkeiten. Die Einmischung und Zersetzung der Befreiungsbewegung, die sie über Kuba betreiben, erreicht nicht das Ausmaß, das die Sozialimperialisten nach dem Sieg über den US-Imperialismus für eine Unterwerfung des Landes brauchen. Kuba kann sich einerseits nicht in dem Ausmaß einmischen, weil dadurch den US-Imperialisten die Interventionsmöglichkeiten erleichtert würden. Andererseits hat die FSLN in einer Erklärung zur Außenpolitik einer von ihr geführten Regierung die Prinzipien der Blockfreiheit ausdrücklich bekräftigt und damit Schritte unternommen, sich gegen jede imperialistische Einmischung zu wehren:

Jede Regierung, die die US-Imperialisten einsetzen, würde von vornherein als neues Marionettenregime dastehen, sowohl innerhalb des Landes, aber auch bei vielen anderen mittel- und südamerikanischen Ländern. Die Isolierung der Somoza-Clique wächst unter vielen dieser Länder, die den Kampf des Volkes von Nicaragua gegen den US-Imperialismus und seine Marionettenclique unterstützen. Costa Rica und Mexiko haben die diplomatischen Beziehungen zu der Somoza-Clique abgebrochen, und der panamaische Präsident erklärte, daß er diese Geste mit Sympathie betrachte und erklärte, warum Panama ähnliche Schritte noch nicht unternommen habe. Der Grund sei, daß die panamaische Botschaft in Nicaragua weiterhin als Zuflucht für politisch Verfolgte dienen könne. Das ,,lateinamerikanische Parlament“ verurteilte auf seiner letzten Sitzung die USA und Somoza.

Die Aggressionsdrohungen Somozas gegen Costa Rica sind von Panama und Venezuela angegriffen worden. Sie haben erklärt, daß sie Costa Rica bei einem Angriff der Somoza-Clique unterstützen würden. Auch die vom US-Imperialismus am meisten unterdrückten Länder Honduras, Guatemala und El Salvador erklärten, daß sie sich in einem Konflikt zwischen Nicaragua und Costa Rica neutral verhalten würden. Praktisch haben diese Länder damit den Beistandspakt aufgekündigt, mit dem die US-Imperialisten die amerikanischen Länder über die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in ihre Aggression gegen eines dieser Länder hineinverwickeln wollten.

Die US-Imperialisten sind ziemlich isoliert bei ihrem Versuch, die Somoza-Clique als Garanten ihrer Ausbeutungsinteressen zu halten, und ihre Interventionsmöglichkeiten und ihre Aggressionspläne gegen andere mittelamerikanische Länder werden durch den Zusammenschluß und die gegenseitige Unterstützung der mittel- und südamerikanischen Länder beeinträchtigt. Die Sozialimperialisten, die solche Situationen stets versucht haben für ihre eigenen Pläne zur Schaffung neuer Stützpunkte zu nutzen, sind ebenfalls in Schwierigkeiten. Die Einmischung und Zersetzung der Befreiungsbewegung, die sie über Kuba betreiben, erreicht nicht das Ausmaß, das die Sozialimperialisten nach dem Sieg über den US-Imperialismus für eine Unterwerfung des Landes brauchen. Kuba kann sich einerseits nicht in dem Ausmaß einmischen, weil dadurch den US-Imperialisten die Interventionsmöglichkeiten erleichtert würden. Andererseits hat die FSLN in einer Erklärung zur Außenpolitik einer von ihr geführten Regierung die Prinzipien der Blockfreiheit ausdrücklich bekräftigt und damit Schritte unternommen, sich gegen jede imperialistische Einmischung zu wehren:

,,Was unsere Außenpolitik anbelangt, so unterstützen wir die Blockfreienbewegung. Wir bemühen uns um eine internationale Haltung der Blockfreiheit, um eine unabhängige Außenpolitik, damit unser Land freundschaftliche, wirtschaftliche und gleichbereichtigte Beziehungen von gegenseitigem Nutzen mit allen Staaten pflegen kann, die das Prinzip der Selbstbestimmung achten. ... Ebenso wie wir uns für die Unabhängigkeit des Landes einsetzen, wenden wir uns auch gegen die Bildung von Militärblöcken, die letzten Endes nur Interessen dienen, die mit unseren Problemen nichts gemein haben und nur dazu da sind, die um ihre Unabhängigkeit und Freiheit ringenden Völker zu unterjochen.“

Entscheidungsschlacht in Nicaragua

Der Sturz des Somoza-Regimes ist Voraussetzung, die Herrschaft des US-Imperialismus zu brechen

z.rua. Das Volk Nicaraguas hat sich unter Führung der Sandinistischen Befreiungsfront (Frente Sandinista de Liberacion Nacional, FSLN) zur entscheidenden Schlacht zum Sturz der 45jährigen Tyrannei des Somoza-Regimes erhoben. Der von der FSLN am 1. Mai ausgerufene und am 4. Mai begonnene Generalstreik wird im ganzen Land durchgeführt. Die Arbeiter in den Fabriken und die Landarbeiter auf den Plantagen streiken, ebenso wie die Beschäftigten in den öffentlichen Einrichtungen und Banken, auch die kleinen Händler haben ihre Geschäfte geschlossen. Schulen und Universitäten stehen leer.

Die FSLN hat neben der zweitgrößten Stadt des Landes, Léon, mehrere andere Städte erobert. Im Süden des Landes an der Grenze zu Costa Rica wurde ein 100 km² großes Gebiet als befreite Zone ausgerufen und damit begonnen, eine eigene Verwaltung aufzubauen. In allen Teilen des Landes wurden die Garnisonsstützpunkte der Nationalgarde des Somoza-Regimes entweder aufgerieben oder werden belagert. In Managua, der Hauptstadt Nicaraguas, hat die FSLN mehrere Stadtviertel sowie die Straße zum Flughafen unter Kontrolle. Sie wird bei ihren militärischen Operationen von den Volksmassen unterstützt, die sich in den letzten Tagen und Wochen in Komitees ziviler Helfer organisiert haben. Der bewaffnete Kampf schiebt sich immer dichter an den zu einem bombensicheren Bunker ausgebauten Regierungssitz Somozas heran. Somoza hat das ganze Volk gegen sich.

Mit blindwütigem Terror versucht er, seinen Untergang hinauszuzögern. Täglich läßt er über den staatlichen Rundfunksender in Managua erklären, er denke nicht daran, vor den Wahlen 1981 abzutreten. Zur Untermauerung seiner Despotenherrschaft und fest entschlossen, den Aufstand des nicaraguanischen Volkes erneut im Blut zu ersticken, läßt er die Arbeiter- und Armenviertel Managuas bombardieren. Die Nationalgarde wurde angewiesen, jedermann zwischen 12 und 35 Jahren, der auf der Straße angetroffen wird, als potentiellen Gegner zu erschießen.

Aber die Nationalgarde ist zersetzt. Große Teile der einfachen Soldaten, die selbst vor allem aus arbeitslosen Landarbeitern rekrutiert wurden und mit einem Monatssold von 60 $ nur mühsam ihre Reproduktion bestreiten können, laufen entweder zu den Befreiungsstreitkräften über oder ergeben sich. Auch Teile der Offiziere desertieren, weil sie sich weigern, als Schlächter gegen ihr Volk eingesetzt zu werden. Somoza läßt jetzt in eigens dafür eingerichteten Lagern zivile Beschäftigte des Staatsapparates in Schnellkursen militärisch ausbilden. Aber auch hier hat er Personalschwierigkeiten.

Herren scheinheilig. Genau so wenig wie die des US-Kongresses, der – mit den Menschenrechten jonglierend und nach neuen Interventionsmöglichkeiten ausspähend – im Sommer letzten Jahres neben der Aufstockung der Militärhilfekredite einen zusätzlichen Kredit für den Bau von Verbindungsstraßen zwischen den einzelnen Garnisonsstädten der Nationalgarde in den am meisten umkämpften Gebieten bewilligte. Wie desertierte Offiziere der Nationalgarde, die nach Costa Rica geflohen sind, berichteten, beliefern die US-Imperialisten das Somoza-Regime nicht nur mit schweren Waffen, sondern auch mit Napalm-Bomben, die bei der Bombardierung der Arbeiterviertel Managuas eingesetzt werden. Radio Sandino, der Rundfunksender der FSLN, berichtete und verurteilte am 30. Mai, daß vor der Atlantikküste Nicaraguas Kreuzer der US-Flotte vor Anker gegangen sind, die von dort aus Stützpunkte der Sandinistischen Befreiungsfront beschießen.

Mit dem Sturz des Somoza-Regimes verlieren die US-Imperialisten ihren bedeutendsten Stützpunkt in Mittelamerika. Durch den Sieg der nationaldemokratischen Revolution des Volkes von Nicaragua werden die US-Imperialisten von ihrem ,,angestammten“ strategischen Hinterland Lateinamerika abgekappt. Der Befreiungskampf des Volkes von Nicaragua wirkt sich ermutigend auf die Völker der anderen von den US-Imperialisten unterdrückt gehaltenen Staaten Lateinamerikas aus.

Nicaragua, das größte Land Mittelamerikas, hat 1821 die 300jährige spanische Kolonialherrschaft abgeschüttelt. Gleichzeitig machte die US-Bourgeoisie mit der Monroe-Doktrin ihren Herrschaftsanspruch über Lateinamerika geltend. Das von der kolonialen Abhängigkeit gezeichnete und auf die agrarische Subsistenzwirtschaft ausgerichtete Land wurde von den US-Imperialisten ,,erschlossen“. 1850 zogen mit der Transit Company, die eine Eisenbahnverbindung nach Südamerika legte, die ersten US-Gesellschaften ins Land. Sie erwarben Konzessionen für den Abbau der reichen Gold-, Silber-, Zinn- und Bleivorkommen in Nicaragua. Unter dem Einfluß der US-Bourgeoisie enteignete 1893 der Präsident Nicaraguas Zelaya sämtlichen kommunalen Landbesitz, der auf den Anbau von Mais, Reis und Hirse ausgerichtet war, um das Land den ausländischen Kapitalisten für den Anbau der Exportprodukte Kaffee und Baumwolle zur Verfügung zu stellen. Seither wird die Anbaufläche für diese Exportprodukte beständig ausgedehnt, während die nationale Selbstversorgung an Getreide nicht mehr gewährleistet ist.

1909, als die Regierung Zelaya den US-Imperialisten den Bau eines Kanalsystems zwischen Atlantik und Pazifik verweigerte, waren praktisch bereits alle Hauptzweige der Produktion – das Minenwesen, die Plantagen, die Nahrungsmittelindustrie und das Transportsystem – in den Händen der US-Imperialisten. Sie putschten eine Regierung an die Macht, die ihnen die weitere wirtschaftliche Kontrolle des Landes und die Stationierung von Truppen zusicherte. Als sich 1912 die Volksmassen Nicaraguas zum ersten Mal gegen die US-Vorherrschaft erhoben, entsandten die US-Imperialisten Marinetruppen, die den Aufstand niederschlugen und das Land militärisch besetzten.

Die Volksmassen Nicaraguas haben sich nie mit der Beherrschung durch die US-Imperialisten abgefunden. Mit der Verwandlung der ehemals selbständig wirtschaftenden kleinen Bauern in landlose Arbeiter entstand auch die Kraft, die am entschiedensten – im Bund mit der einheimischen Kleinbourgeoisie – gegen die ausländische Beherrschung kämpfte. Zwischen 1912 und 1924 kam es zu zehn bewaffneten Aufständen gegen die US-Imperialisten, die jedoch alle niedergeschlagen werden konnten. 1926 gründete Alberto Sandino, Sohn eines Landbesitzers und einer indianischen Magd, in Nueva Segovia mit Arbeitern einer US-



mitees ziviler Helfer organisiert haben. Der bewaffnete Kampf schiebt sich immer dichter an den zu einem bombensicheren Bunker ausgebauten Regierungssitz Somozas heran. Somoza hat das ganze Volk gegen sich.

Mit blindwütigem Terror versucht er, seinen Untergang hinauszuzögern. Täglich läßt er über den staatlichen Rundfunksender in Managua erklären, er denke nicht daran, vor den Wahlen 1981 abzutreten. Zur Untermauerung seiner Despotenherrschaft und fest entschlossen, den Aufstand des nicaraguanischen Volkes erneut im Blut zu ersticken, läßt er die Arbeiter- und Armenviertel Managuas bombardieren. Die Nationalgarde wurde angewiesen, jedermann zwischen 12 und 35 Jahren, der auf der Straße angetroffen wird, als potentiellen Gegner zu erschießen.

Aber die Nationalgarde ist zersetzt. Große Teile der einfachen Soldaten, die selbst vor allem aus arbeitslosen Landarbeitern rekrutiert wurden und mit einem Monatssold von 60 $ nur mühsam ihre Reproduktion bestreiten können, laufen entweder zu den Befreiungsstreitkräften über oder ergeben sich. Auch Teile der Offiziere desertieren, weil sie sich weigern, als Schlächter gegen ihr Volk eingesetzt zu werden. Somoza läßt jetzt in eigens dafür eingerichteten Lagern zivile Beschäftigte des Staatsapparates in Schnellkursen militärisch ausbilden. Aber auch hier hat er Personalschwierigkeiten.

des Volkes von Nicaragua wirkt sich ermutigend auf die Völker der anderen von den US-Imperialisten unterdrückt gehaltenen Staaten Lateinamerikas aus.

Nicaragua, das größte Land Mittelamerikas, hat 1821 die 300jährige spanische Kolonialherrschaft abgeschüttelt. Gleichzeitig machte die US-Bourgeoisie mit der Monroe-Doktrin ihren Herrschaftsanspruch über Lateinamerika geltend. Das von der kolonialen Abhängigkeit gezeichnete und auf die agrarische Subsistenzwirtschaft ausgerichtete Land wurde von den US-Imperialisten ,,erschlossen“. 1850 zogen mit der Transit Company, die eine Eisenbahnverbindung nach Südameri-

besetzten.

Die Volksmassen Nicaraguas haben sich nie mit der Beherrschung durch die US-Imperialisten abgefunden. Mit der Verwandlung der ehemals selbständig wirtschaftenden kleinen Bauern in landlose Arbeiter entstand auch die Kraft, die am entschiedensten – im Bund mit der einheimischen Kleinbourgeoisie – gegen die ausländische Beherrschung kämpfte. Zwischen 1912 und 1924 kam es zu zehn bewaffneten Aufständen gegen die US-Imperialisten, die jedoch alle niedergeschlagen werden konnten. 1926 gründete Alberto Sandino, Sohn eines Landbesitzers und einer indianischen Magd, in Nueva Segovia mit Arbeitern einer US-

Ohne massive Unterstützung von außen wäre das Somoza-Regime schon längst zusammengebrochen. Erst im Mai bewilligte der IWF dem wirtschaftlich bankrotten Regime eine Bluttransfusion in Höhe von 20 Mio. $. Dies sei selbstverständlich keine politische Anerkennung der Somoza-Tyrannei, erklärten die IWF-



Einheiten der mittlerweile auf 5000 Mann angewachsenen Befreiungsstreitkräfte der Sandinistischen Befreiungsfront

Wofür kämpft die FSLN zusammen mit dem Volk?

Aktionsprogramm der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN)

Die Sandinistische Befreiungsfront wird, wenn sie an der Macht ist, zusammen mit dem Volk damit beginnen, folgende Maßnahmen durchzuführen:

1. Wir werden sofort den ganzen Besitz der Familie Somoza enteignen. Alle Ländereien der Familie Somoza werden sofort konfisziert, Viehweiden, Kaffee-, Zuckerrohr-, Tabak-, Mais- und Reispflanzungen, diese ganzen Ländereien, von denen manche nicht einmal bebaut werden. – Außerdem werden all ihre Fabriken beschlagnahmt: Bergwerke, Zuckerfabriken, Zementfabriken und Kalkbrennereien, Kreditinstitute, Baufirmen und Banken und alle andere Firmen. Das Volk wird mit Hilfe dieser Einrichtungen zu seinem eigenen Nutzen produzieren, und die Arbeiter und Angestellten der Firmen werden an ihrer Kontrolle und Leitung teilnehmen.

2. Wir werden Agrarrevolution machen: Alle Ländereien der Familie Somoza und der hohen Militärs, die ihre Komplizen beim Landraub und der Vertreibung der Bauern von ihrem Land waren, werden ihnen weggenommen und an arme Bauernfamilien verteilt, die kein Land haben, oder an alle, die bereit sind, das Land zu bebauen. Es wird keine großen Güter in Nicaragua mehr geben und keine eingezäunten brachliegenden Ländereien, denn alles Land wird produktiv genutzt werden. Niemand wird mehr mit dem Pachtzins und dem Bodenpreis spekulieren.

3. Das Volk wird dafür sorgen, daß sich die Arbeitsbedingungen auf dem Land verändern. Wir werden Schluß machen mit der ,,toten Zeit“ auf dem Land und dafür sorgen, daß es das ganze Jahr Arbeit gibt. Die Arbeiter, die Zuckerrohr schneiden, Kaffee, Tabak oder Baumwolle ernten, und alle, die in der Landwirtschaft arbeiten, werden einen guten und gerechten Lohn erhalten, niemand wird mit falschen Maßen oder Gewichten betrogen werden, und die Arbeiter, die Zuckerrohr schneiden, werden nicht mehr an Vergiftung durch Insektenvernichtungsmittel sterben. Es wird keine Barackenlager mehr geben, wo die Landarbeiter zusammengepfercht werden, sie werden während der Ernte anständig untergebracht. ...

4. Die Arbeitsbedingungen in den Bergwerken werden verändert. Da die Bergwerke, die sich in ausländischer Hand befinden, an das Volk übergeben werden, werden die Bergarbeiter an ihrer Verwaltung teilhaben. Ihre Arbeitszeit unter Tage wird verkürzt, sie werden gerechte Löhne und soziale Sicherheit haben. Es wird menschenwürdige Unterkünfte und Schulen für sie und ihre Kinder, Krankenhäuser und Freizeiteinrichtungen geben. Für alle Arbeiter, die Opfer der unbarmherzigen Ausbeutung in den Bergwerken wurden und heute krank oder Bettler sind, wird gesorgt.

5. Die Arbeitsbedingungen in den Städten werden sich ändern. Unsere Regierung wird von Anfang an die Arbeitslosigkeit bekämpfen, um allen Bewohnern Nicaraguas eine würdige Arbeit zu geben. Der Mindestlohn wird neu festgesetzt, und die organisierten Arbeiter werden selbst die strikte Einhaltung der Arbeitsgesetze sowie die Einhaltung der festgelegten Arbeitszeiten in Fabriken, Werkstätten, Krankenhäusern und Transportunternehmen kontrollieren. Überstunden und Urlaub werden gerecht bezahlt. Soziale Leistungen werden zugesichert. Alle Arbeit muß unter menschlichen Bedingungen stattfinden. Alle Gesetze, die gegen die Rechte der Arbeiter verstoßen, werden außer Kraft gesetzt.

6. Die Lehrer werden besser behandelt. ...

7. Die Angestellten werden besser behandelt. ...

8. Freier gewerkschaftlicher Zusammenschluß für alle Arbeiter. Alle Arbeiter in der Stadt und auf dem Land, alle Handwerker, Angestellte, Lehrer werden sich ohne jegliche Einschränkung frei gewerkschaftlich organisieren können. ...

9. Die Lebenshaltungskosten werden nicht mehr ständig steigen. Die Sandinistische Regierung wird die Preise für die lebenswichtigen Dinge: Lebensmittel, Kleidung, Medikamente etc. kontrollieren. Kein Händler darf diese Preise erhöhen, noch mit diesen Artikeln spekulieren. Spekulanten werden gesetzlich verfolgt und bestraft.

10. Der Personentransport wird wirkungsvoller und menschenwürdiger gestaltet. ...

11. Es wird überall Wasser und Strom geben. ...

12. Das Volk wird ein Recht auf menschenwürdige Wohnung haben. ...

13. Das Recht des Volkes auf Gesundheit und Wohlbefinden. Die Sandinistische Regierung wird von Anfang an mit den Bewohnern der Stadtteile und der Siedlungen zusammenarbeiten, um die wilde Mülldeponie zu beenden, um die offenen Kloaken zu beseitigen, die die Ursache vieler Krankheiten sind. Mit der Anstrengung aller werden Tuberkulose und Malaria für immer aus Nicaragua verschwinden. ... Die Mittel der Sozialversicherung werden unter anderem für die Errichtung von Sportzentren, Freizeit- und Kultureinrichtungen sowie Kinderkrippen und Kindergärten verwendet werden.

14. Bildung für alle. ... Im Staatshaushalt wird der Bildungsetat der höchste sein. Die Ausbildung wird kostenlos sein, und die Schulpflicht bis zur Mittelstufe wird eingeführt. ...

15. In den Regionen am Atlantik wird ein Entwicklungsprogramm durchgeführt. ...

16. Unsere Naturschätze werden geschützt. Alle Bergwerke und Holzvorkommen werden verstaatlicht. Es wird keinen Kahlschlag mehr geben. Um die Süßwasservorkommen zu sichern, wer-

Goldmine die erste Befreiungsarmee. Aus den Bergen her operierend griffen die Guerilla-Kämpfer die Bastionen der US-Imperialisten an und erbeuteten zahlreiche Waffen. Innerhalb weniger Monate wuchs die Befreiungsarmee auf mehrere Tausend Mann an. Sie eroberten US-Militärstützpunkte und befreiten ganze Provinzen. Unter dem wachsenden Druck der Volksmassen mußten die US-Imperialisten 1933 die militärische Besetzung Nicaraguas aufgeben.

Zuvor hatten sie sich jedoch mit der 1927 gebildeten und von ihnen ausgerüsteten und ausgebildeten Nationalgarde ein Instrument zur Niederhaltung der Volksmassen geschaffen. Der Chef der Nationalgarde, Anastazio Somoza, der Vater des jetzigen Diktators, wurde als Präsident Nicaraguas eingesetzt, nachdem er 1934 mit der Ermordung Sandinos seine Tauglichkeit für die US-Imperialisten bewiesen hatte. Der Somoza-Clan hat nie einen Zweifel aufkommen lassen, welchem Herrn er dient. An allen konterrevolutionären Aktivitäten der US-Imperialisten gegen die Völker Lateinamerikas waren Somoza-Truppen beteiligt, 1954 bei der US-Invasion Guatemalas ebenso wie 1965 bei der Invasion der Dominikanischen Republik. 1961 stellte Somoza das Land den US-Imperialisten für die Vorbereitung der Schweinebucht-Invasion gegen das kubanische Volk zur Verfügung. Auch der US-Aggression gegen die Völker Koreas und Vietnams bot Somoza militärische Unterstützung an. Nicaragua selbst wurde durch den Einsatz der Nationalgarde gegen die Volksmassen in ein Militärzuchthaus verwandelt. Die US-Imperialisten haben ihren Kompradoren fürstlich belohnt. Heute ist ein Drittel des gesamten fruchtbaren Landes im Besitz der Somoza-Familie, ihr gehören 26 der größten Gesellschaften des Landes, an mehreren US-Konzernen ist sie beteiligt.

Nach wie vor aber sind die US-Imperialisten die Herren. Mit ¾ aller ausländischen Direktinvestitionen sind 72 US-Konzerne vor allem der Nahrungsmittelindustrie, der Rohstoffverarbeitung und der chemischen Industrie an der Ausbeutung der nicaraguanischen Arbeiter beteiligt. Als 1974 an der Karibikküste Ölfunde gemacht wurden, wurden sogleich Konzessionen an Texaco, Shell und Exxon vergeben.

Den Hauptzweig der Produktion bildet der landwirtschaftliche Anbau von Exportprodukten wie Kaffee, Baumwolle, Zucker und Tabak. 48% der erwerbstätigen Bevölkerung müssen sich als Saisonarbeiter mit einem Elendslohn von 240 $ im Jahr verdingen. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, im Durchschnitt beträgt sie 30%, außerhalb der Erntesaison 50%. Die Imperialisten nutzen diese gewaltige Reservearmee, um die Ausbeutung der Arbeiter immer weiter zu steigern. Das 1945 in Kraft gesetzte Arbeitsrecht ist noch heute gültig. Danach ist Kinderarbeit ab 12 Jahren gesetzlich, ebenso wie der

wurde durch den Einsatz der Nationalgarde gegen die Volksmassen in ein Militärzuchthaus verwandelt. Die US-Imperialisten haben ihren Kompradoren fürstlich belohnt. Heute ist ein Drittel des gesamten fruchtbaren Landes im Besitz der Somoza-Familie, ihr gehören 26 der größten Gesellschaften des Landes, an mehreren US-Konzernen ist sie beteiligt.

Nach wie vor aber sind die US-Imperialisten die Herren. Mit ¾ aller ausländischen Direktinvestitionen sind 72 US-Konzerne vor allem der Nahrungsmittelindustrie, der Rohstoffverarbeitung und der chemischen Industrie an der Ausbeutung der nicaraguanischen Arbeiter beteiligt. Als 1974 an der Karibikküste Ölfunde gemacht wurden, wurden sogleich Konzessionen an Texaco, Shell und Exxon vergeben.

Den Hauptzweig der Produktion bildet der landwirtschaftliche Anbau von Exportprodukten wie Kaffee, Baumwolle, Zucker und Tabak. 48% der erwerbstätigen Bevölkerung müssen sich als Saisonarbeiter mit einem Elendslohn von 240 $ im Jahr verdingen. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, im Durchschnitt beträgt sie 30%, außerhalb der Erntesaison 50%. Die Imperialisten nutzen diese gewaltige Reservearmee, um die Ausbeutung der Arbeiter immer weiter zu steigern. Das 1945 in Kraft gesetzte Arbeitsrecht ist noch heute gültig. Danach ist Kinderarbeit ab 12 Jahren gesetzlich, ebenso wie der
12-Stunden-Arbeitstag. Gewerkschaftliche Organisierung wie das Streikrecht stehen nur auf dem Papier, in der Praxis werden sie durch die Nationalgarde blutig unterdrückt. Aufgrund der schrankenlosen Ausbeutung ist die Lebenserwartung mit 49,9 Jahren extrem niedrig, die Hälfte der Bevölkerung ist jünger als 15 Jahre.

1961 gründeten Arbeiter, Landarbeiter und Studenten die FSLN. Sie hat den Sturz des Somoza-Regimes, die Vertreibung der US-Imperialisten und den Aufbau einer nationaldemokratischen Gesellschaft zum Ziel. Seit 1962 wurde eine Guerilla-Armee aufgebaut, die in zahlreichen Kämpfen Militärstützpunkte der Nationalgarde angriff. Obwohl diese Kämpfe von den Volksmassen unterstützt wurden, vernachlässigte die FSLN jedoch die politische Verankerung unter den Landarbeitern auf den Plantagen und den Industriearbeitern in den Städten. So gelang es dem Somoza-Regime, mithilfe einer von den US-Imperialisten im Anti-Guerilla-Kampf ausgebildeten Konterrevolutionstruppe von 1500 Mann und der 7500 Mann starken Nationalgarde die Kämpfe blutig niederzuschlagen.

Aus diesen Fehlern lernend hat die FSLN seit Mitte der 70er Jahre ihr Augenmerk auf die Organisierung der Landarbeiter als treibender Kraft und der Industriearbeiter in den Städten als führender Kraft des Befreiungskampfes gelegt. Auf den Plantagen und in den Fabriken wurden Komitees gegründet, in den Gewerkschaften der Boden für den Kampf gegen das Somoza-Regime bereitet. Im März 1978 verabschiedete die FSLN ein Sofortprogramm für den Sturz des Somoza-Regimes und den Aufbau der nationaldemokratischen Gesellschaft (s. unten). Im Sommer letzten Jahres schlossen sich auf dieser Grundlage 20 Organisationen zusammen.

Seit Anfang des letzten Jahres reißen die Kämpfe trotz des blutigen Terrors des Somoza-Regimes nicht ab. Drei Generalstreiks wurden durchgeführt, die zu nahezu 100% befolgt wurden und die Wirtschaft des Landes lahmlegten. Sie wurden begleitet von militärischen Operationen der Guerilla-Truppen gegen die Stützpunkte der Nationalgarde. Im September 1978 ließ Somoza durch Bombardierungen mehrere Städte fast dem Erdboden gleichmachen, um den Aufstand der Volksmassen zu ersticken. Die ersehnte Ruhe hat er dadurch nicht gefunden.

Anfang letzter Woche hat die FSLN die Volksmassen Nicaraguas aufgefordert, Wasser- und Nahrungsmittelvorräte anzulegen, um der Aushungerung durch das Somoza-Regime einen Riegel vorzuschieben. Gleichzeitig organisiert sie die Verteilung von Nahrungsmitteln. Wie das ZDF am Freitag, den 15.6. berichtete, läßt Somoza jetzt das Wasserwerk von Managua bombardieren, um die Bevölkerung von der Trinkwasserzufuhr abzuschneiden. ZDF-Korrespondentin Thissen legte dem Volk den Ruf nach ausländischer Intervention in den Mund. Dieser Wunschtraum der imperialistischen Journaille ist das gerade Gegenteil des Willens der Volksmassen Nicaraguas, die zum Kampf bis zum endgültigen Sturz des Somoza-Regimes entschlossen sind. Ob der Kampf noch Tage, Wochen oder Monate dauert und welche Machenschaften sich die US-Impe-

Seit Anfang des letzten Jahres reißen die Kämpfe trotz des blutigen Terrors des Somoza-Regimes nicht ab. Drei Generalstreiks wurden durchgeführt, die zu nahezu 100% befolgt wurden und die Wirtschaft des Landes lahmlegten. Sie wurden begleitet von militärischen Operationen der Guerilla-Truppen gegen die Stützpunkte der Nationalgarde. Im September 1978 ließ Somoza durch Bombardierungen mehrere Städte fast dem Erdboden gleichmachen, um den Aufstand der Volksmassen zu ersticken. Die ersehnte Ruhe hat er dadurch nicht gefunden.

Anfang letzter Woche hat die FSLN die Volksmassen Nicaraguas aufgefordert, Wasser- und Nahrungsmittelvorräte anzulegen, um der Aushungerung durch das Somoza-Regime einen Riegel vorzuschieben. Gleichzeitig organisiert sie die Verteilung von Nahrungsmitteln. Wie das ZDF am Freitag, den 15.6. berichtete, läßt Somoza jetzt das Wasserwerk von Managua bombardieren, um die Bevölkerung von der Trinkwasserzufuhr abzuschneiden. ZDF-Korrespondentin Thissen legte dem Volk den Ruf nach ausländischer Intervention in den Mund. Dieser Wunschtraum der imperialistischen Journaille ist das gerade Gegenteil des Willens der Volksmassen Nicaraguas, die zum Kampf bis zum endgültigen Sturz des Somoza-Regimes entschlossen sind. Ob der Kampf noch Tage, Wochen oder Monate dauert und welche Machenschaften sich die US-Impe-
rialisten noch einfallen lassen, um ihn niederzuwerfen, sicher ist, wie Radio Sandino am 9. Mai erklärte: ,,Eher werden Nordsee und Südsee zusammenfließen, eher wird eine Schlange aus einem Taubenei kriechen, als daß wir unser Streben nach Unabhängigkeit und Freiheit aufgeben!"

den große Rodungen wieder aufgeforstet. Die Seefischerei wird ausländischen Gesellschaften untersagt und in die Hände des Volkes gelegt. ...

17. Die Banken werden in den Dienst der Landesentwicklung gestellt. ... Die nationalen Ersparnisse werden im Land verwendet. Devisenflucht wird verfolgt. Die Sandinistische Regierung wird die Staatsverschuldung gegenüber dem Ausland bremsen. ...

18. Das organisierte Verbrechen wird für immer ausgemerzt. ...

19. Die allgemeine Kriminalität wird bekämpft. ...

20. Folterungen und politische Morde werden aufhören. ...

21. Wir werden Demokratie und Freiheit haben. Jedem wird das uneingeschränkte Recht auf freie Meinungsäußerung gewährt. Niemand wird wegen seiner Weltanschauung verfolgt, und alle Nicaraguenser haben das Recht, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren sowie sich Genossenschaften und kommunalen Organisationen anzuschließen. ...

22. Wir werden gegen die Diskriminierung der Frauen kämpfen.

23. Beziehungen zu allen Ländern der Welt. ... Die Sandinistische Regierung wird alle internationalen Verträge annullieren, die während der Somoza-Diktatur oder davor abgeschlossen wurden und gegen unsere Unabhängigkeit, unsere Souveränität und unsere Würde verstoßen.

24. Ein demokratisches Volksheer. Die Sandinistische Regierung wird zur Verteidigung des Landes und des Volkes eine neue nationale Armee aufbauen. Die regulären Soldaten der Nationalgarde, die mit der Sandinistischen Front zusammenarbeiten im Kampf gegen die Tyrannei, diejenigen, die zu uns übergelaufen sind oder sich unseren Streitkräften ergeben haben, erhalten das Recht, in diese neue patriotische Volksarmee aufgenommen zu werden. Einer Armee, die ihre Soldaten wie Menschen behandelt und in der es keine Demütigung, Diskriminierung und Ausbeutung ihrer Mitglieder geben wird.

25. Die Helden und Märtyrer werden im Herzen des Volkes weiterleben. ...

Freiheit für das Vaterland – oder Tod!

(Irgendwo in Nicaragua, März 1978)

Unterstützung des Kampfes der Sandinistas durch die Völker Lateinamerikas

UNIDAD MARXISTA-LENINISTA, Organ der Partido de los Trabajadores Dominicanos (PTD), Dominikanische Republik, 24. Mai 1979:

Zur Feier des 84. Geburtstages des ,,Generals der freien Menschen" César Augusto Sandino wurde im ganzen Land ein Solidaritätstag mit dem Kampf des Brudervolkes von Nicaragua gegen die Somoza-Diktatur und den Yankee-Imperialismus durchgeführt.

Der Vertreter der Frente Sandinista de Liberacion, Javier Chamorro, wies in mehreren Beiträgen darauf hin, wie die Presseagenturen die Ereignisse in Nicaragua verdrehen und glauben machen wollen, daß Somoza kein Mörder und kein Gangster ist und daß der Kampf, den die FSLN führt, keine Berechtigung hätte.

So berichtete der Vertreter der FSLN, ,,daß – im Gegensatz zu dem, was in der Presse verbreitet wird, in Nicaragua ein heldenhafter Kampf geführt wird und daß Nicaragua sich bald vom Völkermord und aus den Klauen des Imperialismus befreien wird." ...

Chamorro berichtete, die Kinder Sandinos seien überall – in den Bergen im Norden, im Süden nahe der Grenze und an der Pazifikküste. ...

Durch die Taktik des Bewegungskrieges, die die Sandinistas schließlich angewendet haben, nachdem sie aus ihren zum Teil schwerwiegenden Fehlern gelernt hatten, ist es ihnen gelungen, der Armee Somozas schwere Schläge zu versetzen. Die jüngsten Ereignisse bestätigen dies; wie der Tod von 8 Militärangehörigen, darunter einem Leutnant, in der Straße San Pedro im Barrio Indigena des Subtiava.

Unidad Marxista-Leninista ruft das dominikanische Volk auf, kämpferisch an allen Aktivitäten teilzunehmen, die von den fortschrittlichen Organisationen zur Solidarität mit dem heldenhaften Volk von Nicaragua durchgeführt werden.

CAUSA OBRERA, Organ der Partido Comunista Revolucionario, Peru, 30. April 1979. ,,FSLN – schwerer Schlag für Somoza und die USA":

... Der Triumph der Revolution Nicaraguas besteht nicht nur aus siegreichen Schlägen gegen die Diktatur. Der Kampf umfaßt viele Bereiche und ist langandauernd, ist schwer und fordert zahlreiche Opfer, wird auf dem Land und in der Stadt geführt. Es handelt sich um einen langandauernden Volkskrieg, bei dem Strategie und Taktik aus der Lage in Nicaragua selbst und aus den Erfordernissen der Revolution stammen. Es handelt sich um einen langandauernden Volkskrieg aufgrund der Bedingungen, die die Herrschaft der Imperialisten und der Somoza-Diktatur dem Volk aufzwingen und wo offensichtlich der Feind über starke Kräfte verfügt.

Gleichermaßen wie die Genossen der FSLN sind wir der Ansicht, daß ein offener Aufstand – der sich nicht von einer Teilerhebung unterscheidet – eher die Diktatur stärken würde und dem Imperialismus und anderen internationalen Kreisen mehr Raum für Manöver lassen würde. Er würde auch die Kräfte des Volkes schwächen, die sich in der Sammlung und im Aufbau befinden, und die Verschärfung der Repression auf die revolutionären Kräfte und ihre Organisationen hervorrufen.

Ebenso sind wir der Ansicht, daß die Einheit der revolutionären, militärischen Aktion von großer Bedeutung ist. Und so meinen wir auch, daß sich ein Guerillakrieg auf nationaler Ebene ausbreiten muß, denn es ist diese Form des Kampfes, die es erlaubt, daß sich immer größere Teile des Volkes dem bewaffneten Kampf anschließen und daß die Grundlagen für den Aufbau einer Volksarmee gelegt werden und daß so ungünstige Bedingungen für die Armee Somozas geschaffen werden, was dazu führt, daß sich seine Kräfte aufreiben und der Feind zerstört wird.

Die jüngste Aktion der Sandinistas war positiv und hat die Bewegung des Volkes von Nicaragua gestärkt und die Kräfte des Feindes geschwächt. Und so konnten sich die verschiedenen revolutionären Kräfte Nicaraguas vereinen, überzeugt von der Gerechtigkeit des Kampfes der Sandinistas, von der überwältigenden Unterstützung des Volkes und von der Gewißheit, auf die Prinzipien Sandinos zu bauen. Drei Strömungen innerhalb der Sandinistas haben sich zusammengeschlossen unter einem einzigen Kommando, wie bereits im heldenhaften September, wie in Esteli und wie in jeder politischen und militärischen Aktion. Nur so kann der Sieg des Volkes Sandinos über die blutrünstige Diktatur Somozas erreicht werden.

Nicaraguas Rebellen zermürben Nationalgarde Berichte von US-Marxisten-Leninisten

Die Zeitung ,,Unity", Zentralorgan der League of Revolutionary Struggle (M-L), berichtet in ihrer Ausgabe vom 4. Mai 1979:

,,Der Diktator von Nicaragua, Anastasio Somoza, leistet vielleicht bald dem früheren Schah des Iran auf den Bahamas Gesellschaft. Die sich erhebenden Sandinista-Guerillakämpfer zermürben die Nationalgarde Somozas. In den letzten Wochen haben die Guerillas Regierungsgebäude, Militärstützpunkte, Patrouillen der Nationalgarde und den Besitz der Familie Somoza nach Belieben angreifen können. – Am 24. April eilte die Nationalgarde nach Léon, der zweitgrößten Stadt des Landes, um Sandinistas zu bekämpfen, die mehrere Bezirke der Stadt besetzt hielten. Nur wenige Tage vorher, am 19. April, durchsuchten Truppen der Nationalgarde jedes Haus in dem Arbeiterviertel Open Tress in Managua. Innerhalb von Minuten besetzten Guerillas andere Stadtviertel. In einer anderen Aktion stellten die Guerillas ihre Fähigkeit unter Beweis, Flugzeuge der Nationalgarde abzu-

gehofft hatte, Somoza zum Rücktritt bewegen zu können. In ganz Léon streiken Schüler und Lehrer als Protest gegen die Ermordung von fünf Schülern durch die Nationalgarde. – Am 18. April riefen 1500 Demonstranten in Managua Anti-Somoza-Parolen in einem Begräbniszug für Edgard Lang, einen sandinistischen Führer und Neffen von Somoza. – Die Regierung sieht sich einer stetig schlechteren wirtschaftlichen Lage gegenüber. Die Inflation hat 40% erreicht, das Bruttosozialprodukt ist gegenüber 1978 um 7% gesunken. Die Devisenreserven sind von 87 Mio. Dollar auf derzeit unter 5 Millionen Dollar geschrumpft. Somoza versucht verzweifelt, ein Darlehen über 88 Mio. von verschiedenen New Yorker Banken zu erhalten. Aber Somozas Tage sind eindeutig gezählt."

Die Zeitschrift ,,The Call", Zentralorgan der Communist Party (Marxist-Leninist), meldet am 4. Juni 1979:

,,Nicaragua: Generalleutnant Bernardino Larios, der aus der Nationalgarde von Nicaraguas Präsident Anastasio Somoza ausgeschlossen wurde, erklärte am 24. Mai in Panama, daß die Mehrheit der unteren Offiziersränge in der Garde in scharfem Widerspruch zu dem Diktator steht. Larios sagte, daß es einen Plan bei den unteren Offiziersrängen gibt, das Regime zu stürzen, – Larios und andere Offiziere sind in Panama amnestiert und in Freiheit und erhalten derzeit politisches Asyl wegen der Todesgefahr, die in Nicaragua für sie besteht. Larios fügte hinzu, daß nur die obersten Offiziere noch an Somoza gebunden sind, während die Spaltung in der Garde zunimmt."



angewendet haben, nachdem sie aus ihren zum Teil schwerwiegenden Fehlern gelernt hatten, ist es ihnen gelungen, der Armee Somozas schwere

FSLN sind wir der Ansicht, daß ein offener Aufstand – der sich nicht von einer Teilerhebung unterscheidet – eher die Diktatur stärken würde und

militärischen Aktion. Nur so kann der Sieg des Volkes Sandinos über die blutrünstige Diktatur Somozas erreicht werden.

Nicaraguas Rebellen zermürben Nationalgarde Berichte von US-Marxisten-Leninisten

Die Zeitung ,,Unity", Zentralorgan der League of Revolutionary Struggle (M-L), berichtet in ihrer Ausgabe vom 4. Mai 1979:

,,Der Diktator von Nicaragua, Anastasio Somoza, leistet vielleicht bald dem früheren Schah des Iran auf den Bahamas Gesellschaft. Die sich erhebenden Sandinista-Guerillakämpfer zermürben die Nationalgarde Somozas. In den letzten Wochen haben die Guerillas Regierungsgebäude, Militärstützpunkte, Patrouillen der Nationalgarde und den Besitz der Familie Somoza nach Belieben angreifen können. – Am 24. April eilte die Nationalgarde nach Léon, der zweitgrößten Stadt des Landes, um Sandinistas zu bekämpfen, die mehrere Bezirke der Stadt besetzt hielten. Nur wenige Tage vorher, am 19. April, durchsuchten Truppen der Nationalgarde jedes Haus in dem Arbeiterviertel Open Tress in Managua. Innerhalb von Minuten besetzten Guerillas andere Stadtviertel. In einer anderen Aktion stellten die Guerillas ihre Fähigkeit unter Beweis, Flugzeuge der Nationalgarde abzu-

gehofft hatte, Somoza zum Rücktritt bewegen zu können. In ganz Léon streiken Schüler und Lehrer als Protest gegen die Ermordung von fünf Schülern durch die Nationalgarde. – Am 18. April riefen 1500 Demonstranten in Managua Anti-Somoza-Parolen in einem Begräbniszug für Edgard Lang, einen sandinistischen Führer und Neffen von Somoza. – Die Regierung sieht sich einer stetig schlechteren wirtschaftlichen Lage gegenüber. Die Inflation hat 40% erreicht, das Bruttosozialprodukt ist gegenüber 1978 um 7% gesunken. Die Devisenreserven sind von 87 Mio. Dollar auf derzeit unter 5 Millionen Dollar geschrumpft. Somoza versucht verzweifelt, ein Darlehen über 88 Mio. von verschiedenen New Yorker Banken zu erhalten. Aber Somozas Tage sind eindeutig gezählt."

Die Zeitschrift ,,The Call", Zentralorgan der Communist Party (Marxist-Leninist), meldet am 4. Juni 1979:

,,Nicaragua: Generalleutnant Bernardino Larios, der aus der Nationalgarde von Nicaraguas Präsident Anastasio Somoza ausgeschlossen wurde, erklärte am 24. Mai in Panama, daß die Mehrheit der unteren Offiziersränge in der Garde in scharfem Widerspruch zu dem Diktator steht. Larios sagte, daß es einen Plan bei den unteren Offiziersrängen gibt, das Regime zu stürzen, – Larios und andere Offiziere sind in Panama amnestiert und in Freiheit und erhalten derzeit politisches Asyl wegen der Todesgefahr, die in Nicaragua für sie besteht. Larios fügte hinzu, daß nur die obersten Offiziere noch an Somoza gebunden sind, während die Spaltung in der Garde zunimmt."

schießen. – Trotz verschärfter Unterdrückung durch Somoza schließen sich breite Teile der Gesellschaft gegen das Regime zusammen. Am 24. April rief die Nationale Patriotische Front (FPN), ein Zusammenschluß fortschrittlicher und revolutionärer Kräfte, zu Gesprächen auf zur Bildung einer Aktionseinheit mit der Breiten Oppositionsfront (FAO), die noch kürzlich



Anfang April vertrieben die Volksmassen der Stadt Esteli (40000 Einwohner) mit Unterstützung der Sandinistas die Nationalgarde Somozas aus der Stadt.

Kanadische Marxisten-Leninisten unterstützen Befreiungskampf in Nicaragua

z.rül. Am 17. November 1978 berichtete *The Forge*, das Zentralorgan der Canadian Communist League / Marxist-Leninist (Kanadischer Kommunistischer Bund / Marxisten-Leninisten) über eine Veranstaltung in Toronto mit dem Mitglied der Sandinistischen Front Ernesto Cardenal. ,,,Der Kampf des Volkes gegen das US-gestützte Somoza-Regime in Nicaragua wird stärker. (...) Wir hoffen, daß die kanadischen Volksmassen Druck auf die kanadische Regierung ausüben, damit sie ihre diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Somoza abbricht', erklärte dieser. Die 62 Millionen Dollar, die die Royal Bank of Canada in das Somoza-Regime investiert hat – 20 Millionen Dollar allein seit der jüngsten blutigen Offensive des Diktators gegen das Volk – machen diese Einrichtungen des kanadischen Imperialismus zur drittgrößten Bank mit Investitionen in Nicaragua. ,Die Werke von Noranda Mines (einem kanadischen Bergwerksmonopol, Red.) sind wegen ihrer mörderischen Arbeitsbedingungen verhaßt', berichtete Ernesto Cardenal." Die Meldung endet mit den Forderungen: Kanadischer Imperialismus raus aus Nicaragua! Sieg für das Volk von Nicaragua! Am 20. April berichtete The Forge über die erneute Offensive der Volksmassen Nicaraguas gegen das Somoza-Regime.

,,Kämpfer der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN) griffen Somozas Truppen in Leon, Telica und Wiwili an sowie eine Basis der Nationalgarde nahe der Grenze mit Costa Rica. Die FSLN ruft zum landesweiten Aufstand und Sturz des Somoza-Regimes auf." Mit dem erneuten Angriff auf das Somoza-Regime geraten auch die imperialistischen Ausbeuter unter Beschuß. ,,So griffen bewaffnete Guerillastreitkräfte militärische Ziele und industrielle Schlüsseleinrichtungen an...In der Nähe von Siuna kamen ebenfalls Kupfer- und Goldminen im Besitz von amerikanischen und kanadischen Kapitalisten unter Feuer." (The Forge, 1. Juni 1979).



Industrie- und Handelskammer Flensburg fordert mehr Expansion nach Dänemark

r.dam. Auf ihrem Jahresempfang der Kammer fordert die Industrie- und Handelskammer Flensburg mehr Expansion nach Dänemark: ,,Die Pflege der Kontakte zu dänischen Wirtschaftsorganisationen war auch 1978 ein Hauptanliegen im Rahmen der Förderung der Auslandsbeziehungen.'' (IHK Bericht, 1978) Zu diesem Zweck ,,unterstützt die IHK ferner die Bemühungen des deutsch-dänischen Industrie- und Handelsclubs, in Kopenhagen eine Außenhandelskammer einzurichten.'' Der Anteil Skandinaviens (einschl. Dänemarks) an der Gesamtausfuhr des Landes Schleswig-Holstein ist im Jahre 1978 gegenüber 1977 um 21,5% gestiegen. Bei der Ausfuhr ist für die westdeutschen Kapitalisten die Senkung der Transportkosten von wesentlichem Interesse. Das Interesse an der endgültigen Erstellung der Brücke über den großen Belt ist groß. 1975, als ein internationaler Konstruktionswettbewerb ausgeschrieben wurde, beteiligten sich mehr deutsche als dänische Firmen daran, mehr als 50% der Teilnehmer überhaupt. Unter anderen die DEMAG AG und die Philipp Holzmann AG. Die Kostenersparnis für den Warenstrom über den Belt beim Ausbau der Brücke wird mit 52 Kronen pro 6 t Lastwagen angegeben. Die Zeitersparnis soll 34 Minuten betragen. Aus diesen Interessen heraus ist natürlich die Vereinigung der Kapitalisten erbost, daß das Projekt von der dänischen Regierung immer noch nicht genehmigt ist: ,,Die Entscheidung der dänischen Regierung, den Beginn der Arbeiten auf unbestimmte Zeit zu verschieben, ist deshalb vom deutsch-dänischen Wirtschaftsforum, einem Zusammenschluß der deutschen und dänischen Wirtschaftsorganisationen der Grenzregion, mit großer Bestürzung und Besorgnis zur Kenntnis genommen worden.''

Die westdeutsche Bourgeoisie verbindet mit dieser festen Verbindung über den Belt auch militärische Interessen. Die Brücke hätte zur Folge, daß sich die Streitkräfte der Sowjetunion in der Ostsee nicht sofort mit ihren Streitkräften im Atlantik verbinden könnten.

Die westdeutsche Bourgeoisie hat ihre Blicke nicht nur auf den Außenhandel geworfen, sondern auch auf die Rohstoffe, die sie sich im Rahmen von ,,europäischen Beziehungen'' zugänglicher machen will: Das norwegische Öl, schwedisches Eisenerz und finnisches Holz. ,,Die Norweger sind geneigt, zu vergessen, daß die außenpolitischen Interessen des Landes nicht nur auf Fisch, Öl und Seerecht beschränkt sind. Die Entdeckung des Erdöles und Erdgases hat in den westlichen Staaten Erwartungen geweckt'' (Europa Archiv 7/78).

Voraussetzung von noch effektiverer Expansion ist für die westdeutsche Bourgeoisie, die Senkung des Lohnes und die Verschärfung der Ausbeutung weiter voranzutreiben. ,,Im Rahmen der Lohnpolitik schließlich ist es nach wie vor Aufgabe der Tarifpartner, um maßvolle Abschlüsse bemüht zu sein und dadurch den Rationalisierungsdruck nicht zu verschärfen.'' (IHK Bericht) Die in der Kammer vereinigten Kapitalisten können sich bereits auf den gesenkten Lohn in diesem Teil der Region stützen: Ein Metallfacharbeiter an einer schleswig-holsteinischen Werft verdient an Effektivlohn 1513,75 DM, rund 120 DM weniger als an der Hamburger Werft, wo er 1622,30 DM bekommt.

Das regionale Gefälle, das sowieso schon in Richtung Schleswig-Holstein besteht, noch weiter nach Dänemark fortzusetzen, ist ein Interesse der IHK Flensburg. Die Steuerabzüge, die die dänischen Arbeiter zahlen müssen und die 40% ausmachen, reizen die westdeutschen Imperialisten. Neidisch gucken die westdeutschen Kapitalisten und ihr Staat auf die Durchsetzung von 40% Lohnabzügen, die in Dänemark üblich sind. Mit dieser Maßnahme versuchen die kleineren Imperialisten sich ihre Massen an Kapital zusammenzuballen, um sich gegen die Monopole der großen Imperialisten durchzusetzen. Gelingt ihnen das nicht, so werden sie kurz oder lang von den großen Imperialisten an die Wand gedrückt.

Gleichzeitig versuchen sie, einen Angriff auf die Sozialleistungen der dänischen Arbeiter zu starten, die sich diese schon lange erkämpft haben: In der dänischen Firma Danfoss versuchte der Betriebsführer Müller, sämtliche Sozialleistungen zu streichen. Der Kampf, den die Fährarbeiter in Römö um die vollständige Bezahlung ihrer Arbeitskraft und um die Zahlung bei Krankheit und Unfall führen, richtet sich gerade dagegen. Die westdeutschen Kapitalisten haben das Interesse, daß sie diesen Streik niederhalten, denn darum geht es ihnen gerade in der Expansion, nämlich die Bedingungen der Arbeiter zu verschlechtern. Die Handelskapitalisten, deren Warenströme über die Fähre Römö/Sylt ziehen, melden inzwischen diese Interessen an, ihre Waren reibungslos weiter zu transportieren, die nach Dänemark gehen. Es hat von ihnen schon einige Anfragen im Schleswig-Holsteinischen Landtag gegeben. Die Unterstützung des Kampfes der dänischen Fährarbeiter ist ein Schritt gegen die Bestrebungen der westdeutschen Bourgeoisie, die Expansion auf der Grundlage der Europa-Politik 'gen Norden zu treiben.

Luther-Kapitalisten müssen zahlen!



Dienstag, 12.6., demonstrierten 330 Beschäftigte der Luther-Werke Braunschweig zur Kundgebung des DGB, an der mindestens 1500 Menschen teilnahmen. Die Aktion richtete sich gegen die Luther-Kapitalisten, die ihre Pleite auf die Arbeiter abwälzen wollen. Beifall bekam der IGM-Vorsitzende für die Forderung, daß die bislang einbehaltene 4,3 %-Lohnerhöhung endlich gezahlt werden soll. Streit gibt es mit den Sozialdemokraten, die den Kampf unter der Losung ,,Rettet die Luther-Werke'' führen wollen. Denn hieße das doch bloß, noch mehr Subventionen an die Kapitalisten zu zahlen und die eigene Arbeitskraft konkurrenzfähiger ausbeuten lassen zu müssen. – Die Bilder zeigen die Kundgebung. Solidaritätsadressen kamen von VW-Braunschweig, Limbach, Telefunken und dem AStA der TU

Kinderspielkreise - billig, christlich-familiär

Lohnsenkung für die Beschäftigten/Plünderung der Volksmassen

r.urs. In einem kleinen Dorf im Kreis Diepholz haben die Eltern und Betreuerinnen eines Kinderspielkreises in einem Brief an ihre Samtgemeinde dagegen protestiert, daß der Spielkreis 2 Monate geschlossen werden soll. Die Gemeinde will damit die Stundenzahl der Beschäftigten unter 15 halten, womit sie dann keine Sozialversicherung zahlen muß.

Gemäß den Richtlinien des Kultusministeriums von 1972 zur Einrichtung von Spielkreisen in Niedersachsen dürfen die Beschäftigten nur stundenweise, höchstens halbtags eingestellt werden. Dem Träger, im Altkreis Diepholz zu 70% die Kirche, bleibt so die Sozialversicherungspflicht erspart, die Zahlung des Ortszuschlags, des Urlaubsgelds, meist auch des Weihnachtsgelds. Manche Frauen müssen ihre Vertretungen selbst finanzieren. Bezahlt wird meist nach BAT 10. Das sind ca. 650,- DM brutto und ca. 380,- DM netto, auf die Stunde dann 5,50 DM. Teilweise werden festgesetzte Stundenlöhne bezahlt. Immer häufiger wird mehr Vorbereitungszeit, Bezahlung der Fortbildungen und Elternabende, tarifliche und einheitliche Einstufung – zumindest entsprechend der Kinderpflegerinnen, was ca. 50,- DM mehr wäre, gefordert. Auch daß der Arbeitgeber die Sozialversicherung ganz zahlt wird von manchen Frauen verlangt.

Die Richtlinien zur Einrichtung von Spielkreisen wurden 1972 von der SPD-Regierung verabschiedet, um die Frauen in die Produktion einzugliedern.

1974 gab es in Niedersachsen 1.796 Kindergärten und 728 Spielkreise. Bis 1975 kamen nur 64 Kindergärten, dagegen 196 Spielkreise dazu. Im Landkreis Diepholz gibt es heute 28 Kindergärten und 26 Spielkreise. Diese stellen 1/3 aller Plätze. Inzwischen haben auch die Kindergärten nur noch Halbtagsplätze, teilweise ist das Personal schon auf halbtags gesetzt. Begründet wird das mit den vielen ,,Halbtagsmeldungen'', was aber kein Wunder ist bei der Arbeitslosigkeit auf dem Land, den Öffnungszeiten und den Preisen. 75 bis 95 DM ganztags (halbtags 35 – 45 DM), meist noch Fahrtgeld, bis zu 20,- DM.

Die Zuschüsse für die Spielkreise sind ganz auf die Kreise und Gemeinden abgewälzt. Landesmittel werden für ,,zentralere'' Zwecke verwandt, auch bei der Kirche. Der Kreis und die Gemeinden sind gezwungen zu Gebührenerhöhungen oder Kostendämpfung. Bei den Kirchen wird teilweise das Geld am Sonntag am Opferstock den Volksmassen abgenommen.

Für 20 Kinder gibt es ca. 50,- DM für Beschäftigungsmaterial im Monat. Das ganze ist von vornherein darauf angelegt, daß die Eltern spenden sollen. Können sie das nicht, sollen Basare veranstaltet werden, wofür dann die Betreuerinnen Mehrarbeit leisten müssen.

Die Spielkreise sollten entsprechend den Richtlinien nach und nach in Kindergärten umgewandelt werden. In einem Schreiben vom Oktober 1978 betont Kultusminister Remmers, daß auf die Spielkreise nicht mehr verzichtet werden kann. Die Spielkreisbetreuerinnen, die durch Schließung von Spielkreisen freigesetzt werden, sollen als billigste Zweitkräfte in den Kindergärten eingesetzt werden. Während Kinderpflegerinnen verstärkt zu Spielkreislöhnen in die Spielkreise eingestellt werden sollen. Es ist zu erwarten, daß die Landesregierung mit dem neuen Kindergartengesetz diese Halbtagsbeschäftigung und Halbtagsplätze fördern wird. Sie sind Voraussetzungen dafür, daß die Frauen zahlreicher und effektiver in Teilzeitarbeit vernutzt werden können. Der Entwurf eines Erlaßes, der demnächst beschlossen werden soll, zeigt, worauf sie außerdem hinaus gehen wollen. Es soll ,,erstmals die Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Schule geregelt werden''. Die Lehrer sollen in die Kindergärten, um die Kinder möglichst frühzeitig in Förderlehrgänge auszusieben. ,,Informationen'' zwischen Kindergarten und Schule sollen ausgetauscht werden. Man kann auf eine Verschärfung gefaßt sein.

Handelskapitalisten versuchen alles, um billig davonzukommen

r.her. Im Einzel- wie im Großhandel sind nun in Niedersachsen die Verhandlungen im die Tariflohnerhöhung von der Gewerkschaft für gescheitert erklärt. Im Großhandel hatte die HBV für den 15. Juni ein Ultimatum gestellt: ,,Sollte der Großhandel uns allerdings bis zum 15. Juni keinen neuen Verhandlungstermin benennen, werden nicht nur Warnstreiks in weiteren Betrieben durchgeführt.'' (Tarifinformation, Nr. 6)

Nach dem Scheitern im Einzelhandel am 14. Juni tun die Kaufhauskapitalisten großspurig: Die Streiks hätten sich kaum bemerkbar gemacht, diktieren sie den bürgerlichen Schreiberlingen in die Feder. In den Betrieben versuchen sie, durch massive Bedrohungen und Schikanen weitere Kampfmaßnahmen zu stören. Sie verbieten Betriebsversammlungen und wollen große Teile der Belegschaften zu Notdiensten zwangsverpflichten.

Nachdem es ihnen nicht gelungen war, in 18 Stunden die Verhandlungskommission der Gewerkschaft auf ihre Kompromißvorstellung festzunageln, streuen die Kaufhauskapitalisten erneut über ihre Presse weitere Gerüchte aus zur Verunsicherung der Belegschaften. Der Verhandlungsführer der HBV soll bei einem geheimen Treffen sich auf einen Abschluß eingelassen haben. Es sei sozusagen alles erledigt. Immer noch stimmt aber die Tarifkommission über jedes Verhandlungsergebnis ab, und sei es auf noch so geheimen Örtchen als Parole zustandegekommen. Jetzt in dieser entscheidenden Phase der Lohnauseinandersetzung lassen sie nichts unversucht, denn wenn es ihnen jetzt nicht gelingt, die Belegschaften zu spalten, werden sie zahlen müssen, und das fürchten sie mehr als jener schon oft zitierte Teufel das Weihwasser.

Bei den Belegschaften setzen sie mit allen Mitteln an. Hertie hat jetzt durch Aushang bekannt gemacht, daß sie im Juli eine Erhöhung ab Mai auszahlen lassen werden, wie sie dem letzten Angebot der Kaufhauskapitalisten entspricht. 50 – 55, im 4. und 6. Berufsjahr der 2. Gehaltsgruppe 60 Mark wollen sie freiwillig zahlen. Man sieht daraus schon, sie haben doch große Angst, mehr zahlen zu müssen. Für die Gehaltsgruppe 3 sollen es einheitlich 75 Mark sein, und für die vierte Gruppe 90 Mark. Immer noch bleibt der größte Teil der Belegschaft damit wesentlich unter 100 DM. Also kann die große Mehrheit der Belegschaften sich immer noch unter der Forderung zusammenschließen: Kein Abschluß unter 100 DM!

Diese Woche soll der Hauptvorstand der HBV tagen. Er muß eine Urabstimmung für Streik genehmigen. Günstig wird es sein, wenn sich Belegschaften, Abteilungen, Vertrauensleute, Betriebsräte gegenüber dem Hauptvorstand in Briefen und Telegrammen für Urabstimmung und Streik äußern.


Handelskapitalisten versuchen alles,

Dienstag, 12.6., demonstrierten 330 Beschäftigte der Luther-Werke Braunschweig zur Kundgebung des DGB, an der mindestens 1500 Menschen teilnahmen. Die Aktion richtete sich gegen die Luther-Kapitalisten, die ihre Pleite auf die Arbeiter abwälzen wollen. Beifall bekam der IGM-Vorsitzende für die Forderung, daß die bislang einbehaltene 4,3 %-Lohnerhöhung endlich gezahlt werden soll. Streit gibt es mit den Sozialdemokraten, die den Kampf unter der Losung ,,Rettet die Luther-Werke'' führen wollen. Denn hieße das doch bloß, noch mehr Subventionen an die Kapitalisten zu zahlen und die eigene Arbeitskraft konkurrenzfähiger ausbeuten lassen zu müssen. – Die Bilder zeigen die Kundgebung. Solidaritätsadressen kamen von VW-Braunschweig, Limbach, Telefunken und dem AStA der TU

Die westdeutsche Bourgeoisie hat ihre Blicke nicht nur auf den Außenhandel geworfen, sondern auch auf die Rohstoffe, die sie sich im Rahmen von ,,europäischen Beziehungen'' zugänglicher machen will: Das norwegische Öl, schwedisches Eisenerz und finnisches Holz. ,,Die Norweger sind geneigt, zu vergessen, daß die außenpolitischen Interessen des Landes nicht nur auf Fisch, Öl und Seerecht beschränkt sind. Die Entdeckung des Erdöles und Erdgases hat in den westlichen Staaten Erwartungen geweckt'' (Europa Archiv 7/78).

Voraussetzung von noch effektiverer Expansion ist für die westdeutsche Bourgeoisie, die Senkung des Lohnes und die Verschärfung der Ausbeutung weiter voranzutreiben. ,,Im Rahmen der Lohnpolitik schließlich ist es nach wie vor Aufgabe der Tarifpartner, um maßvolle Abschlüsse bemüht zu sein und dadurch den Rationalisierungsdruck nicht zu verschärfen.'' (IHK Be-

der Betriebsführer Müller, sämtliche Sozialleistungen zu streichen. Der Kampf, den die Fährarbeiter in Römö um die vollständige Bezahlung ihrer Arbeitskraft und um die Zahlung bei Krankheit und Unfall führen, richtet sich gerade dagegen. Die westdeutschen Kapitalisten haben das Interesse, daß sie diesen Streik niederhalten, denn darum geht es ihnen gerade in der Expansion, nämlich die Bedingungen der Arbeiter zu verschlechtern. Die Handelskapitalisten, deren Warenströme über die Fähre Römö/Sylt ziehen, melden inzwischen diese Interessen an, ihre Waren reibungslos weiter zu transportieren, die nach Dänemark gehen. Es hat von ihnen schon einige Anfragen im Schleswig-Holsteinischen Landtag gegeben. Die Unterstützung des Kampfes der dänischen Fährarbeiter ist ein Schritt gegen die Bestrebungen der westdeutschen Bourgeoisie, die Expansion auf der Grundlage der Europa-Politik 'gen Norden zu treiben.

Kinderspielkreise - billig, christlich-familiär

Lohnsenkung für die Beschäftigten/Plünderung der Volksmassen

r.urs. In einem kleinen Dorf im Kreis Diepholz haben die Eltern und Betreuerinnen eines Kinderspielkreises in einem Brief an ihre Samtgemeinde dagegen protestiert, daß der Spielkreis 2 Monate geschlossen werden soll. Die Gemeinde will damit die Stundenzahl der Beschäftigten unter 15 halten, womit sie dann keine Sozialversicherung zahlen muß.

Gemäß den Richtlinien des Kultusministeriums von 1972 zur Einrichtung von Spielkreisen in Niedersachsen dürfen die Beschäftigten nur stundenweise, höchstens halbtags eingestellt werden. Dem Träger, im Altkreis Diepholz zu 70% die Kirche, bleibt so die Sozialversicherungspflicht erspart, die Zahlung des Ortszuschlags, des Urlaubs-

den abgewälzt. Landesmittel werden für ,,zentralere'' Zwecke verwandt, auch bei der Kirche. Der Kreis und die Gemeinden sind gezwungen zu Gebührenerhöhungen oder Kostendämpfung. Bei den Kirchen wird teilweise das Geld am Sonntag am Opferstock den Volksmassen abgenommen.

,,Freiheit für Schlesien''

r.klm. Seit 10 Jahren findet das Schlesiertreffen wieder ,,... in Hannover, der heimlichen Hauptstadt Schlesiens'' (Hupka) statt. Albrecht hat flaggen lassen und die Sozialdemokraten sind verstimmt. ,,Freiheit und Recht für Schlesien'' und schwarz-rot-goldene Anektion von Teilen Polens auf den Plakaten ist ihnen zu offene Reaktion. Schmalstieg findet dies ,,um so bedauerlicher'', als man gerade versucht, durch Partnerschaft mit der polnischen Stadt Poznan den Stiefel in Polen hineinzubekommen. In seiner Ansprache hob Hupka hervor: ,,Ganz Deutschland in allen seinen Teilen muß Lernziel an unseren Schulen sein.'' Und der Ministerpräsident Albrecht betonte, daß das Recht auf Heimat ein fundamentales Menschenrecht sei. Die Reise des Papstes hat Hupka Auftrieb gegeben. Daß der ,,polnische Papst'', mehr Kathole als Pole, just am Tage der heiligen Hedwig, der Schutzpatronin der Schlesier, polnischen Boden betrat und küßte, läßt Hupka in Hannover jubeln: ,,Wir sind weiterhin nach Schlesien unterwegs... Wir müssen uns angewöhnen, in Generationen zu denken'' und dabei ,,Acht geben, daß die Zeit nicht gegen uns arbeitet... Noch ist Schlesien nicht verloren''. Den Sozialdemokraten klingt dies alles mißlich, sie sehen *ihren* Weg nach Polen bedroht.

Lohnverhandlungen fischverarbeitende Industrie

r.dem. Zum 30.6.79 ist der Lohntarif in der fischverarbeitenden Industrie in Cuxhaven gekündigt. Im Herbst folgen Bremerhaven, Kiel, Lübeck, Hamburg und Westküste. Die NGG fordert 6,5 %. In den letzten Lohnrunden ist es den Kapitalisten gelungen, Cuxhaven auf das unterste Lohnniveau der genannten deutschen Tarifgebiete zu drücken.Die Unterordnung der Lohnkämpfe unter die verschiedenen Konkurrenzbedingungen der norddeutschen Fischindustrie haben eine erhebliche Spaltung des Lohngefüges verursacht. In seinem Jahresbericht für 1978 schreibt der Bundesverband der deutschen Fischindustrie wie er dieses Spaltungsgefüge nutzen will: ,,Andererseits sind dadurch die bisher zwischen den einzelnen Plätzen bestehenden Lohn- und Gehaltsrelationen nicht entscheidend verändert worden. Im übrigen wird in diesem Jahr zu beobachten sein, wie sich der zeitliche Vorrang Cuxhavens bei der kommenden Lohnrunde auswirken wird.'' Die Frauen, die den größten Teil der Arbeiter in der Produktion ausmachen, liegen in Cuxhaven bei einem Tariflohn von 6,13 DM, in Bremerhaven bei 6,92. Mit den Lohnsenkungen in den letzten Jahren haben die Kapitalisten die Ausbeutung verschärft. So ist der Umsatz je Arbeitsstunde von 1970 bis 1977 um 159,3% gesteigert worden. Gegen die Taktik der Kapitalisten, die anderen Tarifgebiete an die unterste ,,Lohn-
Lohnverhandlungen fischverarbeitende Industrie

r.dem. Zum 30.6.79 ist der Lohntarif in der fischverarbeitenden Industrie in Cuxhaven gekündigt. Im Herbst folgen Bremerhaven, Kiel, Lübeck, Hamburg und Westküste. Die NGG fordert 6,5 %. In den letzten Lohnrunden ist es den Kapitalisten gelungen, Cuxhaven auf das unterste Lohnniveau der genannten deutschen Tarifgebiete zu drücken.Die Unterordnung der Lohnkämpfe unter die verschiedenen Konkurrenzbedingungen der norddeutschen Fischindustrie haben eine erhebliche Spaltung des Lohngefüges verursacht. In seinem Jahresbericht für 1978 schreibt der Bundesverband der deutschen Fischindustrie wie er dieses Spaltungsgefüge nutzen will: ,,Andererseits sind dadurch die bisher zwischen den einzelnen Plätzen bestehenden Lohn- und Gehaltsrelationen nicht entscheidend verändert worden. Im übrigen wird in diesem Jahr zu beobachten sein, wie sich der zeitliche Vorrang Cuxhavens bei der kommenden Lohnrunde auswirken wird.'' Die Frauen, die den größten Teil der Arbeiter in der Produktion ausmachen, liegen in Cuxhaven bei einem Tariflohn von 6,13 DM, in Bremerhaven bei 6,92. Mit den Lohnsenkungen in den letzten Jahren haben die Kapitalisten die Ausbeutung verschärft. So ist der Umsatz je Arbeitsstunde von 1970 bis 1977 um 159,3% gesteigert worden. Gegen die Taktik der Kapitalisten, die anderen Tarifgebiete an die unterste ,,Lohn-
und Gehaltsrelation'' in Cuxhaven zu drücken, haben in Cuxhaven 22 Arbeiter einen Brief an die Tarifkommission geschrieben, indem sie 170 DM Festgeld und gemeinsame Tarifverhandlungen mit Bremerhaven fordern. 15 Arbeiter der ,,Nordsee'' in Bremerhaven haben den Beschluß der Betriebsversammlung nach 8 % mindestens 180 DM bekräftigt in einem Schreiben an die Tarifkommission.

Gemeinsam gegen Energieprogramm im Emsland

r.frb. Insgesamt sind sowohl in Lingen, als auch in Meppen je zwei Kernkraftwerksblöcke geplant. Für die Versorgung mit Kühlwasser ist ein großer Speichersee in Geeste notwendig. In Wippingen haben die Bauern im Januar 1976 die Probebohrungen für eine mögliche Wiederaufbereitungsanlage verhindert. – Mit der Verbilligung des Stroms für die Kapitalisten und gleichzeitiger forcierter Vernichtung der Landwirtschaft treiben die BRD-Imperialisten ihre Expansionspläne voran. Die von ihrem Land vertriebenen Bauern sollen alsdann als billigste Arbeiter mit dem verbilligten Strom noch größere Profite schaffen. – Die Bürgerinitiative Meppen hat jetzt ein Resolution an das emsländische Landvolk, die Landjugend und die Vereinigung junger Landwirte geschickt, in der sie ,,aufgrund der gemeinsamen Interessen... vorschlägt, gemeinsam gegen das Energieprogramm der Bundesregierung und seiner Durchsetzung vorzugehen...''.

IGM-Vertreterversammlung für Festgeld

Gewerkschaftseinheit für die Durchsetzung politischer Forderungen nutzen

b.ulh. Am 13.6. hat die IG-Metallvertreterversammlung Ortsverwaltung Hamburg auf Antrag des Vertrauensleutekörpers Haller Meurer folgende Resolution einstimmig beschlossen: „In der Tarifrunde 79/80 müssen alle Mitglieder, Funktionäre und organisatorischen Ebenen der IG Metall sich dafür einsetzen, daß die unteren Lohngruppen bis zur Lohngruppe IV ersatzlos gestrichen werden. Die Lage ist besonders günstig, da der bislang geltende Lohngruppenschlüssel gekündigt worden ist ... Wir sind der Meinung, daß die aufzustellenden Lohn- und Gehaltsforderungen als eine Festgeldforderung aufzustellen sind, auf jeden Fall aber ein Mindestbetrag gefordert wird, um die wachsende Spaltung der einzelnen Lohngruppen abzuschwächen."

Dieser Beschluß ist das Ergebnis zahlreicher Debatten in zahlreichen Betrieben und entspricht dem Willen der Arbeiter, die ständigen Lohnsenkungen zu beenden. Weil der Lohn nicht reicht, um die Reproduktion zu gewährleisten, finden in einigen Betrieben innerbetriebliche Lohnkämpfe statt. Bei den Hamburger Aluminiumwerken steht die Forderung nach einem Lohnausgleich in der Lohngruppe II. Der Betriebsrat fordert eine Angleichung der Einstellungslöhne. Der 4,3%-Abschluß in der Chemieindustrie ist auf der Mitgliederversammlung angenommen worden mit der Erklärung, daß im nächsten Jahr wirklich eine hohe Festgeldforderung aufgestellt werden muß. Im Hamburger Betrieb Glasurit I wird eine innerbetriebliche Lohnerhöhung gefordert. 0,70 DM/Std. lautet die Forderung der Arbeiter und sie wurde mit 70 Unterschriften bekräftigt. Im Werk II (Beck) fordern die Arbeiter für die Schicht 1,15 DM mehr. Nachdem der Vertrauensleutekörper der IGM bei AEG in Hamburg sich in einem Aufruf zum 1.Mai für hohe Festgeldabschlüsse in der nächsten Tarifrunde ausgesprochen hatte, haben verschiedene Kollegen die Forderung nach 8% mindestens 170 DM für richtig befunden.

Die Mitgliederzahl des DGB ist stetig gestiegen und über die Vertrauensleutekörper in den Betrieben haben die Arbeiter und Angestellten ihre Einheit gegen die Kapitalistenklasse gefestigt. In der letzten Woche hat sich am Kreiskrankenhaus Pinneberg ein Vertrauensleutekörper der ÖTV konstituiert. Es wurde eine Sprecherin gewählt und regelmäßige monatliche Sitzungen vereinbart. Außerdem wollen die Vertrauensleute monatliche Sprechstunden für alle Kollegen anbieten. Die Sitzungen des VK sollen gewerkschaftsöffentlich sein. Alle wesentlichen Funktionsbereiche und Abteilungen sind mit einem Vertrauensmann vertreten, was gute Voraussetzungen schafft, die Einheit der Kollegen zu stärken. Der ebenfalls letzte Woche neugewählte VK bei Haller Meurer hat sich die Untersuchung der Lohnverteilung des Betriebes vorgenommen, um die Höhe der notwendigen Forderung für die anstehende Tarifrunde zu errechnen. Die wachsende Selbständigkeit der Arbeiterbewegung gegen die Klassenversöhnungs- und Mitbestimmungspolitik der Sozialdemokratie zeigt sich auch an den VK-Wahlen bei Still in Hamburg. Aus viel mehr Abteilungen wurden Vertrauensleute aufgestellt, 125 wurden gewählt – 30 mehr als im letzten Jahr – und die VK-Leitung besteht aus 7 Arbeitern, von denen nur noch 2 eingefleischte Sozialdemokraten sind. Terworth, der ehemalige VK-Vorsitzende und Erzsozialdemokrat, wurde nicht wieder gewählt.

Kämpfen die Arbeiter und Angestellten nicht hartnäckig um ihre Vertretungsorgane und nutzen sie sie nicht, um in allen Tagesfragen ihren Standpunkt zu klären und ihre Interessen durchzusetzen, so werden sie von den Sozialdemokraten in diesen Gremien an die Kapitalisten verkauft. Bei der Post im Hamburger Paketpostamt II haben Personalrat und Betriebsleitung einen neuen Schichtplan angekündigt. Dem Plan liegen Untersuchungen der Kapitalisten über die Verteilung der Stoßzeiten in der Paketbeförderung zu Grunde. Sowieso wird in diesem Amt schon die meiste Arbeit von Teilzeitkräften verrichtet. Jetzt sollen die Schichten dieser Teilzeitarbeiter noch besser den Paketströmen angepaßt werden. In kürzerer Zeit noch mehr Verausgabung von Arbeitskraft, das hat die Post auch schon selber zugegeben. Statt 250 Sollarbeitsplätzen sind eh nur 200 besetzt. Durch die geplante Regelung sollen Schichten zustande kommen wie: sonntags von 18 bis 23 Uhr und am Montag danach von 8 bis 13 Uhr. 3 mal in 6 Wochen sollen die Teilzeitarbeiter samstags arbeiten im Vergleich zu vorher 2 mal. Rund um die Uhr, immer wie es den Kapitalisten am besten paßt, so will es die Post mit den Sozialdemokraten vereinbaren. Dabei wollen sie sich folgendes Spaltungsmanöver zu Nutze machen: die festangestellten 40-Stundenarbeiter sollen statt bisher 3 bis 4 mal in 6 Wochen „nur" noch 2 mal am Samstag arbeiten. Die Arbeiter im Paketpostamt haben sofort, als die Pläne bekannt wurden, eine Unterschriftensammlung dagegen durchgeführt. Der erste Verteilgang war einstimmig dagegen, beim zweiten haben von 36 Kollegen 33 unterschrieben. Ohne Forderung nach dem Verbot der Teilzeitarbeit und nach ausreichendem Lohn auf den Normalarbeitstag, erhoben von der Gewerkschaft gegenüber den Kapitalisten, kann die Arbeiterbewegung sich gegen derartige Manöver der Kapitalisten nicht durchsetzen.

Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung zeigen, daß sie die Gewerkschaften nutzen müssen, um ihre Einheit gegen die Kapitalisten durch die Vertretung ihrer Interessen auf allen Ebenen zu festigen. Die Angriffe der Kapitalisten beschränken sich nicht auf die Verschärfung der Ausbeutung. Sie werden „abgerundet" durch die Steuerausplünderung, durch die Plünderung der Versicherungskassen und die Verschlechterung der Leistungen, und sie greifen sozusagen vor durch die Aushöhlung der Schulpflicht und durch die Aussortierung immer größerer Teile der Jugend zu billigen Hilfsarbeitern. Für das Gymnasium Kieler Straße in Hamburg wurde untersucht, daß von 57 Schülern, die 1970 eingeschult wurden, jetzt 29 das Abitur bestanden haben. 14 wurden auf die Volks-und Realschulen zurückgeschleust. 1971 wurden 67 Schüler aufgenommen, davon sind nur noch 23 im jetzigen Vorsemester. Der Quickborner Ortsverein der GEW hat einen nützlichen Beschluß getroffen, um als elementare Organisation der Arbeiterklasse sich in solche Auseinandersetzungen einzuschalten. In der Vorarbeit zu einer Veranstaltung am 21.6.79 hat er folgende Forderungen aufgestellt: „1. Für alle gilt die unentgeltliche Vollzeitschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr in einem integrierten Schulwesen. 2. Berufliche Ausbildungslehrgänge im Sinne eines theoretischen und praktischen Überblicks über die Grundlagen der Produktionszweige und allgemeinbildenden Ausbildungsgänge sind für alle im Rahmen der Vollzeitschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr verbindlich. ... 4. Jeder Schüler erhält einen Schulab-Schluß, der mindestens zu einer Facharbeiterqualifikation führt; ..." Gehen die Gewerkschaften dazu über, diese notwendigen Kämpfe gegen die Kapitalistenklasse zu organisieren, wird die Arbeiterbewegung ihre mühsam erkämpfte Selbständigkeit gegen die Spaltungsversuche der Sozialdemokratie behaupten können.

Mitgliederentwicklung in der IG Metall und Beschäftigte in der Metallindustrie Hamburg

	HH	Kiel	Flensb.	Beschäft. in HH
1962	45,1			120,0
1969	44,3	17,9	3,6	102,8
1970	45,9	18,8	3,8	102,6
1971	49,9	19,2	4,0	100,3
1972	51,5	19,1	4,0	95,4
1973	51,9	18,4	4,2	94,2
1974	56,0	18,9	4,9	90,9
1975	56,0	18,7	4,8	84,0
1976	56,5	18,5	5,0	81,1
1977	56,5	18,2	5,1	74,5

(Quelle, Tätigkeitsbericht der IG Metall 1975 bis 77, Verwaltungsstelle Hamburg)

Mitgliederentwicklung im DGB in Hamburg nach ausgewählten Gewerkschaften

	Chemie	Druck	HBV	ÖTV	Post	Bau	NGG	GEW	Bahn
1968	26,8	8,0	8,6	62,6	19,9	23,6	16,8	7,0	14,6
1971	29,6	8,4	12,3	61,1	20,4	20,5	17,1	8,7	13,7
1973	29,4	8,3	14,3	64,4	21,7	20,6	16,0	9,5	16,8
1975	28,8	9,4	16,0	68,1	22,9	16,7	13,8	9,9	17,3
1976	27,0	9,7	16,7	70,0	22,1	16,9	13,5	10,6	16,7

(Quelle, Hamburg in Zahlen, Ausgaben 1968/69 bis 1976/77, was die zuletzt erschienene ist)

Das Gericht muß bei den Iranprozessen zurückstecken

b.sul. Der Polit-Staatsanwalt Klein – bekannt aus dem 218-Prozeß und dem Ehrenberg-Prozeß – war auf Verurteilung von Susanne Lambrecht wegen Leitung der verbotenen Demonstration am 9.12.1978 aus. Auch wenn die Polizeizeugen ihm keine verwertbaren Aussagen geliefert hatten, sondern nur sich beeindruckt zeigten von der Stärke und Entschlossenheit der Solidaritätsbewegung mit dem Befreiungskampf der iranischen Völker, so habe er doch ein Foto von der Bildzeitung, auf welchem die Angeklagte eindeutig in ein Mikrophon spricht, das an einen Verstärker angeschlossen sei, der von einer 2. Person getragen wurde und eine 3. Person halte den Schalltrichter. Also sei der Straftatbestand, wie er im Versammlungsgesetz festgelegt ist, gegeben, denn bereits 3 Teilnehmer, die ihren gemeinsamen Willen äußern, stellen eine Versammlung bzw. Demonstration dar. Das Versammlungsgesetz regelt diese politische Unterdrückung auf dem Papier. Aber das Gericht konnte es so nicht anwenden. Wo der Klassengegensatz in der Frage der Kämpfe der Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten im Iran gegen den Imperialismus im Laufe des Prozesses immer nachgewiesen wurde und entsprechende Beweisanträge vorgetragen wurden, war das Gericht ständig damit beschäftigt, die Klassenunterdrückung zu vertuschen. Deshalb konnte auch nicht verurteilt, sondern nur eine Ordnungsstrafe von 150 DM verhängt werden wegen Teilnahme an der verbotenen Demonstration.

Mit politischen Angriffen auf die Klassenjustiz müssen auch die geplanten Verurteilungen in den anstehenden Europa-Prozessen bekämpft werden.

„Nötigung und Erpressung"

b.thh. Die SV der Berufsschule 2/3 hat in ihrer Zensurenerhebung 5 Lehrer namhaft gemacht, die besonders viele 5en und 6en geben. Denen hat sie einen Brief geschrieben, mit der Aufforderung, Stellung zu nehmen. Daraufhin der Vertrauenslehrer und der Studiendirektor Rix: „Das ist Nötigung und Erpressung!"

Die Tages-SVen gingen daraufhin die Zensuren klassenweise durch. Es stellte sich klar heraus, daß die Kapitalistenverbände und der Kultusminister die schlechten Noten zu verantworten haben. Bei den Tischlern z.B. ist die betriebliche und schulische Ausbildung schlecht. Es fehlen Fachchenbücher, die Schulwerkstätten sind überfüllt. Die neuen Lehrpläne setzen wesentlich höhere Anforderungen als die alten. Ergebnis: 48% sind bei den letzten Prüfungen durchgefallen. So gelingt es den Kapitalisten, aus der Vielzahl der Lehrlinge billige Hilfsarbeiter herauszusieben, denn nach der Lehre stehen sie ohne Gesellenbrief da. Ähnliches berichteten die Friseure. Dort ist fast die Hälfte durchgefallen. Im Betrieb lernen sie nur, was jeweils drankommt, also sehr verschieden und einseitig. Die praktische Fachkunde ist stark reduziert und konnte letztes Jahr überhaupt erst durch einen Streik gegen das Schulgesetz beibehalten werden.

Die SV untersuchte die staatlichen Zensuren und Versetzungrichtlinien. Diese dienen dazu, die Schüler auf das Grundgesetz, „christlich-humanistische Werte" festzulegen, wie es im §4 des Schulgesetzes heißt. Versetzt wird demnach nur, wer diesen Unterrichtszielen entspricht. Die SV forderte die Lehrer auf, sich nicht daran zu halten und gemeinsam gegen das Notensystem zu kämpfen.

Auf einer Veranstaltung von 3 Kieler Berufsschul-Schülervertretungen am 14.6. wurde all das berichtet. Die Anwesenden, darunter zahlreiche Gewerkschaftsvertreter, einigten sich darauf, noch in diesem Jahr einen Warnstreik gegen den Samstagsunterricht für 12 Stunden Berufschulunterricht an zwei arbeitsfreien Werktagen vorzubereiten. An der Berufsschule 2/3 sollen dazu die Vollzeitschüler am 20.6. auf einer Versammlung im Unterricht entscheiden. Bei diesem Streik wird es auch gegen das Notensystem und die 5en und 6en gehen.

3 Stunden Dienstausgleich genug – Soldaten sind anderer Meinung

b.mic. Kürzlich hat Hauptmann Fölster, Kompaniechef der 5./182 in Segeberg, ½ Stunde für eine Dienstbesprechung der Mannschaften mit ihrem Vertrauensmann erübrigt. Organisiert werden sollten Freizeitinteressen für einen 2-wöchigen Kriegsgräberarbeitsdienst im Juli. Obwohl der Termin geschickterweise direkt vor Feierabend angesetzt war, nutzten ihn die Soldaten, um die Armeeschinderei anzugreifen. Der stärkste Widerspruch entwickelte sich zu den massenhaften Zusatzdiensten, die das Offiziersgesindel um Generalmajor Mack, Kommandeur der 6. Division, als kostenlose Arbeitskraftvernutzung besonders liebt (z.B. wurde Ende 1977 der Wachbeginn von 23 Uhr auf 18 Uhr verlegt, somit pro Wache um 7 Stunden auf 35 Stunden verlängert, wobei das Wachfrei wegfällt). Erstmals einigte man sich auf die Forderung: Einen halben Tag Ausgleich pro Wochenenddienst! Fölster lehnt sogar diese Minimalforderung ab mit der Frechheit, das „Rheinländerwochenende" (gleich 3 Stunden eher Feierabend) pro Monat sei Dienstausgleich genug. Die nächste Kampfmaßnahme der Segeberger Soldaten wird eine Resolution für vollständigen Dienstausgleich sein.

Veranstaltungskalender

Bezirksgruppe Nordost

Revolutionäres Volksbildungsprogramm – Sommerhalbjahr 1979 –

Revolutionen sind der Motor der Geschichte

Flensburg, 18. bis 22. Juni, 20 bis 22.00 Uhr, Pestalozzischule, Waitzstraße

Kolonisierung des amerikanischen Kontinents. Die Unterwerfung des Südens durch den Norden. Das US-Völkergefängnis

Heide, 18. bis 22. Juni, 20 bis 22.00 Uhr, Grund- und Hauptschule 4

Das russische Reich ist von den Zaren zusammengeraubt worden. Die neuen Zaren sitzen auf einem Pulverfaß

Hamburg-Mitte/Ost, 25. bis 29. Juni, 19.30 bis 21.30 Uhr, Volksschule Möllner Landstraße

Der Islam. Seine Entstehung im Kampf gegen die Sklavenhalterherrschaft des byzantinischen Reiches und seine Renaissance im Kampf gegen den Imperialismus

Hamburg-Eimsbüttel, 25. bis 29. Juni, 19.30 bis 21.30 Uhr, Schule Kaiser-Friedrich-Ufer

Deutsche Geschichte
Die Eroberungszüge des Deutschherrenordens gegen die Völker des Ostens

Lübeck, 25. bis 29. Juni, 20.00 bis 22.00 Uhr, „Zur Tonne", Marliring

Die Deutschen Bauernkriege Revolutionäres Wetterleuchten gegen Feudalismus und Reaktion

Lüchow-Dannenberg, 25. bis 29. Juni, 19.30 bis 21.30 Uhr, „Deutsches Haus", Lange Straße

Die SPD an der Regierung: Bilanz der Tätigkeit der Ministerien seit Beginn der Großen Koalition

Die Ministerien des Inneren, der Justiz, der Finanzen und der Wirtschaft
Hamburg-Harburg, 25. bis 29. Juni, 20.00 Uhr bis 21.30 Uhr, „Union Kate", Eddelbüttelstr. 24a

Die Ministerien für Arbeit, Verkehr, Post und Forschung

Schleswig, 25. bis 29. Juni, 20.00 bis 22.00 Uhr, „Gosch's Gasthof"

Rendsburg, 18. bis 22. Juni, 20.00 bis 22.00 Uhr, „Am Rothenhof", Rothenhöfer Weg

Hamburg-Altona, 18. bis 22. Juni, 19.30 bis 21.30 Uhr, Gymnasium Neu-Altona, Billrothstraße

Die Ministerien für Bildung, Jugend und Familie, Raumordnung und Ernährung

Hamburg-Wandsbek, 18. bis 22. Juni, 19.30 bis 21.30 Uhr, Hasselbrookschule, Ritterstr. 44

Afrika-Reihe

Winsen, 18., 20. und 22. Juni, „Neumann", An der Kleinbahn 5; 19. und 21. Juni, „Stallbaum", Rathausstr. 34, 19.30 bis 21.30 Uhr

Kritische Theorie

Lüneburg, 18. bis 22. Juni, 19.30 bis 21,30 Uhr, „Heide-Grill", Am Sande

Kiel, 25. bis 29. Juni, 20.00 bis 22.00 Uhr, Universität, Alte Mensa

Schulungen

Lenin: „Staat und Revolution"

Segeberg, 25. bis 29. Juni, 20.00 bis 22.00 Uhr, „Hotel Stadt Hamburg", Kurhausstraße

Stalin: „Grundlagen des Leninismus"

Universität Hamburg, 18. bis 22. Juni, 18.00 bis 22.00 Uhr, Phil-Turm Hörsaal F

Mao Zedong: „Fünf philosophische Monographien

Universität Hamburg, 2. bis 6. Juli, 18.00 bis 20.00 Uhr, Phil-Turm Hörsaal F

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten –

Sportkurs Gymnastik, Ballspiel

Hamburg, Sonntag 24 Juni, 10.00 Uhr, Im Stadtpark, Große Wiese

Kulturgruppe: Zeichenkursus

Hamburg, Freitag, 22. Juni, 18.00 bis 21.00 Uhr, Hfbk, Lerchenfeld 2, Raum 218a (II. Stock)

Sportgruppe

Eckernförde, Sonntag, 24. Juni, 10.00 Uhr, Treffpunkt „Grüner Jäger"

Veranstaltung zum Wehrkraftzersetzungsprozeß

Elmshorn. Mittwoch 20.6.79, 20 Uhr, Treffpunkt ZOB

Fortsetzung des Prozesses wegen Wehrkraftzersetzung

Flensburg, Landgericht, Südergraben 22, Saal 58, Freitag, 22. Juni, 9.15 Uhr. Angeklagt sind M.Lohnstein, G.J.Ludwig, B.Bartels und K.Pollmann wegen Wehrkraftzersetzung, Verunglimpfung der BRD, Volksverhetzung und Beleidigung, wegen Verteilens der „Volksmiliz"

Prozesse gegen Iran-Demonstranten

Hamburg, Dienstag, 19. Juni, 13.30 Uhr, R. 184, gegen F.Siedenburg wegen Widerstand

Hamburg, Dienstag, 19. Juni, 14.30 Uhr, R. 192, gegen Hubertus R. wegen Gefangenenbefreiung, Körperverletzung und Beleidigung

Dienstag, 19. Juni

Kiel, Amtsgericht, Saal 128, 8.30 Uhr, Prozeß wegen Körperverletzung und Nötigung eines RCDS-Mitglieds nach Carstens-Veranstaltung gegen Peter, Neubecker und Strobel

Hamburg, Dienstag, 19. Juni, 8.00 Uhr, Prozeß gegen J. Tempel wegen Sammelns für die ZANU, Strafjustizgebäude, Sierekingstr. 3, 1. Stock, Zimmer 163

Donnerstag, 21. Juni

Hamburg, Amtsgericht Sievekingsplatz, Raum 160, 9.00 Uhr, Prozeß gegen M.Gussone wegen Nötigung durch Streikbeteiligung im WS 1977/78. Fortsetzung: Donnerstag, 28. Juni, 13.00 Uhr, Raum 160

Europa-Prozesse

Hamburg, Freitag, 22. Juni, 11.00 Uhr, Strafjustizgebäude Raum 181, gegen S.Blank, H.Hufert, Göttlich wegen Verletzung des Bannkreises anläßlich des Europa-Rummels auf dem Rathausmarkt am 22.10.78

b.how.Flensburg. **Das Verteidigungsministerium hat dieses Jahr seine Einheiten aufgerufen, „im Rahmen des dienstlich Möglichen" den „Tag der Umwelt" zu unterstützen.** 600 Soldaten in Flensburg konnten zu diesem Arbeitsdienst gezwungen werden, den scheinbaren Überfluß der Volksmassen wegzuräumen (auch vom Übungsplatz!), was aber nur Verschlechterung der Qualität der Konsumwaren und Verteuerung der Müllgebühren ausdrückt.

b.maj. **Am 13. Juni fand in der Hamburger Innenstadt im Rahmen der ÖTV-Aktionswoche „Humanes Krankenhaus" eine Propagandaaktion von mehr als 10 Beschäftigten des AK-Barmbek statt.** Genutzt wurde die Aktion zur Verbreitung der Auswirkung des Ehrenbergprogramms, sowie zur Propaganda für die Forderungen der Beschäftigten, wie: „Erhöhung und Besetzung der Planstellen". Die Aktion war nützlich, weil man in vielen Debatten die Einheit gegen das Kostendämfungsprogramm stärken konnte.

b.ols.Neumünster. **Die Vertreter der bürgerlichen Parteien mußten der Forderung der GEW nach Kürzung der Pflichtstundenzahl für Lehrer zustimmen.** Auf einer öffentlichen Podiumsdiskussion in Neumünster auf Einladung des GEW-Kreisverbandes und des Verbandes der Realschullehrer am 11.6. trauten sich weder Schübeler (CDU), Lohmann (SPD) und Neitzel (FDP) offen anders aufzutreten. Stattdessen versuchten sie Manöver. Schübeler nannte „Senkung der Klassenfrequenz" u.ä. vorrangig, Neitzel und Lohmann die Ausgleichung der Pflichtstundenzahl zwischen den Bundesländern. Unter den anwesenden ca. 40 Lehrern war die Ablehnung dieser Ausflüchte und die Forderung nach Kampfmaßnahmen groß.

des Ehrenbergprogramms, sowie zur Propaganda für die Forderungen der Beschäftigten, wie: „Erhöhung und Besetzung der Planstellen". Die Aktion war nützlich, weil man in vielen Debatten die Einheit gegen das Kostendämfungsprogramm stärken konnte.

b.ols.Neumünster. **Die Vertreter der bürgerlichen Parteien mußten der Forderung der GEW nach Kürzung der Pflichtstundenzahl für Lehrer zustimmen.** Auf einer öffentlichen Podiumsdiskussion in Neumünster auf Einladung des GEW-Kreisverbandes und des Verbandes der Realschullehrer am 11.6. trauten sich weder Schübeler (CDU), Lohmann (SPD) und Neitzel (FDP) offen anders aufzutreten. Stattdessen versuchten sie Manöver. Schübeler nannte „Senkung der Klassenfrequenz" u.ä. vorrangig, Neitzel und Lohmann die Ausgleichung der Pflichtstundenzahl zwischen den Bundesländern. Unter den anwesenden ca. 40 Lehrern war die Ablehnung dieser Ausflüchte und die Forderung nach Kampfmaßnahmen groß.

b.job.Hamburg. **13.6.79. Umschüler schließen sich gegen den Runderlaß 39 zusammen.** Der Schülerrat des Berufsförderungswerkes des DGB hat in 8 Klassen eine Abstimmung durchgeführt, in der sich alle Schüler (ca. 150) gegen den Runderlaß 39 des Arbeits-

b.job.Hamburg. **13.6.79. Umschüler schließen sich gegen den Runderlaß 39 zusammen.** Der Schülerrat des Berufsförderungswerkes des DGB hat in 8 Klassen eine Abstimmung durchgeführt, in der sich alle Schüler (ca. 150) gegen den Runderlaß 39 des Arbeits-

amts aussprechen. In diesem Erlaß wird verfügt, daß bereits Fehlzeiten von einer Stunde zum Entzug des Unterhaltsgeldes für einen vollen Tag führen. Das Arbeitsamt schickt jetzt bereits Spitzel in die Schule, die mit der Drohung des Entzuges des Unterhaltsgeldes nach der Art der Krankheit etc. bei Fehlzeiten fragen. 4 Klassen, in denen dieser Versuch gestartet wurde, haben diese Schnüffelei geschlossen abgelehnt und jede Auskunft verweigert. Das Abstimmungsergebnis gegen den Runderlaß 39 wird jetzt dem Arbeitsamt bekanntgegeben und gleichzeitig an die IGM und die ÖTV verschickt. Gleichzeitig sollen die Schulsprecher des BFW Verbindungen zu den Schülerräten anderer Fortbildungsstätten knüpfen, um über gemeinsame Schritte gegen diesen Erlaß zu beraten.

b.reh. Eckernförde **Die Bundesbahndirektion reagiert auf die Proteste der Eltern, Gemeindevertretung und Schulelternbeiräte gegen die Streichung des Schülerzuges von Eckernförde nach Rieseby.** (KVZ Nr.22) Laut Eckernförder Zeitung vom 2. Juni 1979 hat ein Herr Luther von der Bundesbahndirektion in seinem Antwortschreiben herausgelassen, daß es der Deutschen Bundesbahn bei der Stillegung einzig und allein um die Durchsetzung des „Kostendeckungsgrades" gehe. Unter hundert Schülern sei der Transport nicht profitabel. Herr Luther schlägt vor, daß die Schüler ihre zwei Stunden Wartezeit auf dem Bahnhof Eckernförde in der Bahnhofsmission mit der Erledigung von Schulaufgaben und Spielen überbrücken sollten. Ein Leserbriefschreiber schlägt vor, unter Beteiligung des Bürgermeisters der Gemeinde Rieseby sowie der Gemeinde- und Elternvertreter Herrn Luther nach Eckernförde einzuladen und ihm die Forderungen der betroffenen Bürger vorzulegen. Es kommt jetzt darauf an, daß sich auch die Schüler an der Diskussion beteiligen und ihre Vertretungsorgane dazu mobilisieren.

b.mar.Hamburg. **Am 9. Juni fand im Holstenhofheim in Hamburg eine Versammlung mit 20 Rentnern zu dem Thema „Die Bourgeoisie benutzt die Rentengelder als Kriegskasse" statt.** Genauer untersucht wurden dabei die Rentnermordmaßnahmen der Bundesregierung seit 1977. In den Altersheimen bekommen die Rentner den Zangenangriff der Bourgeoisie besonders zu spüren: Einmal durch direkte Renten- bzw. Taschengeldkürzungen und Verschlechterung der medizinischen Versorgung, zum anderen dadurch, daß die Schwestern und Pfleger immer weniger Zeit für den einzelnen Rentner haben, weil sie viel zu wenige sind und Überstunden kloppen müssen. An der Diskussion über diesen Punkt beteiligte sich auch eine Schwester der Station, was für den Zusammenschluß der Rentner mit dem Pflegepersonal nützlich war. Beschlossen wurde von der Versammlung, die Auswirkungen der Rentenkürzung und des Krankenkostendämpfungsgesetzes für die Rentner und das Pflegepersonal des Holstenhofheims genau zu untersuchen. Nach einer anschließenden Debatte über die internationale Lage und den Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt, verabschiedeten die Rentner eine Resolution, in der sie die Einstellung aller Iran-Prozesse forderten.

b.stk.Flensburg. **Vierter Verhandlungstag im Wehrkraftzersetzungsprozeß vor der Staatsschutzkammer in Flensburg:** Von der Verteidigung war der Kommandeur der GSG 9, Wegener, als Zeuge geladen worden. Er hatte seinerzeit den Einsatz in Mogadischu beim Sturm der „Landshut" persönlich geleitet und wurde dafür in der bürgerlichen Presse als Held gefeiert. Ein Heldentum, das sich dadurch auszeichnet, daß auf die Tötung des Gegners abgerichtete Beamte der GSG 9 ein Flugzeug stürmen, mit Spezialraketen die Insassen blenden und für Minuten taub machen, um dann alle, die nach Anruf in der Maschine noch stehen, niederzuschießen. Auf diesen Tag X sind sie jahrelang durch Combat-Schießen (der erste Schuß muß tödlich sein), psychologische Betreuung und ideologische Ausrichtung gedrillt worden. Als „Metzgerhunde" wurde die GSG 9 in der „Volksmiliz" bezeichnet; Wegener stellte Strafantrag wegen Beleidigung. Richter Sauer weiß, daß eine Aussage von Wegener nur die Richtigkeit dieser Bezeichnung bestätigen würde, und versucht deshalb, die Vernehmung Wegeners zu verhindern. Das Innenministerium erteilte dem Wegener dann auch keine Aussagegenehmigung, weil es „keine öffentliche Debatte um die GSG 9 wünscht", wie ein Beamter des Innenministeriums auf

lungstag im Wehrkraftzersetzungsprozeß vor der Staatsschutzkammer in Flensburg: Von der Verteidigung war der Kommandeur der GSG 9, Wegener, als Zeuge geladen worden. Er hatte seinerzeit den Einsatz in Mogadischu beim Sturm der „Landshut" persönlich geleitet und wurde dafür in der bürgerlichen Presse als Held gefeiert. Ein Heldentum, das sich dadurch auszeichnet, daß auf die Tötung des Gegners abgerichtete Beamte der GSG 9 ein Flugzeug stürmen, mit Spezialraketen die Insassen blenden und für Minuten taub machen, um dann alle, die nach Anruf in der Maschine noch stehen, niederzuschießen. Auf diesen Tag X sind sie jahrelang durch Combat-Schießen (der erste Schuß muß tödlich sein), psychologische Betreuung und ideologische Ausrichtung gedrillt worden. Als „Metzgerhunde" wurde die GSG 9 in der „Volksmiliz" bezeichnet; Wegener stellte Strafantrag wegen Beleidigung. Richter Sauer weiß, daß eine Aussage von Wegener nur die Richtigkeit dieser Bezeichnung bestätigen würde, und versucht deshalb, die Vernehmung Wegeners zu verhindern. Das Innenministerium erteilte dem Wegener dann auch keine Aussagegenehmigung, weil es „keine öffentliche Debatte um die GSG 9 wünscht", wie ein Beamter des Innenministeriums auf

Anfrage der Verteidigung erklärte. Wegener ist dann auch nicht zum Prozeß erschienen, Sauer gab ihm die nötige Rückendeckung. Zum nächsten Verhandlungstag am Freitag ist er erneut geladen, und das Innenministerium soll durch das Verwaltungsgericht gezwungen werden, ihm die Aussagegenehmigung zu erteilen. Sollte er dann trotzdem nicht erscheinen, so wird zumindest jeder wissen, warum. Wegener, Sauer und das Innenministerium sind nämlich nicht in der Lage, den Beweis anzutreten, daß die GSG 9 keine Metzgerhunde sind. Deshalb will Sauer beim nächsten Verhandlungstag unbedingt verhindern, daß der Beweisantrag der Verteidigung durchkommt. Er plant, seine Zeugen, die die Verteilung der „Volksmiliz" durch die Angeklagten bestätigen sollen, zuerst zu vernehmen, um dann alles andere als unwesentlich abzutun. Dieser Plan muß durchkreuzt werden.

b.uwh. **Zum zweiten Mal riß der Damm des Elbe-Seitenkanals seit seiner Eröffnung 76.** Ein Teilstück von 40 km Länge mußte vorübergehend abgeschottet werden. Das schmerzt die Kapitalisten, weil der Kanal ihr Bindeglied ist zum Mittellandkanal und damit zu Ruhr und Rhein. Schnellstens wurde „Füllmaterial" herbeigeschafft. Die Profitprodutkion läßt den vernünftigen und sicheren Bau von solchen Anlagen nicht zu. Hauptsache, die Schiffe werden irgendwie hindurchgeschleust. Wieviel Ackerland und Menschen dabei vor die Hunde gehen, ist nicht ihr Problem.

b.irm. **Nach „Schleswig-Holstein im Agrarbericht 1979" sind die Pachtpreise in den letzten 10 Jahren um rund 60 bis 100% gestiegen.** So waren die Pachtpreise für Einzelflächen ohne Gebäude pro Hektar 1967 229 DM, 1970 279 DM, 1975 331 DM und 1977 455 DM. „Besonders anzumerken ist, daß es sich bei allen Angaben um Durchschnittswerte handelt, von denen die Einzelfälle sehr stark abweichen können, und zwar bis zum Zwei- und Dreifachen der genannten Werte." (Agrarbericht). Schon einige wenige Beispiele zeigen, daß derartige Durchschnittswerte ausschließlich rechnerische Größen sind: Graf von Kielmannsegg ergattert von den Pachtbauern in der Seestermüher Marsch um 5OO DM/ha, in der Kremper Marsch gibt es Pachtpreise von teilweise über 1000 DM/ha und in einem Geestgebiet im Kreis Steinburg liegen die Pachtpreise zwischen 100 und 285 DM/ha. Es ist Wesensmerkmal der Pachtpreise, daß sie erheblich schwanken, entsprechend der natürlichen Bodenqualität und der Boden- und Ertragsverbesserung durch Bewirtschaftung, Düngung und Einsatz von moderner Maschinerie. Dem trägt auch die Landwirtschaftskammer im „Bauernblatt" vom 9.6.1979 Rechnung, wonach „betriebswirtschaftlich begründete Pachtpreise die speziellen Bedingungen des Einzelfalls berücksichtigen müssen und von einer Vielzahl individueller Faktoren beeinflußt sind, die wesentliche Unterschiede in den Pachtpreisen rechtfertigen können." Ganz nach den Interessen der verpachtenden Großbauern und Agrarkapitalisten. Bei der „betriebswirtschaftlichen Begründung der Pachtpreise" kommt es darauf an, davon wegzukommen, daß „der Pächter bei Abschluß eines festen Pachtpreises... alleiniger Nutznießer des biologisch-technischen Fortschritts, der Leistungssteigerungen durch Naturalertragserhöhungen, des mechanisch-technischen Fortschritts" ist. Nicht genug damit, daß ihnen der Eigentumstitel auf Grund und Boden prinzipiell einen Anteil an dem vom Bauern erarbeiteten Mehrprodukt sichert. Jede Wertsteigerung des Bodens soll ihnen in Form von „dynamischen" Pachtpreisen zugute kommen. Nachdem große Teile der kleinen Bauern (bis zu 20 ha) gelegt worden sind, geht die Bourgeoisie den Angriff auf die im wesentlichen durch Zupacht existierenden unteren Mittelbauern, die bisher noch dem Niederkonkurrieren der kleinen Bauern dienten, an.

b.mas.Lüchow-Dannenberg. **280000 DM will der Landkreis aus den Volksmassen zusätzlich pressen.** Ab 1.1.79 sollen die Gebühren für Müllkübel um 20% steigen, die für Container um 10%. Der Hauptschlag richtet sich gegen die kleinen Haushalte, die meist Müllsäcke benutzen, statt Kübel (5 DM monatliche Gebühr). Ab 1.7.79 erhöht sich der Preis für Müllsäcke von 1 DM auf 2 DM.

b.wik.Husum. **Der Delegiertentag der Gewerkschaft der Polizei beriet Aktionen gegen den Stellenmangel,** der die Polizisten zu Überstunden, Zusatzwachen und unregelmäßigem Dienst zwingt. Die Gewerkschaft der Polizei, die in den DGB aufgenommen ist, stellt nach den letzten Personalratswahlen die überwältigende Mehrheit der Personalräte.

b.anh.Hamburg. **Im Sozialamt Hamburg-Mitte hat eine Mehrheit der Kollegen auf einer erweiterten ÖTV-Sitzung Anfang Juni beschlossen, „Dienst nach Vorschrift" durchzuführen;** dieser Beschluß wird von fast allen Kollegen getragen und seit dem 7.6.79 auch durchgeführt. Notwendig wurde diese Maßnahme angesichts der ständig steigenden Fallzahlen im Sozialamt ohne entsprechende neue Stellenbesetzungen. Die Kollegen im Sozialamt gehen davon aus, daß sie bei dieser Maßnahme die Unterstützung der Sozialhilfeempfänger bekommen, indem diese die Dienstaufsicht mit Beschwerden unter Druck setzen.

Rettet die Morgenpost?
„Dafür geben wir uns nicht her!"



1978 haben die Kollegen von Auerdruck mitgestreikt für einen Tarifvertrag, der die Einführung der neuen Satztechnik regeln soll.

b.hej. Für die SPD-eigene Morgenpost geht es ums Überleben. Seit Anfang der siebziger Jahre wird versucht, mit Rationalisierungen und Entlassungen die Zeitung weiter rauszubringen. „Lieber 100 Kollegen jetzt entlassen, als daß der ganze Betrieb dichtgemacht wird." (Zitat vom damaligen SPD-Betriebsratsvorsitzenden - Heinemann). Die Kollegen von Auer sind darauf nicht reingefallen. Gegen ihren Widerstand mußten die Entlassungen durchgesetzt werden. 1973 – zuerst werden 7 Kollegen entlassen. Dann folgen 100 weitere. Der kleine Drucksaal wird aufgelöst – 17 Kollegen entlassen; 18 Reinigungsfrauen entlassen; Akzidenz wird „gesundgeschrumpft"...

Diese Entwicklung geht bis heute weiter. Daneben gab es immer Gerüchte um Verkauf oder Stillegung der „Mopo". Jetzt ist es endgültig. Ende des Jahres wird die Technik dicht gemacht. Es gibt Verhandlungen, die Mopo bei Springer herzustellen. „Rettet die Morgenpost" – „Rettet die Pressevielfalt in Hamburg", „Springer darf nicht alles haben"... Wir haben die Kollegen von Auer gefragt, was sie von diesen Vorschlägen halten.

Wie ist der Stand bei der geplanten Stillegung?

Fest steht, daß die Technik noch in diesem Jahr eingestellt wird, d.h. ca. 240 Kollegen entlassen werden. Ende des Jahres läuft der Vertrag für das Pressehaus aus. Nun haben sie verlängert um ein Vierteljahr, also bis Ende März. Diese Zeit brauchen sie wohl, um die ganzen Maschinen rauszureißen. Wir glauben, daß wir noch bis Ende des Jahres produzieren sollen – sonst würden sie nicht solange die hohe Miete (180000 DM monatlich) bezahlen.

Wie ist die Reaktion der Kollegen darauf?

Der Arbeitsplatz kann im Kapitalismus nicht gesichert sein. Uns interessiert nur noch der Lohn und eine angemessene Abfindungssumme. Die Kollegen empfinden den Sozialplan als Hemmnis auf der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz. Er soll dafür sorgen, daß alle noch bis zum Schluß produzieren, weil keiner auf das Geld verzichten kann. Z.B. hat ein Kollege sich für die Fachhochschule in Dortmund angemeldet. Dafür müßte er schon früher gehen. Ihm wird aber der Sozialplan verweigert.

Könnt ihr ein Beispiel nennen, was ein Kollege nach dem Sozialplan bekommt?

Der Sozialplan wird nach einem Punktesystem bezahlt, das sich nach Alter, Betriebszugehörigkeit und Anzahl der Kinder richtet. Zum Beispiel bekommt ein 42 Jahre alter Kollege mit einem Kind und 14 Jahren Betriebszugehörigkeit ca. 30000 DM.

Die SPD geht auf „Pressefreiheit" und „Rettet die Morgenpost". Wie ist die Meinung der Kollegen dazu?

Davon ist nichts zu halten. Springer wird die Arbeitsplätze niemals garantieren, das geht wohl schlecht im Kapitalismus. Uns geht es aber nur um die Arbeitsplätze. Pressefreiheit und Mitbestimmung sind Sachen, von denen wir nichts haben. Wenn Droescher sagt: „Wir müssen alle sehen, daß wir das Schiff wieder flott kriegen" – dann sollte das unsere Mitbestimmung sein. Da hat ja keiner Interesse dran. Und Pressevielfalt? Es ist ja eh so, daß die, die Produktionsmittel besitzen, ihre Schreiberlinge für sich schreiben lassen. Für die SPD soll verschönert gelogen und betrogen werden, um die Reformen unter die Leute zu bringen. Dafür geben wird uns nicht her.

Diakoniewerk Kropp – 100 Jahre im Dienst der Ausbeuterordnung

b.hee Am 23.6.1979 wird das Diakoniewerk Kropp bei Schleswig 100 Jahre alt. Um 1850 brütete der Pfaffe Wichern im Auftrage der evangelischen Kirche ein konterrevolutionäres Programm aus, das die Ursachen des Elends verschleiern sollte, welches eine „Reintegration des Volkes in eine ständisch geordnete Gesellschaft und ein obrigkeitlich strukturiertes Gemeinwesen voranbringen konnte..." (Theologe Brakelmann). Paulsen, 1879 Gründer des Kropper Diakoniewerkes, erwies sich von Anfang an als ein nützlicher Knecht des nach Expansion strebenden Imperialismus. Er führte in Kropp Predigerseminare für deutsche „Auswanderergemeinden" ein. 1892 ließ Paulsen die Anstalt für Gemüts- und Nervenkranke in Kropp bauen, um „...für ihre religiösen Bedürfnisse zu sorgen". Diese „aufopferungsvolle Hingabe" weiß auch der CDU-Landtagsvorsitzende Heiko Hopfmann zu würdigen, da „...es die Politik der CDU ist, gerade im sozialen Bereich private Initiative und Selbsthilfe anzuregen!" 1919 wurde in Kropp die Diakonissenanstalt eingerichtet, deren Schwestern bis heute für Kost, Logis und ein geringes Taschengeld arbeiten. Auch der Kostendämpfer Ehrenberg muß der Diakonie dankbar sein, denn in den Kropper Anstalten sind von 317 Beschäftigten 202 Teilzeitkräfte und im Pflegebereich überwiegt massiv die Zahl der unausgebildeten Helferinnen. Ein Kropper Monatsblatt lobt, daß „die große Zahl der Hilfskräfte es erlaube, mit relativ wenig Personal eine Versorgung, auch zu Spitzenzeiten, sicherzustellen".

Die billigsten Arbeitskräfte sind die Patienten selbst, die ohne Bezahlung in allreichen des Hauses eingesetzt werden. Da sich die Kropper Anstalten zunehmend auf die Altenpsychiatrie und -pflege spezialisieren (Pastor Hoeck, Leiter), sind die Pflegekosten dort wesentlich geringer, als in den anderen psychiatrischen Krankenhäusern, wo die Pflegesätze über 200 DM betragen, während die für Kropp bei 60 DM liegen. Das Diakoniewerk ist auch ein reines Siechenheim. Nur 5,73% der Einnahmen der Anstalt kommen von „Behandlungsfällen", d.h. aus den Krankenkassen, während Pflegegelder von der Sozialbehörde 65,95% ausmachen. Die Bedeutung der Behandlungstherapie erkannte Pfaffe Paulsen schon



des Jahres wird die Technik dicht gemacht. Es gibt Verhandlungen, die Mopo bei Springer herzustellen. „Ret- nicht gesichert sein. Uns interessiert nur noch der Lohn und eine angemessene Abfindungssumme. Die Kollegen sen. Für die SPD soll verschönert gelogen und betrogen werden, um die Reformen unter die Leute zu bringen. Dafür geben wird uns nicht her.

Diakoniewerk Kropp – 100 Jahre im Dienst der Ausbeuterordnung

b.hee Am 23.6.1979 wird das Diakoniewerk Kropp bei Schleswig 100 Jahre alt. Um 1850 brütete der Pfaffe Wichern im Auftrage der evangelischen Kirche ein konterrevolutionäres Programm aus, das die Ursachen des Elends verschleiern sollte, welches eine „Reintegration des Volkes in eine ständisch geordnete Gesellschaft und ein obrigkeitlich strukturiertes Gemeinwesen voranbringen konnte..." (Theologe Brakelmann). Paulsen, 1879 Gründer des Kropper Diakoniewerkes, erwies sich von Anfang an als ein nützlicher Knecht des nach Expansion strebenden Imperialismus. Er führte in Kropp Predigerseminare für deutsche „Auswanderergemeinden" ein. 1892 ließ Paulsen die Anstalt für Gemüts- und Nervenkranke in Kropp bauen, um „...für ihre religiösen Bedürfnisse zu sorgen". Diese „aufopferungsvolle Hingabe" weiß auch der CDU-Landtagsvorsitzende Heiko Hopfmann zu würdigen, da „...es die Politik der CDU ist, gerade im sozialen Bereich private Initiative und Selbsthilfe anzuregen!" 1919 wurde in Kropp die Diakonissenanstalt eingerichtet, deren Schwestern bis heute für Kost, Logis und ein geringes Taschengeld arbeiten. Auch der Kostendämpfer Ehrenberg muß der Diakonie dankbar sein, denn in den Kropper Anstalten sind von 317 Beschäftigten 202 Teilzeitkräfte und im Pflegebereich überwiegt massiv die Zahl der unausgebildeten Helferinnen. Ein Kropper Monatsblatt lobt, daß „die große Zahl der Hilfskräfte es erlaube, mit relativ wenig Personal eine Versorgung, auch zu Spitzenzeiten, sicherzustellen".

Die billigsten Arbeitskräfte sind die Patienten selbst, die ohne Bezahlung in allreichen des Hauses eingesetzt werden. Da sich die Kropper Anstalten zunehmend auf die Altenpsychiatrie und -pflege spezialisieren (Pastor Hoeck, Leiter), sind die Pflegekosten dort wesentlich geringer, als in den anderen psychiatrischen Krankenhäusern, wo die Pflegesätze über 200 DM betragen, während die für Kropp bei 60 DM liegen. Das Diakoniewerk ist auch ein reines Siechenheim. Nur 5,73% der Einnahmen der Anstalt kommen von „Behandlungsfällen", d.h. aus den Krankenkassen, während Pflegegelder von der Sozialbehörde 65,95% ausmachen. Die Bedeutung der Behandlungstherapie erkannte Pfaffe Paulsen schon

früh, „...half sie doch auch mit, Gelder für weitere große Vorhaben zu gewinnen, wenn die Patienten mitarbeiten." (Kropper Beilage) Weil die „Erträge" aus der Arbeit der Patienten bisher nicht sehr hoch sind, soll die „Beschäftigungstherapie" ausgeweitet werden. Schon jetzt werden industrielle und gärtnerische Produkte der Kranken verkauft.


Die christliche Arbeitstherapie ist nichts weiter als Zwangsarbeit für Behinderte zum Nulltarif.

„Freies Bauerntum“ statt „Bauernvernichtung“

b.dam. Die amerikanische Bourgeoisie verlieh ihm den Ehrendoktor. Professor Karl Weigand machte sich in jener Zeit, Anfang der siebziger Jahre, in den USA verdient um die Untersuchung der „Mobilität der Checano Wanderarbeiter“, die als Reserve und unverbrauchte frische Arbeitskräfte und zur Senkung des Lohnstandarts für die einheimische Bourgeoisie nutzbar gemacht werden sollten. Er betont in seiner Arbeit den Nutzen und die Anwendungs- und Vergleichsmöglichkeiten auch für die Bundesrepublik.

Als wissenschaftlicher Berater bei der Entwicklung des Programms Nord lieferte er einen wesentlichen Teil der wissenschaftlichen Unterstützung des Bauernlegungsprogramms. Er spricht selbst nicht von gelegten Bauern, sondern von „freigesetzten Kräften“. „Viele Arbeitskräfte, die in der Landwirtschaft frei wurden und am Ort keine ausreichende Beschäftigung fanden, fahren nach Flensburg zur Arbeit, wohnen aber auch weiterhin billiger im Amt Nordhackstedt oder in Medelby“, beschreibt er die Lage der gelegten Bauern oder Kinder, die meist als ungelernte Kräfte ihre Arbeitskraft Tag für Tag in der Stadt anbieten müssen. Im „Wegweiser für die Lehrerausbildung“ nimmt er sich die Ausrichtung der Lehrer vor: „Darüberhinaus bildet das Landeskulturprogramm Nord ein beispielhaftes Unterrichtsmodell, in dem ein Werk des wirtschaftenden Menschen in all seinen vielfältigen Verflechtungen anschaulich sichtbar gemacht werden kann.

Es zeigt die Auseinandersetzungen des Menschen mit der Natur, setzt Achtung vor Leistungen des wirtschaftenden Menschen unserer Zeit und macht zugleich die Grenzen sichtbar, die dem Menschen immer wieder von der Natur gesetzt werden... Der Staat möchte letztlich nur die Voraussetzungen schaffen, damit sich in einem ‚benachteiligten Gebiet‘ die Wirtschaft in der gleichen Weise entfalten kann, wie dieses in anderen ‚begünstigten Räumen Deutschlands‘ schon früher möglich war. Es ist ein staatlicher Auftrag für die Region, die unverschuldet in eine wirtschaftliche Notlage geriet. Die Möglichkeit zu letzter ‚Entfaltung‘ aber bleibt stets in der Hand des freien Bauerntums.“

Spricht ein Lehrer nicht vom „Freisetzen“ und vom „freien Bauern“, sondern von der Wahrheit, von der systematischen Vernichtung der kleinen und mittleren Bauern durch eben dieses „Programm Nord“, soll mit Hilfe des Notensystems verhindert werden, daß er dieses in der Schule lehrt. „Der

Verflechtungen anschaulich sichtbar gemacht werden kann.

Es zeigt die Auseinandersetzungen des Menschen mit der Natur, setzt Achtung vor Leistungen des wirtschaftenden Menschen unserer Zeit und macht zugleich die Grenzen sichtbar, die dem Menschen immer wieder von der Natur gesetzt werden... Der Staat möchte letztlich nur die Voraussetzungen schaffen, damit sich in einem ‚benachteiligten Gebiet‘ die Wirtschaft in der gleichen Weise entfalten kann, wie dieses in anderen ‚begünstigten Räumen Deutschlands‘ schon früher möglich war. Es ist ein staatlicher Auftrag für die Region, die unverschuldet in eine wirtschaftliche Notlage geriet. Die Möglichkeit zu letzter ‚Entfaltung‘ aber bleibt stets in der Hand des freien Bauerntums.“

Spricht ein Lehrer nicht vom „Freisetzen“ und vom „freien Bauern“, sondern von der Wahrheit, von der systematischen Vernichtung der kleinen und mittleren Bauern durch eben dieses „Programm Nord“, soll mit Hilfe des Notensystems verhindert werden, daß er dieses in der Schule lehrt. „Der
Wandel der Agrarlandschaft auf der schleswigschen Geest nach dem zweiten Weltkrieg“ ist das Thema einer Examensarbeit für die Erste Staatsprüfung für Realschullehrer, die von Weigand als Prüfer der Universität Kiel mit einer Fünf abgelehnt wurde. Die Tätigkeit der schleswig-holsteinischen Landgesellschaft wird in der Arbeit als planmäßige Ruinierung der Bauern seit ihrer Gründung angegriffen: „Über diese Gesellschaft kontolliert das Finanzkapital direkt die Aufstockung von Betrieben, führt Landkäufe durch und kontrolliert deren Verwendung...

Von 1949 bis 1972 kaufte sie 7626 Flächen auf mit 59878 ha Gesamtfläche. Während in der Zeit von 1948 bis 1963 diese Flächen zu 69% zu Neusiedlungen verwendet werden, verschob sich dies für die Zeit von 1963 bis 1966 zugunsten von 60% der Fläche für die Aufstockung von bestehenden Betrieben.“ Daß diese Maßnahmen nicht ohne Kämpfe der Bauern dagegen so einfach durchzusetzen sind, schwant auch Weigand. „Oft müssen Jahre vergehen, bis bodenverbessernde Arbeiten für die Landwirtschaft wirksam werden.“ Sechs Jahre hat die Bourgeoisie in dem Dorf Großenwiehe gebraucht, um die Besitzanweisung nach dem Programm Nord rechtskräftig zu machen. In der Arbeit wird nachgewiesen, wie die schleswig-holsteinische Landgesellschaft dieses Programm durchgeführt hat.

„Die schleswig-holsteinische Landgesellschaft hat 1961 in Großenwiehe 18,4 ha Land aufgekauft und im Rahmen des Flurbereinigungsverfahrens für Aufstockung der großen Betriebe verwendet.“ Dann wird nachgewiesen, daß die Eigenbeteiligungskosten für die Flurbereinigung die kleinen Bauern dazu zwingen, sich endgültig zu verschulden, was ihren Ruin beschleunigt. „Das Ergebnis dieser Politik läßt sich an der sinkenden Zahl der Betriebe absehen. 1960 gab es in den Gemeinden Großenwiehe und Schobüll zusammen 123 Betriebe. 1970 waren es in der zusammengelegten Gemeinde Großenwiehe nur noch 100. Eine Aufstellung des prozentualen Anteils der einzelnen Betriebsgrößen an der Zahl der Betriebe insgesamt zeigt deutlich, daß die Betriebe zwischen 20 und 50 ha sind, die zahlenmäßig zugenommen haben (17%), während die Betriebe unter 10 ha um 10% abgenommen haben.“

Als Gutachter des Fremdenverkehrsvereins Nordfrieslands, als Mitglied eines Ausschusses des Landwirtschaftsministeriums verwandeln sich Examensarbeiten von Studenten für Weigand in diesen Gremien in klingende Münze. Vor zwei Jahren hat er etliche Arbeiten an seine Studenten vergeben, die für ihn kostenlos die Möglichkeiten untersuchen sollten, wie die Fremdenverkehrskapitalisten auf den kleineren Halligen speziell auf der Hallig Langeneß, Fuß fassen könnten. „Die Halligbewohner sind dankbar für das Programm Nord“, schreibt Weigand, „das hier zur Sicherung und Erhaltung einer wenn auch gewandelten aber immer noch eigenen Welt beigetragen hat.“ Die Studenten machen je-

an der sinkenden Zahl der Betriebe absehen. 1960 gab es in den Gemeinden Großenwiehe und Schobüll zusammen 123 Betriebe. 1970 waren es in der zusammengelegten Gemeinde Großenwiehe nur noch 100. Eine Aufstellung des prozentualen Anteils der einzelnen Betriebsgrößen an der Zahl der Betriebe insgesamt zeigt deutlich, daß die Betriebe zwischen 20 und 50 ha sind, die zahlenmäßig zugenommen haben (17%), während die Betriebe unter 10 ha um 10% abgenommen haben.“

Als Gutachter des Fremdenverkehrsvereins Nordfrieslands, als Mitglied eines Ausschusses des Landwirtschaftsministeriums verwandeln sich Examensarbeiten von Studenten für Weigand in diesen Gremien in klingende Münze. Vor zwei Jahren hat er etliche Arbeiten an seine Studenten vergeben, die für ihn kostenlos die Möglichkeiten untersuchen sollten, wie die Fremdenverkehrskapitalisten auf den kleineren Halligen speziell auf der Hallig Langeneß, Fuß fassen könnten. „Die Halligbewohner sind dankbar für das Programm Nord“, schreibt Weigand, „das hier zur Sicherung und Erhaltung einer wenn auch gewandelten aber immer noch eigenen Welt beigetragen hat.“ Die Studenten machen je-
doch ihre eigenen Erfahrungen mit dem Programm Nord: Durch Noten sollen sie beim Examen gezwungen werden, diese zu verschütten und zu entstellen. Weigand hat großspurig erklärt, er würde gerne über die Arbeit diskutieren. Günstig wäre es, wenn man ihn vor Ort mit dem Programm Nordgebiet selbst beim Wort nehmen könnte.

Hell will die Produktion der Farbscanner um 33 % erhöhen

thc.b. Recht zufrieden äußerte sich Geschäftsführer Taudt über die Umsatzsteigerung von knapp 30% auf der Betriebsversammlung der Hell GmbH. Schlüssel für die Produktionssteigerung ist die Schichtarbeit in den NC-Bearbeitungszentren (NC gleich numerisch gesteuerte Dreh- und Fräsmaschinen). Hier wurde bald nach Anlauf der Produktion des Farbscanners DC 300, der für Reproarbeiten in großen Druckereien verwandt wird, die Stückzahlen pro Serie von 10 bis 20 auf jetzt 80 erhöht. Erreicht wird damit, daß der für die Kapitalisten lästige Stillstand der Maschinen verkürzt wird, weil die Rüstzeiten im Verhältnis zum Betrieb der Maschinen sich erheblich verringern. Die Schichtarbeit erhöhte den Ausstoß pro Tag zusätzlich. Denn solange die teuren Maschinen nutzlos herumstehen, binden sie Kapital, welches nicht in den Verwertungsprozeß eingehen kann.

Zunächst vergrößerte sich durch diese Maßnahmen die Lagerhaltung. Um den Abbau des Lagers zu erreichen, mußte die Montage von Einzel- auf Serienmontage umgestellt werden. War es bisher so, daß alle 8 bis 10 Tage 5 Maschinen angeliefert wurden, so werden es in Zukunft täglich 2 sein. Diese Maßnahme reduziert gleichzeitig die Zahl der umlaufenden Maschinen. Nutzeffekt für die Kapitalisten ist hier, daß sich die Umlaufgeschwindigkeit des konstanten Kapitalteils erhöht und damit sich das konstante Kapital insgesamt verringert.

Die Serienmontage ist so organisiert, daß die Arbeiter einen festen Platz haben und – im Gegensatz zu früher – nur noch Teilarbeiten verrichten. Dieses System ist die Grundlage für die Einführung des Akkordlohnes, wie es bereits bei dem kleineren Scanner 299 durchgesetzt ist.

Ist bei der Montage der Engpaß beseitigt, tritt der nächste im Prüffeld auf. Hier verbleiben die Maschinen 3 Wochen, weil ein relativ aufwendiger Prüfvorgang notwendig ist. Die auftretenden Fehler in der Elektronik lassen sich nicht vorher bestimmen, weshalb sich hier schlecht ein Akkordlohnsystem einführen läßt.

Am 7. Juni fand eine Abteilungsversammlung statt, auf der bekanntgegeben wurde, daß die Produktion von 20 auf 30 Maschinen im Monat erhöht werden soll. Über die Einteilung der Prüfvorschrift in festgelegte Zeiteinheiten wurde die Prüfzeit um einen Tag verkürzt. Bereits seit Anfang des Jahres hat es eine „schleichende“ Verdichtung des Arbeitstages gegeben, da mit der gestiegenen Arbeitshetze in der Platinenproduktion und der Montage sich die Anzahl der Fehler, die die Prüfer beseitigen müssen, erhöht hat. Es ist keine Seltenheit, daß bis zu 20 Fehler vorkommen oder auf Grund von Funktionsuntüchtigkeit ganze elektronische Bauteile ausgetauscht werden müssen.



Freicorps – historische Vorläufer der GSG 9 gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung

b.uwa. Um jeden Preis versucht die Staatsschutzkammer Flensburg in dem laufenden Wehrkraftzersetzungsprozeß zu verhindern, daß nachgewiesen wird, daß die Bourgeoisie schon immer solche konterrevolutionären Banden vom Schlage der GSG 9 gebraucht hat, wie z.B die Freikorps nach dem 1. imperialistischen Weltkrieg:

Seit 1916 war es in Deutschland immerwieder zu Aktionen und Streiks gegen den Krieg gekommen. Nach dem Zusammenbruch der letzten Großoffensive der deutschen Imperialisten im Westen forderten die Massen das Ende des Krieges und die Errichtung der Republik. Der Aufstand der Kieler Matrosen gab das Signal für die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten im ganzen Land. In Berlin erzwangen die Massen am 9. November 1918 den Rücktritt der Regierung und die Ausrufung der Republik.

In dieser Situation konnte die Bourgeoisie sich nicht mehr auf die gerade von der Front zurückströmende Armee stützen. „Die Armee“, analysierte der reaktionäre General Groener, „wird zum Bürgerkrieg wohl nicht zu haben sein.“ So versuchte die Bourgeoisie einerseits, die Soldatenbewegung zu zersetzen, gestützt auf die Sozialdemo-

gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung

b.uwa. Um jeden Preis versucht die Staatsschutzkammer Flensburg in dem laufenden Wehrkraftzersetzungsprozeß zu verhindern, daß nachgewiesen wird, daß die Bourgeoisie schon immer solche konterrevolutionären Banden vom Schlage der GSG 9 gebraucht hat, wie z.B die Freikorps nach dem 1. imperialistischen Weltkrieg:

Seit 1916 war es in Deutschland immerwieder zu Aktionen und Streiks gegen den Krieg gekommen. Nach dem Zusammenbruch der letzten Großoffensive der deutschen Imperialisten im Westen forderten die Massen das Ende des Krieges und die Errichtung der Republik. Der Aufstand der Kieler Matrosen gab das Signal für die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten im ganzen Land. In Berlin erzwangen die Massen am 9. November 1918 den Rücktritt der Regierung und die Ausrufung der Republik.

In dieser Situation konnte die Bourgeoisie sich nicht mehr auf die gerade von der Front zurückströmende Armee stützen. „Die Armee“, analysierte der reaktionäre General Groener, „wird zum Bürgerkrieg wohl nicht zu haben sein.“ So versuchte die Bourgeoisie einerseits, die Soldatenbewegung zu zersetzen, gestützt auf die Sozialdemo-
kratie und mit Hilfe von „Vertrauensräten“, deren oberste Pflicht es sein sollte, „auf die Verhinderung von Unordnung und Meuterei hinzuwirken.“ Andererseits rotteten sich reaktionäre Offiziere zusammen und bildeten – unterstützt von Aufrufen der Regierung Ebert / Scheidemann / Noske – die ersten Freikorps. Heruntergekommene Landsknechte, angeführt von adeligem Offizierspack, geschmiert durch Spenden von Industriellen und Großgrundbesitzern, sollten die spontan entstandenen Arbeiter- und Soldatenräte niederschlagen und die zusammengeraubten Güter der preußischen Krautjunker gegen die revolutionären Bauern Estlands, Lettlands und Litauens verteidigen.

Indem er sich dieser Banden zur Niederschlagung der Aufstände der Massen bediente, verdiente sich der Sozialdemokrat Noske den Namen „Bluthund“. Von einem Ort zum anderen hetzten z.B. die berüchtigte Kieler Marinebrigade und die Brigade Ehrhardt, um mit Artillerie und Minen überall dort, wo die Volksmassen unter Führung von Spartakisten die Macht ergriffen hatten, die Macht der Bourgeoisie blutig wiederherzustellen.

Wo die Massen dieser Banditen habhaft werden konnten, wurden sie öffentlich hingerichtet. Im Osten wurden die Freikorps vernichtend geschlagen: von den 600 Freiwilligen des Freikorps Hamburg, das im Februar 1919 nach Kurland gezogen war, gab es 24 Überlebende.

Insgesamt ist es der Bourgeoisie damals gelungen, die zersplitterten Aufstände mit Hilfe der Freikorps in Blut zu ersticken. Die Kommunistische Partei wurde eben erst aufgebaut und hatte weder ein korrektes Programm noch einen strategischen Plan. Auch wenn die Klassenkampflage heute eine andere ist und die GSG 9 nicht direkt mit den Freikorps vergleichbar ist, steht sie doch in deren konterrevolutionärer Tradition. „In 2 Stunden an jedem Ort der BRD“, „Einsatz u.a. bei Demonstrationen und schweren Ausschreitungen“ – die Bourgeoisie weiß, daß sie die erneute Vorbereitung des imperialistischen Krieges wiederum nur mit konterrevolutionärer Gewalt gegen die Volksmassen durchsetzen kann. Der Unterdrückung dieser Wahrheit dienen die Wehrkraftzersetzungsprozesse.

adeligem Offizierspack, geschmiert durch Spenden von Industriellen und Großgrundbesitzern, sollten die spontan entstandenen Arbeiter- und Soldatenräte niederschlagen und die zusammengeraubten Güter der preußischen Krautjunker gegen die revolutionären Bauern Estlands, Lettlands und Litauens verteidigen.

Indem er sich dieser Banden zur Niederschlagung der Aufstände der Massen bediente, verdiente sich der Sozialdemokrat Noske den Namen „Bluthund“. Von einem Ort zum anderen hetzten z.B. die berüchtigte Kieler Marinebrigade und die Brigade Ehrhardt, um mit Artillerie und Minen überall dort, wo die Volksmassen unter Führung von Spartakisten die Macht ergriffen hatten, die Macht der Bourgeoisie blutig wiederherzustellen.

Wo die Massen dieser Banditen habhaft werden konnten, wurden sie öffentlich hingerichtet. Im Osten wurden die Freikorps vernichtend geschlagen:

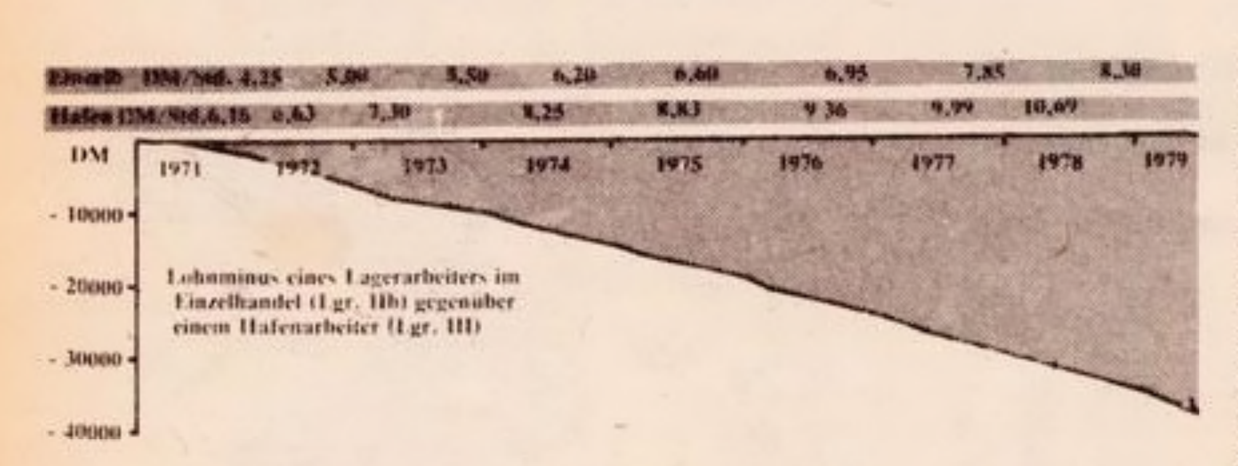
von den 600 Freiwilligen des Freikorps Hamburg, das im Februar 1919 nach Kurland gezogen war, gab es 24 Überlebende.

Insgesamt ist es der Bourgeoisie damals gelungen, die zersplitterten Aufstände mit Hilfe der Freikorps in Blut zu ersticken. Die Kommunistische Partei wurde eben erst aufgebaut und hatte weder ein korrektes Programm noch einen strategischen Plan. Auch wenn die Klassenkampflage heute eine andere ist und die GSG 9 nicht direkt mit den Freikorps vergleichbar ist, steht sie doch in deren konterrevolutionärer Tradition. „In 2 Stunden an jedem Ort der BRD“, „Einsatz u.a. bei Demonstrationen und schweren Ausschreitungen“ – die Bourgeoisie weiß, daß sie die erneute Vorbereitung des imperialistischen Krieges wiederum nur mit konterrevolutionärer Gewalt gegen die Volksmassen durchsetzen kann. Der Unterdrückung dieser Wahrheit dienen die Wehrkraftzersetzungsprozesse.





Lohnvergleich Einzelhandel – Hafen



b.hek. Die Gewerkschaft HBV hat die Hamburger Einzelhandelskapitalisten zur Wiederaufnahme der Lohnverhandlungen aufgefordert. 2,4 % für ungelernte Arbeiter wird nicht hingenommen. Wird diese Bereitschaft nicht bis zum 21. Juni erklärt, werden Kampfmaßnahmen eingeleitet. Die Hungerlöhne im Einzelhandel sollen mit dem 2,4 % Abschluß zwischen Einzelhandelskapitalisten und DAG weiter unter das Niveau gedrückt werden, das die Arbeiter in kampfstarken Branchen durchgesetzt haben. Wir haben den Tariflohn eines Lagerarbeiters im Einzelhandel (LG IIb, bisher 8,30 DM/h, bzw. 1 445 DM/Monat) mit dem Lohn eines ungelernten Hafenarbeiters (LG III, 11,27 DM/h, bzw. 1 961 DM/Monat) verglichen. Aufsummiert, wieviel der Lagerarbeiter in 8 Jahren weniger an Lohn bekommen hat, ergibt sich ein Betrag von 37 288 DM – zwei Jahreslöhne! Weil die Arbeiterklasse die niedrigen Löhne im Einzelhandel kennt, findet jeder Kampfschritt besondere Unterstützung.

Der HSV ist Meister – und so weidlich wollte man es auskosten

b.uwh. „Die Alm in Bielefeld, das ist ein Knochenacker ...knüppelhart und tückisch“ gehts da zu (Bild, 2.6.). Nur eiserner Disziplin, „eiskalter Taktik“ und vor allem dem „gnadenlosen Training“ des knallharten Branco ist diese Meisterschaft zu danken. Insider wissen, daß Zebec als der brutalste Coach der Liga einzuschätzen ist. Maier-Sepp erzählt in Bild, wie Zebec ihn schon 68 „zur Schnecke gemacht“ habe. Auf Knien habe er ihn angefleht aufzuhören. Aber Branco habe nur gelacht. Lohn war Meisterschaft und Europacup. Auch der beliebte Kevin, abgebrühter Kampfprofi, hat erst bei Branco das Laufen gelernt. Wie schnell er geworden ist, bewies er gegen die Bayern, als die Fans in der Westkurve den Knastverschlag sprengten.

Das Ganze soll wohl aus dem Leben gegriffen sein: Kruppstählerne Härte, Schinderei bis zum „Geht nicht mehr“. Das sind die Tugenden der Deutschen. Nur so bringt man es zu was. Die Schlappschwänze aus Köln hatten über Weisweilers Trainingsmethoden gemault. Dafür wurden die Geisböcke mit 6:0 im Volkspark geschlachtet. So ist das nun mal.

Laut Kriegsberichterstattung der bürgerlichen Pressemeute war dies der härteste Meisterschaftsfight seit Jahren. Bestenfalls vergleichbar mit Stalingrad oder Verdun. Logisch, daß nach dem Endsieg der „HSV mit den Knöcheln im Sekt stand“ und mit „Fürst Metternich“ (Bild, 5.6.) geduscht wurde. Die Bourgeois hauten auf den Putz. „Damit hatte keiner gerechnet“, heuchelte Netzer. Hamburgs oberster Polit-Profi Klose wurde gleich bekanntermaßen widerlich: „Hamburg ist stolz auf seinen HSV.“ Ein Riesen-Volksfest wollte man vor dem Rathaus inszenieren: Sozi-Klose, salatschüsselschwenkend, mit King-Kevin in europäisch-schwüler Umarmung und dahinter dezent hanseatisch „Uns Uwe“ – Gott welch ein Bild! Im offenen Wagen sollten „unsere Jungs“ durch die Stadt, Fahnen sollten flattern, die Fans sollten brav applaudieren und die Welt in Ordnung finden.

Diese „Fans“ ließen sich jedoch nicht vorführen. Feiern wollte man schon, doch wußte jeder, daß sich mit den Bourgeois nicht feiern läßt. Um die Feier zu retten, wandte man das Mittel an, was man auch sonst anwendet, wenn man was durchsetzen will: kollektive Kraft:Den Zaun im Volkspark zu knacken, darf man nicht unterschätzen. Die Auschwitzer Nazis hätten den HSV um diesen schönen Zaun glatt beneidet. Seit Chile 73 weiß man im Übrigen, wozu sich so ein Stadion noch eignet. „Einige kriminelle Drahtschneider“ wären nicht in der Lage gewesen, diese Leistung zu vollbringen. Gerade daß es eine Leistung von Tausenden war, ließ den Bourgeois den Arsch auf Grundeis gehen. „Entsetzen und Ratlosigkeit“ (Mopo, 14.6.) schüttelte die Verantwortlichen. 447 Spitzel von Polizei und Ordnungsdienst standen in der Westkurve – soviel wie nie. „Der Fall zeigt, daß wir gegenüber der Masse Mensch nahezu ohnmächtig sind.“ Wie recht du hast, Günther! Organisierte Masse – da werden auch Deine Vorschläge von wegen Wassergräben und Artillerie nichts ausrichten. Ganz sicher! Die Erfahrungen, die die „HSV-Fans“ in solchen Auseinandersetzungen machen, werden sie an richtiger Stelle im Klassenkampf gut nutzen können.

Preußische Legenden

z.doz. 1947 erklären die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges im 46. Kontrollratsgesetz den Staat Preußen für aufgelöst. Dreißig Jahre später veröffentlicht der neue Regierende Bürgermeister von Westberlin, Dietrich Stobbe, gebürtiger Ostpreuße und ,,heimatvertrieben'', die Pläne von Senat und Bundesregierung, 1981 eine Preußenausstellung ,,von internationalem Rang'' zu veranstalten. Zweiunddreißig Jahre später äußert er auf einer Gedenkveranstaltung für den letzten preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun Gedanken, die angeblich alle Deutschen – wer immer damit gemeint ist – angehen.

,,Wir wollen keine Verherrlichung dieses Preußens.'' Wir wollen nicht? Ein bißchen lächerlich, wir wissen es besser. Stobbe hatte in der Regierungserklärung nach seinem Amtsantritt von den Beschäftigten in den öffentlichen Diensten ,,Treue, Pflichterfüllung und eine Gesinnung, die das Dienen vor das Fordern stellt'', verlangt. Ganz preußisch. Stattdessen hatte er zum Beispiel die ÖTV-Mitglieder aus den Krankenhäusern am vergangenen Wochenende mit 90 Ständen in der Stadt mit Forderungen gegen die Kostendämpfungspolitik von Senat und Bundesregierung. Was heißt also schon wollen? Er kann nicht.

,,Wir wollen auch seine Verketzerung nicht.'' Also Preußen ganz sachlich? Stobbe legt vor: ,,Gründungen der Akademie der Künste und Akademie der Wissenschaften, Toleranzprinzip, Aufklärung, früh entwickelte Fähigkeit, anderes, Fremdes zu adaptieren.'' Letzteres ist unumwunden zuzugeben. Erst ,,adaptierte'' der Deutsche Ritterorden die Mark Brandenburg im 12. Jahrhundert, das Kernland des späteren Preußenstaates. Die Markgrafen Brandenburgs stiegen alsbald zum höchsten deutschen Reichsadel auf. 1618 kamen durch Erbfall Brandenburg und Preußen in der Hand eines Hohenzollernherrschers zusammen. 1740 wird Friedrich der Große König von Preußen und adaptiert Schlesien den Österreichern und Westpreußen den Polen weg. ,,Anderes, Fremdes'' wird weiter adaptiert bis in die Grenzen und Kolonien des Jahres 1918, dann ist Schluß damit, und die Sache entwickelt sich rückläufig.

Welch unschöne Lage, wenn man Vorbilder bei den eigenen Unterdrückern suchen muß. Denn Preußen war der Staat der Diktatur der Feudalklasse, genauer gesagt der ostelbischen Junker gegen Bauern, Handwerker, Arbeiter und Bourgeois. Durch das Monopol auf Getreideexport blieb der Adel dem Bürgertum lange Zeit hindurch überlegen. Die Junker besaßen Zollfreiheit für Korn-, Holz- und Wollexport. Den Bourgeois war es verwehrt, adligen Besitz zu erwerben und eine Fülle von Zunft- und Zollbeschränkungen engte ihre Entwicklungsfreiheit ein

lich? Stobbe legt vor: ,,Gründungen der Akademie der Künste und Akademie der Wissenschaften, Toleranzprinzip, Aufklärung, früh entwickelte Fähigkeit, anderes, Fremdes zu adaptieren.'' Letzteres ist unumwunden zuzugeben. Erst ,,adaptierte'' der Deutsche Ritterorden die Mark Brandenburg im 12. Jahrhundert, das Kernland des späteren Preußenstaates. Die Markgrafen Brandenburgs stiegen alsbald zum höchsten deutschen Reichsadel auf. 1618 kamen durch Erbfall Brandenburg und Preußen in der Hand eines Hohenzollernherrschers zusammen. 1740 wird Friedrich der Große König von Preußen und adaptiert Schlesien den Österreichern und Westpreußen den Polen weg. ,,Anderes, Fremdes'' wird weiter adaptiert bis in die Grenzen und Kolonien des Jahres 1918, dann ist Schluß damit, und die Sache entwickelt sich rückläufig.

Welch unschöne Lage, wenn man Vorbilder bei den eigenen Unterdrückern suchen muß. Denn Preußen war der Staat der Diktatur der Feudalklasse, genauer gesagt der ostelbischen Junker gegen Bauern, Handwerker, Arbeiter und Bourgeois. Durch das Monopol auf Getreideexport blieb der Adel dem Bürgertum lange Zeit hindurch überlegen. Die Junker besaßen Zollfreiheit für Korn-, Holz- und Wollexport. Den Bourgeois war es verwehrt, adligen Besitz zu erwerben und eine Fülle von Zunft- und Zollbeschränkungen engte ihre Entwicklungsfreiheit ein.

Aber die deutsche Bourgeoisie war da noch nie kleinlich. Stobbe lobt: ,,Die Aufklärung hielt in Preußen Einzug und brachte als großes rechtsstaatliches Dokument das Allgemeine Preußische Landrecht hervor.'' Das Allgemeine Preußische Landrecht schrieb die ständische Gliederung der Feudalordnung und die Vorherrschaft des Adels fest. Daß die Machtvollkommenheit des Staates darin nicht mehr aus göttlichem Recht, sondern der Pflicht, der Allgemeinheit zu dienen, sprich der jeweils herrschenden Klasse, hergeleitet wurde, änderte an dieser Tatsache nichts. Was die westdeutsche Bourgeoisie Begeisterndes über dieses Gesetzeswerk in ihre Schulbücher drucken läßt, liest sich in ,,Grundzüge der Geschichte'' folgendermaßen: ,,Es verzeichnete nicht nur geltendes Recht, sondern stellte auch Grundsätze auf, die weit in die Zukunft vorauswiesen. So wenn es für alle Arbeitswilligen, ,welchen es nur (!) an Mitteln und Gelegenheit, ihren Unterhalt selbst zu verdienen fehlt', das Recht auf Arbeit proklamiert.''

Unter Friedrich dem Großen wie unter Stobbe war dies noch stets Zwangsarbeit, und schon Friedrich der Große verstand das Recht auf Zwangsarbeit vortrefflich mit dem ,,Toleranzprinzip'' zu verbinden, von dem Stobbe als ,,schon deutlich erkennbar, als Preußen Flüchtlinge aufnahm'', schwärmt. Die preußischen Junker nahmen Einwanderer und Flüchtlinge aus dem Ausland in der Tat mit offenen Armen auf, um sie sodann in Arbeitshäuser zu stecken. Die Produktion von Waffen und Uniformen für die Armee des Kolonistenstaates wie auch die Produktion von Luxusgütern für die Genußbedürfnisse des Hofes wurde in großen Arbeiterkolonien, Spinnerdörfern und Zuchthäusern der Arbeit organisiert, in denen zumeist ausländische Arbeiter ausgebeutet wurden. Preußen besaß den freien Lohnarbeiter nicht im notwendigen Umfang, denn die Leibeigenschaft der Bauern war zum zweiten Mal eingeführt und unter Friedrich dem Großen erneut verschärft worden durch Erhöhung der Loskaufsummen. Die Vernichtung von Bauernhöfen durch Bauernlegen wurde zu bremsen versucht, denn mit ihnen entgingen dem Staat Steuern und Quartiere für die Armee. Steuern brauchte aber der in wachsendem Maße bei der städtischen Geldbourgeoisie verschuldete Adel, Steuern brauchte der Landesfürst für Hof und Armee. Aus der Förderung der Kameralistik, der Kunst, die camera, das Staatssäckel zu füllen, bestand in der Hauptsache die gerühmte Förderung der Wissenschaft in Preußen. Und ihre Eintreibung war die Hauptaufgabe des preußischen Beamtentums, das sich vor allem aus dem Adel rekrutierte.

Preußen war der Versuch, die Herrschaft des Feudaladels gegen die Bourgeoisie zu halten und die Feigheit der deutschen Bourgeoisie, die heute gar ihre eigenen Unterdrücker feiert, hat der Junkerklasse bis weit ins 20. Jahrhundert die Behauptung ihrer Machtstellung neben der Bourgeoisie erlaubt.

und Uniformen für die Armee des Kolonistenstaates wie auch die Produktion von Luxusgütern für die Genußbedürfnisse des Hofes wurde in großen Arbeiterkolonien, Spinnerdörfern und Zuchthäusern der Arbeit organisiert, in denen zumeist ausländische Arbeiter ausgebeutet wurden. Preußen besaß den freien Lohnarbeiter nicht im notwendigen Umfang, denn die Leibeigenschaft der Bauern war zum zweiten Mal eingeführt und unter Friedrich dem Großen erneut verschärft worden durch Erhöhung der Loskaufsummen. Die Vernichtung von Bauernhöfen durch Bauernlegen wurde zu bremsen versucht, denn mit ihnen entgingen dem Staat Steuern und Quartiere für die Armee. Steuern brauchte aber der in wachsendem Maße bei der städtischen Geldbourgeoisie verschuldete Adel, Steuern brauchte der Landesfürst für Hof und Armee. Aus der Förderung der Kameralistik, der Kunst, die camera, das Staatssäckel zu füllen, bestand in der Hauptsache die gerühmte Förderung der Wissenschaft in Preußen. Und ihre Eintreibung war die Hauptaufgabe des preußischen Beamtentums, das sich vor allem aus dem Adel rekrutierte.

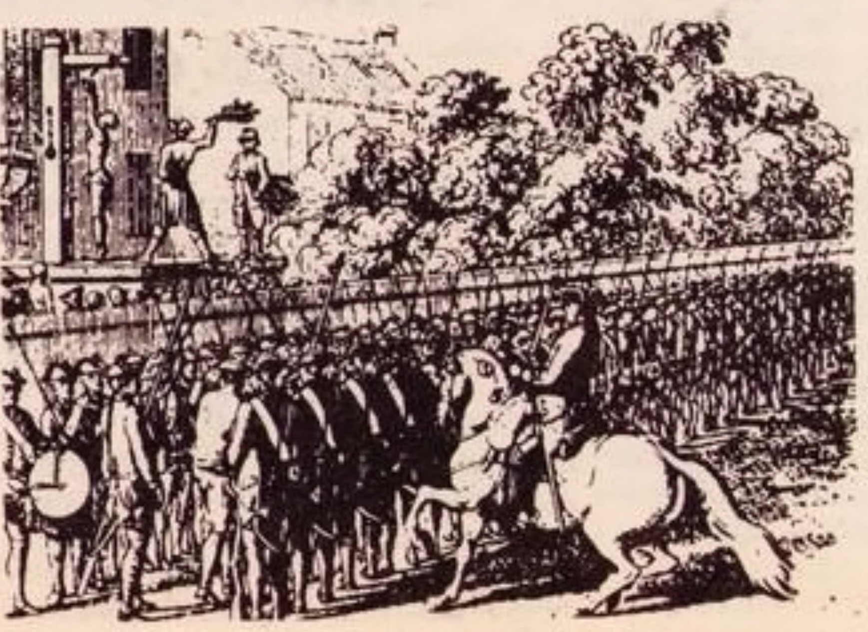
Preußen war der Versuch, die Herrschaft des Feudaladels gegen die Bourgeoisie zu halten und die Feigheit der deutschen Bourgeoisie, die heute gar ihre eigenen Unterdrücker feiert, hat der Junkerklasse bis weit ins 20. Jahrhundert die Behauptung ihrer Machtstellung neben der Bourgeoisie erlaubt.
Daß sich Stobbe und seinesgleichen für preußischen Drill erwärmen, verwundert nicht. Außerdem: Friedrich der Große hielt die Unterjochung Schlesiens gegen drei Großmächte. Wenn das kein Vorbild ist!

Deutsche Geschichte. Die Unterdrückertätigkeit Friedrichs des Großen und Preußens Rolle im Kampf um die Einheit der Nation. Feudalismus und Bourgeoisie beginnen sich zu verschwägern

Quellenhefte zum Revolutionären Volksbildungsprogramm

,,Alle feudalen Konflikte zeichnen sich durch Kleinlichkeit aus. Dennoch muß man hierbei große Unterschiede beachten. Die Geschichtsforscher werden sich immer gern mit den zahllosen kleinen Kämpfen, Intrigen und Verrätereien beschäftigen, durch welche es den französischen Königen gelang, mit ihren Feudalvasallen fertig zu werden, denn man kann daran die Entstehungsgeschichte einer großen Nation studieren. Dagegen ist es höchst langweilig und eintönig zu verfolgen, wie ein Vasall es zuwege brachte, eine größere oder kleinere Portion selbständigen Eigentums zu seinem Privatgebrauch aus dem Deutschen Reich herauszuschneiden; es sei denn, das Zusammentreffen außerordentlicher Umstände belebt das Bild, wie es zum Beispiel bei der Geschichte Österreichs der Fall ist. Dort sehen wir ein und denselben Fürsten als gewähltes Oberhaupt eines Reiches und gleichzeitig als erblichen Vasallen einer Provinz desselben Reiches, der im Interesse seiner Provinz gegen das Reich intrigiert; wir sehen, diese Intrigen gelingen, denn sein Vordringen im Süden scheint die traditionellen Konflikte zwischen dem Deutschen Reich und Italien zu erneuern, während sein Vordringen im Osten offenbar den erbittertsten Kampf der deutschen und slawischen Stämme sowie den Widerstand des christlichen Europas gegen den mohammedanischen Orient fortsetzt; schließlich erreicht seine Hausmacht durch schlau eingefädelte Familienverbindungen eine solche Größe, daß sie nicht nur zeitweise das ganze Reich zu verschlingen droht, wobei sie es mit einem künstlichen Glanze umgibt, sondern auch die Welt in dem Grab einer Universalmonarchie zu begraben scheint. In den Annalen der Geschichte der Markgrafschaft Brandenburg finden wir nun derartige kolossale Züge durchaus nicht vor. Mutet uns die Geschichte ihres Rivalen wie ein diabolisches Epos an, so erscheint daneben die brandenburgische Historie wie eine schmutzige Familienchronik. Selbst dort, wo man ähnliche oder gar gleiche Interessen zu finden hofft, besteht ein auffallender Unterschied. Die ursprüngliche Bedeutung der beiden Marken – Brandenburg und Österreich (hieß ursprünglich Ostmark) – rührt daher, daß sie vorgeschobene Posten Deutschlands gegen die benachbarten Slawen bildeten, sei es für die Defensive oder für die Offensive. Aber auch von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet fehlt es der brandenburgischen Geschichte an Farbe, Leben und dramatischer Bewegung; sie ist gleichsam untergegangen in kleinlichen Kämpfen mit unbekannten slawischen Stämmen, die über einen verhältnismäßig kleinen Landstrich zwischen Elbe und Oder zerstreut waren und von denen keiner je historische Bedeutung gewann. Die Markgrafschaft Brandenburg hat keinen historisch bedeutsamen Slawenstamm unterworfen oder germanisiert; es ist ihr nicht einmal gelungen, ihre Arme bis zur angrenzenden Wendischen See (Ostsee) auszustrecken. Pommern, wonach die Markgrafen von Brandenburg schon seit dem zwölften Jahrhundert trachteten, war 1815 noch nicht völlig dem Königreich Preußen einverleibt, und als die brandenburgischen Kurfürsten es bruchstückweise sich anzueignen begannen, hatte es längst aufgehört, ein slawischer Staat zu sein. Die Umgestaltung der südlichen und südöstlichen Küstenstriche der Ostsee, teils bewirkt durch den kaufmännischen Unternehmungsgeist deutscher Bürger, teils durch das Schwert der Deutschritter, gehört der Geschichte Deutschlands und Polens an und nicht der Brandenburgs, das nur dort zu ernten kam, wo es nicht gesät hatte.''

Karl Marx, Das göttliche Recht der Hohenzoller, Marx-Engels-Werke Bd. 12



Gassen oder Spießrutenlauf, Kupferstich von Chodowiecki 1774

Aus: Fragen an die Geschichte

Preußen – Was ist das?

Berlin, 19. Januar. Auf einer Gedenkveranstaltung für den letzten preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun (1872–1955) sprach Berlins Regierender Bürgermeister Dietrich Stobbe über Preußen und die für 1981 geplante Preußen-Ausstellung in Berlin:

,,Das Toleranzprinzip wird schon seit dem Großen Kurfürsten deutlich erkennbar, als Preußen Flüchtlinge aufnahm. Die *Aufklärung* hielt in Preußen Einzug und brachte als großes rechtsstaatliches Dokument das Allgemeine Preußische Landrecht hervor. – Dieser Staat zog führende Köpfe an und bildete seine früh entwickelte Fähigkeit fort, Anderes, Fremdes zu adaptieren. – Berlin hat den Realitäten innerhalb des west-östlichen Gleichgewichts der Macht Rechnung zu tragen. Berlin muß versuchen, über sich selbst klar zu werden.''

Aus: Berliner Zeitung (BZ), 19.1.1979

,,*Sachsen* ist eines der reichsten deutschen Länder, dank der Fruchtbarkeit seines Bodens, dem Gewerbefleiß seiner Untertanen und der Blüte seiner Fabriken. Der Kurfürst bezog sechs Millionen Einkünfte, wovon man aber anderthalb Millionen Taler zur Tilgung der in beiden polnischen Kronwahlen gemachten Schulden abrechnete. Er hielt 24000 Mann regulärer Truppen, und das Land konnte ihm noch eine Miliz von 8000 Mann stellen.
Fragt man sich, welche Erwerbungen für Preußen politisch ratsam wären, so bietet Sachsen unbestritten die größten Vorteile. Das preußische Gebiet würde durch Einverleibung Sachsens abgerundet, und die Gebirge zwischen Sachsen und Böhmen, die man befestigen müßte, gäben einen natürlichen Grenzwall ab. Es ist schwer vorauszusehen, wie sich diese Erwerbung ausführen ließe. Das sicherste wäre, Böhmen und Mähren zu erobern und Sachsen dagegen einzutauschen. Man könnte auch die rheinischen Besitzungen sowie Jülich oder Berg dafür hingeben oder noch einen anderen Tausch machen. Jedenfalls ist die Erwerbung Sachsens unumgänglich notwendig, damit Preußen die ihm fehlende Geschlossenheit erhält. Denn ist einmal Krieg, so kann der Feind ohne den geringsten Widerstand schnurstracks auf Berlin rücken.''

Friedrich der Große, Ausgewählte Werke, Band 2, S. 84

Zucht- und Arbeitshäuser in den mittleren und östlichen Provinzen Brandenburg-Preußens vom Ende des 17. bis zum ausgehenden 18. Jahrhundert (Auszüge: Jahrbuch der Wirtschaftsgeschichte)



Gassen oder Spießrutenlauf, Kupferstich von Chodowiecki 1774

Aus: Fragen an die Geschichte

Preußen – Was ist das?

Berlin, 19. Januar. Auf einer Gedenkveranstaltung für den letzten preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun (1872–1955) sprach Berlins Regierender Bürgermeister Dietrich Stobbe über Preußen und die für 1981 geplante Preußen-Ausstellung in Berlin:

,,Das Toleranzprinzip wird schon seit dem Großen Kurfürsten deutlich erkennbar, als Preußen Flüchtlinge aufnahm. Die *Aufklärung* hielt in Preußen Einzug und brachte als großes rechtsstaatliches Dokument das Allgemeine Preußische Landrecht hervor. – Dieser Staat zog führende Köpfe an und bildete seine früh entwickelte Fähigkeit fort, Anderes, Fremdes zu adaptieren. – Berlin hat den Realitäten innerhalb des west-östlichen Gleichgewichts der Macht Rechnung zu tragen. Berlin muß versuchen, über sich selbst klar zu werden.''

Aus: Berliner Zeitung (BZ), 19.1.1979

,,*Sachsen* ist eines der reichsten deutschen Länder, dank der Fruchtbarkeit seines Bodens, dem Gewerbefleiß seiner Untertanen und der Blüte seiner Fabriken. Der Kurfürst bezog sechs Millionen Einkünfte, wovon man aber anderthalb Millionen Taler zur Tilgung der in beiden polnischen Kronwahlen gemachten Schulden abrechnete. Er hielt 24000 Mann regulärer Truppen, und das Land konnte ihm noch eine Miliz von 8000 Mann stellen.
Fragt man sich, welche Erwerbungen für Preußen politisch ratsam wären, so bietet Sachsen unbestritten die größten Vorteile. Das preußische Gebiet würde durch Einverleibung Sachsens abgerundet, und die Gebirge zwischen Sachsen und Böhmen, die man befestigen müßte, gäben einen natürlichen Grenzwall ab. Es ist schwer vorauszusehen, wie sich diese Erwerbung ausführen ließe. Das sicherste wäre, Böhmen und Mähren zu erobern und Sachsen dagegen einzutauschen. Man könnte auch die rheinischen Besitzungen sowie Jülich oder Berg dafür hingeben oder noch einen anderen Tausch machen. Jedenfalls ist die Erwerbung Sachsens unumgänglich notwendig, damit Preußen die ihm fehlende Geschlossenheit erhält. Denn ist einmal Krieg, so kann der Feind ohne den geringsten Widerstand schnurstracks auf Berlin rücken.''

Friedrich der Große, Ausgewählte Werke, Band 2, S. 84

Zucht- und Arbeitshäuser in den mittleren und östlichen Provinzen Brandenburg-Preußens vom Ende des 17. bis zum ausgehenden 18. Jahrhundert (Auszüge: Jahrbuch der Wirtschaftsgeschichte)

Gründ.jahr	Ort	Bezeichnung	Verwaltung	Insassenzahl	Art der Beschäftigung
1747	Janer (Schlesien)	Zuchthaus	staatlich	1785: 140 Arbeitshäusler und 30 Kranke	Schaf- und Baumwollespinnen
1751	Potsdam	Spinnhaus	städtisch	ca. 55–60	Garnspinnen, Wollestreichen und schlagen
1752	Königsberg (Ostpreußen)	Zuchthaus, Spinn- und Arbeitshaus	städtisch	für 150 Personen gebaut	Spinnen, Weben
1754	Berlin	Großes Arbeitshaus, Nähe d. heut. Alexanderplatzes	staatlich	für 600 Personen bestimmt, 1774: 170	Spinnen
um 1760	Allenstein Rössel (ab 1772 preuß.)	Zuchthaus	staatlich	für 150 Gefangene eingerichtet, durchschn. 70-	Flachs- und Wollespinnen

,,Der Bauer behielte also von seinem Gewinste auf einer Hufe, nach Abzug der bezahlten Kontribution, nur 1 Tlr. 15 Gr. übrig, wovon er seine übrigen Prästanda unmöglich leisten kann. Diese sind:

Dem Erb- oder Gerichtsherrn (ist es königlich, dem Amte, gehört er dem Edelmann, demselben)

	Tlr.	Gr.	Pf.
Zins und Dienste, wenigstens per Hufe	8	–	–
Dem Priester Dezem 1 Scheffel Korn à	–	18	–
Dem Küster drei Viertel Scheffel à	–	12	6
Dem Schmied 1 Scheffel à	–	18	–
Hufen- und Giebelschoß	–	15	–
Marschfuhrengelder	–	12	–
Kriegswehr und Magazinkasse	–	12	–
Summa	11	16	6
Er hat nun von der Ernte übrig	1	15	–
fehlen ihm also	10	1	6

Ferner hat der Bauer zu prästieren die Feuersozietätsgelder, die Vorspannfuhren, die Bau- und Krepel-, auch Nachbarfuhren, die Dorfauflagen und andere Vorfälle mehr, das Gesindelohn, da er besonders Knechte wegen der vielen Hofedienste halten muß, so ihm zur größten Last gereichen: zu welchem Ende er auch mehr Pferde halten muß, weswegen die Einschränkung dieser Dienste eine vortreffliche Sache wäre.''

Aus: Mehring, Die Lessing Legende, Band 9, S. 136



Mitteleuropa, staatliche Ordnung um 1750